

Märkte, Moral und Mitsprache.

Die Politisierung des schweizerischen Aussenhandels mit den Militärdiktaturen
Argentiniens, Chiles und Perus 1968-1983

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie

vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

von

Manuel Klaus

aus

St. Ursen, Kanton Freiburg

Zürich, 2020
Buchbinderei Schreyer

Originaldokument gespeichert auf dem institutionellen Repository
der Universität Basel edoc.unibas.ch.

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel, auf Antrag von Prof. Dr. Martin Lengwiler und Prof. Dr. Corinne A. Pernet.

Basel, den 1. September 2017

Der Dekan Prof. Dr. Walter Leimgruber

1. Einleitung	5
Thema, Forschungsstand und Fragestellung	6
Aufbau, Methodik und Hypothese	14
Quellenlage und quellenkritische Anmerkungen	16
2. Feudalismus, Finanztheorien und Folter – der wirtschaftspolitische Hintergrund	
der drei Militärdiktaturen	20
Umgestaltung der peruanischen Wirtschaftsordnung durch das Militär	21
Amerikanische Wirtschaftstheorien für Chile	24
Gewaltsame Durchsetzung der Wirtschaftspolitik in Argentinien	28
Und in der Schweiz?	30
3. Edelmetall, Entwicklungshilfe, Everybody's Darling:	
Die peruanische Militärdiktatur	33
3.1 Ausmass und Politisierung des Handels	33
Gefährdete Investitionen	35
Wirtschaft begrüsst den Putsch	37
Machtwechsel	47
Bessere Menschenrechtslage nach dem Ende der Diktatur?	55
3.2 Entwicklungshilfe als Handelshilfe?	57
Zehn Millionen für peruanische Milch	66
Kühe aus der Schweiz!	68
Ein schlechter Zeitpunkt für eine Abstimmung?	71
Entwicklungshilfe für eine Diktatur?	73
3.3 Zwischenfazit	75
4. Kupfer, Kriegsmaterial und Kapitalismus:	
Die chilenische Militärdiktatur	78
4.1 Ausmass und Politisierung des Handels	78
Ängste wegen Allende	79
Keine Stellungnahme	82
„Industrieller Darwinismus“	88
„Handel intensivieren!“	101
„Goodwill-Mission“ mit wenig gutem Willen	103
4.2 Verbotene Piranha-Radschützenpanzer	107
Bundesrat Aubert und der „Sinn und Zweck des KMG“	108
„eine Art Motion Mowag“?	111
Das Eidgenössische Militärdepartement	114
Die Überzeugungsversuche der Mowag AG	116
Die Reaktion auf das Ausfuhrverbot	121
Kriegsindustrie als „Mutter des Wohlstands“?	123
Produktion in der Zollfreizone	127
4.3 Zwischenfazit	130
5. Rindfleisch, Rotwein, Rezession:	
Die argentinische Militärdiktatur	134
5.1 Ausmass und Politisierung des Handels	134
Zweckoptimismus	138
„Chaosökonomie?“	142

„Spekulationsökonomie?“	144
„Wolkenlose Beziehungen?“	149
Falklandkrieg	154
Nachspielzeit	156
5.2 Bombastischer Handel – Atomenergie und Atommüll	160
Exporterlaubnis gegen Uranlieferung und Atommüll?	161
Interdepartementale Sitzungen	164
Parlamentarische Eingaben und umstrittene Publikation	170
Protest in Winterthur	172
„Politische Artefakte“	175
Pause in der Pampa	178
5.3 Zwischenfazit	180
6. Zusammenfassung und Diskussion	183
Kritik an den Aussenhandelsbeziehungen	189
Lateinamerikanische Diktaturen und die Schweiz	194
Aussenhandelspolitik und Menschenrechte	196
Weiterführende Forschungsperspektiven	200
7. Anhang	203
7.1 Quellenverzeichnis	203
Archivquellen	203
Gedruckte Quellen, verwendete Zeitschriften und Zeitungen	204
Webseiten und digitale Datenbanken	205
7.2 Literaturverzeichnis	205
7.3 Aussenhandelsstatistiken	214
Schweizerischer Aussenhandel mit Argentinien, Chile und Peru	214
Schweizerischer Aussenhandel mit Argentinien, Chile und Peru (deflationiert)	215
Prozentualer Anteil der Schweiz am Import und Export der drei Diktaturen	216
8. Dank	217

1. Einleitung

Es lag ein Gewitter in der Luft, als der argentinische Wirtschaftsminister José Alfredo Martínez de Hoz an einem warmen Sommerabend im Juli 1976 am Flughafen Kloten landete.¹ Seit dem Militärputsch in Argentinien waren erst wenige Monate vergangen, wichtige wirtschaftliche Kontakte mussten wieder erneuert werden. Martínez de Hoz hatte ein ausführliches Programm vor sich. Bereits am nächsten Morgen sollte er zuerst den Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, danach die Vertreter der Grossbanken treffen, die ihn im Anschluss im Grand Hotel Dolder zum Mittagessen und zum Besuch in ihre Filialen einladen wollten. Selbst ein Cocktail bei der Argentinischen Handelskammer war bereits eingeplant, bevor er im Anschluss den Zug nach Bern nehmen sollte.²

Die Grosswetterlage war nicht nur meteorologisch, sondern auch politisch spannungsgeladen: Gleich während mehreren Tagen protestierte eine Gruppe Demonstranten gegen den Staatsempfang und warf dem Bundesrat, aber auch dem schweizerischen Finanzplatz die „moralische und materielle Unterstützung“ der argentinischen Militärdiktatur vor. Dabei wurde auch gegenüber der schweizerischen Regierung die Kritik geäussert, dass sie mit „einer weiteren faschistischen Diktatur“ zusammenarbeite.³

Einen Einfluss auf das Programm des Staatsempfangs hatten die Demonstrationen nicht. In Bern traf sich Martínez de Hoz mit Fritz Rothenbühler, der nicht nur in seiner Rolle als Erster Sekretär des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (Vorort)⁴ über vorzügliche Kontakte innerhalb der Privatwirtschaft verfügte, sondern auch vom Bundesrat zum Delegierten für Handelsverträge mit Lateinamerika ernannt worden ist.⁵ Ihr Gespräch dauerte eine Stunde. Der staatspolitische Höhepunkt stand danach an: Um 12 Uhr traf Martínez de Hoz Bundesrat Ernst Brugger zuerst zu einem Austausch, danach im Béatrice-von-Wattenwyl-Haus zum Mit-

¹ Gemäss Wetterbericht und -beschreibung des Vortags, siehe: Neue Zürcher Zeitung, 08.07.1976, S. 2.

² Informationen über den Ablauf des Staatsempfangs findet sich im "Programme pour la delegation argentine les 8 et 9 juillet", Anhang 1 von Rothenbühler, Fritz an Brugger, Ernst: „Note à Monsieur le Conseiller fédéral Brugger: Visite du Ministre de l'économie argentin le 9 juillet 1976“, 06.07.1976, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7110#1987/20#1529*, Az. 877.3, Argentinien, Besuche, 1976.

³ SDA-Meldung: „Protest gegen den Besuch des argentinischen Wirtschaftsministers“, 06.07.1976, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7110#1987/20#1529*, Az. 877.3, Argentinien, Besuche, 1976.

⁴ Über die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Vorort siehe: Gees, Thomas: Interessenclearing und innere Absicherung. Zur Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Privatverbänden in der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik 1930-1960, in: Hug, Peter; Kloter, Martin (Hrsg.): Aufstieg und Niedergang des Bilateralismus. Schweizerische Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik, 1930-1960: Rahmenbedingungen, Entscheidungsstrukturen, Fallstudien, Zürich 1999, S. 141-172, hier: S. 156, S. 168-171.

⁵ Informationen zur Person Rothenbühler, Fritz; dodis.ch/P14589

tagessen,⁶ aus dessen Anlass der Magistrat seinem argentinischen Gast eine Rede vortrug – auf Französisch, der Sprache der Diplomatie.⁷

Brugger lobte die Bemühungen des Wirtschaftsministers der Militärdiktatur.⁸ Er hob die zahlreichen schweizerischen Investitionen hervor, die in Vergangenheit getätigt wurden, sprach aber auch die jüngsten Probleme an, die sich auf der wirtschaftlichen Ebene zwischen den beiden Ländern abzeichneten.⁹ Brugger beendete seine Rede mit versöhnlichen Worten. Er bat die Anwesenden ihre Gläser zu heben, um gemeinsam auf das Wohl des argentinischen Diktators anzustossen: „Je vous invite Messieurs à lever votre verre à la santé du Président de la République Argentine, M. le Général Jorge Rafael Videla, à la prospérité du peuple argentin, et au bonheur personnel de nos hôtes.“¹⁰

Thema, Forschungsstand und Fragestellung

Wie kam es zur widersprüchlichen Situation, dass auf den Strassen Berns mehrere Tage gegen den Staatsempfang des argentinischen Wirtschaftsministers protestiert wurde, der Gast sich mit den Vertretern der schweizerischen Grossbanken an exquisiten Orten traf und ein Bundesrat auf das Wohl der Militärdiktatur trank?

Die vorliegende Dissertation untersucht den politischen Hintergrund der schweizerischen Handelsbeziehungen mit den Militärdiktaturen Argentinien, Chiles und Perus zwischen 1968 bis 1983.¹¹ Die einleitende Episode verdeutlicht, welche unterschiedlichen Ansichten darüber bestanden, ob es zulässig sei, mit einer Militärdiktatur Handel zu betreiben. Die Aussage der Demonstrierenden, dass die Schweiz „einer weiteren faschistischen Diktatur“ nahestehe, ver-

⁶ Informationen zu den einzelnen Programmpunkten: Information gemäss des Programms "Programme pour la delegation argentine les 8 et 9 juillet", Anhang 1 von Rothenbühler, Fritz an Brugger, Ernst: „Note à Monsieur le Conseiller fédéral Brugger: Visite du Ministre de l'économie argentin le 9 juillet 1976“, 06.07.1976, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7110#1987/20#1529*, Az. 877.3, Argentinien, Besuche, 1976.

⁷ Über kommunikative Aspekte der Politik siehe: Frevert, Ute: Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen, in: Frevert, Ute; Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt am Main 2005, S. 7-26, hier: S. 21.

⁸ Siehe Redemanuskript: „Allocution prononcée par monsieur le conseiller federal Ernst Brugger à son excellence M. José Alfredo Martínez de Hoz, Ministre argentin de l'économie. Berne/Maison de Watteville le vendredi, 9 juillet 1976“, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7110#1987/20#1529*, Az. 877.3, Argentinien, Besuche, 1976.

⁹ Edb., S. 3-5.

¹⁰ Edb., S. 5-6.

¹¹ Im Rahmen meines Dissertationsprojekts sind zu herausgegriffenen Aspekten zwei Aufsätze entstanden, siehe Klaus, Manuel: Der Bundesrat als kollektive Skandalfigur während des Kalten Kriegs?, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 24 (2015), Heft 3, S. 102-114 und Klaus, Manuel: Schweizerische Waffen für lateinamerikanische Diktaturen? Die Auswirkungen des Kriegsmaterialgesetzes auf den Rüstungsgüterhandel der 1970er und 1980er Jahre, in: Dommann, Monika; Marti, Sibylle (Hrsg.): *Kriegsmaterial im Kalten Krieg. Rüstungsgüter in der Schweiz zwischen Militär, Industrie, Politik und Öffentlichkeit. Le matériel de guerre pendant la guerre froide. L'armement en Suisse – entre l'armée, l'industrie, la politique et le public*, Itinera 47, Basel 2020, S. 137-170.

weist auf die historische Dimension der Kritik. Es waren nicht die ersten umstrittenen Handelsbeziehungen des Landes.

Wie die Geschichtswissenschaft mittlerweile dargelegt hat, litt das Bild der Schweiz als Land der Demokratie und Humanität bereits unter der Geschäftstätigkeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland, dem Apartheid-Regime in Südafrika oder der Sowjetunion im Rahmen des „Osthandels“. Die zeitgenössische Kritik führte jedoch kaum zu einer gesellschaftlichen Reflexion über die Gestaltung der schweizerischen Aussenhandelspolitik. Thomas Maissen stellte die These auf, dass es sich bei der zeitlich stark verzögerten Auseinandersetzung über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg¹² sogar um eine „Verweigerte Erinnerung“ handelte.¹³ Auch der Protest gegen den „Osthandel“, der in den frühen Sechzigerjahren „erstmals ein öffentliches Bedürfnis nach einer stärker wertgebundenen Aussenhandelspolitik“ aufzeigte, blieb weitgehend folgenlos.¹⁴ Selbst die jahrzehntelang immer wieder kritisierten Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und dem Apartheid-Regime wurden erst ab dem Jahr 2000 umfassend wissenschaftlich analysiert.¹⁵ Die Untersuchung ergab, dass sich der schweizerische Aussenhandel mit Südafrika im Verhältnis zum Gesamthandel unterdurchschnittlich entwickelte. Der Anteil der südafrikanischen Güter lag jeweils deutlich unter einem Prozent.¹⁶ Die Analyse belegte aber auch, dass die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten in einigen Bereichen bedeutend waren. Schweizerische Banken gehörten zu den wichtigsten Käufern von südafrikanischem Gold.¹⁷ Zeitweise importierte die Schweiz auch grosse Anteile an südafrikanischen Diamanten.¹⁸ Südafrika profitierte zudem von der schweizerischen Nukleartechnologie. Georg Kreis hielt in diesem Zusammenhang fest, dass die Schweiz „in verschiedenster Hinsicht am Bau der südafrikanischen Atombombe involviert“ gewesen sei.¹⁹ Ein Mitarbeiter der Sulzer AG erklärte, dass man aufgrund der Lukrati-

¹² Siehe: Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg: Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht, Zürich 2002; für die Rezeptionsgeschichte siehe: Ludi, Regula: Die Historisierung der Erinnerung. Die Bergier-Kommission und ihre Rezeption, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 20 (2013), Heft 1, S. 275-292.

¹³ Maissen, Thomas: *Verweigerte Erinnerung. Nachrichtenlose Vermögen und die Schweizer Weltkriegsdebatte 1989-2002*, Zürich 2005.

¹⁴ Hug, Peter: Der gebremste Aufbruch. Zur Aussenpolitik der Schweiz in den 60er Jahren, in: König, Mario; Kreis Georg; Meister, Franziska; Gaetano, Romano (Hrsg.): *Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren*, Zürich 1998, S. 95-114, hier: S. 102.

¹⁵ Kreis, Georg: *Die Schweiz und Südafrika 1948-1994. Schlussbericht des im Auftrag des Bundesrates durchgeführten NFP 42+*, Bern, Stuttgart und Wien 2005, S. 21.

¹⁶ Ebd., S. 294-295.

¹⁷ Ebd., S. 300.

¹⁸ Ebd., S. 299-300.

¹⁹ Ebd., S. 493.

vität der Zusammenarbeit in der Nukleartechnologie bereit war, „bis an die Grenze des rechtlich Machbaren zu gehen.“²⁰

Die Rahmenbedingungen des schweizerisch-südafrikanischen Aussenhandels wurden nicht nur durch den Bundesrat und das Parlament festgelegt. Die Untersuchung ergab, dass auch die Bundesverwaltung in die Entscheidungsfindung involviert war. Je nach Aufgabenbereich nahmen die Departemente völlig unterschiedliche Haltungen gegenüber dem Apartheid-Regime ein.²¹ Dass der Schlussbericht über die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen, der im Jahr 2005 erschien, die Bedeutung der Bundesverwaltung hervorhob, war in historiografischer Hinsicht kein Zufall. Thomas Mergel, Ute Frevert und Heinz-Gerhard Haupt prägten damals die Debatte darüber, welche neuen Zugänge zur Politikgeschichte etabliert werden sollten. Eingefordert wurde unter anderem, dass zusätzliche Akteure berücksichtigt und vermehrt kulturelle Verhaltensmuster innerhalb der Politik analysiert werden müssen.²² Dies führte dazu, dass zahlreiche Studien erschienen, in denen die schweizerische Politik aus neuen Blickwinkeln betrachtet wurde.²³ Vorgeschlagen wurde unter anderem, dass die schweizerische Politikgeschichte als „Verwaltungskulturgeschichte“ umgedeutet werden sollte.²⁴ Vermehrt wurde auch dafür plädiert, die Medien als einflussreiche politische Akteure wahrzunehmen.²⁵ Die jüngere historische Forschung geht in dieser Hinsicht für die Schweiz davon aus, dass die Medien ab den Siebzigerjahren an politischer Bedeutung dazugewannen.²⁶

²⁰ Zitiert nach Ebd.

²¹ Ebd., S. 79-98.

²² Mergel, Thomas: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft*, 28 (2002), Heft 4, S. 574-606; Frevert, Ute; Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.): *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt am Main 2005.

²³ Bott, Sandra; Crousaz, Karine; Krämer, Daniel; Leimgruber, Matthieu; Schaufelbuehl, Janick Marina; Schubert, Yan: *Politikgeschichte der Schweiz – eine historiografische Skizze*, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 20 (2013), Heft 1, S. 14-18.

²⁴ Zum Begriff: Brändli-Taffelet, Sebastian: *Verwaltung des Sonderfalles: Plädoyer für eine Verwaltungskulturgeschichte der Schweiz*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Band 45 (2005), Heft 1, S. 79-89. Zum Thema, siehe: Nellen, Stefan; Nienhaus, Agnes; Sartet, Frédéric: *Verwalten und regieren*, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 18 (2011), Heft 2, S. 15-21, hier: S. 15 und Schnur, Aviva R.: *Agieren oder Reagieren? Aussenpolitische Entscheidungsprozesse in Bundesrat und Bundesverwaltung*, Chur und Zürich 2000, S. 76-77, wie Thomas Gees in einem Diskussionsbeitrag in der *Traverse* festhielt, werde seiner Meinung nach „die Rolle der Verwaltung [...] in [...] Diskursen über gesellschaftliche Ordnungsentwürfe [...] schon beinahe systematisch unterschätzt oder vergessen.“ Siehe: Coutaz, Gilbert; Gees, Thomas; Germann, Urs; Nellen, Stefan; Sager, Fritz; Schindler, Benjamin: *Was soll und kann Verwaltungsgeschichte?*, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 18 (2011), Heft 3, S. 160-170, hier: S. 165.

²⁵ Über die Bedeutung der Medien siehe: Bott, Sandra; Crousaz, Karine; Krämer, Daniel; Leimgruber, Matthieu; Schaufelbuehl, Janick Marina; Schubert, Yan: *Politikgeschichte der Schweiz – eine historiografische Skizze*, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 20 (2013), Heft 1, S. 14-18, hier: S. 15.

²⁶ Zala, Sacha: *Einleitung*, in: *Diplomatische Dokumente der Schweiz*, Band 25 (1.1.1970-31.12.1972), Zürich 2014, S. XXXI-XXXVIII, hier: S. XXXVII. Hier bieten sich daher Anknüpfungspunkte an die Forschungsergebnisse über die Bundesrepublik Deutschland an, siehe: Siehe: Bartz, Christina; Hahn, Thorsten; Schneider, Irmela: *Einleitung. Medienkultur der 60er Jahre: global/lokal*, in: Dies. (Hrsg.): *Medienkultur der 60er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945*, Band 2, Wiesbaden 2003, S. 9-14, hier: S. 9 und Schabacher, Gabriele: „Tele-Demokratie“. *Der Widerstreit von Pluralismus und Partizipation im medienpolitischen Diskurs der*

Wie Jakob Tanner argumentierte, veränderten zahlreiche Bewegungen ab den späten Sechzigerjahren die schweizerische Gesellschaft und Politik. Es waren vielfältige Anliegen, für die man sich damals einsetzte: Die Gleichstellung der Frauen wurde gefordert, Jugendliche rebellierten gegen gesellschaftliche Konventionen, Wehrdienstverweigerer stellten die Armee in Frage oder Solidaritätskundgebungen kritisierten das Verhalten der westlichen Staaten gegenüber den Entwicklungsländern.²⁷ Ab den späten Sechzigerjahren wurden in der Schweiz zudem mehrere linke Parteien gegründet, die mit Nachdruck ihre Anliegen im Parlament vertraten.²⁸

Gemäss Tanner waren es ab den Achtzigerjahren schliesslich aussenpolitische Themen, die „weit stärker als zuvor“ zur „innenpolitischen Mobilisierung“ führten.²⁹ Die schweizerischen Handelsbeziehungen mit den Militärdiktaturen Argentinien, Chiles und Perus fanden folglich zu einem Zeitpunkt statt, in dem weite Teile der Gesellschaft politisches Mitspracherecht einforderten.³⁰ Die damalige schweizerische Politik kann daher – gemäss einer Definition von Georg Kreis – als „das Ergebnis eines offenen, gesellschaftlich gestalteten Entscheidungsprozesses“ charakterisiert werden.³¹

Die politischen Ansichten über die schweizerischen Aussenbeziehungen hingen stark von der Denkweise des Kalten Kriegs ab.³² Die historische Forschung verweist darauf, welchen weitreichenden Einfluss die Bedrohungsszenarien dieses Konflikts auf die Gestaltung der schweizerischen Politik ausübten.³³ Es ist ein zentrales Anliegen der Geschichtswissenschaft des letz-

70er-Jahre, in: Schneider, Irmela; Bartz, Christina; Otto, Isabell (Hrsg.): Medienkultur der 70er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945, Band 3, Wiesbaden 2004, S. 141-180.

²⁷ Ausführlich dazu: Tanner, Jakob: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015, S. 381-420.

²⁸ Siehe: Späti, Christina: Historische Parteienforschung in der Schweiz: Überblick, Forschungsstand und neue Perspektiven, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 20 (2013), Heft 1, S. 156-172, hier: S. 161. Leider besteht nur sehr wenig Forschung über den schweizerischen Parlamentarismus, siehe dazu: David, Thomas; Müller, Philipp: Plädoyer für eine Erneuerung der Geschichte der politischen Parteien in der Schweiz, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 14 (2007), Heft 1, S. 16-24 und Pilotti, Andrea: Le Parlement: L' "autorité suprême de la Confédération" délaissée par les historiens, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 20 (2013), Heft 1, S. 173-184.

²⁹ Ebd., S. 436.

³⁰ Wie Susanne Schregel anhand der Bundesrepublik Deutschland aufzeigt, beschränkte sich die generelle Forderung nach mehr politischer Mitsprache nicht nur auf die Schweiz, siehe: Schregel, Susanne: Die „Macht der Mächtigen“ und die Macht der „Machtlosen“. Rekonfiguration des Machtdenkens in den 1980er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 52 (2012), S. 403-428.

³¹ Kreis, Georg: Die Schweiz und Südafrika 1948-1994. Schlussbericht des im Auftrag des Bundesrates durchgeführten NFP 42+, Bern, Stuttgart und Wien 2005, S. 149.

³² Dies zeigte sich besonders bei den Beziehungen zum Apartheid-Regime, siehe: Kreis, Georg: Die Schweiz und Südafrika 1948-1994. Schlussbericht des im Auftrag des Bundesrates durchgeführten NFP 42+, Bern, Stuttgart und Wien 2005, S. 489.

³³ Siehe beispielsweise die Beiträge im Sammelband: Eugster, David; Marti, Sibylle (Hrsg.): Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa, Essen 2015. Die wahrgenommenen Bedrohungsszenarien zeigen sich aber auch bei der Entstehungsgeschichte und beim Inhalt der Publikation „Zivilverteidigung“, siehe: Löffler, Rolf: "Zivilverteidigung": die Entstehungsgeschichte des "roten Büchleins", in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 54 (2004), Heft 2, S. 173-187 und Höchner,

ten Jahrzehnts, den Kalten Krieg als einen weltweiten Konflikt zu verstehen. Noch im Jahr 2006 forderte Tony Judt in der *New York Review of Books* nachdrücklich eine Interpretation des Kalten Kriegs, die weniger stark auf die Vereinigten Staaten fokussiert sei.³⁴ Einige Monate zuvor veröffentlichte Odd Arne Westad jedoch bereits seine Darstellung eines „globalen“ Kalten Kriegs, die äusserst einflussreich werden sollte.³⁵ Westads Interpretation des Kalten Kriegs als einen weltweiten Konflikt führte zu zahlreichen Publikationen, die unterschiedliche Länder oder Weltregionen in dieser Hinsicht untersuchten – auch über den Einfluss des Kalten Kriegs auf die schweizerischen Aussenbeziehungen erschienen mittlerweile mehrere Beiträge.³⁶ Innerhalb der historischen Forschung bestehen kaum Zweifel darüber, dass die Schweiz trotz ihrer Neutralität zum „westlichen antikommunistischen Block“ dazugehörte.³⁷ Das „Zusammenspiel von antikommunistischer Einstellung und Wirtschaftsinteressen“ wird dabei betont.³⁸ Die Neutralitätspolitik ermöglichte es schweizerischen Unternehmen aber zugleich auch, ihre Geschäftsbeziehungen mit umstrittenen Wirtschaftspartnern aufrechtzuerhalten. Durch Ursina Bentele und Sacha Zala liegt die These vor, dass die schweizerische Neutralität gerade in Lateinamerika als „business strategy“ hilfreich gewesen sei.³⁹

Der globale Kalte Krieg verschonte auch Lateinamerika nicht. Gemäss Hal Brands war die Entwicklung der lateinamerikanischen Politik massgeblich von der weltweiten Konfliktsituation geprägt – auch wenn dabei innerhalb des Subkontinents immer regionale Unterschiede zu

Francesca: Zivilverteidigung: ein Normenbuch für die Schweiz, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Band 54 (2004), Heft 2, S. 188-203.

³⁴ Judt, Tony: Wem gehört die Geschichte? Der Kalte Krieg im Rückblick, in: Ders.: *Das vergessene 20. Jahrhundert. Die Rückkehr des politischen Intellektuellen*. Aus dem Amerikanischen von Matthias Fienbork, München 2010, S. 362-375.

³⁵ Westad, Odd Arne: *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge 2007.

³⁶ Siehe beispielsweise: Schaufelbuehl, Janick Marina; König, Mario: Die Beziehungen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten im Kalten Krieg, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 16 (2009), Heft 2, S. 7-14; Bott, Sandra; Schaufelbuehl, Janick Marina; Zala, Sacha: Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges. Eine Zwischenbilanz, in: Dies. (Hrsg.): *Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges. Relations internationales de la Suisse durant la Guerre froide*, Itinera 30, Basel 2011, S. 5-15 und Bott, Sandra; Hanhimäki, Jussi M.; Schaufelbuehl, Janick Marina; Wyss, Marco (Hrsg.): *Suisse et Guerre froide dans le tiers-monde, Relations Internationales* 163 (2015).

³⁷ Bott, Sandra; Schaufelbuehl, Janick Marina; Zala, Sacha: Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges. Eine Zwischenbilanz, in: Dies. (Hrsg.): *Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges. Relations internationales de la Suisse durant la Guerre froide*, Itinera 30, Basel 2011, S. 5-15, hier: S. 8.

³⁸ Ebd., S. 10.

³⁹ Bentele, Ursina; Zala, Sacha: *Neutrality as business strategy. Switzerland and Latin America in the Cold War*, in: Bott, Sandra, Hanhimäki, Jussi M.; Schaufelbuehl, Janick Marina; Wyss, Marco (Hrsg.): *Neutrality and Neutralism in the Global Cold War. Between or Within the Blocs?*, London and New York 2016, S. 178-195; In einem Forschungsüberblick über die Erforschung und Interpretation der schweizerischen Neutralität hielt Hans Ulrich Jost 2013 fest, dass die Konzeption der schweizerischen Neutralität in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wesentlich von wirtschaftlichen Interesse geleitet gewesen sei. Siehe: Jost, Hans Ulrich: *A rebours d'une neutralité suisse improbable*, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 20 (2013), Heft 1, S. 200-214, hier: S. 200-201.

erkennen sind.⁴⁰ Weitere Historikerinnen und Historiker belegten mittlerweile anhand von Fallbeispielen, wie vielfältig sich der Kalte Krieg auf einzelne lateinamerikanische Staaten auswirkte.⁴¹

Um dieser Vielfalt gerecht zu werden, werden in den nachfolgenden Kapiteln die schweizerischen Handelsbeziehungen mit drei unterschiedlichen lateinamerikanischen Militärdiktaturen analysiert.⁴² Die politisch links stehende peruanische Militärdiktatur strebte in den Jahren 1968 bis 1980 eine sozialere Wirtschaftsordnung an. Die Reformpolitik beinhaltete unter anderem die Umverteilung des bisherigen Bodenbesitzes und die Besserstellung der Arbeiterschaft in der Industrie. Gegenüber ausländischen Unternehmen wurde eine äusserst kritische Haltung eingenommen.⁴³

In Chile wurde ab dem Jahr 1970 unter Staatspräsident Salvador Allende ein vergleichbarer wirtschaftspolitischer Kurs verfolgt.⁴⁴ Im Gegensatz zum Nachbarland Peru unterstützten weite Teile der Armee diese Reformen aber nicht. Im September 1973 kam es schliesslich zum Staatsstreich. Die Junta ging anschliessend äusserst gewaltsam gegen politische Gegner vor.⁴⁵ An der Chicago School of Economics ausgebildete Chilenen leiteten Reformen ein, die den Aussenhandel verbessern und ausländisches Kapital anziehen sollten.⁴⁶

⁴⁰ Brands, Hal: *Latin America's Cold War*, Cambridge (Massachusetts) und London 2012, S. 2-3.

⁴¹ Siehe dazu beispielsweise den Sammelband: Garrard-Burnett, Virginia; Lawrence, Mark Atwood; Moreno, Julio E. (Hrsg.): *Beyond the Eagle's Shadow: New Histories of Latin America's Cold War*, Albuquerque 2013, die Ausführungen über Chile und Kuba in: Harmer, Tanya: *Allende's Chile and the Inter-American Cold War*, Chapel Hill 2011, S. 20-48, die Darstellung des Verhältnisses zwischen Allende und den Vereinigten Staaten in: Quereshi, Lubna Z.: *Nixon, Kissinger and Allende. U.S. Involvement in the 1973 Coup in Chile*, Lanham, Boulder, New York, Toronto und Plymouth (UK) 2009, S. 85-144 sowie die Darstellung der amerikanisch-chilenischen Beziehungen in: Morley, Morris; McGillion, Chris: *Reagan and Pinochet. The Struggle over U.S. Policy toward Chile*, New York 2015, S. 1-25.

⁴² Wie Marc Perrenoud in einem Forschungsüberblick festhielt, sind zahlreiche Aspekte der schweizerischen Wirtschaftspolitik noch nicht erforscht. Eine Darstellung der schweizerischen Wirtschaftspolitik gegenüber diesen drei Diktaturen bietet sich daher an. Siehe: Perrenoud, Marc: *Politique économique et relations extérieures*, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 17 (2010), Heft 1, S. 171-183, hier: S. 179.

⁴³ Siehe: Rey, Romeo: *Geschichte Lateinamerikas vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2006, S. 150-151. Wie die jüngere Forschung betonte, waren ausländische Investitionen in Lateinamerika seit dem Ende der Kolonialzeit stark umstritten. Siehe: Langer, Magnus Jesko; Viñuales, Jorge E.: *Foreign Investment in Latin America: Between Love and Hatred*, in: Auroi, Claude; Helg, Aline (Hrsg.): *Latin America 1810-2010. Dreams and Legacies*, London 2012, S. 319-357. Einen Einblick darin, welche Auswirkungen die Nationalisierung von ausländischem Besitz in Lateinamerika auf die diplomatischen Beziehungen haben konnte, wurde innerhalb der jüngeren Geschichtswissenschaft im Zusammenhang mit der Schweiz am Beispiel von Kuba dargelegt. Siehe dazu: Theintz, Grégory: *Le sucre de Nestlé. Originalité de l'accord sur les nationalisations de biens helvétiques par le régime castriste, 1960-1967*, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 20 (2013), Heft 3, S. 135-150 und Fracheboud, Virginie: *La Suisse au service des intrérêts américains à Cuba ou le succès de la politique de neutralité et solidarité (1961-1963)*, in: *Relations Internationales* 163 (2015), S. 47-61, hier: S. 56. Die Möglichkeit, auf Kuba schweizerische Wirtschaftsinteressen durchzusetzen, ist ganz eng mit der herausragenden Bedeutung der schweizerischen Diplomatie verbunden. Die weitreichenden Aufgabenfelder der schweizerischen Botschaft in Havanna stellt der folgende Text ausführlich dar: Fischer, Thomas: *Talking to the Bearded Man: The Swiss Mandate to represent US Interests in Cuba, 1961-1977*, in: *Working Papers in International History and Politics*, No. 5 (August 2010), S. 1-29.

⁴⁴ König, Hans-Joachim: *Kleine Geschichte Lateinamerikas*, Stuttgart 2009, S. 589.

⁴⁵ Rinke, Stefan: *Kleine Geschichte Chiles*, München 2007, S. 158-160.

⁴⁶ Ebd., S. 162.

Auch die argentinische Militärdiktatur verfolgte in den Jahren 1976 bis 1983 eine Wirtschaftspolitik, die sich an den Interessen des Marktes orientierte.⁴⁷ Die Reformen von Wirtschaftsminister José Alfredo Martínez de Hoz zielten jedoch zusätzlich darauf ab, die problematische Geldentwertung einzudämmen und die Staatsausgaben zu drosseln.⁴⁸ Aufgrund ihres erbarmungslosen Umgangs mit Dissidenten gilt die argentinische Militärdiktatur als eine der grausamsten des letzten Jahrhunderts.⁴⁹ Im Gegensatz zu Chile kam es innerhalb der argentinischen Militärdiktatur zu mehreren Führungswechseln. Je nach Staatsoberhaupt wurden unterschiedliche politische Ziele verfolgt.⁵⁰ Auch über die Wirtschaftspolitik war sich die Junta nicht einig.⁵¹ Die argentinischen Reformen konnten aus diesem Grund nicht so konsequent durchgesetzt werden wie in Chile.⁵² Dennoch gehören die beiden ökonomischen Weichenstellungen zu den weltweit bedeutungsvollsten wirtschaftspolitischen Ereignissen der Siebzigerjahre.⁵³ Die Untersuchung mit der Demokratisierung Argentiniens im Jahr 1983 zu beenden, bietet sich zudem aus archivalischen Gründen an. Es war dadurch möglich, Dokumente der Bundesverwaltung zu analysieren, die bisher unter der dreissigjährigen Sperrfrist standen.⁵⁴ Die schweizerischen Handelsbeziehungen mit den drei Diktaturen waren hinsichtlich ihres Umfangs verhältnismässig unbedeutend. Ihr Anteil am Gesamthandel betrug jeweils nur wenige Promille. Die Schweiz erzielte gegenüber diesen drei Staaten stets eine positive Handelsbilanz. Aus der Schweiz wurden mehrheitlich Erzeugnisse der Chemie-, Maschinen- und Pharmaindustrie nach Lateinamerika exportiert. Aus den drei Diktaturen importierte die Schweiz hingegen landwirtschaftliche oder tierische Produkte, sowie auch Edel- und Schwermetalle. Peru war zeitweise ein wichtiger Silberlieferant für die Schweiz, Chile hingegen ein bedeutender Kupferlieferant.⁵⁵

Dass die drei lateinamerikanischen Staaten keinen besonders hohen Stellenwert als Handelspartner der Schweiz einnahmen, bedeutet nicht, dass es in Argentinien, Chile und Peru keine

⁴⁷ Riekenberg, Michael: *Kleine Geschichte Argentiniens*, München 2009, S. 175.

⁴⁸ Carreras, Sandra; Potthast, Barbara: *Eine kleine Geschichte Argentiniens*, Berlin 2013, S. 223-224.

⁴⁹ Straßner, Alexander: *Militärdiktaturen im 20. Jahrhundert. Motivation, Herrschaftstechnik und Modernisierung im Vergleich*, Wiesbaden 2013, S. 170.

⁵⁰ Ausführlich dargestellt bei: Canelo, Paula: *La politique sous la dictature argentine: Le Processus de réorganisation nationale ou la tentative inachevée de refonte de la société (1976-1983)*, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*, No. 105 (2010/1), S. 81-92.

⁵¹ Riekenberg, Michael: *Kleine Geschichte Argentiniens*, München 2009, S. 176.

⁵² Brands, Hal: *Latin America's Cold War*, Cambridge (Massachusetts) und London 2012, S. 125.

⁵³ Borstelmann, Thomas: *Epilogue. The Shock of the Global*, in: Ferguson, Niall; Maier, Charles; Manela, Erez; Sargent, Daniel J. (Hrsg.): *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, London 2010, S. 351-354, hier: S. 354.

⁵⁴ Siehe dazu: Zala, Sacha: *Historiografische Anmerkungen zur Geschichte der schweizerischen Aussenbeziehungen in der Nachkriegszeit*, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 20 (2013), Heft 1, S. 242-257, hier: S. 245.

⁵⁵ Sämtliche Angaben gemäss Eidgenössische Oberzolldirektion: *Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz*, Bern, Jahrgänge 1968-1983, eigene Berechnung der mehrjährigen Durchschnittszahlen aufgrund der jährlichen Angaben.

Nachfrage nach schweizerischen Gütern gab. Zwischen den späten Sechziger- und den frühen Achtzigerjahren waren in Chile durchschnittlich eineinhalb Prozent, in Argentinien und Peru durchschnittlich zwei Prozent der importierten Waren aus der Schweiz. Der Anteil der Schweiz bei den exportierten Waren betrug hingegen in allen drei Staaten deutlich unter einem Prozent.⁵⁶

Wie kürzlich von unterschiedlicher Seite erwähnt wurde, nehmen lateinamerikanische Themen innerhalb der schweizerischen Geschichtswissenschaft nur einen kleinen Platz ein.⁵⁷ Es liegen zwar einige Überblicksdarstellungen über die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit Lateinamerika vor.⁵⁸ Einzelne Aspekte und Zeitabschnitte der schweizerischen Aussenbeziehungen mit den Militärdiktaturen Argentinien, Chiles und Perus wurden zudem bereits erforscht.⁵⁹ Die Anzahl an Arbeiten, die sich ökonomischen Fragen widmen, ist aber sehr begrenzt.⁶⁰ Trotz des bisher überschaubaren Forschungsinteresses scheint eine eingehende

⁵⁶ Eigene Berechnungen aufgrund von United Nations: Yearbook of International Trade Statistics, New York, Jahrgänge 1968-1983.

⁵⁷ Generell über Lateinamerika siehe: Pernet, Corinne A.: Zwischen Regionalkompetenz und Global- und Verflechtungsgeschichte: Lateinamerikanische Geschichte in der Schweiz, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 64 (2014), Nr. 2, S. 263-278, im Zusammenhang mit der Bedeutung anderer aussereuropäischer Regionen siehe: Dejung, Christof: Jenseits der Exzentrik. Aussereuropäische Geschichte in der Schweiz, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 64 (2014), Heft 2, S. 195-209, hier: S. 197 und Etemad, Bouda; Humbert, Mathieu: La Suisse est-elle soluble dans sa "postcolonialité"?, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 64 (2014), Heft 2, S. 279-291, hier: S. 279.

⁵⁸ Siehe: Baumer, Jean-Max: Die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit Lateinamerika, in: Gleich, Albrecht von; Baumer, Jean-Max; Hummer, Waldemar: Europäisch-Lateinamerikanische Wirtschaftskooperation. Die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz als Partner Lateinamerikas. Herausgegeben vom Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Lateinamerikaforschung und Entwicklungszusammenarbeit an der Hochschule St. Gallen und dem Österreichischen Lateinamerika-Institut, Wien, Köln 1985, S. 207-272; Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexporte nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Zürich 1991; Bernecker, Walter L. (Hrsg.): Die Schweiz und Lateinamerika im 20. Jahrhundert. Aspekte ihrer Wirtschafts- und Finanzbeziehungen, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris und Wien 1997 sowie Bentele, Ursina; Zala, Sacha: Neutrality as business strategy. Switzerland and Latin America in the Cold War, in: Bott, Sandra, Hanhimäki, Jussi M.; Schaufelbuehl, Janick Marina; Wyss, Marco (Hrsg.): Neutrality and Neutralism in the Global Cold War. Between or Within the Blocs?, London and New York 2016, S. 178-195.

⁵⁹ So wurde beispielsweise mehrfach das Verhalten der Schweiz gegenüber den chilenischen Flüchtlingen nach dem Militärputsch analysiert, siehe beispielsweise: Rossi, Maurizio: Solidarité d'en bas et raison d'Etat: le Conseil fédéral et les réfugiés du Chili (septembre 1973-mai 1976), Neuchâtel 2008.

⁶⁰ Im Zusammenhang mit der argentinischen Diktatur siehe: Nussio, Enzo: Die Beziehungen der Schweiz zu Argentinien während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 – Norm und Praxis der schweizerischen Aussenpolitik. Unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechtspolitik, Lizentiatsarbeit Universität Basel 2004, im Zusammenhang mit dem Peronismus siehe: Lucas, Isabelle: Des francs suisses pour soutenir une Argentine libérale non-peroniste: relations économiques helvético-argentines durant les trois premières décennies de la Guerre froide, in: Bott, Sandra; Schaufelbuehl, Janick Marina; Zala, Sacha (Hrsg.): Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges. Relations internationales de la Suisse durant la Guerre froide, Itinera 30, Basel 2011, S. 101-115; Lucas, Isabelle: Un tango de neutres sur fond de guerre : les relations économiques entre la Suisse et l'Argentine (1938-1945), in: Relations internationales 150 (2012), S. 37-52 und Lucas, Isabelle: L'accord de commerce suisse-argentin de 1947: Un chassé croisé entre pénurie de céréales et pénurie de devises, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 62 (2012), Heft 3, S. 439-455, über den Beginn der chilenischen Militärdiktatur siehe: Schmid, Stefan; Widmer Joël: Die Schweiz und das sozialistische Experiment Salvador Allendes. Die Beziehung der schweizerischen Eidgenossenschaft zur Republik Chile von 1967 bis 1974, Lizentiatsarbeit Universität Bern 2004, und über die Wirtschaftsbeziehungen mit Peru siehe: Fluri, Branka: Wirtschaftsbeziehungen und Entwicklungszusammenarbeit Schweiz – Peru (1955-1975) in: Bernecker, Wal-

de Betrachtung der schweizerisch-lateinamerikanischen Handelsbeziehungen lohnenswert zu sein. Waren sie doch – wie der Name eines Sammelbands suggeriert – mitunter ziemlich „Unheimliche Geschäfte“.⁶¹

Ausgehend vom geschilderten Forschungsstand untersucht die vorliegende Dissertation die folgenden Fragen: Wie gestaltete die Schweiz ihre Aussenhandelspolitik gegenüber den Militärdiktaturen in Argentinien, Chile und Peru angesichts des „Spannungsfelds“ zwischen humanitären Bedenken und wirtschaftlichen Interessen?⁶² Inwiefern setzte sich die schweizerische Politik mit diesen Handelsbeziehungen auseinander? Wie vollzog sich der Prozess der politischen Entscheidungsfindung im Aussenhandel und welche Rolle spielte dabei die Bundesverwaltung?⁶³ Wurden die drei Diktaturen innerhalb der schweizerischen Politik und der Bundesverwaltung unterschiedlich wahrgenommen? Entwickelten sich die schweizerischen Handelsbeziehungen zu den beiden wirtschaftsfreundlichen Diktaturen in Argentinien und Chile besser als diejenigen mit der peruanischen Diktatur?

Aufbau, Methodik und Hypothese

Wie bereits erwähnt, nahmen die Handelsbeziehungen mit Argentinien, Chile und Peru einen kleinen Stellenwert im schweizerischen Gesamthandel ein. Dennoch weiteten sich die Auseinandersetzungen um einzelne Handelsgüter zu Grundsatzdebatten über das Verhalten und die Bedeutung der Schweiz als Handelsnation aus. Anhand der anschliessenden Kapitel wird die folgende Hypothese geprüft: Die Auswirkungen der gesellschaftlichen und politischen Debatten um Normen und Werte, die ab den späten Sechzigerjahren einsetzte, wird in Hinblick auf die schweizerische Aussenhandelspolitik bislang unterschätzt.⁶⁴ Im Zeitraum zwischen 1968

ter L. (Hrsg.): Die Schweiz und Lateinamerika im 20. Jahrhundert. Aspekte ihrer Wirtschafts- und Finanzbeziehungen, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris und Wien 1997, S. 207-262 und Belotta, Carla: Les relations économiques entre la Suisse et le Pérou 1945-1970, Lizentiatsarbeit Universität Lausanne 2002.

⁶¹ Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexporte nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Zürich 1991.

⁶² Zum Begriff des „Spannungsfelds“ siehe: Schläppi, Erika; Kälin, Walter: Schweizerische Aussenwirtschaftshilfe und Menschenrechtspolitik. Konflikte und Konvergenzen, Chur und Zürich 2001, S. 15-22, sie stellen auch die juristischen Rahmenbedingungen der schweizerischen Menschenrechts- und Aussenwirtschaftspolitik ausführlich dar, siehe: Ebd., S. 25-55.

⁶³ Die Bedeutung der Bundesverwaltung für die politische Entscheidungsfindung lässt sich anhand der Aussage von Thomas Gees, Andreas Kellerhals-Maeder und Daniela Meier erkennen, dass aussenpolitische Entscheide des Bundesrats das „Resultat einer viele Akteure umfassenden Entscheidungskette [...] eines viele Stationen durchlaufenen Präparativverfahrens“ seien. Siehe: Gees, Thomas; Kellerhals-Maeder, Meier, Daniela: Die Verwaltung der schweizerischen Aussenpolitik 1914-1978. Bundesrat und Bundesverwaltung: Entscheidungsprozesse und Netzwerke in der Landwirtschafts- und Umweltschutzaussenpolitik, Zürich 2002, S. 233.

⁶⁴ Jon A. Fanzun hält im Schlusswort seiner Untersuchung über die schweizerische Menschenrechtspolitik im Kalten Krieg beispielsweise das Folgende fest: „In den 1970er Jahren war das kollektive Bewusstsein in der Schweiz für internationale Normen wie Menschenrechte als Quelle aussenpolitischer Zielsetzungen allerdings noch kaum entwickelt.“ Siehe: Fanzun, Jon A.: Die Grenzen der Solidarität. Schweizerische Menschenrechtspolitik im Kalten Krieg. Mit einem Vorwort von Walter Kälin, Zürich 2005, S. 304. Siehe auch sein Kapitel über

und den frühen Achtzigerjahren, den sogenannten langen Siebzigerjahren,⁶⁵ stieg das politische und gesellschaftliche Interesse am Aussenhandel des Landes markant an. Bei der Gestaltung der schweizerischen Aussenhandelspolitik wurden nicht mehr ausschliesslich ökonomische, sondern vermehrt auch menschenrechtliche Aspekte berücksichtigt. Die Auseinandersetzung mit dem schweizerischen Aussenhandel führte darüber hinaus dazu, dass der generelle Diskurs über Menschenrechte in der schweizerischen Politik intensiviert wurde. Diese Annahmen lassen sich anhand der schweizerischen Handelsbeziehungen mit den Militärdiktaturen Argentiniens, Chiles und Perus in den Jahren 1968 bis 1983 exemplarisch darstellen.

Weil einzelne Handelsgeschäfte Grundsatzdebatten auslösten, bietet es sich in methodischer Hinsicht an, diese Hypothese anhand von historischen Fallbeispielen zu überprüfen.⁶⁶ Innerhalb der schweizerischen Handelsbeziehungen mit Peru wird als Fallbeispiel die Auseinandersetzung über ein staatliches Darlehen an die Militärdiktatur aufgegriffen. Mit dem Darlehen sollten Projekte der schweizerisch-peruanischen technischen Zusammenarbeit finanziert und Folgegeschäfte für die schweizerische Privatwirtschaft ermöglicht werden. Das Fallbeispiel zeigt auf, wie eng die Entwicklungszusammenarbeit⁶⁷ und die ausenwirtschaftlichen Interessen der Schweiz miteinander verbunden sein konnten.⁶⁸

Die schweizerischen Handelsbeziehungen mit Chile werden anhand eines Exportvorhabens eines Rüstungsunternehmens illustriert. Das Fallbeispiel legt dar, dass die Rüstungsindustrie nicht nur innerhalb des Parlaments, sondern auch innerhalb der Bundesverwaltung Unterstüt-

die Differenzen zwischen menschenrechtlichen und ausenwirtschaftlichen Zielen: Ebd., S. 132-145. In den folgenden beiden Überblicksdarstellungen nehmen die Aussenhandelsbeziehungen beispielsweise nur sehr wenig Platz ein: König, Mario; Kreis Georg; Meister, Franziska; Gaetano, Romano (Hrsg.): *Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren*, Zürich 1998 und Schaufelbuehl, Janick Marin (Hrsg.): *1968-1979. Ein bewegtes Jahrzehnt in der Schweiz*. Unter Mitarbeit von Nuno Pereira und Renate Schär, Zürich 2009.

⁶⁵ Über die Periodisierung der „langen Siebzigerjahre“ siehe: Ferguson, Niall: *Introduction: Crisis, What Crisis? The 1970s and the Shock of the Global*, in: Ferguson, Niall; Maier, Charles; Manela, Erez; Sargent, Daniel J. (Hrsg.): *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, London 2010, S. 1-21, hier: S. 3.

⁶⁶ Methodische Anmerkungen über Fallstudien finden sich bei Lengwiler, Martin: *Praxisbuch Geschichte. Einführung in die historische Methodenlehre*, Zürich 2011, S. 55-73 und in: Hackler, Ruben; Kinzel, Katherina (Hrsg.): *Paradigmatische Fälle. Konstruktion, Narration und Verallgemeinerung von Fall-Wissen in den Geistes- und Sozialwissenschaften*, Itinera 40, Basel 2016.

⁶⁷ Eine ausführliche Darstellung der schweizerischen Entwicklungshilfe ab den Siebzigerjahren bietet: Linke, Manfred: *Schweizerische Aussenpolitik in der Nachkriegszeit (1945-1989). Eine von amtlichen Verlautbarungen des Bundesrats ausgehende Darstellung und Analyse*, Chur und Zürich 1995, S. 352-370.

⁶⁸ Das Fallbeispiel bietet daher Anknüpfungspunkte an die gegenwärtige Auseinandersetzung über das Verhältnis der Schweiz zu Entwicklungsländern. Siehe dazu beispielsweise: Purtschert, Patricia; Lüthi, Barbara; Falk, Francesca: *Postkoloniale Schweiz: Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien*, Bielefeld 2012; Sanders, Angela: ‚Wonderland‘ Peru. Migration and the Making of an Andean Switzerland, in: Purtschert, Patricia; Fischer-Tiné, Harald (Hrsg.): *Colonial Switzerland. Rethinking Colonialism from the Margins*, Basingstoke 2015, S. 110-132 und Truong Dinh, An Lac: *Von Kühen, Fachkräften und Kapital. Persönliche Netzwerke, schweizerische Diplomatie und Entwicklungshilfe in Bhutan und Vietnam seit 1945*, Zürich 2016.

zung fand.⁶⁹ Auch beim dritten Fallbeispiel, einem Handelsgeschäft mit Argentinien im Bereich der Nukleartechnologie, war die Bundesverwaltung stark in den Prozess der politischen Entscheidungsfindung eingebunden.⁷⁰ Der Entscheid aus Bern stiess innerhalb der Bevölkerung auf grossen Widerstand.⁷¹ Die Demonstration gegen das Handelsgeschäft gilt als Mitauslöser von schweren Jugendunruhen in Winterthur.⁷²

Im Anschluss an die Einleitung widmet sich das zweite Kapitel dem wirtschaftspolitischen Hintergrund der drei Diktaturen. Anschliessend werden die schweizerischen Handelsbeziehungen mit Peru (Kapitel 3), Chile (Kapitel 4) und Argentinien (Kapitel 5) in chronologischer Reihenfolge aufgegriffen. In jedem Kapitel werden zuerst der Umfang und der politische Hintergrund der Handelsbeziehungen dargelegt. Das jeweils daran anschliessende historische Fallbeispiel bietet einen vertieften Einblick in die Handelsaktivitäten mit den Diktaturen. Am Ende jedes Kapitels findet sich ein Zwischenfazit, das die Ergebnisse länderspezifisch bespricht. Die einzelnen Handelsbeziehungen werden schliesslich im sechsten Kapitel kontextualisiert. Das Kapitel überprüft zudem die in der Einleitung aufgestellte Hypothese anhand der Ergebnisse der empirischen Untersuchung.

Quellenlage und quellenkritische Anmerkungen

Anhand welcher Quellen können die schweizerischen Handelsbeziehungen mit Argentinien, Chile und Peru dargelegt werden? Im Schweizerischen Bundesarchiv wurden mehrheitlich die Akten aus dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und dem Eidgenössischen Militärdepartement analysiert.⁷³ Während die Departemente intern und untereinander relativ offen kommunizierten, ist ihre Korrespondenz mit den schweizerischen Botschaften in Buenos Aires, Lima und Santiago de Chile oft in einer diplomatischen Sprache verfasst. Auch die Kommunikation gegen-

⁶⁹ Es ist ein Anliegen der jüngeren Geschichtswissenschaft, den Lobbyismus in der Schweiz zu erforschen. Siehe dazu: Hürlimann, Gisela; Mach, André; Rathmann-Lutz, Anja; Schaufelbuehl, Janick Marina: Lobbying in der Schweiz. Eigenheiten und Vielfalt, in: Dies. (Hrsg.): Lobbying. Die Vorräume der Macht, Zürich 2016, S. 21-31.

⁷⁰ Erste Überlegungen zu diesem Exportgeschäft habe ich bereits im folgenden Aufsatz dargelegt: Klaus, Manuel: Der Bundesrat als kollektive Skandalfigur während des Kalten Kriegs?, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 24 (2015), Heft 3, S. 102-114, hier: S. 108-109.

⁷¹ Das Fallbeispiel bietet somit Anschlussmöglichkeiten an die gegenwärtige zeithistorische Forschung über Deutschland, in der die Kritik an den staatlichen Entscheidungen im Bereich der Nukleartechnologie herausgearbeitet wurde. Siehe beispielsweise: Becker-Schaum, Christoph; Gassert, Philipp; Klimke, Martin; Mausbach, Wilfried; Zepp, Marianne (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“. Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012; Gassert, Philipp: Arbeit am Konsens im Streit um den Frieden. Die Nuklearkrise der 1980er-Jahre als Medium gesellschaftlicher Selbstverständigung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 52 (2012), S. 491-516; Hansen, Jan: Zwischen Staat und Strasse. Der Nachrüstungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie (1979-1983), in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 52 (2012), S. 517-553.

⁷² Siehe: Schmid, Erich: Verhör und Tod in Winterthur. Eine Reportage, Zürich 2002, S. 12.

⁷³ Eine Auflistung aller verwendeten Bestände befindet sich im Anhang (siehe Kapitel 7).

über einzelnen Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden ist meist sachlich oder zurückhaltend formuliert. Während im Bundesarchiv thematische Dossiers analysiert wurden, konnte einzelne Akten der Bundesverwaltung der gedruckten Quellenedition⁷⁴ und der digitalisierten Quellensammlung der Diplomatischen Dokumente der Schweiz entnommen werden.⁷⁵ Die Datenbank beinhaltet zudem biografische Informationen über Einzelpersonen und Angaben über Institutionen innerhalb der schweizerischen Politik.⁷⁶

Quellentexte in einer viel direkteren, streitlustigeren Sprache sind die Protokolle des Parlaments, die über das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung greifbar sind. Das schweizerische Parlament war ein Kommunikationsraum, in dem kontroverse Meinungen über lateinamerikanische Diktaturen geäußert wurden. Anhand der Parlamentsdebatten können strittige Aspekte der schweizerischen Aussenhandelspolitik erfasst werden.⁷⁷ Der Bundesrat reagierte auf parlamentarische Eingaben meist in einer sehr zurückhaltenden, abwägenden Sprache. Gerade wenn es um umstrittene Geschäftsbeziehungen oder um Menschenrechtsverletzungen ging, wurden die Antworten auf parlamentarische Eingaben in sprachlicher und inhaltlicher Hinsicht von den Bundesbeamten sehr sorgfältig vorbereitet.⁷⁸ Die Aussagen der Regierungsmitglieder vor dem Parlament sind dennoch wichtig. Sie bieten einige der wenigen Anlässe, bei denen der Bundesrat öffentlich zu den drei Militärdiktaturen Stellung nahm. Die Stellungnahmen wurden zudem auch im Ausland rezipiert und als Regierungserklärungen wahrgenommen.⁷⁹

Exemplarisch werden auch Zeitungsartikel als Quellentexte verwendet.⁸⁰ Das Archiv für Zeitgeschichte digitalisierte die Sammlung von Presstexten⁸¹ der Gesellschaft zur Förderung

⁷⁴ Für die vorliegende Arbeit sind die folgenden bereits erschienen Bände relevant: Diplomatische Dokumente der Schweiz, Band 24 (1967-1969), Zürich 2012 und Diplomatische Dokumente der Schweiz, Band 25 (1970-1972), Zürich 2013, Hintergrundinformationen über die Diplomatischen Dokumente der Schweiz bietet: Bürgisser, Thomas: „Dodis“ als Instrument zur Erforschung einer politischen Geschichte der Schweiz, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 20 (2013), Heft 1, S. 293-298.

⁷⁵ Siehe: www.dodis.ch

⁷⁶ Siehe: db.dodis.ch

⁷⁷ Über die Bedeutung des Parlaments im Untersuchungszeitraum siehe: Zala, Sacha: Einleitung, in: *Diplomatische Dokumente der Schweiz*, Band 24 (1.1.1967-31.12.1969), Zürich 2012, S. XXIV- XXXVII, hier S. XXXVI und Vatter, Adrian: *Das politische System der Schweiz*, Baden-Baden 2016, S. 277.

⁷⁸ Einen Einblick in den Prozess der Ausarbeitung einer Stellungnahme im Zusammenhang mit Argentinien im Jahr 1977 bietet die folgende Zusammenstellung: dodis.ch/48995

⁷⁹ Flury-Dasen, Eric: Einflussmöglichkeiten des Bundesrates auf parlamentarische Vorstösse: Fallbeispiele in der Gestaltung der schweizerischen Aussenpolitik, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Band 53 (2003), Heft 2, S. 197-217, hier: S. 210.

⁸⁰ Auf die Bedeutung von Presstexten als historische Quellen wurde von einer Vielzahl von Autoren schon hingewiesen, siehe beispielsweise: Schneider-Treffesien, Ute: *Zeitungsberichte*, in: Rusinek, Bernd-A. (Hrsg.): *Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit*, Paderborn, München, Wien und Zürich 1992, S. 153-169; Wilke, Jürgen: *Massenmedien und Zeitgeschichte aus Sicht der Publizistikwissenschaft*, in: Ders. (Hrsg.): *Massenmedien und Zeitgeschichte. Berichtsband der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) vom 20. bis 22. Mai 1998 in Mainz zum Thema Massenmedien und Zeitgeschichte*, Konstanz 1999, S. 19-31 und Steinbach, Peter: *Zeitgeschichte in Massenmedien aus Sicht der Geschichtswissenschaft*, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): *Massenmedien und Zeitge-*

der schweizerischen Wirtschaft.⁸² Im Archiv für Zeitgeschichte befindet sich der Nachlass von Hans Ulrich Steger, der sich in seinen Karikaturen mehrfach mit lateinamerikanischen Diktaturen auseinandersetzte.⁸³ Das Schweizerische Wirtschaftsarchiv stellt die Akten der Argentinischen Handelskammer in der Schweiz zur Verfügung, diese beinhalten auch gesammelte Presstexte.⁸⁴ Weitere Presstexte wurden über das Archiv der Neuen Zürcher Zeitung⁸⁵ und die digitale Sammlung „e-periodica“ der ETH Bibliothek abgerufen.⁸⁶

Um das quantitative Ausmass der schweizerischen Handelsbeziehungen mit den drei Diktaturen aufzuzeigen, wurden verschiedene statistische Daten verwendet. Ausführliche Angaben über den schweizerischen Aussenhandel liegen durch die Publikationen der Eidgenössischen Oberzolldirektion vor.⁸⁷ Die Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich stellt statistische Daten über die Webseite „historical statistics of switzerland online (hssso)“ zur Verfügung.⁸⁸ Durch die Webseite „swistoval“ des Historischen Instituts der Universität Bern konnten diese Zahlen inflationsbereinigt werden.⁸⁹ Die Aussenhandelszahlen von Argentinien, Chile und Peru basieren auf den Angaben der Vereinten Nationen.⁹⁰ Die Angaben in deren „Trade Statistics Yearbook“ werden jedoch oft in späteren Jahren korrigiert. Die schweizerische Aussenhandelsstatistik informiert auch über die nach Argentinien, Chile und Peru exportierten Rüstungsgüter, sie beinhaltet aber keine Angaben über die in diese Geschäfte involvierten Unternehmen. Über die „SIPRI Arms Transfer Database“ des

schichte. Berichtsband der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) vom 20. bis 22. Mai 1998 in Mainz zum Thema Massenmedien und Zeitgeschichte, Konstanz 1999, S. 32-52. Im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg siehe: Imhof, Kurt; Kleger, Heinz; Gaetano, Romano (Hrsg.): Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit, Zürich 1996. Hinsichtlich der Forschungsdesiderate siehe: Meier, Peter: Die Lücken schliessen. Zum (Zu-)Stand der Schweizer Mediengeschichte. Eine synoptische Bestandaufnahme, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 60 (2010), Heft 1, S. 4-12 und Clavier, Alain: Histoire de la presse en Suisse. Eléments d'un bilan, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 19 (2012), Heft 1, S. 240-248.

⁸¹ Über die Bedeutung von Zeitungsausschnittsammlungen für die Geschichtswissenschaft siehe: Ulrich, Anita: Zeitungsausschnittsammlungen – "Dokumentationen der Gegenwart für die Zukunft", in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 60 (2010), Heft 1, S. 13-22.

⁸² Signatur: AfZ: IB wf-Archiv I

⁸³ Signatur: AfZ: NL Hans U Steger

⁸⁴ Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel, Signaturen SWA Vo H XI 2b CH-RA, Wirtschaftsbeziehungen CH. Argentinien. Dokumentensammlung. Zeitungsausschnitte und SWA Vo H XI 2b CH-Südamerika, Wirtschaftsbeziehungen CH. Südamerika. Dokumentensammlung, Zeitungsausschnitte.

⁸⁵ Siehe: zeitungsarchiv.nzz.ch

⁸⁶ Siehe: www.e-periodica.ch

⁸⁷ Siehe: Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz, Bern, Jahrgänge 1966-1985.

⁸⁸ URL: www.fsw.uzh.ch/histstat/main.php, über den Hintergrund der Datenbank siehe: Hiestand, Manuel; Kammerer, Patrick: "Historical statistics of the future". Das Projekt "Online-Datenbasis zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Schweiz (2003-2005)" in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 17 (2010), Heft 1, S. 296-299.

⁸⁹ URL: swistoval.hist-web.unibe.ch, über den Hintergrund dieses Geldwertrechners siehe: Pfister, Christian; Studer, Roman: „Swistoval“: der Historische Geldwertrechner für die Schweiz ab 1800, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 17 (2010), Heft 1, S. 272-285.

⁹⁰ United Nations: Yearbook of International Trade Statistics, New York, Jahrgänge 1966-1985.

Stockholm International Peace Research Institute lassen sich diese Informationen teilweise eruieren. Die Datenbank beinhaltet zudem Angaben über die Lizenzvergaben der schweizerischen Rüstungsindustrie in Lateinamerika. Die abrufbaren Daten über das schweizerische Kriegsmaterial in Argentinien, Chile und Peru sind vielfältig, die Angaben über sie aber nicht vollständig.⁹¹

Die einleitende Episode verdeutlichte das Interesse des Finanzplatzes an der argentinischen Militärdiktatur. Über das Ausmass der schweizerischen Finanzgeschäfte mit lateinamerikanischen Diktaturen sind nur wenige Quellen öffentlich greifbar. Aufgrund einer Gesetzesänderung publizierte die Schweizerische Nationalbank ab dem Jahr 1974 Angaben über die Auslandsverflechtung der schweizerischen Banken.⁹² Während die Guthaben und Verpflichtungen gegenüber Argentinien offengelegt wurden, fehlen die Angaben über Chile und Peru.⁹³ Die Schweizerische Nationalbank eruierte ihre Daten an Stichtagen. Es liegen darum keine Angaben vor, wie sich die Auslandsverflechtung innerhalb eines Jahres veränderte.⁹⁴ Aussagen darüber, inwiefern politische Ereignisse in Lateinamerika die Auslandsverflechtung der schweizerischen Banken unmittelbar beeinflussten, sind daher nicht möglich. Auch wenn statistische Angaben über Argentinien vorliegen, lässt dies keine konkreten Rückschlüsse darüber zu, wie das Geld eingesetzt wurde. Die Schweizerische Nationalbank erklärte in dieser Hinsicht im Jahr 1974: „Die zugeflossenen Auslandsgelder finden weitgehend Anlage in inländischen und ausländischen Aktien, Obligationen und Anteilscheinen von Investment-Trusts oder werden für den Kauf von Grundstücken oder Häusern in der Schweiz verwendet.“⁹⁵ Abgesehen von der Aussage, „dass die Banken liquiditätspolitisch gezwungen sind, ihre nicht benötigten Mittel grösstenteils auf den internationalen Geldmärkten anzulegen“, fehlen Angaben darüber, welche Finanzgeschäfte mit schweizerischem Vermögen im Ausland getätigt wurden.⁹⁶ Aufgrund des ereignisreichen wirtschaftspolitischen Hintergrunds in Lateinamerika – dem sich das nächste Kapitel widmen wird – wären Quellen über den Einsatz von schweizerischem Geld in dieser Weltregion wünschenswert.

⁹¹ URL: <https://www.sipri.org/databases>

⁹² Volkswirtschaftliche und Statistische Abteilung der Schweizerischen Nationalbank: Das schweizerische Bankwesen im Jahr 1974, Zürich 1975, S. 3.

⁹³ Ebd., S. 31.

⁹⁴ Ebd., S. 26.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Ebd.

2. Feudalismus, Finanztheorien und Folter – der wirtschaftspolitische Hintergrund der drei Militärdiktaturen

Einige Monate nachdem im Oktober 1968 in Peru der Militärputsch stattfand, veröffentlichte Eric Hobsbawm einen Aufsatz, in dem er sich mit dem peruanischen Grundbesitz auseinandersetzte. Eindrücklich beschrieb er, welche Vorteile man als Landeigentümer in Peru hatte: „For anyone with enough money to buy an estate, let alone the good fortune to inherit one, a high rate of profit without risk, or indeed without major current outlays, was almost certain. Even if the bottom temporarily fell out of some market, he risked no actual loss, but merely forwent his usual gain. Few gamblers have had the luck to toss two-headed coins so consistently.“⁹⁷

Über zwei Jahrzehnte später setzte sich Hobsbawm in seinem Werk „Das Zeitalter der Extreme“ auch mit Perus Nachbarland Chile auseinander. Er beschrieb die chilenische Militärdiktatur durch die „offiziell und halboffiziell angeordneten Exekutionen und Massaker, die systematische Folterung von Häftlingen und das Massenexil von politischen Gegnern.“⁹⁸ Er fügte an: „Der Juntachef General Pinochet sollte siebzehn Jahre an der Macht bleiben. Er nutzte sie, um Chile eine ultraliberale Wirtschaftspolitik aufzuzwingen, und bewies damit unter anderem, dass politischer Liberalismus und Demokratie keine natürlichen Partner des Wirtschaftsliberalismus sind.“⁹⁹

Seien es neofeudale Besitzverhältnisse, die grosse Einkommensunterschiede produzierten oder marktorientierte Wirtschaftsreformen, die nur mit Gewalt etabliert werden konnten – die lateinamerikanische Wirtschaftsgeschichte im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts war facettenreich. Die wirtschaftspolitischen Reformen, die in den drei Diktaturen durchgeführt wurden, werden daher in diesem Kapitel zusammenfassend dargestellt, um damit die schweizerischen Handelsbeziehungen mit Argentinien, Chile und Peru kontextualisieren zu können.

⁹⁷ Hobsbawm, Eric John Ernest: A Case of Neo-Feudalism: La Convención, Peru, in: Journal of Latin American Studies, Vol. 1, No. 1 (May 1969), S. 31-50, hier: S. 43.

⁹⁸ Ders.: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2014, S. 549.

⁹⁹ Ebd.

Umgestaltung der peruanischen Wirtschaftsordnung durch das Militär

Wie bereits anhand des Zitats von Eric Hobsbawm verdeutlicht wurde, gab es in den ländlichen Gebieten Perus grosse ökonomische Unterschiede zwischen einigen wenigen vermögenden Landbesitzern und der Mehrheit der Bevölkerung, die auf Arbeit im landwirtschaftlichen Sektor angewiesen war. Der peruanische Staatspräsident Fernando Belaúnde Terry versuchte im Verlauf der Sechzigerjahre aufgrund politischen Widerstands erfolglos, mit einer Agrarreform den Bodenbesitz gerechter zu verteilen. Auch seine auf die Stärkung der einheimischen Industrie fokussierte Wirtschaftspolitik wurde vom Parlament nicht mitgetragen. Die Ergebnisse seiner Politik enttäuschten auf zahlreichen Ebenen. Innerhalb der Bevölkerung erhöhte sich die negative Stimmung über die schlechte Entwicklung der peruanischen Volkswirtschaft. Die manifestierte sich nicht zuletzt darin, dass unterschiedliche Guerillabewegungen gegründet wurden.¹⁰⁰

In dieser unruhigen Lage übte das peruanische Militär einen Staatsstreich aus. Es ging den Generälen, die von Juan Velasco Alvarado angeführt wurden, nicht nur um die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, sondern auch darum, Peru grundlegend neu zu gestalten. Sie wollten ihre autoritäre Herrschaft dazu nutzen, den Bodenbesitz mit einer Landreform neu zu verteilen. Die Junta stellte auch das bisherige Wirtschaftssystem in Frage. Besonders kritisch zeigten sie sich gegenüber der peruanischen Auslandsabhängigkeit.¹⁰¹ Bereits am ersten Tag nach dem Militärputsch beendete die Junta die peruanische Zusammenarbeit mit der nordamerikanischen International Petroleum Company und nahm einige Tage später durch Armee-truppen ein Erdöllager in Besitz. Weite Teile der Bevölkerung zeigten sich über diese ersten Amtshandlungen erfreut.¹⁰² Im Juli 1969 leiteten die Generäle eine Bodenreform ein. Innerhalb weniger Jahre entzog das Militär den Grossgrundbesitzern mehrere Millionen Hektar Boden. Ein kleiner Teil davon erhielten einfache Bauern, der grösste Teil wurde für eine kollektiv organisierte Landwirtschaft eingesetzt.¹⁰³ Mit einer neuen Gesetzgebung wurde schliesslich ab 1972 stark in die peruanische Industrie eingegriffen. Die für die Entwicklung der peruanischen Wirtschaft besonders relevant beurteilten Industriezweige wie beispielsweise die Stahl- oder Chemieindustrie wurden neu staatlich gelenkt. Zahlreiche ausländische Unternehmen wurden enteignet. Die Gesetzgebung schrieb zudem vor, dass die Arbeitnehmer mehr Mitspracherecht erhalten und am Erfolg der Firmen beteiligt werden müssen.¹⁰⁴

¹⁰⁰ Vgl. Absatz mit: König, Hans-Joachim: Kleine Geschichte Lateinamerikas, Stuttgart 2009, S. 667-669.

¹⁰¹ Ebd., S. 669.

¹⁰² Ebd., S. 670.

¹⁰³ Ebd., S. 671.

¹⁰⁴ Ebd., S. 671-672.

Zahlreiche Projekte in der Industrie und Landwirtschaft wurden mit Steuergeldern finanziert. Zwei Jahre nach der Einführung der neuen Industriegesetzgebung war die Junta für die Mehrheit der Investitionen in Peru verantwortlich. Weil die Steuereinnahmen dafür nicht ausreichten, verschuldete sie sich stark im Ausland.¹⁰⁵ 1975 kam es innerhalb der Junta zu einem Führungswechsel. Wie später dargestellt wird, wurde General Francisco Morales Bermúdez Cerruti von ausländischen Beobachtern als wirtschaftsliberaler Hoffnungsträger wahrgenommen. Seine Wirtschaftspolitik lässt sich jedoch nur schwer einordnen. Unter seiner Führung wurde die peruanische Währung massiv entwertet. Es wurden daher weniger ausländische Güter eingeführt. Die Staatsausgaben wurden unter Morales Bermúdez minimiert, zahlreiche Staatsangestellte verloren dadurch ihren Arbeitsplatz. Die Junta beabsichtigte zudem, die bisher mehrheitlich vom Staat regulierte Industrie wieder durch in- und ausländisches Kapital in private Hände zu übergeben. Weite Teile der Bevölkerung gehörten zu den Verlierern dieser Wirtschaftspolitik. Mit mehreren Generalstreiks protestierten die Peruanerinnen und Peruaner gegen die Junta.¹⁰⁶ Im Gegensatz zum Beginn der Diktatur zielte Morales Bermúdez' Wirtschaftspolitik nicht darauf ab, Peru grundlegend umzugestalten. Angesichts der schwierigen ökonomischen Lage war es notwendig, den Andenstaat möglichst schnell aus der Krise zu führen. Seine Politik stiess auf breiten Widerstand.¹⁰⁷

Auf die Kritik der peruanischen Bevölkerung reagierte Morales Bermúdez widersprüchlich. Einerseits ging er gegen Demonstrierende und Streikende gewaltsam vor. Ein solches Verhalten war in der peruanischen Diktatur bisher weitgehend unbekannt.¹⁰⁸ Andererseits proklamierte Morales Bermúdez anlässlich des Todes seines Vorgängers Juan Velasco Alvarado, dass er sich vermehrt für soziale Anliegen einsetzen werde. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als es bei den militärischen Einsätzen gegen die Demonstrierenden zu Toten kam.¹⁰⁹ Kritischen Beobachtern war damals bereits ersichtlich, dass Velasco Alvarados Bemühungen, die peruanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verändern, gescheitert waren. Eduardo Galeano veröffentlichte beispielsweise kurze Zeit nach Velasco Alvarados Tod eine Neuauf-

¹⁰⁵ Fuhr, Harald; Hörmann, Marion: Peru, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika, Bonn 1995, S. 441-480, hier: S. 450. Dass Peru zahlreiche Kredite aus dem Ausland erhielt, hing vor allem damit zusammen, dass damals für peruanische Rohstoffe viel bezahlt wurde und man auf Erdölvorkommen hoffte, siehe dazu: Schydrowsky Daniel M.; Wicht, Juan J.: The Anatomy of an Economic Failure, in: McClintock, Cynthia; Lowenthal, Abraham F. (Hrsg.): The Peruvian Experiment Reconsidered, Princeton 1983, S. 94-143, hier: S. 117.

¹⁰⁶ Fuhr, Harald; Hörmann, Marion: Peru, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika, Bonn 1995, S. 441-480, hier: S. 450.

¹⁰⁷ Booth, David; Sorj, Bernardo: Introduction, in: Dies. (Hrsg.): Military Reformism and Social Class. The Peruvian Experience, 1968-80, New York 1983, S. 1-13, hier: S. 1.

¹⁰⁸ König, Hans-Joachim: Kleine Geschichte Lateinamerikas, Stuttgart 2009, S. 673.

¹⁰⁹ Siehe dazu: „Alpandino Monatsbericht Januar 1978“ (Vertraulich), 03.02.1978, S. 1, Anhang von: Béglé, Henry an die Handelsabteilung: „Rapport ALPANDINO/Janvier 1978“, 07.02.1978, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#4937*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1976-1978.

lage seines Buches „Die offenen Adern Lateinamerikas“. In einem aktualisierten Vorwort schrieb er darüber, dass durch den peruanischen General zwar „der umfangreichste und tiefgreifendste Versuch einer Veränderung in der gegenwärtigen Geschichte seines Landes“ stattfand, doch „als Velasco Alvarado starb, war schon lange vorher die Totenmesse für seine Revolution gefeiert worden.“¹¹⁰ Der Widerstand der Bevölkerung gegen Morales Bermúdez’ Politik führte schliesslich dazu, dass die Junta einen Redemokratisierungsprozess einleitete.¹¹¹ Die Erfolgsbilanz der Diktatur war ernüchternd. Unter Velasco Alvarado stiegen zwar die Löhne an und die Anzahl der Arbeitssuchenden verringerte sich. Durch Morales Bermúdez’ Politik wurde diese Entwicklung jedoch in kurzer Zeit wieder rückgängig gemacht.¹¹² Auch die Agrarreform war nur bedingt erfolgreich. Innerhalb Lateinamerikas gelang es zwar nur wenigen anderen Staaten, eine Agrarreform in dieser Grössenordnung durchzuführen.¹¹³ Die Produktivität der peruanischen Landwirtschaft litt jedoch stark darunter. Weil die Junta billige Nahrungsmittel zur Verfügung stellen wollte, griff sie in den Agrarsektor ein und förderte gleichzeitig den Import von günstigen Esswaren. Die peruanischen Kleinbauern besaßen dank der Junta Land, deren politischen Entscheide verunmöglichten es ihnen aber, gut davon leben zu können.¹¹⁴ Wie andere vor ihr, versäumte auch diese peruanische Regierung, die anhaltenden sozioökonomischen Schwierigkeiten der Landbevölkerung zu lösen. Dieses Versäumnis sollte dieses Mal aber zu einem längerfristigen Problem führen. Während der Diktatur wurde die äusserst gewaltbereite Guerillabewegung Sendero Luminoso gegründet, die auch nach der Redemokratisierung Perus weiterkämpfte.¹¹⁵ In vielen anderen Diktaturen Lateinamerikas waren vor allem die Siebzigerjahre durch ein besonders hohes Mass an Gewalt

¹¹⁰ Galeano, Eduardo: Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart. Erweiterte Auflage, Wuppertal 2008, S. 16.

¹¹¹ Fuhr, Harald; Hörmann, Marion: Peru, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika, Bonn 1995, S. 441-480, hier: S. 450 und in Hinblick auf die Proteste: Mauceri, Philip: The Transition to „Democracy“ and the Failures of Institution Building, in: Cameron, Maxwell A.; Mauceri, Philip (Hrsg.): The Peruvian Labyrinth. Polity, Society, Economy. With a Foreword by Cynthia McClintock and Abraham Lowenthal, Pennsylvania 1997, S. 13-36, hier: S. 24-29.

¹¹² Fuhr, Harald; Hörmann, Marion: Peru, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika, Bonn 1995, S. 441-480, hier: S. 450.

¹¹³ Havens, Eugene A.; Lastarria-Cornhiel, Susana; Otero, Gerardo: Class Struggle and the Agrarian Reform Process, in: Booth, David; Sorj, Bernardo (Hrsg.): Military Reformism and Social Class. The Peruvian Experience, 1968–80, New York 1983, S. 14-39, hier: S. 35. Christian Suter führt als Gegenargument an, dass innerhalb der Bevölkerung teilweise gar nicht verstanden worden sei, warum die Junta das kollektivierende Anliegen verfolgte. Siehe: Suter, Christian: Gute und schlechte Regimes, Staat und Politik Lateinamerikas zwischen globaler Ökonomie und nationaler Gesellschaft, Frankfurt am Main 1999, S. 154-155.

¹¹⁴ Vgl. Absatz mit: König, Hans-Joachim: Kleine Geschichte Lateinamerikas, Stuttgart 2009, S. 674.

¹¹⁵ Ebd., S. 675.

geprägt. In Peru setzte erst nach dem Ende der Diktatur ein äusserst konfliktreicher Zeitabschnitt ein, der bis weit in die Neunzigerjahre andauern sollte.¹¹⁶

Amerikanische Wirtschaftstheorien für Chile

Ähnlich wie in Peru setzte sich die chilenische Wirtschaftspolitik im 20. Jahrhundert mehrheitlich mit der Frage auseinander, wie einflussreich das Ausland auf den eigenen Wirtschaftsstandort sein darf. Ab den Zwanzigerjahren suchten chilenische Ökonomen nach Möglichkeiten, wie die eigene Volkswirtschaft weniger von ausländischen Gütern abhängig sein könnte. Spätestens als sich die Weltwirtschaftskrise aufgrund des traditionell hohen Imports ausländischer Güter besonders stark auf Chile auswirkte, war auch der politische Wille vorhanden, staatlich vermehrt in die Wirtschaft einzugreifen. Wie in anderen lateinamerikanischen Staaten versuchte man auch in Chile anhand einer sogenannten Importsubstitutionsstrategie die einheimische Industrie zu stärken. Während einigen Jahrzehnten war diese Wirtschaftspolitik durchaus erfolgreich, mehrere Industriezweige wurden von staatlichen Betrieben dominiert. Die wichtigste Stütze der chilenischen Volkswirtschaft blieb aber weiterhin der Kupferabbau, auch wenn dieser mehrheitlich in der Hand nordamerikanischer Unternehmen war. Die chilenische Regierung verdankte dem weltweiten Absatz des Schwermetalls nicht nur den grössten Teil der Fremdwährungen, sondern auch beachtliche Teile der Steuereinnahmen. Die Einnahmen durch den Kupferexport waren aber schlecht vorhersehbar, weil der Kupferpreis äusserst volatil war. Die hohe Bedeutung des Kupfers für die eigene Volkswirtschaft führte auch zu einer äusserst kritischen Haltung gegenüber den nordamerikanischen Unternehmen, die ebenfalls stark von den chilenischen Kupfervorkommen profitierten.¹¹⁷ Ab 1958 setzte sich der konservative chilenische Staatspräsident Jorge Alessandri für wirtschaftsliberale Reformen ein. Während seiner Regierungszeit intensivierten sich daher die ökonomischen Beziehungen zwischen Chile und den Vereinigten Staaten. Alessandris Wirtschaftspolitik war insgesamt nicht erfolgreich. Das Wachstum der einheimischen Industrie stagnierte, weil die Chileninnen und Chilenen wieder vermehrt ausländische Güter erwarben. Gleichzeitig belasteten mehrere Naturkatastrophen den chilenischen Haushalt unerwartet stark. 1964 wurde mit dem Christdemokraten Eduardo Frei ein Politiker zu seinem Nachfolger, der grössere staatliche Eingriffe in die chilenische Wirtschaft forderte. Unterstützt wurde er unter anderem von wirtschaftsliberalen Kreisen, die dadurch eine Präsidentschaft des sozia-

¹¹⁶ Siehe dazu: Roberts, Kenneth; Peceny, Mark: Human Rights and United States Policy towards Peru, in: Cameron, Maxwell A.; Mauceri, Philip (Hrsg.): The Peruvian Labyrinth. Polity, Society, Economy. With a Foreword by Cynthia McClintock and Abraham Lowenthal, Pennsylvania 1997, S. 192-222, hier: S. 192-193.

¹¹⁷ Vgl. Absatz mit: Rinke, Stefan: Kleine Geschichte Chiles, München 2007, S. 102-107.

listischen Kandidaten Salvador Allende abwenden wollten.¹¹⁸ Diese Ausgangslage erschwerte den Erfolg seiner politischen Reformen. Obwohl der chilenische Staat durch ein revidiertes Steuersystem und einem vorteilhaften Kupferpreis mehr Geld zur Verfügung hatte, fand Frei für seine Ideen kaum Unterstützung. Für die Privatwirtschaft war der Staatspräsident zu wenig liberal, für die Gewerkschaften zu wenig solidarisch.¹¹⁹

Die politischen Gräben in Chile führten schliesslich dazu, dass Salvador Allende bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 1970 36.5 Prozent der Stimmen erhielt und dank eines Bündnisses mit den Christdemokraten neuer Staatspräsident werden konnte.¹²⁰ Der Wahlsieg des Sozialisten sorgte weltweit für grosse Aufmerksamkeit. Innerhalb kurzer Zeit verlor die chilenische Wirtschaft das Vertrauen. Chilenische Aktien haben schlagartig an Wert verloren. Besorgte Chileninnen und Chilenen hoben ihr Angespertes bei den Finanzinstituten abhoben. Aus Angst vor den Auswirkungen der kommenden Geld- und Wirtschaftspolitik wurden Vermögen ins Ausland transferiert.¹²¹ Auch innerhalb der schweizerischen Bundesverwaltung sorgte man sich darum, dass schweizerische Wirtschaftsinteressen in Chile beeinträchtigt werden.¹²²

Die Rahmenbedingungen für die ökonomische Entwicklung Chiles waren aber nicht schlecht. In den späten Sechziger- und frühen Siebzigerjahren konnten zahlreiche Staaten auf dem Subkontinent ihre Wirtschaftsleistung verbessern.¹²³ Entgegen den Erwartungen konnte Allende daher im ersten Jahr seiner Präsidentschaft durchaus ökonomische Erfolge erzielen. Weite Teile der Bevölkerung schienen von seiner Politik zu profitieren. Seine Partei konnte zumindest einige Wahlerfolge vorweisen. Der wirtschaftliche Aufschwung hielt aber nicht lange an. Falsche Entscheidungen führten zudem zu einer problematischen Geldentwertung. Aufgrund der kritischen Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Allende wurde es für Chile immer schwieriger, unter guten Bedingungen internationale Kredite zu erhalten.¹²⁴

Unter Allende wurde die chilenische Kupferindustrie nationalisiert. Dieser Entscheid wurde von weiten Teilen der Bevölkerung begrüsst, er hatte aber weitreichende Konsequenzen. Mit den amerikanischen Angestellten verloren die Unternehmen Fachwissen, die Produktivität der

¹¹⁸ Vgl. Absatz mit Ebd., S. 133-136.

¹¹⁹ Siehe: Ebd., S. 138-139.

¹²⁰ Siehe: Ebd., S. 142-143.

¹²¹ Ebd., S. 144.

¹²² Schmid, Stefan; Widmer, Joël: Die Schweiz und das sozialistische Experiment Salvador Allendes. Die Beziehung der schweizerischen Eidgenossenschaft zur Republik Chile von 1967 bis 1974, Lizentiatsarbeit Universität Bern 2004.

¹²³ Siehe: Adelman, Jeremy: International Finance and Political Legitimacy: A Latin American View of the Global Shock, in: Ferguson, Niall; Maier, Charles; Manela, Erez; Sargent, Daniel J. (Hrsg.): The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, London 2010, S. 113-127, hier: S. 119.

¹²⁴ Vgl. Absatz mit: Brands, Hal: Latin America's Cold War, Cambridge (Massachusetts) und London 2012, S. 116-117.

Kupferindustrie nahm deutlich ab. Erschwerend kam hinzu, dass der Kupferpreis sank. Chile fehlten dadurch wichtige Einnahmen und Devisen. Dies wirkte sich auch auf die Löhne der Arbeiter aus, die daraufhin ihre Arbeit niederlegten. Die Kupferindustrie sollte nicht der einzige Teil der Privatwirtschaft bleiben, der verstaatlicht werden sollte. Vor dem Militärputsch war nur noch ein Fünftel der chilenischen Wirtschaft in privater Hand.¹²⁵

In Chile entbrannte ein Konflikt zwischen den politisch linken und rechten Kräften, der immer gewaltsamere Folgen hatte. In dieser äusserst unruhigen Zeit kam es im Juni 1973 zu einem ersten Putschversuch von Armeeinghörigen, der scheitern sollte. Es dauerte nicht lange, bis ein nächster Versuch unternommen wurde – diesmal erfolgreich. Unter General Augusto Pinochet wurde Chile im September 1973 zu einer Militärdiktatur, in der gegen politische Gegner mit aller Härte vorgegangen wurde.¹²⁶ Die Junta öffnete den chilenischen Markt sukzessive. Ein anhaltendes Problem blieb die Geldentwertung. Pinochet verschob deshalb im Jahr 1975 die Verantwortung für die chilenische Wirtschafts- und Finanzpolitik von Armeeinghörigen zu einer Gruppe von Zivilpersonen, die oft als „Chicago-Boys“ bezeichnet werden. Die „Chicago-Boys“ versuchten anhand eines „Schockprogramms“ die Staatsausgaben zu verkleinern und die chilenische Währung zu stärken. Zahlreiche Reformen führten dazu, dass die chilenische Wirtschaft liberalisiert und Handelshemmnisse weiter abgebaut wurden. Am Ende der Siebzigerjahre führte dies zu einem Konjunkturaufschwung. Wirtschaftskreise im In- und Ausland applaudierten und nannten es ein „Wirtschaftswunder“.¹²⁷ In die Veränderungen involviert war auch Milton Friedman, der mehrmals in der Diktatur war.¹²⁸ Der amerikanische Ökonom und der chilenische Diktator standen zudem brieflich in Kontakt.¹²⁹ Mit Friedrich August von Hayek reiste zudem ein zusätzlicher prominenter Wirtschaftswissenschaftler in das südamerikanische Land.¹³⁰

Der Konjunkturanstieg wurde jedoch nicht zuletzt durch ausländische Gelder finanziert. Die chilenische Abhängigkeit von westlichen Staaten stieg stark an. Folgeschwer war auch die Währungspolitik, an die man ab 1979 festhielt. Dank einer Wechselkursparität zum amerikanischen Dollar konnte die Inflation teilweise gestoppt werden, auf dem Devisenmarkt war der

¹²⁵ Vgl. Absatz mit: Rinke, Stefan: Kleine Geschichte Chiles, München 2007, S. 146-147.

¹²⁶ Ausführlich dazu: Ebd., S. 155-160.

¹²⁷ Nohlen, Dieter; Nolte, Detlef: Chile, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika, Bonn 1995, S. 277-338, hier: S. 292-293.

¹²⁸ Siehe: Ensalaco, Mark: Chile under Pinochet. Recovering the Truth, Philadelphia (Pennsylvania) 2000, S. 126.

¹²⁹ Fischer, Karin: The Influence of Neoliberals in Chile before, during and after Pinochet, in: Mirowski, Philip; Plehwe, Dieter (Hrsg.): The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective, Cambridge und London 2009, S. 305-346, hier: S. 319.

¹³⁰ Siehe: Solimano, Andrés: Chile and the Neoliberal Trap. The Post-Pinochet Era, Cambridge, New York, Melbourne, Madrid, Cape Town, Singapore, São Paulo, Dehli, Mexico City 2012, S. 25.

Peso dadurch aber massiv überbewertet.¹³¹ Die Bevölkerung konnte gegen die teilweise äusserst unpopulären wirtschaftspolitischen Massnahmen keinen Widerstand ergreifen, weil die „Chicago-Boys“ ihre Reformen dank der Unterstützung der Armee autoritär durchsetzen konnten. Entgegen der öffentlich proklamierten Liberalisierungsabsichten griff auch die Militärdiktatur gesamthaft beträchtlich in die Wirtschaft ein.¹³²

Die sollte sich nicht zuletzt in der schweren Finanzkrise zeigen, unter der Chile in den frühen Achtzigerjahren litt. Der weitgehend liberalisierte Finanzsektor verschuldete sich in der Zeit des Wirtschaftswachstums stark.¹³³ Ab 1982 befand sich Lateinamerika in einer Schuldenkrise, deren Auswirkungen mehrere Jahre lang in den Handelsbeziehungen zu spüren waren.¹³⁴ In Chile konnten zahlreiche Finanzinstitute nur dank staatlicher Hilfe gerettet werden. Die Ausgaben dafür betrugen mehrere Milliarden US-Dollar.¹³⁵ Entgegen der bisherigen Politik begrenzte der chilenische Staat nun die Möglichkeiten, mit dem Ausland Finanzgeschäfte zu betreiben.¹³⁶

Während die Banken staatlich gerettet wurden, hielt die Diktatur an ihrem Sparmassnahmen im Bereich des Sozialstaats fest. Fast ein Drittel der Bevölkerung war 1982 erwerbslos, ein noch grösserer Teil der Chileninnen und Chilenen galt als arm.¹³⁷ Die hohe Arbeitslosigkeit hing nicht zuletzt damit zusammen, dass die Wirtschaftspolitik zu einem Abbau der Industrie führte.¹³⁸

Die Junta übergab in der Krise die Verantwortung über die Wirtschafts- und Finanzpolitik in die Hand einer jüngeren Generation von Ökonomen, die über wenig Erfahrung verfügte.¹³⁹

¹³¹ Nohlen, Dieter; Nolte, Detlef: Chile, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika, Bonn 1995, S. 277-338, hier: S. 293.

¹³² Rinke, Stefan: Kleine Geschichte Chiles, München 2007, S. 162-163. Gemäss Rinke waren staatliche Interventionen auch in anderen lateinamerikanischen Diktaturen, die sich öffentlich zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik bekannten, ein weit verbreitetes Phänomen. Siehe: Rinke, Stefan: Geschichte Lateinamerika. Von den frühesten Kulturen bis zur Gegenwart, München 2010, S. 109-110.

¹³³ Nohlen, Dieter; Nolte, Detlef: Chile, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika, Bonn 1995, S. 277-338, hier: S. 293.

¹³⁴ Suter, Christian: Weltwirtschafts- und Globalisierungskrise in Lateinamerika: Ursachen, Folgen, Überwindungsstrategien, in: Feldbauer, Peter; Hardach, Gerd; Melinz, Gerhard (Hrsg.): Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929-1999). Wohin treibt die Peripherie?, Frankfurt am Main 1999, S. 145-159, hier: S. 146-148. Über die Schuldenproblematik siehe: Ward, John: Latin America. Development and conflict since 1945, London and New York, 1997, S. 40-43.

¹³⁵ Nohlen, Dieter; Nolte, Detlef: Chile, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika, Bonn 1995, S. 277-338, hier: S. 293.

¹³⁶ Lukauskas, Arvid; Minushkin, Susan: Explaining Styles of Financial Market Opening in Chile, Mexico, South Korea, and Turkey, in: International Studies Quarterly, Vol. 44, Issue 4 (December 2000), S. 695-723, hier: S. 715.

¹³⁷ Straßner, Alexander: Militärdiktaturen im 20. Jahrhundert. Motivation, Herrschaftstechnik und Modernisierung im Vergleich, Wiesbaden 2013, S. 197.

¹³⁸ Siehe dazu: Gwynne, Robert N.: The Deindustrialization of Chile, 1974-1984, in: Bulletin of Latin American Research, Vol. 5, No. 1 (1986), S. 1-23.

¹³⁹ Valdés, Juan Gabriel: Pinochet's Economists. The Chicago School in Chile, Cambridge, New York, Melbourne, Madrid, Cape Town, Singapore und São Paulo 2008, S. 10-11.

Sie verfolgten keine einheitliche Wirtschaftspolitik.¹⁴⁰ Erst mit der Ernennung von Hernán Büchi zum Finanzminister sollte die chilenische Wirtschaftspolitik wieder stabiler werden. Büchi setzte sich für eine massvollere Liberalisierungspolitik ein.¹⁴¹ Es gelang ihm damit, gewisse Erfolge zu erzielen.¹⁴² Büchis erfolglose Kandidatur bei den demokratischen Präsidentschaftswahlen 1989 zeigt aber nicht zuletzt, dass von seiner Wirtschaftspolitik nur eine Minderheit profitierte.¹⁴³

Gewaltsame Durchsetzung der Wirtschaftspolitik in Argentinien

Als die argentinische Armee 1976 an die Macht putschte, hatte Argentinien bereits ein politisch äusserst unruhiges Jahrzehnt hinter sich. Im Zentrum der jahrelangen Konflikte standen nicht zuletzt ökonomische Anliegen. Gegen die Wirtschaftspolitik der Militärdiktatur von Juan Carlos Onganía demonstrierten in den späten Sechzigerjahren sowohl Studenten- als auch Gewerkschaftsbewegungen. Auf dem Land, aber auch in den Städten bildeten sich unterschiedliche Guerillatruppen, die gegen die Diktatur kämpften. Ihnen standen neben der argentinischen Armee und Polizei neu gegründete rechte Bewegungen gegenüber.¹⁴⁴

Innerhalb kurzer Zeit kam es zu mehreren Wechseln an der Spitze des argentinischen Staates. 1973 wählte die Bevölkerung Juan Domingo Perón erneut zum Staatspräsidenten. Die grossen Hoffnungen, die in den fast achtzigjährigen Politiker gesetzt wurden, sollten jedoch mehrheitlich enttäuscht werden. Es gelang auch Perón nicht, die politische Lage in Argentinien zu beruhigen, die weiterhin von gewaltsamen Auseinandersetzungen geprägt war.¹⁴⁵ Die Lage im lateinamerikanischen Land verschlechterte sich zudem durch die Ölkrise, die zu zahlreichen ökonomischen Problemen führte. In dieser innenpolitisch und wirtschaftlich schwierigen Situation wurde Isabel Perón nach dem Tod ihres Mannes argentinische Staatspräsidentin.¹⁴⁶ Sie fand keine Lösung gegen die innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme: Die hohen Inflationsraten sorgten für grossen Unmut in der Bevölkerung. Durch Guerillabewegungen kam

¹⁴⁰ Ebd., S. 263.

¹⁴¹ Nohlen, Dieter; Nolte, Detlef: Chile, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika, Bonn 1995, S. 277-338, hier: S. 294.

¹⁴² Siehe: Ebd., sowie Rey, Romeo: Geschichte Lateinamerikas vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2006, S. 79 und Rinke, Stefan: Kleine Geschichte Chiles, München 2007, S. 169.

¹⁴³ Valdés, Juan Gabriel: Pinochet's Economists. The Chicago School in Chile, Cambridge, New York, Melbourne, Madrid, Cape Town, Singapore und São Paulo 2008, S. 272.

¹⁴⁴ Vgl. Absatz mit: Riekenberg, Michael: Kleine Geschichte Argentiniens, München 2009, S. 166-170.

¹⁴⁵ Vgl. Absatz mit Ebd., S. 170-172.

¹⁴⁶ Siehe: Carreras, Sandra; Potthast, Barbara: Eine kleine Geschichte Argentiniens, Berlin 2013, S. 216.

es zu weiteren gewaltsamen Ausschreitungen.¹⁴⁷ Die Gewerkschaften wehrten sich gegen Peróns Politik, indem sie einen Generalstreik initiierten.¹⁴⁸

Die argentinische Armee putschte schliesslich im März 1976 gegen die Staatspräsidentin und ging mit äusserst brutalen Mitteln gegen ihre politischen Gegner vor. Je nach Schätzung wurden von der Junta bis zu 30'000 Personen getötet. Sie wandten dabei grausame Folter- und Exekutionsmethoden an, wobei Tausende Opfer nie gefunden wurden.¹⁴⁹ Die Gewalt richtete sich nicht zuletzt auch gegen die Gewerkschaften.¹⁵⁰ Die wirtschaftliche Umgestaltung Argentiniens war eines der übergeordneten Anliegen der Junta. Nach dem Staatstreich wurden deswegen zahlreiche wirtschaftsliberale Reformen eingeleitet. Wirtschaftsminister José Alfredo Martínez de Hoz versuchte den argentinischen Markt durch den Abbau von Handelshemmnissen und Kapitalverkehrskontrollen möglichst attraktiv zu machen. Gleichzeitig versuchte man, die staatlichen Leistungen in zahlreichen Bereichen massiv zu reduzieren. Durch eine Abwertung der argentinischen Währung wurde darauf abgezielt, mehr einheimische Güter exportieren zu können. Die Vergütungen für Arbeitskräfte wurden einschneidend gekürzt. Trotz dieser Massnahmen litt die argentinische Volkswirtschaft unter der Inflation. Die Reformen stiessen bei internationalen Kreditgebern dennoch auf Gefallen.¹⁵¹ Gesamthaft gesehen, war die argentinische Wirtschaftspolitik während der Militärdiktatur jedoch durch ihre „Ambivalenz und Widersprüchlichkeit“ geprägt.¹⁵² So wurden beispielsweise nicht alle Bereiche der Wirtschaft liberalisiert. Der Staat griff weiterhin stark in diejenigen Wirtschaftsbereiche ein, die eine besondere Bedeutung für die argentinische Volkswirtschaft hatten.¹⁵³

Dank der Unterstützung durch ausländische Gelder wuchs die argentinische Wirtschaft zuerst stark. Der Optimismus in Hinblick auf den längerfristigen ökonomischen Erfolg schien unbegrenzt zu sein. Während der Diktatur stieg daher die Auslandsverschuldung um das Sechsfache an. Die verheerenden Folgen dieser Wirtschaftspolitik zeigten sich in den frühen Achtzigerjahren, als zahlreiche lateinamerikanische Staaten in der bereits angesprochenen Schuldenkrise in Zahlungsschwierigkeiten gerieten. In Chile wurden einige Finanzinstitute mit Staatsgeldern gerettet. In Argentinien mussten sich hingegen zahlreiche Unternehmen bank-

¹⁴⁷ König, Hans-Joachim: Kleine Geschichte Lateinamerikas, Stuttgart 2009, S. 590.

¹⁴⁸ Ebd., S. 677.

¹⁴⁹ Riekenberg, Michael: Kleine Geschichte Argentiniens, München 2009, S. 174-175.

¹⁵⁰ Carreras, Sandra; Potthast, Barbara: Eine kleine Geschichte Argentiniens, Berlin 2013, S. 219.

¹⁵¹ Vgl. Absatz mit: Straßner, Alexander: Militärdiktaturen im 20. Jahrhundert. Motivation, Herrschaftstechnik und Modernisierung im Vergleich, Wiesbaden 2013, S. 184-185.

¹⁵² Somavilla, Antonio Giuseppe: Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel: Argentinien, Frankfurt am Main 1996, S. 103.

¹⁵³ Ebd.

rott erklären.¹⁵⁴ Im Verlauf der Bankenkrise verlor Martínez de Hoz das Vertrauen der argentinischen Bevölkerung.¹⁵⁵

Die Junta versuchte unter der Führung von General Roberto Eduardo Viola einerseits mit weiteren Liberalisierungen, andererseits mit gezielten staatlichen Eingriffen auf die Schuldenkrise zu reagieren. Auch diese Wirtschaftspolitik sollte erfolglos bleiben. Sie führte unter anderem dazu, dass zahlreiche argentinische Vermögen ins Ausland transferiert wurden. Nachdem Leopoldo Galtieri nach einer internen Auseinandersetzung die Kontrolle über die Junta übernahm, setzte er sich dafür ein, dass der Staat wieder stärker in die Wirtschaft eingriff.¹⁵⁶ Doch die Schuldenkrise wirkte sich langfristig aus. Der Historiker Luis Alberto Romero spricht sogar davon, dass die ökonomischen Ereignisse „a constant crisis“ auslösten, die die restliche Zeit der Diktatur prägen sollte.¹⁵⁷ Wenig hilfreich war zudem, dass Galtieris Absicht, vermehrt mit den Vereinigten Staaten zusammenzuarbeiten, am amerikanischen Interesse scheiterte. Der Konflikt um die britischen Falklandinseln schien aus Sicht der Junta ideal zu sein, um einen politischen Erfolg vorweisen zu können.¹⁵⁸ Die Generäle verloren anschliessend nicht nur den Krieg, sondern auch endgültig die letzte Unterstützung der Argentinierinnen und Argentinier.¹⁵⁹ Hal Brands fasste das Ende der Diktatur in den folgenden Worten passend zusammen: „A British task force routed the Argentines in the war that resulted, showing the junta to be incompetent militarily as well as economically.“¹⁶⁰

Und in der Schweiz?

Im Jahr 1999 erschien ein historischer Sammelband, in dem die Geschichte der Schweiz in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als „Goldene Jahre“ betitelt wurden.¹⁶¹ Während die Entwicklung des generellen Wohlstands gesamthaft betrachtet für dieses Urteil spricht, muss die wirtschaftliche Entwicklung der Siebzigerjahre in dieser Hinsicht differenziert betrachtet werden. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wuchs die schweizerische Wirtschaft kontinuierlich an. Diese anhaltende Wachstumsperiode brach in den frühen Siebzigerjahren ab. In-

¹⁵⁴ Vgl. Absatz mit: Rey, Romeo: Geschichte Lateinamerikas vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2006, S. 43.

¹⁵⁵ Calvo, Guillermo A.: Fractured Liberalism: Argentina under Martínez de Hoz, in: Economic Development and Cultural Change, Vol. 34 (April 1986), No. 3, S. 511-533, hier: S. 519.

¹⁵⁶ Vgl. Absatz mit: Straßner, Alexander: Militärdiktaturen im 20. Jahrhundert. Motivation, Herrschaftstechnik und Modernisierung im Vergleich, Wiesbaden 2013, S. 185-186.

¹⁵⁷ Romero, Luis Alberto: A History of Argentina in the Twentieth Century. Updated and Revised Edition. Translated by James P. Brennan, Pennsylvania 2013, S. 225.

¹⁵⁸ Riekenberg, Michael: Kleine Geschichte Argentiniens, München 2009, S. 177.

¹⁵⁹ Ebd., S. 179.

¹⁶⁰ Brands, Hal: Latin America's Cold War, Cambridge (Massachusetts) und London 2012, S. 238.

¹⁶¹ Leimgruber, Walter; Fischer, Werner (Hrsg.): Goldene Jahre. Zur Geschichte der Schweiz seit 1945, Zürich 1999.

nerhalb kurzer Zeit stieg der Ölpreis massiv an, zahlreiche Unternehmen waren nicht darauf vorbereitet.¹⁶² Gemäss Jakob Tanner führte dies in der Schweiz zu „eine[r] nationale[n] Krisenstimmung“.¹⁶³ Die durch die Ölkrise bedingten betriebswirtschaftlichen Probleme einzelner Unternehmen waren nur teilweise verantwortlich für die wirtschaftlich turbulente Zeit. Einen massiven Einfluss auf die Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft hatte das Ende der fixen Wechselkurse im Jahr 1973. Der Franken wertete sich im Anschluss stark auf. Einzelne Branchen gerieten durch die massive Verteuerung ihrer Exportgüter in die Krise. Hunderttausende Arbeitsplätze fielen weg, wobei ausländische Arbeitnehmende mit befristeten Aufenthaltsbewilligungen am stärksten vom Stellenabbau betroffen waren. Die Schweiz hielt an ihrer bisherigen Geld- und Finanzpolitik fest und reagierte auch nicht mit antizyklischen Massnahmen auf die Krise. Die Auswirkungen des wirtschaftlichen Einbruchs waren in der Schweiz länger zu spüren als in anderen Ländern.¹⁶⁴

Andere Autoren heben hervor, dass nicht alle Branchen gleich stark vom damaligen Konjunkturunbruch betroffen waren. Besonders stark wirkte er sich auf die Maschinen- und Uhrenindustrie aus. Die Chemieindustrie spürte die Folgen der Krise hingegen kaum.¹⁶⁵ Der schweizerische Aussenhandel erholte sich nicht nur nach kurzer Zeit, sondern stieg ab dem Jahr 1976 sogar wieder deutlich an.¹⁶⁶ Gemäss Margrit Müller hatte der verteuerte Schweizer Franken einen unmittelbar geringeren Einfluss auf die weltweite Geschäftstätigkeit der schweizerischen Unternehmen ausgeübt, als zuerst angenommen wurde.¹⁶⁷ Die schweizerische Wirtschaft sei nicht zuletzt deswegen anhaltend erfolgreich gewesen, weil sie mit zahlreichen unterschiedlichen Nationen gehandelt hätte. Sie sei daher anpassungsfähig gewesen, wenn einzelne Märkte wegbrachen.¹⁶⁸ Die Stärke der Landeswährung war zudem ein wichtiger Standortvorteil für die schweizerischen Finanzinstitute.¹⁶⁹

Die internationale Verflechtung der schweizerischen Wirtschaft wurde jedoch nicht von allen Gesellschaftskreisen gutgeheissen. Seit den späten Sechzigerjahren intensivierte sich die Kri-

¹⁶² Tanner, Jakob: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015, S. 419.

¹⁶³ Ebd.

¹⁶⁴ Vgl. Absatz mit Ebd., S. 419-420.

¹⁶⁵ Müller, Margrit; Woitek, Ulrich; Hiestand, Manuel: Wohlstand, Wachstum und Konjunktur, in: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Basel 2012, S. 91-222, hier: S. 161.

¹⁶⁶ Ebd., S. 165.

¹⁶⁷ Müller, Margrit: Internationale Verflechtung, in: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Basel 2012, S. 339-465, hier: S. 413.

¹⁶⁸ Ebd., S. 354-355. Auch Cédric Humair hebt in seiner Darstellung des schweizerischen Aussenhandels und der schweizerischen Handelspolitik für das 20. Jahrhundert die globale Vernetzung der schweizerischen Privatwirtschaft hervor. Siehe: Humair, Cédric: Commerce extérieur et politique commerciale aux 19e et 20e siècles, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 17 (2010), Heft 1, S. 184-202, hier: S. 184.

¹⁶⁹ Siehe dazu: Berbeni, Enrico: The Importance of Borders for Swiss Banks. Some Lessons from Economic History, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 65 (2015), Heft 2, S. 212-229, hier: S. 216.

tik an den globalen Geschäftstätigkeiten der schweizerischen Banken und Unternehmen. In unterschiedlichen Publikationen wurden die schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungsländern hinterfragt. Politisch links stehende Kräfte störten sich am Widerspruch zwischen der politischen Neutralität der Schweiz und dem globalen Einfluss des Landes in ökonomischer Hinsicht.¹⁷⁰ Ab den frühen Siebzigerjahren engagierten sich daher unterschiedliche Bewegungen für den „Fairen Handel“ mit Entwicklungsländern.¹⁷¹

Die schweizerischen Handelsbeziehungen mit den Militärdiktaturen Argentinien, Chiles und Perus fanden folglich während eines wirtschaftshistorisch turbulenten Zeitabschnitts statt. Wie bereits erwähnt, befand sich die Schweiz in einer „Krisenstimmung“. In der ergebnisoffenen Sichtweise der Zeitgenossen war es keineswegs ersichtlich, dass sich der schweizerische Aussenhandel schon bald wieder erholen sollte. Schweizerische Unternehmen fanden für ihre Handelsgüter zwar weltweit Absatzmärkte. Im selben Zeitraum erhöhte sich aber auch der globale Wettbewerb massiv.¹⁷² Im Inland stiess nicht zuletzt die ökonomische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern vermehrt auf Widerstand. Angesichts des Konjunkturereintritts und der branchenspezifisch teilweise sehr hohen Arbeitslosigkeit stellt sich die Frage, inwiefern in einer wirtschaftlich problematischen Zeit moralische Aspekte¹⁷³ einen Einfluss auf die Aussenhandelspolitik ausüben können.¹⁷⁴

Das nächste Kapitel widmet sich den schweizerisch-peruanischen Handelsbeziehungen ab dem Jahr 1968. Die Darstellung des schweizerischen Aussenhandels mit Peru startet nicht an einem Güterumschlagplatz in Übersee, sondern in Zürich. Die Protagonisten der einleitenden Episode gehören zu einer Berufsgruppe, die zum damaligen Zeitpunkt vermehrt der Kritik ausgesetzt war – die schweizerischen Bankiers.¹⁷⁵

¹⁷⁰ Tanner, Jakob: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015, S. 415-417.

¹⁷¹ Kuhn, Konrad J.: „Das Produkt als Aufhänger für Information und Schulungsarbeit“: Die entwicklungspolitische Konsumentenaktion „Jute statt Plastic“, 1976-1979, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 12 (2005), Heft 3, S. 27-39, hier: S. 28-30.

¹⁷² Müller, Margrit; Woitek, Ulrich; Hiestand, Manuel: Wohlstand, Wachstum und Konjunktur, in: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Basel 2012, S. 91-222, hier: S. 175.

¹⁷³ Die Schweiz war damals nicht das einzige europäische Land, in dem solche Diskussionen geführt wurden. Harold James hält in dieser Hinsicht beispielsweise für die Bundesrepublik Deutschland fest, dass Bundeskanzler Willy Brandt in den Siebzigerjahren versuchte, die bundesdeutsche Aussenbeziehungen nach moralischen Gesichtspunkten umzugestalten, Helmut Schmidt sich aber wieder an „der Prämisse einer technokratischen Wirtschaftspolitik“ (S. 371) orientierte. Siehe: James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg, München 2004, S. 368-371.

¹⁷⁴ Trotz der vielfältigen Anknüpfungspunkten stossen wirtschaftshistorische Fragen innerhalb der schweizerischen Geschichtswissenschaft nur auf begrenztes Interesse, siehe: Bott, Sandra; Hürlimann, Gisela; Mazbouri, Malik: Wirtschaftsgeschichte in der Schweiz: eine historiografische Skizze. Einleitung, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 17 (2010), Heft 1, S. 9-12.

¹⁷⁵ Siehe dazu: Tanner, Jakob: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015, S. 415-417.

3. Edelmetall, Entwicklungshilfe, Everybody's Darling: Die peruanische Militärdiktatur

3.1 Ausmass und Politisierung des Handels

Am Sitz des Schweizerischen Bankvereins empfingen im Dezember 1968 Beamte der Handelsabteilung und Geschäftsleitungsmitglieder der Grossbanken eine peruanische Delegation, die von Finanz- und Handelsminister General Angel Valdivia angeführt wurde. Die Peruaner reisten aus zwei Gründen in die Schweiz. Einerseits benötigten sie dringend Geld. Der Internationale Währungsfonds sprach der seit zwei Monaten bestehenden Diktatur bereits Standby-Kredite in der Höhe von 75 Millionen US-Dollar aus. Dieser Betrag reichte aber noch nicht aus, um das bestehende Haushaltsdefizit zu beheben. Die schweizerischen Banken zeigten sich grosszügig: Das autoritär regierte Peru erhielt dank des Treffens einen zusätzlichen Kredit in der Höhe von 2.75 Millionen US-Dollar. Andererseits nutzte General Valdivia die Gelegenheit, seine Gastgeber über das peruanische Wirtschaftsprogramm zu informieren.¹⁷⁶ Die Aufklärungsarbeit war dringend nötig. Die peruanischen Generäle inszenierten den Beginn ihrer Diktatur mit einem ökonomischen Paukenschlag, in dem sie die amerikanische International Petroleum Company nationalisierten. Die peruanische Öffentlichkeit applaudierte,¹⁷⁷ die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten erreichten einen Tiefpunkt.¹⁷⁸ General Juan Velasco Alvarado heizte die negative Stimmung gegen sein Land zusätzlich auf, in dem er in seinen Reden den Kapitalismus und den ausländischen Einfluss in Peru kritisierte.¹⁷⁹ Die Aufgabe des Wirtschaftsministers war es daher, unter Ausschluss der Öffentlichkeit die Aussagen des Staatspräsidenten zu entkräften. Gemäss den Notizen der Handelsabteilung versicherte Valdivia intern, dass die Nationalisierung der International Petroleum Company nur „ein ganz besonders gelagerter Einzelfall“ gewesen sei.¹⁸⁰ Er sicherte seinen Gastgebern das anhaltende Interesse an schweizerischen Investitionen in Peru zu.¹⁸¹ Der General lobte

¹⁷⁶ „Notiz über den Besuch einer peruanischen Finanzdelegation in Zürich (am Sitz des Schweiz. Bankvereins) vom 18.12.1968.“, 20.12.1968, S. 1, Teilnehmerliste: Beilage 1 des Dokuments, dodis.ch/33129

¹⁷⁷ Brands, Hal: *Latin America's Cold War*, Cambridge (Massachusetts) und London 2012, S. 135.

¹⁷⁸ McClintock, Cynthia; Vallas, Fabián: *The United States and Peru: Cooperation at a Cost*, New York 2003, S. 25-27.

¹⁷⁹ Siehe beispielsweise: Alvarado Velasco, Juan: *Un hombre nuevo. Exento de individualismo. Discurso de clausura de la IX Conferencia Anual de Ejecutivos (CADE)*. Paracas, 15 de noviembre de 1970, in: Ders.: *La revolución peruana*, Buenos Aires 1973, S. 127-150, hier: S. 128-130 und S. 133-134, in der deutschen Übersetzung zitiert nach: Q 146 „Entwicklungsdiktaturen“ am Beispiel Perus (1970) in: Rinke, Stefan; Fischer, Georg; Schulze, Frederik (Hrsg.): *Geschichte Lateinamerikas vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. Quellenband*, Stuttgart 2009, S. 270-272.

¹⁸⁰ „Notiz über den Besuch einer peruanischen Finanzdelegation in Zürich (am Sitz des Schweiz. Bankvereins) vom 18.12.1968.“, 20.12.1968, S. 1, dodis.ch/33129

¹⁸¹ Ebd.

„die ausgezeichneten Wirtschaftsbeziehungen“ mit der Schweiz und unterbreitete sogar zwei Vorschläge, wie diese in Zukunft noch verstärkt werden könnten. Auf der einen Seite dachte er an Kredite von schweizerischen an peruanische Banken, damit mit diesem Geld beispielsweise Maschinen aus der Schweiz erstanden werden könnten. Auf der anderen Seite erhoffte sich der peruanische Wirtschaftsminister auch zusätzliche offizielle Hilfe der Eidgenossenschaft durch die technische Zusammenarbeit.¹⁸² Einen konkreten Vorschlag für zukünftige Handelsgeschäfte unterbreitete Pedro Pablo Kuczynski, der damalige Geschäftsführer der peruanischen Zentralbank. Er bat die Grossbanken um ein Darlehen in der Höhe von drei bis fünf Millionen US-Dollar für den Ausbau der peruanischen Industrie. Anderen Staaten willigten bereits in ein solches Kreditgeschäft ein, wenn die dafür gekauften Maschinen aus dem eigenen Land stammen. Das Geld aus der Schweiz wäre für Textilmaschinen vorgesehen gewesen.¹⁸³ Es wäre kein neues Geschäftsmodell gewesen: In Lateinamerika verfügte man über jahrzehntelange Erfahrung darin, mit Darlehen von schweizerischen Finanzinstituten Güter der schweizerischen Maschinenindustrie zu kaufen.¹⁸⁴

Das Treffen am Paradeplatz ist in der Bedeutung kaum zu unterschätzen: Der peruanische Militärputsch fand erst vor kurzer Zeit statt. Angesichts der öffentlichen antikapitalistischen Rhetorik und der Nationalisierung eines amerikanischen Erdölunternehmens herrschte für ausländische Wirtschaftspartner grosse wirtschaftliche Unsicherheit. Hinter verschlossenen Türen zeigten die Vertreter des peruanischen Wirtschafts- und Finanzplatzes, dass die Diktatur nach wie vor stark an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Schweiz und am schweizerischen Kapital interessiert war.¹⁸⁵

Das Gespräch kurz vor Weihnachten wurde von schweizerischer Seite als Erfolg gewertet. Aus Sicht der Handelsabteilung verhandelte man über die Stand-by-Kredite „in geradezu freundschaftlicher Weise“.¹⁸⁶ Man versicherte den Peruanern, dass man ihr Anliegen, zusätzliche Projekte im Rahmen der technischen Zusammenarbeit zu etablieren, „mit Wohlwollen“ prüfen werde.¹⁸⁷ Die interne Notiz der Handelsabteilung schloss mit den folgenden lobenden Worten: „Die peruanische Delegation hinterliess einen sehr guten Eindruck. Der Wirtschaftsminister äusserte sich in klarer, offener Sprache und namentlich auch Dr. Kuczynsky

¹⁸² Edb., S. 2.

¹⁸³ Edb., S. 2-3.

¹⁸⁴ Siehe dazu: David, Thomas; Etemad, Bouda: Gibt es einen schweizerischen Imperialismus? Zur Einführung, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 5 (1998), Heft 2, S. 17-27, hier: S. 22.

¹⁸⁵ Über die Widersprüche der Wirtschaftspolitik siehe: Thorpe, Rosemary: *The Evolution of Peru's Economy*, in: McClintock, Cynthia; Lowenthal, Abraham F. (Hrsg.): *The Peruvian Experiment Reconsidered*, Princeton 1983, S. 39-61, hier: S. 44-47.

¹⁸⁶ „Notiz über den Besuch einer peruanischen Finanzdelegation in Zürich (am Sitz des Schweiz. Bankvereins) vom 18.12.1968.“, 20.12.1968, S. 3, dodis.ch/33129

¹⁸⁷ Edb.

scheint ein aufgeschlossener, kompetenter Fachmann, dem unsere Banken vertrauen, zu sein.“¹⁸⁸ Das vorweihnachtliche Treffen am Paradeplatz gab den Beamten der Handelsabteilung und den Vertretern der Grossbanken die Gewissheit, sich um die weiteren ökonomischen Beziehungen mit der linken peruanischen Militärdiktatur kaum Sorgen machen zu müssen.

Gefährdete Investitionen

Die Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements informierte Hansjörg Hess, den schweizerischen Botschafter in Lima, über den Verlauf des Gesprächs. Hess unterstützte den Entscheid der Grossbanken, indem er in seiner vertraulichen Antwort die Bedeutung der gewährten Stand-by-Kredite hervorhob.¹⁸⁹ Auch er fand lobende Worte über Wirtschaftsminister Valdivia und fügte hinzu, dass sich weitere Minister der Militärdiktatur ebenfalls für eine liberale Wirtschaftsordnung einsetzen würden.¹⁹⁰ Ein besonderes Anliegen von Hess war der Schutz der bisherigen Investitionen in Peru. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Bestrebungen zu einem Investitionsschutzabkommens hin, um das man sich bisher stets erfolglos bemüht hätte.¹⁹¹ Er erklärte aber zugleich, dass die schweizerischen Interessen von der neuen Wirtschaftspolitik bisher nur bedingt tangiert wurden.¹⁹² Hess plädierte dafür, gegenüber der peruanischen Militärdiktatur eine abwartende Haltung einzunehmen: „Unser Verhalten ist [...] in erster Linie von unseren spezifisch schweizerischen Interessen abhängig zu machen.“¹⁹³

Wie konnte die unerwartete Situation entstehen, dass die Vertreter des schweizerischen Wirtschafts- und Finanzplatzes der linken peruanischen Militärdiktatur so wohlwollend begegneten? Um auf diese Frage eine Antwort zu erhalten, muss die Lage in Peru im vorangegangenen Jahr betrachtet werden. Im Dezember 1967 trafen in der Handelsabteilung zwei Briefe aus der schweizerischen Botschaft in Lima ein. Hess lobte darin die vorzüglichen ökonomischen Möglichkeiten seines Gastlandes, das im regionalen Vergleich seit längerer Zeit ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum erzielte.¹⁹⁴ Dennoch brach 1967 eine Finanzkrise aus. Für Hess war der Auslöser der Krise offensichtlich: die misslungene Wirtschafts- und

¹⁸⁸ Ebd., S. 4.

¹⁸⁹ Hess, Hansjörg an Léchet, Ernst Henri (Handelsabteilung): „Kreditverhandlungen mit Peru“, 27.12.1968, S. 1 und S. 4, dodis.ch/33819

¹⁹⁰ Ebd., S. 1.

¹⁹¹ Ebd., S. 1 und S. 4-5.

¹⁹² Ebd., S. 2-4.

¹⁹³ Ebd., S. 3.

¹⁹⁴ Siehe: „Pérou“, S. 1, Anhang von Hess, Hansjörg an die Handelsabteilung: „Informations Economique: Pérou, No. 1 à 2/1968“, 28.12.1967, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7110#1978/50#2074*, Az. 811, Wirtschaftsberichte, Peru, 1967-1968 und Hess, Hansjörg an die Handelsabteilung: „Perus Wirtschaft am Jahresende“, 22.12.1967, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7110#1978/50#2074*, Az. 811, Wirtschaftsberichte, Peru, 1967-1968.

Finanzpolitik unter Staatspräsident Fernando Belaúnde Terry. Es waren aus Sicht des schweizerischen Botschafters vor allem die zahlreichen Infrastrukturprojekte, die den peruanischen Staatshaushalt zu stark belastet hätten.¹⁹⁵ Er betonte gegenüber den Beamten in Bern, über welches grosse Entwicklungspotenzial Peru als Handelspartner längerfristig verfüge.¹⁹⁶ Güter wie Kupfer, Silber, Baumwolle, Kaffee, Fischmehl und Zucker würden seiner Meinung nach im kommenden Jahr zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führen.¹⁹⁷ Hess erwähnte zwar, dass in Peru „da und dort spürbare Unzufriedenheit“ geherrscht hätte, Arbeitsniederlegungen seien aber keine durchgeführt worden.¹⁹⁸ Mit Verweis auf die anstehenden längeren peruianischen Sommerferien meinte er, dass „Regierung und Parlament [...] eine gewisse Gnadenfrist“ erhalten würden.¹⁹⁹ Hess befürchtete, dass in seiner Heimat die Lage in Peru missverstanden werden könnte. Er wies die Handelsabteilung darauf hin, wie wichtig das schweizerische Kapital in Peru sei. Seiner Meinung nach mussten die wirtschaftlichen Probleme besonders umsichtig behandelt werden: „Bei dieser Sachlage wären Publikationen, welche die zugegebenermassen unsichere und krisenhafte Wirtschaftslage übertrieben pessimistisch darstellen, unsern Interessen eher abträglich.“²⁰⁰

Die gewährte Gnadenfrist lief schneller ab, als gedacht. Bereits im Januar 1968 schrieb Hess dem Eidgenössischen Politischen Departement, dass in Peru die Armee ihren Einfluss auf die Politik erhöht hätte. Für den Diplomaten war es erstaunlich, dass Staatspräsident Belaúnde einen Angehörigen der Armee zum Innenminister ernannte.²⁰¹ Hess bedauerte das „angeschlagene Ansehen Perus im Ausland“.²⁰² Gemäss der Schilderung des schweizerischen Botschafters wurde in Peru deutlich weniger investiert und peruanische Vermögen wurden vermehrt ins Ausland transferiert.²⁰³ Im Frühjahr 1968 wurde der spätere diktatorisch regierende Staatspräsident Francisco Morales Bermúdez Cerruti zum Finanzminister ernannt. Morales Bermúdez trat jedoch bereits nach nur wenigen Wochen von seinem Amt zurück. Seitens der schweizerischen Botschaft beurteilte man diesen Schritt als „Protest gegen die Unvernunft der

¹⁹⁵ Ebd.

¹⁹⁶ Ebd., S. 4.

¹⁹⁷ Hess, Hansjörg an die Handelsabteilung: „Perus Wirtschaft am Jahresende“, 22.12.1967, S. 1-2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7110#1978/50#2074*, Az. 811, Wirtschaftsberichte, Peru, 1967-1968.

¹⁹⁸ Ebd., S. 4.

¹⁹⁹ Ebd.

²⁰⁰ Ebd.

²⁰¹ Hess, Hansjörg an Micheli, Pierre (EPD): „Politischer Brief Nr. 1. Innenpolitischer Rückblick“, 05.01.1968, S. 4, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.

²⁰² Ebd., S. 5.

²⁰³ Ebd., S. 2.

Politiker“.²⁰⁴ Hess gab gegenüber dem Generalsekretär des Eidgenössischen Politischen Departements zu, dass er die weitere Entwicklung der peruanischen Politik nicht mehr einschätzen könne.²⁰⁵

Im Verlauf des Jahres 1968 überschlugen sich in Peru die Ereignisse. Im August wurden mehrere hundert Erlasse verabschiedet, die unter anderem auch das Unternehmensrecht neu regelten. Benachteiligt wurden von der neuen Gesetzgebung ausländische Unternehmen. Chemiefirmen, deren Aktien zu mindestens einem Drittel in peruanischer Hand waren, wurden gegenüber der ausländischen Konkurrenz steuerlich stark bevorzugt. Hess stand daher im engen Kontakt mit den schweizerischen Unternehmen, die in Peru Niederlassungen hatten. Gemäss seinen Abklärungen produzierten die schweizerischen Chemieunternehmen aber nur Medikamente – diese waren von der neuen Gesetzeslage nicht betroffen. Der Direktor der peruanischen Niederlassung der Ciba zeigte sich daher von der veränderten Gesetzgebung unbeeindruckt. Einschneidende Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit hatte hingegen ein Erlass, der die Maschinenindustrie betraf. In dieser Branche erhielten Unternehmen erhebliche Steuervorteile, die zu 60 Prozent in peruanischem Besitz waren und deren Verwaltungsräte zu über zwei Dritteln Einheimische waren. Brown Boveri del Perú erfüllte diese Voraussetzung nicht. Der Direktor des Unternehmens reiste daher umgehend in die Schweiz, um das weitere Vorgehen am Hauptsitz in Baden zu besprechen. Man ging davon aus, dass der Erlass explizit gegen Brown Boveri del Perú gerichtet gewesen sei, um die nationale Konkurrenz zu stärken.²⁰⁶ Am Vorabend des Militärputsches beinhalteten die Berichte aus der Schweizer Botschaft nicht mehr nur allgemeine Hinweise über den kritischen Zustand der peruanischen Wirtschaft. Nun waren die schweizerischen Interessen direkt bedroht.

Wirtschaft begrüsst den Putsch

Obwohl sich die politische und ökonomische Situation seit Monaten verschlechterte, zeigte sich Hess vom Militärputsch am 3. Oktober 1968 überrascht.²⁰⁷ Unzufrieden schien Hess über den Staatsstreich nicht gewesen zu sein. Gegenüber dem Eidgenössischen Politischen Departement teilte er mit, dass dieser Schritt „Ruhe und Ordnung“ in sein Residenzland bringen

²⁰⁴ Hess, Hansjörg an Micheli, Pierre (EPD): „Politischer Brief Nr. 5. Wirtschaftskrise und Innenpolitik“, 22.05.1968, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.

²⁰⁵ Ebd., S. 4.

²⁰⁶ Vgl. Absatz mit: Hess, Hansjörg an die Handelsabteilung (mit Kopie an das EPD): „Stabilisierungsprogramm“, 06.09.1968, S. 1-2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.

²⁰⁷ Hess, Hansjörg an Micheli, Pierre (EPD): „Politischer Brief Nr. 15: Militärputsch vom 3. Oktober“, 04.10.1968, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.

werde.²⁰⁸ Im November 1968 verfasste Hess einen vertraulichen Bericht an die Handelsabteilung. Er hob darin die erfolgreichen Refinanzierungsverhandlungen mit dem Ausland hervor.²⁰⁹ Hess bezeichnete Valdivia zudem als „ehrlich, offen, klar und für seine Aufgaben gut vorbereitet“ und er daher „in Kreisen der Industrie und der Banken bereits recht viel Vertrauen“ generiert hätte.²¹⁰ Der Schweizer Botschafter zeigte sich seit langer Zeit wieder einmal zuversichtlich über die wirtschaftliche Entwicklung Perus: „Offenbar ist die Geschäftswelt bereit, mit der Militärregierung zusammenzuarbeiten.“²¹¹

Die Etablierung einer politisch linken Militärdiktatur in Peru fand aus Sicht der schweizerischen Wirtschaftsinteressen zu einem optimalen Zeitpunkt statt. Die wirtschaftspolitischen Erlasse am Ende von Belaúndes Präsidentschaft schienen explizit gegen ein schweizerisches Maschinenbauunternehmen gerichtet gewesen zu sein und schränkten die Geschäftstätigkeit der schweizerischen Chemieunternehmen in Peru ein.²¹² Die Militärdiktatur sorgte gemäss der Berichterstattung des schweizerischen Botschafters für geordnete Verhältnisse und gewann das Vertrauen der ausländischen Geschäftspartner zurück – kritische Worte über die Absetzung eines demokratisch gewählten Staatspräsidenten sucht man daher in der Korrespondenz zwischen der schweizerischen Botschaft in Lima und der Bundesverwaltung in Bern vergeblich. Das Treffen mit der peruanischen Delegation am Paradeplatz im Dezember 1968 stand daher unter guten Vorzeichen.

In der schweizerischen Öffentlichkeit wurde die peruanische Militärdiktatur kaum thematisiert oder kritisiert. Zwar druckte die Neue Zürcher Zeitung unmittelbar nach dem Militärputsch eine Agenturmeldung ab, in der Belaúnde den Staatsstreich als eine „tragische Episode im peruanischen Leben [...] und eine der düstersten Begebenheiten in der Geschichte unserer Republik“ bezeichnete.²¹³ Einige Monate später nahm die Neue Zürcher Zeitung gegenüber der peruanischen Militärdiktatur jedoch eine verständnisvolle Haltung ein: „Das heutige Regime erscheint also auf den ersten Blick als eine jener Militärdiktaturen, wie sie Peru schon des öfteren erlebt hat – und in einigen Fällen nicht einmal schlecht damit gefahren ist. Wie in manchen andern südamerikanischen Staaten hat auch in Peru die Demokratie, wie sie sich in

²⁰⁸ Ebd., S. 5.

²⁰⁹ Hess, Hansjörg an die Handelsabteilung: „Finanzpolitik“ (vertraulich), 15.11.1968, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.

²¹⁰ Ebd., S. 3.

²¹¹ Ebd.

²¹² Zur Beschränkung der Geschäftstätigkeit der schweizerischen Chemieunternehmen in Peru siehe: Hess, Hansjörg an die Handelsabteilung (mit Kopie an das EPD): „Stabilisierungsprogramm“, 06.09.1968, S. 2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.

²¹³ AFP: Manifest des gestürzten Präsidenten, in: Neue Zürcher Zeitung, 07.10.1968, Nr. 616, S. 4.

einigen politisch und wirtschaftlich stabilen Ländern des Westens ausgebildet hat, mehr schlecht als recht funktioniert.“²¹⁴

Aus Sicht der Zeitung bestand auch keine Gefahr, dass Peru kommunistisch werden könnte, weil das Militär „noch vor wenigen Jahren mit grosser Entschlossenheit die Umtriebe der Linkextremisten und vor allem auch der castristischen Guerilla bekämpft hat“.²¹⁵ Die Neue Zürcher Zeitung stand mit ihrer Meinung innerhalb der schweizerischen Medienlandschaft nicht alleine da. Auch die Schweizer Monatshefte argumentierten beispielsweise, dass in Peru dank der Diktatur politische Stabilität einkehren könnte.²¹⁶ Doch nicht nur wirtschaftsliberale Pressetitel, sondern auch die traditionell linken Zeitschriften nahmen gegenüber den Ereignissen in Peru eine wohlwollende Haltung ein. In der Zeitschrift *Neue Wege* wurde beispielsweise besonders positiv hervorgehoben, zum welch atypischen Mitteln die Diktatur greife. Als Referenz führte die Zeitschrift Fidel Castro an, der die peruanischen Bodenreformen würdigte.²¹⁷ Der Leserschaft wurde erklärt, dass die Agrarreformen nötig gewesen seien, weil die bisherige Verteilung des Bodens „ein echtes Beispiel lateinamerikanischer Ausbeuterverhältnisse“ gewesen sei.²¹⁸ Auch in ihrem Jahresrückblick Ende 1969 nahm die Zeitschrift *Neue Wege* eine kritische Haltung gegenüber dem nordamerikanischen Einfluss in Lateinamerika ein und beurteilte die peruanische Militärdiktatur positiv.²¹⁹ Allerdings war aus Sicht der Zeitschrift noch nicht sicher, in welche politische Richtung sich die peruanische Junta entwickeln wird: „Ob sich hier eine eigene Variante von südamerikanischem Sozialismus entwickelt oder ob die jungen nationalrevolutionären Offiziere nur dem Fidelismus den Weg bahnen, bleibt noch abzuwarten.“²²⁰

Auch im Nationalratssaal setzte man sich mit Peru auseinander – wenn auch unter besonderen Vorzeichen. Im Jahr 1970 organisierten die Landeskirchen im Bundeshaus eine Interkonfessionelle Konferenz über das Verhältnis der Schweiz gegenüber Entwicklungsländern. Der frühere sozialdemokratische Bundesrat Willy Spühler wirkte an der Veranstaltung mit, sein Parteikollege Hans Peter Tschudi, der damals Bundespräsident war, engagierte sich ebenfalls. Im Nationalratssaal diskutierten für einmal nicht die Parlamentsmitglieder, sondern die Vertreter unterschiedlicher Institutionen. Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen und Univer-

²¹⁴ Lemberg, Robert F.: Politik und Ideologie der Militärjunta in Peru, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 11.05.1969, Nr. 284, S. 4.

²¹⁵ Ebd.

²¹⁶ Molnar, Thomas: Lateinamerika an der Wende: Testfall Venezuela, in: *Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur*, Band 49 (1969-1970), Heft 5, S. 436-440, hier: S. 440.

²¹⁷ Moor, Emmy: Weltrundschau. Die Dritte Welt, in: *Neue Wege*, Band 63 (1969), Heft 11, S. 335-344, hier: S. 341.

²¹⁸ Ebd., S. 342.

²¹⁹ Geiss, Imanuel: Jahresrückblick 1969, in: *Neue Wege*, Band 63 (1969), Heft 12, S. 365-377, hier: S. 374-375.

²²⁰ Ebd., S. 375.

sitäten standen ebenso auf der Gästeliste wie Beamte der Bundesverwaltung.²²¹ Die grösste Aufmerksamkeit an der Konferenz erhielt jedoch ein Gast aus Lateinamerika. Raúl Prebisch hielt im Nationalratssaal ein viel beachtetes Referat über seine entwicklungspolitischen Erfahrungen, die er im Rahmen seiner Arbeit für die Vereinten Nationen sammeln konnte. Prebisch kritisierte, dass die Entwicklungszusammenarbeit nur selten zu strukturellen Änderungen geführt hätte.²²² Die jüngsten Ereignisse in Peru wurden an der Interkonfessionellen Konferenz als Paradebeispiel für die Probleme der weltweiten Entwicklungshilfe angeführt. Nachdem die peruanische Militärdiktatur die aus ihrer Sicht notwendige Bodenreform eingeleitet hatte, stellte die Weltbank die Darlehen für die Diktatur ein.²²³ Der Anlass im Bundeshaus löste ein grosses mediales Echo aus. Die Artikel, die anschliessend in der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlicht wurden, nahmen gegenüber der Konferenz eine ablehnende Haltung ein.²²⁴ Die Zeitschrift Neue Wege kritisierte hingegen, dass manche der anwesenden Personen nur an ihren eigenen Vorteile dachten: „Die Herren aus der Bundesverwaltung und der Wirtschaft vertraten die Interessen des Kapitals [...]“.²²⁵

Die Analyse der Korrespondenz innerhalb der Bundesverwaltung über Peru bestätigt dieses Urteil. Während sich die Handelsbeziehungen mit der Militärdiktatur positiv entwickelten, sorgten sich die Beamten um die schweizerischen Direktinvestitionen. In der Korrespondenz zwischen Hess und der Handelsabteilung wurde die Entwicklung des peruanischen Aussenhandels positiv bewertet, der schweizerische Botschafter zeigte sich aber besorgt darüber, wie wenig ausländisches Kapital nach Peru floss. Die peruanische Junta wollte diese Situation ändern und warb im Ausland für Investitionen. Selbst in der New York Times veröffentlichte sie eine mehrseitige Anzeige, mit der sie ausländische Investoren anlocken wollte. Hess schrieb jedoch an die Handelsabteilung, dass die Wirtschaftspolitik der Junta zu widersprüchlich sei, um erfolgreich Kapital aus dem Ausland zu erhalten.²²⁶

Hess' Nachfolger William Frei versuchte zu Beginn seiner Amtszeit, in einem mehrseitigen vertraulichen Schreiben dem Eidgenössischen Politischen Departement die peruanische Wirt-

²²¹ Siehe: Wehrli, Christoph: Aufbruch zur Entwicklungspolitik. Die Interkonfessionelle Konferenz Schweiz – Dritte Welt 1970, in: Neue Zürcher Zeitung, 14.07.2017, S. 9.

²²² Stähli, Martin: Die interkonfessionelle Konferenz: Schweiz und Dritte Welt, in: Neue Wege, Band 64 (1970), Heft 12, S. 358-361, hier: S. 358.

²²³ Ebd., S. 359.

²²⁴ Wehrli, Christoph: Aufbruch zur Entwicklungspolitik. Die Interkonfessionelle Konferenz Schweiz – Dritte Welt 1970, in: Neue Zürcher Zeitung, 14.07.2017, S. 9.

²²⁵ Stähli, Martin: Die interkonfessionelle Konferenz: Schweiz und Dritte Welt, in: Neue Wege, Band 64 (1970), Heft 12, S. 358-361, hier: S. 359.

²²⁶ Hess, Hansjörg an die Handelsabteilung: „Wirtschaftslage“, 24.01.1969, S. 1-2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.

schaftspolitik zu erklären.²²⁷ Frei erklärte den Beamten in Bern, dass er vorläufig jedoch nicht davon ausgehe, dass die Junta tiefgreifende Massnahmen einleiten werde.²²⁸ Nur kurze Zeit später übermittelte Frei dem Eidgenössischen Politischen Departement die Aussage des Wirtschaftsministers Morales Bermúdez, dass in Peru „un développement de gauche qui ne sera toutefois pas extrémiste“ stattfindet.²²⁹

Aus schweizerischer Sicht machte man sich zum damaligen Zeitpunkt kaum Sorgen um die Handelsbeziehungen mit Peru. Die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC)²³⁰ verkündete im Dezember 1969 in einer vertraulichen Stellungnahme, dass die Angehörigen der peruanischen Junta ihrer Meinung nach keine Marxisten seien.²³¹ Frei teilte diese Ansicht und verwendete in seiner ökonomischen Berichterstattung dieselbe Formulierung.²³² Selbst die von der Regierung Belaúnde übernommene Importsteuer auf Luxusgüter – davon betroffen waren auch schweizerische Uhren – konnte diese Einschätzung nicht verändern.²³³

In Bern verfolgte man die wirtschaftliche Entwicklung Perus mit Interesse. Um ein Beispiel herauszugreifen: Im September 1973 schickte Botschafter Frei eine Sondernummer der englischsprachigen Peruvian Times an die Handelsabteilung, die sich der schweizerischen Präsenz in seinem Residenzland widmete.²³⁴ Die Sondernummer erhielt innerhalb der Handelsabteilung viel Beachtung. Umgehend fragte man bei Frei nach, ob er zusätzliche Exemplare in die Schweiz schicken könnte.²³⁵ Unter dem Titel „Swiss know-how boosts Peruvian business“ erläuterte die Sondernummer, dass 1972 ein Rekordjahr der schweizerisch-peruanischen Han-

²²⁷ Frei, William an Micheli, Pierre (EPD): „Lettre politique No 13: Industrialisation de Pérou“ (Confidentielle), 04.11.1969, S. 1-4, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.

²²⁸ Ebd., S. 3.

²²⁹ Frei, William an Micheli, Pierre (EPD): „Lettre politique No 14: Politique économique de Pérou“ (Confidentielle), 13.11.1969, S. 2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.

²³⁰ Die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (Office Suisse d'Expansion Commerciale, OSEC) war ein privater Verein, den es seit dem Jahr 1927 gab und der teilweise vom Bund finanziert wurde. Innerhalb der OSEC fand ein reger Austausch zwischen Vertretern der schweizerischen Privatwirtschaft statt, weil sie für Dienstleistungen im Bereich der Information und Beratung über Handelsgeschäfte verantwortlich gewesen ist, die in anderen Ländern durch staatliche Dienste abgedeckt wurden. Siehe dazu: Jeker, Rolf M.: Die schweizerische Exportförderung, in: Riklin, Alois; Haug, Hans; Probst, Raymond (Hrsg.): Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern, Stuttgart und Wien 1992, S. 889-904, hier: S. 898-899.

²³¹ OSEC an unbekannte Empfänger: „Information confidentielle No 29: PEROU“ (Confidentielle), Début Décembre 1969, S. 2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.

²³² Annexe „Perou“, S. 3, des Dokuments „Informations économique No. 1/1970“ von Frei, William an OSEC, 05.12.1969, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.

²³³ Hess, Hansjörg an die Handelsabteilung: „Verlängerung der Importsteuer von 10% auf Luxuswaren“, 29.11.1968, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.

²³⁴ Frei, William an die Handelsabteilung: Titeloses Schreiben, 17.09.1973, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1987/78#4500*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1973-1975.

²³⁵ Thurnheer, Ernst an Frei, William, Titelloses Schreiben, 27.09.1973, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1987/78#4500*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1973-1975.

delsbeziehungen gewesen sei. Die Schweiz importierte aus Peru vor allem Baumwolle, Fischmehl und Kaffee.²³⁶ Peru hingegen Produkte der Maschinenbau- und der Pharmaindustrie.²³⁷ Anlass zur Sorge bereiteten nur die Luxusgüter. Die Zahl der importierten schweizerischen Uhren ging im Vergleich zu den Sechzigerjahren um mehr als die Hälfte zurück.²³⁸ Der Artikel verwies darauf, dass die Handelsbeziehungen teilweise durch die steuerlich finanzierte Exportrisikogarantie gedeckt seien.²³⁹ Der Journalist hob auch das schweizerische Engagement im Rahmen der technischen Zusammenarbeit hervor.²⁴⁰ Zudem wurden schweizerische Unternehmen genannt, die im Bereich der Elektrizität, der Pharmazie und dem Maschinenbau in Peru produzierten. Der Wissensaustausch mit dem Forschungs- und Industriestandort Schweiz wurde dabei betont und am Beispiel des Unternehmens Brown Boveri illustriert, das Weiterbildung in der Schweiz angeboten hätte.²⁴¹ Ebenfalls wurde erwähnt, dass die Firma Sandoz die Hälfte ihrer im Andenstaat verkauften Güter lokal fabriziere und durch ihre Beteiligung am Bau einer Autobahn auch die Infrastruktur des lateinamerikanischen Landes verbessert hätte.²⁴²

Die Handelsbeziehungen mit Peru erreichten neue Rekorde, die technische Zusammenarbeit war erfolgreich, ein schweizerisches Unternehmen baute sogar eine Autobahn. Wieso hielt sich die Begeisterung für die peruanische Diktatur innerhalb der Bundesverwaltung und der schweizerischen Wirtschaft in den frühen Siebzigerjahren dennoch in Grenzen? Wahrscheinlich ist die Antwort nicht in der peruanischen, sondern in der chilenischen Geschichte zu suchen. 1970 wurde in Chile Salvador Allende zum Präsidenten gewählt. Perus Nachbarland verlor dadurch umgehend das wirtschaftliche und finanzielle Vertrauen.²⁴³ Eines von Allendes Vorbildern war der autoritär regierende peruanische Staatspräsident, wie der Ausschnitt aus einer Rede im Jahr 1970 zeigt: „Schluss mit der wirtschaftlichen Ausbeutung! Schluss mit der sozialen Ungleichheit! Schluss mit der politischen Unterdrückung! [...] Es ist unsere Verpflichtung und unser Recht, auf uralte Leiden aufmerksam zu machen, wie der peruanische Präsident Velasco Alvarado sagte.“²⁴⁴

²³⁶ Spycher, Peter: Swiss know-how boosts Peruvian business, in: Peruvian Times. Switzerland in Peru: a special survey, S. 7-21, hier: S. 7, archiviert in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1987/78#4500*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1973-1975.

²³⁷ Ebd., S. 13.

²³⁸ Ebd.

²³⁹ Ebd.

²⁴⁰ Ebd., S. 13.

²⁴¹ Ebd., S. 14-15.

²⁴² Ebd., S. 15.

²⁴³ Rinke, Stefan: Kleine Geschichte Chiles, München 2007, S. 144.

²⁴⁴ Allende, Salvador: Discurso en el Estadio Nacional. 5 de noviembre de 1970, in: Ders.: Discursos, Havanna 1975, S. 31-52, zitiert nach: Q136 Allende und die demokratische Revolution in Chile (1970), in: Rinke, Stefan; Fischer, Georg; Schulze, Frederik (Hrsg.): Geschichte Lateinamerikas vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. Quellenband, Stuttgart 2009, S. 248-251, hier: S. 249.

Allende konnte zu Beginn seiner Regierungszeit mehrere ökonomische Verbesserungen für bisher benachteiligte Chileninnen und Chilenen erzielen.²⁴⁵ Seine Partei konnte daraufhin ihren Wähleranteil erhöhen.²⁴⁶ In den frühen Siebzigerjahren war daher die Vorstellung, dass der Sozialismus in Lateinamerika an Ansehen gewinnen könnte, nicht unbegründet.²⁴⁷ Innerhalb der Bundesverwaltung beobachtete man die wirtschaftspolitischen Entwicklungen in Lateinamerika daher besorgt. In einem Rundschreiben warnte der Finanz- und Wirtschaftsdienst des Eidgenössischen Politischen Departement im Jahr 1970 davor, dass schweizerische Investitionen in Lateinamerika in Gefahr seien. Neben Chile und Peru wurden auch weitere Staaten aufgelistet.²⁴⁸ Das Eidgenössische Politische Departement stand deswegen im engen Austausch mit zahlreichen schweizerischen Unternehmen in Lateinamerika.²⁴⁹ Informationen über die wirtschaftliche Lage Perus erhielt das Eidgenössische Politische Departement beispielsweise von Carlos Mariotti, dem Generaldirektor der Lima Light and Power Company.²⁵⁰ In keinem anderen peruanischen Unternehmen war zum damaligen Zeitpunkt mehr Geld aus der Schweiz investiert.²⁵¹

Mariotti engagierte sich stark für die schweizerische Präsenz in Peru. Die technische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten ging beispielsweise auf ihn zurück.²⁵² Im selben Zeitraum referierte er auch am Lateinamerikanischen Institut der Hochschule St. Gallen.²⁵³ Im Februar 1970 wurde Mariotti schliesslich in ein fünfzehnköpfiges Gremium des peruanischen Wirtschafts- und Finanzministeriums gewählt. Botschafter Frei betonte damals gegenüber der Handelsabteilung, wie ungewöhnlich es sei, dass die peruanische Diktatur einen Ausländer in ein wirtschaftspolitisches Gremium aufnahm.²⁵⁴

Im Winter 1973 weilte Mariotti in der Schweiz. Die Handelsabteilung lud ihn zu einer Sitzung über die peruanische Wirtschaftsentwicklung ein. Mariotti beschrieb die „sozialistische Eu-

²⁴⁵ Rey, Romeo: *Geschichte Lateinamerikas vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2006, S. 128.

²⁴⁶ Brands, Hal: *Latin America's Cold War*, Cambridge (Massachusetts) und London 2012, S. 116.

²⁴⁷ Ebd., S. 4.

²⁴⁸ Siehe: Faillettaz, Jacques an mehrere Empfänger: „Investissements suisses en Amérique latine“, 30.10.1970, S. 2, dodis.ch/36496

²⁴⁹ Ebd.

²⁵⁰ Siehe: Bischof, Erwin: „Aktenotiz: Peru: Besprechung am 1.2.1973 über die politische und wirtschaftliche Situation“, 02.02.1973, dodis.ch/39188

²⁵¹ Lécho, Ernst Henri an Brugger, Ernst: „Besuch des peruanischen Botschafters vom 29.5.1973“, 28.05.1973, S. 2, dodis.ch/39184

²⁵² Sanders, Angela: ‚Wonderland‘ Peru. Migration and the Making of an Andean Switzerland, in: Purtschert, Patricia; Fischer-Tiné, Harald (Hrsg.): *Colonial Switzerland. Rethinking Colonialism from the Margins*, Basingstoke 2015, S. 110-132, hier: S. 119.

²⁵³ Siehe: Ebd., sowie Berger, Hans Adolf: Die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas und der Kommunismus, in: *Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur*, Band 44 (1964-1965), Heft 6, 505-514, hier: S. 510-511.

²⁵⁴ Frei, William an die Handelsabteilung: „Conseil consultatif d'Economie“, 25.02.1970, S. 2, in: *Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676**, Az. C.41.100.0, *Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970*.

phorie“²⁵⁵ im Andenstaat und vermutete, dass schon bald auch die Chemie- und Energieunternehmen von der ausländerfeindlichen Wirtschaftspolitik betroffen sein könnten.²⁵⁶ Er kündigte an, dass er die Gelegenheit haben werde, sich mit Velasco Alvarado über die Gesetzgebung im Bereich der Stromversorgung auszutauschen und sich für die schweizerischen Interessen einsetzen werde.²⁵⁷

Über Velasco Alvarados kapitalismuskritische Aussagen beklagten sich auch wirtschaftsliberale Kreise in der Schweiz. In den Schweizer Monatsheften wurde beispielsweise eine ausführliche Gegendarstellung publiziert, als der peruanische Diktator den Kapitalismus für die Strukturdefizite Perus verantwortlich machte.²⁵⁸ Die Schweizer Monatshefte nahmen den folgenden Standpunkt ein: „Ohne das bisschen Kapitalismus, was in Lateinamerika vorhanden war, würde dieser Kontinent noch weit schlechter dastehen als ohnehin schon. [...] Hier sei zunächst die Feststellung gemacht, dass aufgrund vieler günstiger äusserer Voraussetzungen dieser Kontinent bei einer vernünftigen Wirtschaftspolitik und Anwendung moderner Management-Methoden glänzend prosperieren könnte und keine Not zu leiden hätte.“²⁵⁹ Der Leserschaft wurde die folgende Lösung vorgeschlagen: „Ausländische Investitionen tragen zum Wachstum bei, zu stärkerer Industrialisierung, zu höherer Beschäftigung, zur Entwicklung des Lebensstandards und damit auch zur Steigerung der eigenen Fähigkeit zur Kapitalbildung.“²⁶⁰ Die Schweizer Monatshefte nannten den peruanischen Staatspräsidenten in einer späteren Ausgabe einen „radikalen und sehr autoritären Militärsozialisten“,²⁶¹ der mit seinen „sozialen Experimente[n]“ den Andenstaat „an den Rand des Staatsbankrotts“ geführt hätte.²⁶² Stimmt dieses Urteil mit der Entwicklung der schweizerisch-peruanischen Handelsbeziehungen überein?

²⁵⁵ Bischof, Erwin: „Aktenotiz: Peru: Besprechung am 1.2.1973 über die politische und wirtschaftliche Situation“, 02.02.1973, S. 1, dodis.ch/39188

²⁵⁶ Ebd., S. 1-2.

²⁵⁷ Ebd., S. 2.

²⁵⁸ Frickhöffer, Wolfgang: Sozialismus für Lateinamerika? Versuch einer Analyse, in: Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur, Band 51 (1971-1972), Heft 4, S. 259-266, hier: S. 259-260.

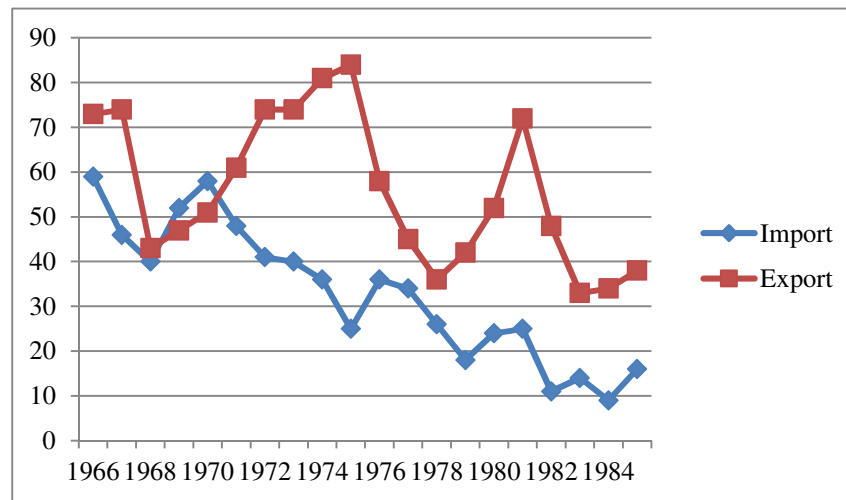
²⁵⁹ Ebd., S. 260.

²⁶⁰ Ebd., S. 264.

²⁶¹ Allemann, Fritz René: Demokratisierung mit Fragezeichen, in: Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur, Band 60 (1980), Heft 4, S. 289-298, hier: S. 292.

²⁶² Ebd., S. 297.

Diagramm 1: Entwicklung des Aussenhandels Schweiz-Peru in den Jahren 1966 bis 1985 in Millionen Franken



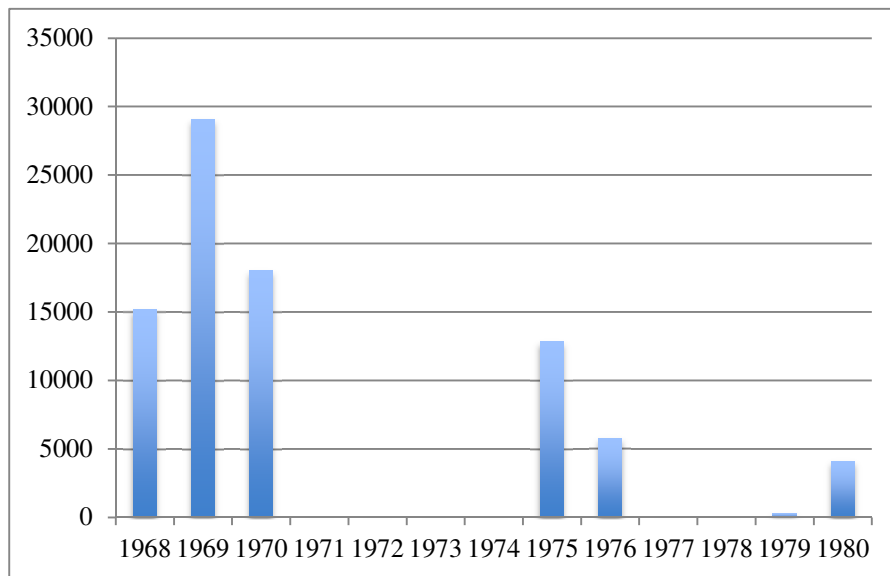
Quelle: Aussenhandelsstatistik der Oberzolldirektion, Jahrgänge 1966 bis 1985²⁶³, inflationsbereinigt (Index = 1966).²⁶⁴

Wie anhand der Grafik veranschaulicht, brach 1968 der schweizerische Export nach Peru um fast die Hälfte ein. Nach dem Militärputsch stieg die Güterausfuhr nach Peru aber wieder stark an. Während Velasco Alvarados Präsidentschaft, die bis 1975 dauerte, wurden in Peru immer mehr schweizerische Waren gekauft. Danach sank der schweizerische Export wieder um fast zwei Drittel. Beim schweizerischen Import peruanischer Waren kam es nach dem Militärputsch 1968 ebenfalls zu einer kurzfristigen Erholung. Doch ab 1970 wurden in der Schweiz fast kontinuierlich weniger peruanische Waren eingeführt. Ein in der Schweiz besonders begehrtes peruanisches Handelsgut war Silber. Gemäss der Aussenhandelsstatistik der Eidgenössischen Oberzolldirektion wurde das Edelmetall in den ersten drei Jahren der Militärdiktatur für mehrere Millionen Franken gekauft, 1969 waren es beinahe 30 Tonnen Silber. Ab 1971 endete der Silberhandel zwischen der Schweiz und Peru vorübergehend. In den späteren Jahren der Diktatur sollte die vorherige Menge an gekauftem Silber nicht mehr erreicht werden.

²⁶³ Angaben gemäss Historical Statistics of Switzerland Online, Tabellen L.19. („Einfuhrwerte nach Ursprungsländern 1920-1992 (in Millionen Franken): Amerika -“) und L.23. („Ausfuhrwerte nach Verbrauchsländern 1920-1992 (in Millionen Franken): Amerika -“), URL: www.fsw.uzh.ch/histstat/main.php, konsultiert am 03.02.2017.

²⁶⁴ Deflationiert anhand des Konsumentenpreixindex (KPI) durch die Webseite „swistoval“, Christian Pfister, Roman Studer. Swistoval. The Swiss Historical Monetary Value Converterterter. Historisches Institut der Universität Bern. <http://www.swisstoival.ch/> ((Datum des Zugriffs (03.02.2017)), über die Geldpolitik der Siebzigerjahre siehe: Baltensperger, Ernst: Der Schweizer Franken. Eine Erfolgsgeschichte. Die Währung der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 2012, S. 225-239 und Halbeisen, Patrick; Straumann, Tobias: Die Wirtschaftspolitik im internationalen Kontext, in: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Basel, 2012, S. 983-1075, hier: S. 1052-1066.

Diagramm 2: Schweizerischer Import von Silber und Silberlegierungen, 1968 bis 1980 in kg



Quelle: Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz, Bern, Jahrgänge 1968-1980.

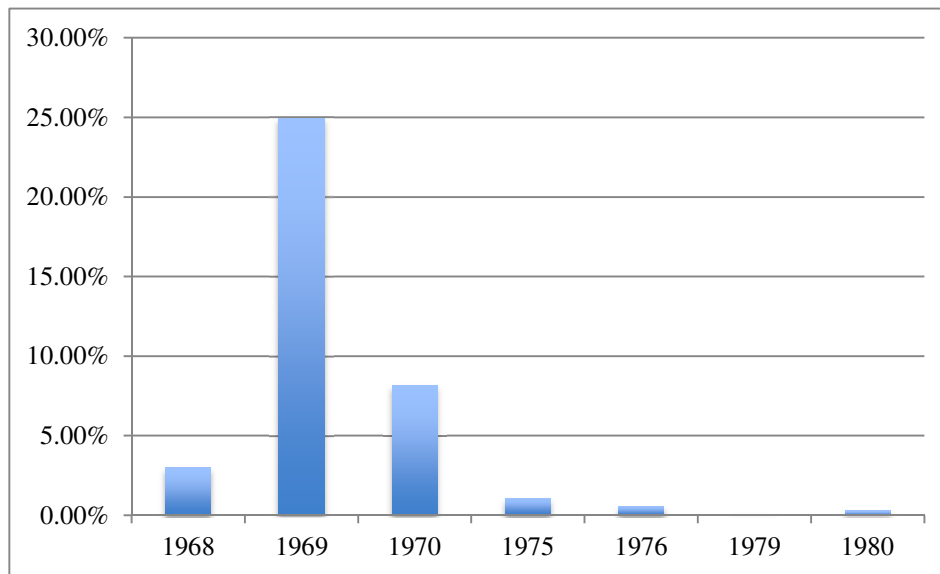
Silber war kein reguläres Handelsgut. Ab dem Jahr 1981 wurden zahlreiche Edelmetalle nicht mehr hinsichtlich ihrer Herkunft in der Aussenhandelsstatistik der Oberzolldirektion aufgeführt, Silber gehörte auch dazu. Eine jüngere Publikation der Eidgenössischen Zollverwaltung führte unterschiedliche Gründe dafür an, warum dies der Fall war. Silber wurde auch als Zahlungsmittel eingesetzt, was die statistische Erhebung erschwerte. Beim Gold wurde die Änderung unter anderem auch damit begründet, dass der Handel möglichst diskret vollzogen werden sollte.²⁶⁵ Diese Änderung wurde in der Schweiz stark kritisiert.²⁶⁶ Der Edelmetallhandel mit umstrittenen Handelspartnern war stets ein äusserst heikles Thema. Besonders deutlich wurde dies beim Goldhandel mit dem Apartheid-Regime in Südafrika.²⁶⁷

²⁶⁵ Siehe: Eidgenössische Zollverwaltung EZV: Offenlegung der Statistik zur Ein- und Ausfuhr von Gold. Schlussbericht der Arbeitsgruppe zu Händen des Oberzolldirektors, Bern 2013, S. 3-5.

²⁶⁶ Gerster, Richard: Aus Fehlern lernen? Die Schweiz und die Dritte Welt, Zürich 1987, S. 17.

²⁶⁷ Kreis, Georg: Die Schweiz und Südafrika 1948-1994. Schlussbericht des im Auftrag des Bundesrates durchgeführten NFP 42+, Bern, Stuttgart und Wien 2005, S. 300-307.

Diagramm 3: Prozentualer Anteil des peruanischen Silbers am schweizerischen Gesamtimport von Silber, 1968-1980



Quelle: Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz, Bern, Jahrgänge 1968-1980.

Die Schweiz importierte zwischen 1968 und 1970 einen bedeutenden Anteil ihres Silbers aus Peru. Herausragend ist das Jahr 1969, in dem beinahe ein Viertel des Gesamtimports aus Peru stammte. Die Silberimporte nach 1975 waren prozentual unbedeutend. Die Volatilität des peruanischen Anteils am schweizerischen Silberimport zeigt, dass die Schweiz nicht auf peruanisches Silber angewiesen war. Silber konnte auch in Drittstaaten erworben werden. Zum Vergleich: Zum Zeitpunkt, als die Schweiz beachtliche Teile ihres Silbers aus der peruanischen Diktatur importierte, kaufte die Schweiz 70 Prozent ihres Goldes in Südafrika.²⁶⁸ Das Ausmass des Goldgeschäfts wurde 1969 im Nationalrat kritisch aufgegriffen.²⁶⁹ Bei der Recherche für die vorliegende Arbeit wurden keine ähnlichen Auseinandersetzungen über das aus der peruanischen Militärdiktatur bezogene Silber gefunden.

Machtwechsel

Das Jahr 1975 sollte für Peru besonders ereignisreich werden. In Lima herrschten im Februar chaotische Zustände, als sich ein Streik der Polizei zu einer Auseinandersetzung mit dem Militär ausweitete. Die Arbeitsniederlegung wurde blutig niedergeschlagen. Während den Ereignissen kam es zu Diebstählen und anderen Vergehen.²⁷⁰ Botschafter Frei verurteilte die Vor-

²⁶⁸ Kreis, Georg: Die Schweiz und Südafrika 1948-1994. Schlussbericht des im Auftrag des Bundesrates durchgeführten NFP 42+, Bern, Stuttgart und Wien 2005, S. 305.

²⁶⁹ Ebd., S. 306.

²⁷⁰ Frei, William an das EPD: „Violente manifestations à Lima (Confidentiel)“, 17.02.1975, S. 1-3, [do-dis.ch/39185](https://www.dia.ch/39185)

kommissionen²⁷¹ und wies darauf hin, dass Panzer sowjetischer Herkunft eingesetzt worden seien.²⁷² Frei äusserte in seinem vertraulichen Schreiben, dass Velasco Alvarados Verhalten teilweise sehr kritisch beobachtet werde.²⁷³ Im August 1975 kam es durch einen internen Putsch zu einem Führungswechsel. Neues Staatsoberhaupt wurde Morales Bermúdez, der unmittelbar nach dem Putsch einschneidende Sparmassnahmen einleitete. Widerstände der Bevölkerung wurden nicht toleriert. Die Junta, die bisher kaum für ihre Gewalttaten bekannt war, unterdrückte die Kritik aus der Bevölkerung nun unerbittlich.²⁷⁴

Innerhalb der Bundesverwaltung wurde der interne Putsch aus ökonomischen Gründen begrüsst. Morales Bermúdez wurde innerhalb der Bundesverwaltung bereits als Belaúndes kurzzeitiger Finanzminister positiv hervorgehoben.²⁷⁵ Als er im Februar 1975 zum Premier- und Kriegsminister der Junta ernannt worden ist, lobte Botschafter Frei diesen Entscheid. Er hob hervor, dass Morales Bermúdez in den ersten Jahren der Militärdiktatur ein „erfolgreicher Wirtschafts- und Finanzminister“ gewesen sei.²⁷⁶ Innerhalb der schweizerischen Botschaft ging man bereits im Februar 1975 von einem allfälligen internen Putschversuch aus. Eine gewisse Zuversicht und Beruhigung erzeugte, dass „liberale Kreise [...] grosse Hoffnungen in die Ernennung von Morales Bermúdez [setzen]“.²⁷⁷ Dass es aber Morales Bermúdez selbst war, der schliesslich einen Staatsstreich durchführte, überraschte auch die Diplomaten in Lima. „L'effet de surprise a été total“, meinte ein Botschaftsmitarbeiter in einem Telegramm unmittelbar nach dem Putsch.²⁷⁸ Mit nur wenigen Worten wurde der Führungswechsel positiv bewertet: „Nouveau Président passe pour plus modéré que son prédécesseur ou du moins pour plus réfléchi. Il a montré de solides connaissances d'économie quand il était Ministre des finances.“²⁷⁹

Im Gegensatz zu der positiven Bewertung innerhalb der Bundesverwaltung nahmen linke schweizerische Medien eine kritische Haltung gegenüber Morales Bermúdez ein. Während sein Vorgänger als Hoffnungsträger dargestellt wurde, setzte man Morales Bermúdez beispielsweise mit anderen äusserst gewaltbereiten Diktatoren Lateinamerikas gleich.²⁸⁰ Auch im

²⁷¹ Ebd., S. 1.

²⁷² Ebd., S. 3.

²⁷³ Ebd., S. 6.

²⁷⁴ Siehe: König, Hans-Joachim: Kleine Geschichte Lateinamerikas, Stuttgart 2009, S. 673.

²⁷⁵ Hess, Hansjörg an Micheli, Pierre (EPD): „Politischer Brief Nr. 5. Wirtschaftskrise und Innenpolitik“, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.

²⁷⁶ Frei, William an das EPD: Titellooses Schreiben, 04.02.1975, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1987/78#4500*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1973-1975.

²⁷⁷ Ebd., S. 2.

²⁷⁸ Fonjallaz, Gérard an „345“: Télégramme No 63, dodis.ch/39183

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ Comblin, José; Maurovich, Frank: "Nationale Sicherheit": Hintergrund der Staatsdoktrin in Lateinamerika, in: Neue Wege, Band 71 (1977), Heft 6, S. 179-181, hier: S. 179.

Presseorgan des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds wurde der Umgang mit Regimegegner angeprangert, seit Morales Bermúdez an der Macht war.²⁸¹

Morales Bermúdez gelang es während seiner Zeit als peruanisches Staatsoberhaupt nicht, die Wirtschaft seines Landes zu animieren. Aus Sicht der schweizerischen Botschaft waren dafür nicht zuletzt auch die weltweiten schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen verantwortlich. Gegenüber der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung hielt man 1976 fest, dass sich diese besonders stark auf den Andenstaat ausgewirkt hätten.²⁸² Als Reaktion schützte die peruanische Junta mit Handelshemmnissen den inländischen Markt und versuchte gleichzeitig, den Absatz einheimischer Waren im Ausland zu erhöhen. Henry Béglé, der neue Botschafter in Lima, zeigte sich verständnisvoll. Seiner Meinung nach versuchte die Junta damit, frühere Fehlentscheidungen in der Wirtschaftspolitik rückgängig zu machen.²⁸³

Die politischen Massnahmen erfüllten ihren Zweck jedoch nicht. Auch im Verlauf des Jahres 1977 stellte sich keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ein. Die Handelsabteilung erhielt aus der schweizerischen Botschaft einen Bericht zugeschickt, der das Vertrauen in Peru als Wirtschaftspartner zusätzlich verringerte. Das Dokument enthielt eine Zusammenfassung einer Fernsehansprache des abgetretenen peruanischen Wirtschafts- und Finanzministers. Sei es das fehlende Wachstum, das Haushaltsdefizit, die Schulden, das fehlende Kapital oder die Geldentwertung: Die wirtschaftlichen Probleme Perus wurden von ihm umfassend angesprochen.²⁸⁴

Béglé sandte unter anderem regelmässig Berichte von Carlos Mariotti an die Bundesverwaltung. Der schweizerische Botschafter wandte sich im Jahr 1977 vertraulich an das Eidgenössische Politische Departement, ob während eines Aufenthalts von Mariotti in der Schweiz nicht ein Austausch mit Angehörigen der Bundesverwaltung möglich wäre.²⁸⁵ In der schweizerischen Botschaft traf eine sehr schroff formulierte Antwort ein, die angesichts der diplomatischen Sprache der übrigen Korrespondenz erstaunt. Nachdem Mariottis Leistungen zwar

²⁸¹ Pino, Juan José del: Zur gewerkschaftlichen und politischen Lage in Lateinamerika, in: Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes 70 (1978), Heft 2, S. 56-59, hier: S. 58 und Kappeler, Beat: Arbeitsplätze in der Schweiz, Verlagerung in die Dritte Welt : Solidarität oder Konkurrenz?, in: Gewerkschaftliche Rundschau: Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes 71 (1979), Heft 3, S. 65-76, hier: S. 74.

²⁸² Anhang „Pérou“, S. 1 von Béglé, Henry an OSEC: „Informations économique No 1/1977“, 07.12.1976, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#4937*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1976-1978.

²⁸³ Ebd.

²⁸⁴ Siehe: „Alpandino Monatsbericht Juni 1977 (Vertraulich)“, S. 2, Anhang von: Béglé, Henry an die Handelsabteilung: „Rapport mensuel de Alpandino / juin 1977“, 19.07.1977, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#4937*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1976-1978.

²⁸⁵ Béglé, Henry an das EPD: „Voyage de M. Carlos MARIOTTI aus Etats-Unis et au Suisse (Confidentielle)“, 06.09.1977, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#4937*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1976-1978.

einleitend gelobt wurden, lehnte man eine Einladung mit der folgenden Begründung ab: „Wir bitten Sie um Verständnis dafür, dass es angesichts der Grosszahl von Persönlichkeiten, die mindestens ebenso als ‚einladungsfähig‘ gelten können, sowie unserer beschränkten persönlichen Mittel nicht möglich ist und uns als nicht zweckmässig erscheint, Herrn Mariotti speziell einzuladen.“²⁸⁶ Mariotti genoss in Peru noch immer höchstes Ansehen. Kurze Zeit später wurde er zum persönlichen Berater des Energieministers ernannt, wobei seine Expertise in der peruanischen Presse ausführlich gelobt wurde.²⁸⁷ Wie bereits erwähnt, war Mariotti nicht nur der Direktor des Unternehmens, in dem am meisten schweizerisches Kapital investiert war, sondern auch der Initiator der technischen Zusammenarbeit mit Peru.

Wieso war die Bundesverwaltung nicht an einem erneuten Treffen mit ihm interessiert? Wahrscheinlich ist die Antwort wiederum anhand der wirtschaftspolitischen Entwicklungen anderer lateinamerikanischen Staaten zu erklären. Als in Montreux im Oktober 1977 das „Latin American - European Business Cooperation Symposium“ stattfand, trat auch der peruanische Industrieminister als Referent auf, um für den peruanischen Wirtschaftsstandort zu werben.²⁸⁸ Gemäss Mariotti blieb der Versuch des Peruaners erfolglos: „Er fand dabei weniger Anklang als die ‚Konkurrenz‘ namentlich der ausgesprochen marktwirtschaftlich orientierten Regierungen wie Argentinien und Chile, auch im Vergleich mit den Offerten Brasiliens und Mexikos, wohl vor allem wegen der in Peru geltenden Industriegesetzgebung und der gewichtigen Rolle des Staates in den Basisindustrien.“²⁸⁹ Peru war in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre aus zwei Gründen als Wirtschaftspartner nicht mehr besonders attraktiv: Einerseits etablierten sich in Lateinamerika mehrere Diktaturen, die als wirtschaftsfreundlich galten. Andererseits trug Peru mit der eigenen investitions- und importfeindlichen Gesetzgebung auch selbst dazu bei, dass man das internationale Vertrauen verloren hatte.

Es erstaunt daher kaum, dass die Berichterstattung aus der schweizerischen Botschaft einen immer trüberen Ausblick auf den peruanischen Wirtschaftsstandort beinhaltete. Im Dezember 1977 starb zudem Velasco Alvarado, der in Peru noch immer sehr beliebt war. An seiner Trauerfeier nahmen beinahe zweihunderttausend Bürgerinnen und Bürger teil. Morales Ber-

²⁸⁶ Thurnheer, Ernst an die Schweizerische Botschaft in Lima: „Carlos MARIOTTI“, 07.10.1977, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#4937*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1976-1978.

²⁸⁷ Béglé sandte aus diesem Anlass mehrere Presstexte nach Bern, siehe z.B.: El Peruano: „Dr. Mariotti Cattaneo asumió cargo de Asesor del Titular de Energia“, 17.04.1979, Anhang von: Béglé, Henry an die Handelsabteilung: „Dr. Carlos Mariotti“, 27.04.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/60#1956*, Az. 810, Berichte – Allgemeines, Peru, 1979.

²⁸⁸ „Alpandino Monatsbericht Oktober 1977 (Vertraulich)“, 09.11.1977, S. 3, Anhang von: Béglé, Henry an die Handelsabteilung: „ALPANDINO / Appréciation de la situation politico-économique au Pérou en octobre 1977“, 21.11.1977, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#4937*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1976-1978.

²⁸⁹ Ebd.

múdez nutzte Velascos Tod für einen politischen Coup: Der bisher als wirtschaftsliberal wahrgenommene Diktator erklärte öffentlich, er werde sich vermehrt für linke Anliegen einsetzen. Aufstände aus der Bevölkerung wurden zum damaligen Zeitpunkt aber gewaltsam unterdrückt. Beim Einsatz der Armee starben mehrere Zivilpersonen.²⁹⁰ Botschafter Béglé sandte einen vertraulichen Bericht nach Bern, in dem das Verhalten der Junta stark kritisiert wurde: „Offenbar versucht die Regierung, das materiell hart bedrängte Volk mit allen möglichen Mitteln, leider auch demagogischen und unrealistischen, zu besänftigen.“²⁹¹

In der schweizerischen Botschaft ging man zum damaligen Zeitpunkt davon aus, dass die Wirtschaftspolitik der peruanischen Militärdiktatur längerfristig noch weniger liberal sein werde und sich die Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland verschlechtern werden.²⁹² Der angefügte vertrauliche Bericht von Mariotti kritisierte die Wirtschaftspolitik der Diktatur noch stärker: „Nicht nur in den Wirtschafts- und Industriekreisen, sondern auch bei der breiten Volksmasse spricht man immer mehr der Militärregierung die Qualifikation ab, das Land gewissermassen vernünftig und konstruktiv führen zu können. Die Formel ‚weder Kommunismus noch Kapitalismus‘ versagt kläglich. Sie ist auch zusammen mit der ständig wachsenden Bürokratie und der Ausschaltung der Zivilisten von der politischen Verantwortung daran schuld, dass man praktisch auf nationalökonomischer Ebene in einen Zustand der Entschlussunfähigkeit geraten ist.“²⁹³

Schweizerische Unternehmen und Grossbanken waren an Peru nach wie vor interessiert. Als eine peruanische Delegation im September 1979 in den Balkan an eine Tagung des Internationalen Währungsfonds reiste, schlug der Schweizerische Bankverein den Lateinamerikanern vor, einen Zwischenhalt einzulegen. Die Delegation nahm die Einladung an. Der peruanische Finanz- und Wirtschaftsminister hielt in Zürich einen Vortrag über die damalige ökonomische Lage in seiner Heimat.²⁹⁴ Sein Publikum setzte sich aus Vertretern der bedeutendsten Banken, Unternehmen, Wirtschaftsorganisationen und Zeitungen aus der Schweiz zusammen.²⁹⁵ Der Politiker nutzte die Gelegenheit, um eine Stunde lang über die peruanische Wirtschaftspolitik

²⁹⁰ Vgl. Absatz mit: „Alpandino Monatsbericht Januar 1978 (Vertraulich)“, 03.02.1978, S. 1, Anhang von: Béglé, Henry an die Handelsabteilung: „Rapport ALPANDINO/Janvier 1978“, 07.02.1978, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#4937*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1976-1978.

²⁹¹ Ebd.

²⁹² Clavel, Jean-D. an die Handelsabteilung: „Rapport Alpandino février / mars 1978“, 11.04.1978, S. 2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#4937*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1976-1978.

²⁹³ „Alpandino Monatsbericht Februar / März 1978 (vertraulich)“, 05.04.1978, S. 1, Anhang von Ebd.

²⁹⁴ Siehe: Greiner, Hans-Ulrich an die Schweizerische Botschaft in Lima: Titellooses Schreiben, 28.09.1979, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/60#1956*, Az. 810, Berichte – Allgemeines, Peru, 1979.

²⁹⁵ Siehe Teilnehmerliste, S. 1-3 des Dokuments „Presentation. Peru: Economic Situation and Outlook by Dr. Javier Silva Ruete, Minister of Economy and Finance of the Republic of Peru. Hosted by Swiss Bank Corporation, General Management“, 26.09.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/60#1956*, Az. 810, Berichte – Allgemeines, Peru, 1979.

zu referieren, die 1978 initiiert wurde.²⁹⁶ Aus seiner Sicht führten die eingeleiteten Reformen zu einem vollen Erfolg, wie der Abschluss seiner Rede beweist: „Die positiven Elemente dieser Entwicklung sind bei weitem kein Wunder. Sie sind einfach das Ergebnis der positiven Reaktionen der Unternehmer und der Lohnempfänger auf die professionell richtige, ehrliche und beharrliche Anwendung der Instrumente, welche die Wirtschaftswissenschaft uns zur Verfügung hält, ein Resultat der mutigen Anstrengung einer Gruppe von Menschen, die im schwierigsten Moment die Verantwortung übernommen haben und ihre Erfahrungen sowie ihre Kenntnisse in den Dienst unseres Landes stellten.“²⁹⁷

Bei seinem Publikum schien der peruanische Wirtschafts- und Finanzminister einen positiven Eindruck hinterlassen zu haben. „Wirtschaftspolitische Erfolge in Peru“, lautete beispielsweise die Überschrift zur Berichterstattung der Neuen Zürcher Zeitung. Der Artikel sprach vom „sichtliche[m] Stolz“ des Lateinamerikaners und wies auf seinen klar geäußerten Wunsch hin, dass die Schweiz mehr Geld im Andenstaat anlegen solle.²⁹⁸ Die Leserschaft der Neuen Zürcher Zeitung wurde zudem darauf aufmerksam gemacht, dass die peruanische Junta bald abtreten werde.²⁹⁹

In der schweizerischen Botschaft zweifelte man hingegen nach wie vor an der Wirtschaftspolitik der Junta. Béglé berichtete zwar dem Bundesamt für Aussenwirtschaft, dass innerhalb der schweizerischen Privatwirtschaft das Vertrauen in Peru wieder angestiegen sei.³⁰⁰ Der Diplomat zog aber selbst ein vernichtendes Fazit über sein Residenzland: „La situation du Pérou dans son ensemble reste peu brillante: il n’y a pour l’instant aucun plan de relance et de développement économiques. La planification au niveau national, si elle existe, est faible et peu efficace et de toute façon sectorielle et incohérente. Le chômage subsiste et les tensions sociales ne sont pas prêtes de se résorber car les mouvements de grève se poursuivent.“³⁰¹

Am Ende der Siebzigerjahre bestand ein deutlicher Widerspruch darin, wie die Beamten der Bundesverwaltung und wie die Angehörigen der schweizerischen Privatwirtschaft die ökonomische Situation Perus wahrgenommen haben und welches Interesse dem Land als Wirtschaftspartner entgegengebracht wurde. In Bern war am Ende der Siebzigerjahre nur verhältnismässig wenig Wissen über die wirtschaftliche Lage in Peru vorhanden. Der Abteilungschef

²⁹⁶ „Presentation. Peru: Economic Situation and Outlook by Dr. Javier Silva Ruete, Minister of Economy and Finance of the Republic of Peru. Hosted by Swiss Bank Corporation, General Management“, 26.09.1979, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/60#1956*, Az. 810, Berichte – Allgemeines, Peru, 1979. Zur Dauer des Referats: Siehe Programm (ohne Seitenzahlen) von Ebd.

²⁹⁷ Ebd., S. 5.

²⁹⁸ Bartu, Friedemann: Wirtschaftspolitische Erfolge in Peru. Finanzminister Silva Ruete in Zürich, in: Neue Zürcher Zeitung, 27.09.1979, S. 18.

²⁹⁹ Ebd.

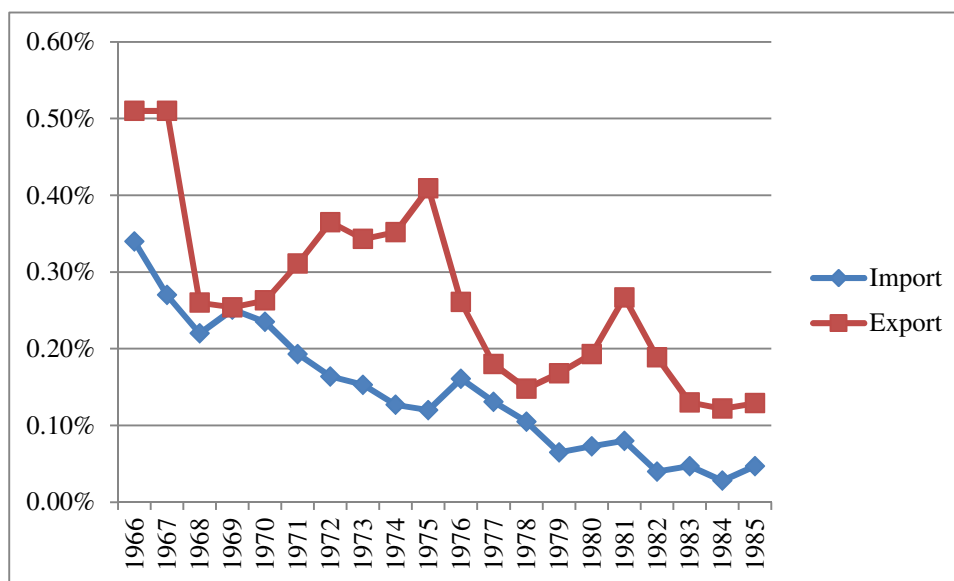
³⁰⁰ Béglé, Henry an das Bundesamt für Aussenwirtschaft: „Pérou: perspectives économiques“, 18.09.1979, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/60#1956*, Az. 810, Berichte – Allgemeines, Peru, 1979.

³⁰¹ Ebd., S. 3-4.

für den lateinamerikanischen Raum des Bundesamts für Aussenwirtschaft gab im Januar 1980 in einem Schreiben an die schweizerische Botschaft in Lima sogar zu, längst die Übersicht über die schweizerischen Investitionen im Andenstaat verloren zu haben.³⁰²

Über das Ausmass des Aussenhandels mit Peru lagen durch die Oberzolldirektion detaillierte Zahlen vor. Betrachtet man den prozentualen Anteil Perus am Gesamthandel der Schweiz, dann lässt sich feststellen, dass die Diktatur insgesamt an Bedeutung verloren hatte. Zwar stieg der Anteil am Gesamtexport in den ersten Jahren der Diktatur an. Doch während Morales Bermúdez' Präsidentschaft wurde Peru für die schweizerische Güterausfuhr immer bedeutungsloser. Noch schlechter entwickelte sich der Anteil peruanischer Waren am Gesamtimport der Schweiz. Ab dem Ende der Sechzigerjahre nahm der peruanische Anteil an der Gesamteinfuhr stark ab. 1979 betrug der Anteil unter 0.1% des Gesamtimports.

Diagramm 4: Prozentualer Anteil Perus am Gesamthandel der Schweiz, 1966-1985

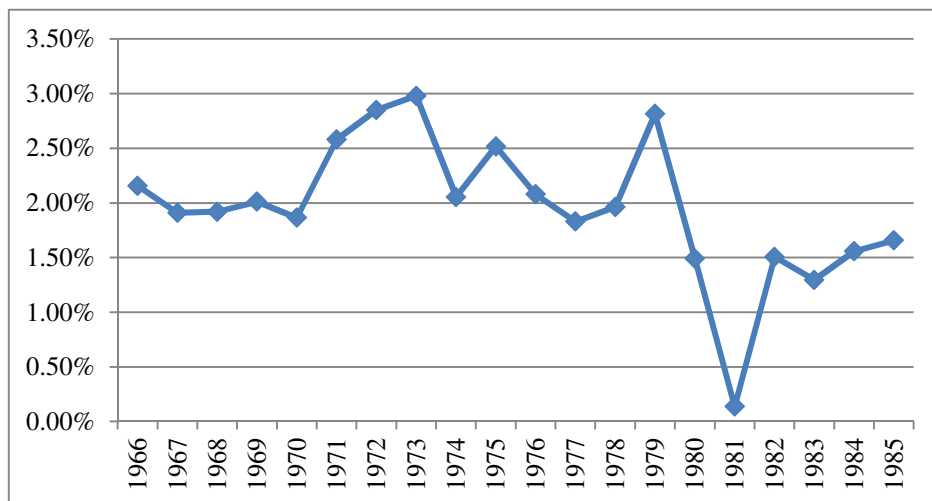


Quelle: Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz, Bern, Jahrgänge 1966-1983.

Die Schweiz war hingegen für Peru als Handelspartnerin bedeutungsvoller. Der Anteil schweizerischer Güter betrug während den Jahren der Diktatur durchschnittlich mehr als zwei Prozent der peruanischen Gesamteinfuhr. Wie bereits erwähnt, waren es vor allem industrielle Güter, die den Weg von der Schweiz nach Peru fanden. Wie die Grafik unten zeigt, war der Anteil schweizerischer Waren am peruanischen Gesamtimport schwankend. Nach dem Ende der Diktatur verlor die Schweiz vorübergehend stark an Bedeutung.

³⁰² Léchet, Ernst Henri an die Schweizer Botschaft: „Peru-Berichte“, 30.01.1980, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/142#2015*, Az. 810, Berichte – Allgemeines, Peru, 1980.

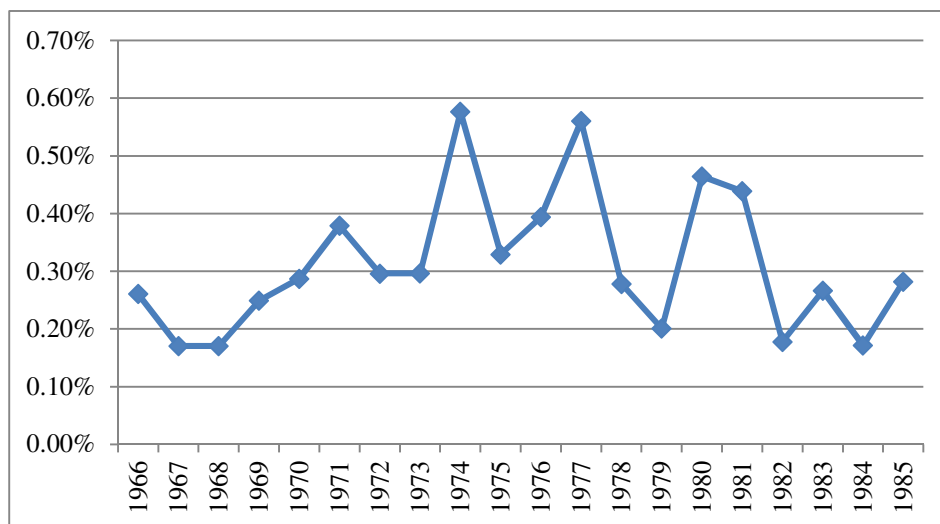
Diagramm 5: Prozentualer Anteil schweizerischer Waren am peruanischen Import



Quelle: United Nations: Yearbook of International Trade Statistics, New York, Jahrgänge 1966-1986.

Die Schweiz war auch für Peru kein wichtiger Absatzmarkt. Während der Diktatur wurden durchschnittlich nur 0.3% der peruanischen Exportgüter in die Schweiz verkauft. Das folgende Diagramm verdeutlicht, dass der prozentuale Anteil der Schweiz am peruanischen Gesamtexport dabei sehr volatil gewesen ist.

Diagramm 6: Prozentualer Anteil der Schweiz am peruanischen Export



Quelle: United Nations: Yearbook of International Trade Statistics, New York, Jahrgänge 1966-1986.

Innerhalb der Bundesverwaltung nahm der Optimismus gegenüber Peru als Wirtschaftspartner erst wieder rund um die demokratischen Wahlen zu. Luciano Mordasini, Bégles Nachfolger in Lima, sprach im Mai 1980 im Zusammenhang mit den peruanischen Wahlen bei-

spielsweise von einem „Rendez-vous avec le destin.“³⁰³ Der Ausgang der Wahlen erzeugte beim Schweizer Botschafter eine zuversichtliche Haltung. Gegenüber dem Bundesamt für Aussenwirtschaft lobte er den gewählten Präsidenten: „Le président élu, M. Fernando Belaúnde Terry, fait confiance à l'économie privée pour développer son pays. Faut-il en déduire que de nouvelles perspectives pourraient s'ouvrir aux pays industrialisés, et donc également à la Suisse, en matière d'échanges commerciaux? M. Mariotti est, à cet égard, d'un optimisme prudent.“³⁰⁴

Die erneute Wahl von Fernando Belaúnde Terry zum peruanischen Staatspräsidenten wurde von Mordasini als Chance wahrgenommen, dass sich die Handelsbeziehungen mit der Schweiz verbessern könnten. Mit der Berichterstattung über die peruanischen Präsidentschaftswahlen schliesst sich ein ungewollter Kreis innerhalb der Korrespondenz zwischen der schweizerischen Botschaft in Lima und den Beamten in Bern: Während Hess dem Sturz Belaúndes 1969 aus ökonomischen Gründen Verständnis entgegenbrachte, sah Mordasini im selben Politiker 1980 einen Hoffnungsträger für die wirtschaftliche Entwicklung Perus.

Bessere Menschenrechtsslage nach dem Ende der Diktatur?

Nach den Wahlen wurde die Verbesserung der Menschenrechtssituation innerhalb der Korrespondenz der Bundesverwaltung mehrmals aufgegriffen. Auch Carlos Mariotti setzte sich mit der Menschenrechtsfrage auseinander. Die Expertise des Auslandschweizers war weiterhin gefragt. Botschafter Mordasini informierte das Bundesamt für Aussenwirtschaft darüber, dass Mariotti an das Stanford Research Institute München eingeladen wurde, um über den Andenstaat zu referieren. Mordasini sandte das Manuskript bereits im Vorfeld des Anlasses nach Bern.³⁰⁵ Mariotti hielt darin fest, dass Velasco Alvarado zwar „eine neue Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit“ etablieren wollte, schlussendlich aber Grundrechte eingeschränkt worden wären.³⁰⁶ Mariotti erwartete von Belaúnde Terry „die wirtschaftliche und soziale Er-

³⁰³ Mordasini, Luciano an das Bundesamt für Aussenwirtschaft: „Pérou, 18 mai 1980: Rendez-vous avec le destin“, 24.05.1980, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/142#2015*, Az. 810, Berichte – Allgemeines, Peru, 1980.

³⁰⁴ Mordasini, Luciano an das Bundesamt für Aussenwirtschaft: „PEROU: Situation politico-économique et possibilités d'affaires“, 30.05.1980, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/142#2015*, Az. 810, Berichte – Allgemeines, Peru, 1980.

³⁰⁵ Mordasini, Luciano an das Bundesamt für Aussenwirtschaft: „PEROU: Situation politico-économique et possibilités d'affaires“, 30.05.1980, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/142#2015*, Az. 810, Berichte – Allgemeines, Peru, 1980.

³⁰⁶ Mariotti, Carlos: „Business in Peru. Uebersetzung eines Vortrages von Dr. C. Mariotti im Rahmen einer internationalen Veranstaltung des Stanford Research Institute SRI am 6. Juni 1980“, S. 1, Anhang von Ebd.

holung Perus³⁰⁷ und erhoffte sich unter anderem die „Meinungsfreiheit und Identifizierung mit der westlichen Tradition.“³⁰⁸

Als im November 1981 eine offizielle Delegation des Bundes nach Lateinamerika reiste, beinhaltete der vertrauliche Bericht des Bundesamts für Aussenwirtschaft auch eine Beschreibung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände Perus. Die Beamten aus der Schweiz sprachen mit ihren Gastgebern jeweils auch über die Menschenrechtssituation. Während die Zustände beispielsweise in Argentinien und Chile besorgt betrachtet wurden, schien man aus Sicht der Bundesverwaltung mit den Zuständen in Peru zufrieden zu sein.³⁰⁹ Mit Staatspräsident Belaúnde Terry erörterte Paul Rudolf Jolles, der Direktor des Bundesamts für Aussenwirtschaft, vor allem die Möglichkeiten der technischen Zusammenarbeit im Bereich der peruanischen Landwirtschaft. Mit dem Wirtschafts- und Finanzminister sprach Jolles hingegen neben ökonomischen Themen auch den lateinamerikanischen Umgang mit Dissidenten an.³¹⁰ In diesem Zusammenhang hielt der vertrauliche Bericht des Bundesamts für Aussenwirtschaft das Folgende fest: „Glücklicherweise kenne Peru [...] keine Tradition der Gewalttätigkeit.“³¹¹

³⁰⁷ Ebd., S. 2.

³⁰⁸ Ebd., S. 3.

³⁰⁹ „Bericht über die Goodwill-Mission nach Südamerika (November 1981) (vertraulich)“, verfasst von Lévy, Philippe an zahlreiche Empfänger, datiert auf Januar 1982, S. 5 und S. 15, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2200.144#1997/18#33*, Az. 512.01, Chile, Wirtschaftliche Berichte, 1981-1983.

³¹⁰ Ebd., S. 15.

³¹¹ Ebd.

3.2 Entwicklungshilfe als Handelshilfe?

Vielleicht lag es zu Beginn einfach daran, dass Carlos Mariotti den Käse aus seiner Heimat vermisste. Fakt ist: Im Austausch mit Otto Scheidegger, dem Direktor der Käseunion, dachte sich Mariotti 1961 ein kühnes Projekt aus. Wie wäre es, wenn die peruanischen Bauern nach schweizerischem Vorbild Kühe züchten, Milch produzieren und Käse herstellen würden?³¹² Seit einigen Jahren gab es in Nepal und Indien ähnliche Projekte.³¹³ Warum sollte dies nicht auch in Peru gelingen? Von schweizerischer Seite her erkannte man zugleich das ökonomische Potential eines solchen Projekts. Hans Keller, der vom Bundesrat zum Delegierten für die technische Zusammenarbeit der Schweiz ernannt wurde,³¹⁴ listete die zahlreichen wirtschaftlichen Vorteile in einer Aktennotiz auf, die er nicht nur an Bundespräsident Friedrich Traugott Wahlen, sondern auch an zahlreiche Amtsstellen innerhalb der Bundesverwaltung sandte.³¹⁵ Er hob hervor, wie viel Geld aus der Schweiz bereits in Peru investiert sei.³¹⁶ Seiner Meinung nach waren aber auch die Handelsbeziehungen nicht zu unterschätzen. Keller schwärmte vom „sehr erheblichen Export schweizerischer Investitionsgüter nach Peru“ und meinte: „Dieses Land ist ohne Zweifel einer unserer besten Absatzmärkte in Südamerika und könnte sich, falls keine Aenderungen eintreten, in Zukunft weiterhin bewähren, ev. auch für Zuchtvieh.“³¹⁷ In der Aktennotiz wurde zudem festgehalten, dass von der technischen Zusammenarbeit nicht nur Peru profitieren sollte, sondern „auch die Interessen unserer Viehzüchter“ berücksichtigt werden sollten.³¹⁸ Für Keller stand es ausser Frage, dass auch die schweizerische Industrie beteiligt werden muss: „Auf die Mitarbeit unserer Industrie [...] müsste natürlich von Anfang an grosses Gewicht gelegt werden, auch im Hinblick auf die Lieferung maschineller Anlagen.“³¹⁹

Seine Aktennotiz kann insgesamt als Beleg dafür angeführt werden, dass seitens des Bundes seit Beginn der Entwicklungshilfe in Peru nicht nur altruistische, sondern auch ökonomische Motive hinter dem Engagement zu erkennen sind. Entwicklungshilfsprojekte waren in den Sechzigerjahren in der Schweiz politisch erstaunlich breit akzeptiert. Es konnten zwei unterschiedliche Interessen miteinander kombiniert werden konnten: Auf der einen Seite zeigte

³¹² Siehe: Keller, Hans an zahlreiche Empfänger: „Betr. Gesuch um technische Hilfe an Peru für Viehzucht, Milch- und Käseproduktion.“ (Aktennotiz), 29.07.1961, S. 1, dodis.ch/30690

³¹³ Sanders, Angela: ‚Wonderland‘ Peru. Migration and the Making of an Andean Switzerland, in: Purtschert, Patricia; Fischer-Tiné, Harald (Hrsg.): Colonial Switzerland. Rethinking Colonialism from the Margins, Basingstoke 2015, S. 110-132, hier: S. 119.

³¹⁴ Informationen zur Person Keller, Hans: dodis.ch/P184

³¹⁵ Keller, Hans an zahlreiche Empfänger: „Betr. Gesuch um technische Hilfe an Peru für Viehzucht, Milch- und Käseproduktion.“ (Aktennotiz), S. 1-2, 29.07.1961, dodis.ch/30690

³¹⁶ Edb., S. 1.

³¹⁷ Ebd.

³¹⁸ Ebd., S. 2.

³¹⁹ Ebd.

man sich solidarisch mit den Entwicklungsländern. Auf der anderen Seite erhoffte man sich aber auch einen finanziellen Nutzen von diesem Engagement.³²⁰ Wie die jüngere historische Forschung aufzeigte, wurden in der technischen Zusammenarbeit auch Partnerländer ausgewählt, mit denen sich die Schweiz topografisch und kulturell vergleichen konnte. Rückblickend muss jedoch festgehalten werden, dass solche Vorstellungen meist auf einer „selektiven Wahrnehmung“ und einer „Komplexitätsreduktion“ basierten.³²¹ Wie ein Dokument aus der Bundesverwaltung ausführlich darlegte, war es wegen des Umfangs der geplanten Projekte trotzdem nicht leicht, in der Schweiz nichtstaatliche Organisationen für die technische Zusammenarbeit mit Peru zu gewinnen.³²²

Bis zum Jahr 1964 hielten sich für die Schweiz bezüglich Peru die Kosten in Grenzen. Für die bisherige technische Zusammenarbeit gab die Schweiz lediglich 253'744 Franken aus. Im selben Zeitraum wurden in Nepal fast zwei Millionen Franken für die technische Zusammenarbeit ausgegeben.³²³ Schon kurze Zeit später sollten aber auch in Peru Projekte in Millionenhöhe lanciert werden. Innerhalb des Bundes war man 1964 äusserst überzeugt vom zukünftigen Erfolg. Der Bundesrat ernannte daher den Andenstaat zu einem Schwerpunktland der schweizerischen Entwicklungshilfe. In Kurt Burri fand man einen fachlich kompetenten Leiter.³²⁴ Es waren weltweit nur wenige andere Länder, die innerhalb der schweizerischen Entwicklungshilfe einen so hohen Stellenwert einnahmen.³²⁵ Der Bundesrat begründete seinen Entscheid gegenüber dem Parlament folgendermassen: „Peru wurde als Schwerpunktland sowohl wegen seiner engen wirtschaftlichen Beziehungen mit der Eidgenossenschaft, wie auch wegen seiner einflussreichen, lebendigen Schweizerkolonie gewählt, von deren Rat und Mitwirkung jedes Entwicklungsprojekt Nutzen ziehen kann.“³²⁶

³²⁰ Sanders, Angela: ‚Wonderland‘ Peru. Migration and the Making of an Andean Switzerland, in: Purtschert, Patricia; Fischer-Tiné, Harald (Hrsg.): Colonial Switzerland. Rethinking Colonialism from the Margins, Basingstoke 2015, S. 110-132, hier: S. 120.

³²¹ Siehe: Zürcher, Lukas: „So fanden wir auf der Karte diesen kleinen Staat“: Globale Positionierung und lokale Entwicklungsfantasien der Schweiz in Rwanda in den 1960er Jahren, in: Büschel, Hubertus; Speich, Daniel (Hrsg.): Entwicklungswelten. Globalgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit, Frankfurt am Main 2009, S. 275-309, hier: S. 304.

³²² Mentha, Eric an Keller, Hans und Messmer, Erich: „Concerns l’avenir de notre coopération technique en matière de projets combinés“, 05.09.1962, dodis.ch/30173

³²³ Siehe: „Nach Länder geordnetes Verzeichnis der finanziellen Leistungen der Schweiz im Rahmen der technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern 1961-1964“, dodis.ch/18959

³²⁴ Sanders, Angela: ‚Wonderland‘ Peru. Migration and the Making of an Andean Switzerland, in: Purtschert, Patricia; Fischer-Tiné, Harald (Hrsg.): Colonial Switzerland. Rethinking Colonialism from the Margins, Basingstoke 2015, S. 110-132, hier: S. 121.

³²⁵ Fluri, Branka: Umbruch in Organisation und Konzeption. Die technische Zusammenarbeit beim Bund 1958-1970, in: Studien und Quellen, Band 19 (1993), S. 382-393, hier: S. 391-392.

³²⁶ Botschaft des Bundesrats an die Bundesversammlung über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit der Schweiz mit Entwicklungsländern (Vom 27. Dezember 1966) in: Bundesblatt, Jahr 1967, Band 1, Heft 2, Geschäftsnummer 9600, 12.01.1967, Ref. No. 10 043 528, S. 13-44, hier: S. 28.

In Peru entschied sich der Bund, nicht ein einzelnes ausführliches Projekt, sondern zahlreiche kleine Projekte zu verfolgen. Zwei Gründe führten zu dieser Entscheidung: Einerseits fürchtete man sich vor wirtschaftlichen oder politischen Unruhen, auf die man bei einer Vielzahl an Vorhaben flexibel reagieren könnte. Andererseits konnten die Kleinprojekte an die unterschiedlichen topografischen Gegebenheiten angepasst werden.³²⁷ Die Entwicklungshilfe in Peru war daher vielfältig und unterschied stark zwischen den peruanischen Gebieten. Burri erkannte 1965 im peruanischen Hochland die folgende gesellschaftliche Dynamik: „Die Bevölkerung der Anden, Indios und Mestizos sind aus der Lethargie, in die sie in der Kolonialzeit verfallen sind, erwacht. Ein neues Zeitalter ist für sie angebrochen. In mächtige Syndikate vereinigt, verlangen sie eine neue Verteilung von Grund und Boden. Dort, wo die Regierung nicht rechtzeitig eingreifen kann, was bei einem so weit ausgedehnten Gebiet nicht erstaunlich ist, erfolgt zum Teil friedlich, zum Teil mit Gewalt die Invasion des Grossgrundbesitzes. Die grosse Masse der Landarbeiter will Besitz ergreifen von dem Land, das sie seit Generationen für den Grossgrundbesitzer bearbeitet hat.“³²⁸

Er erklärte der Bundesverwaltung anschliessend, dass die schweizerische Unterstützung in dieser Situation besonders notwendig sei. Burri argumentierte, dass aufgrund der Enteignungen zahlreiche Kleinbauern zwar über Tiere, Weiden und Äcker verfügten. Einigen Bauern gehörten sogar infrastrukturelle Güter. Aufgrund des mangelnden Wissens hätten sie all dies aber kaum produktiv nutzen können.³²⁹ Burri schwebte vor, dass in Peru „einfache Landarbeiter“ von „gut geschulten Schweizer Bauern“ lernen könnten, ihren neuen Besitz möglichst gewinnbringend zu nutzen.³³⁰ Der schweizerischen Entwicklungshelfer glaubte, dass man damit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration der indigenen Peruanerinnen und Peruanern leisten könnte.³³¹

Die verständnisvolle Haltung der Beamten der Bundesverwaltung gegenüber der drei Jahre später etablierten Militärdiktatur ist auch von diesem Hintergrund aus zu verstehen. Die Umverteilung von Landbesitz, die General Velasco forderte, war den Interessen der schweizerischen Entwicklungshilfe in Peru zuträglich. Der Leiter der technischen Zusammenarbeit mit Peru zeigte sich gegenüber den Enteignungen von Grossgrundbesitzern durch Kleinbauern nicht nur verständnisvoll, sondern sah in der Umverteilung des Besitzes auch einen möglichen Weg zu sozialem Frieden.

³²⁷ Burri, Kurt: „Unsere landwirtschaftlichen Projekte in Peru“ (Bericht), 15.02.1965, S. 1, dodis.ch/31352

³²⁸ Ebd., S. 3.

³²⁹ Ebd.

³³⁰ Ebd.

³³¹ Ebd., S. 4.

Das schweizerische Engagement im Hochland beschränkte sich nicht nur auf die Ausbildung der Kleinbauern. An einer regionalen Hochschule unterstützte man beispielsweise auch die wissenschaftliche Forschung über Futtermittel. Zudem bezahlte der Bund zehn Stipendien an Einheimische, die sich mit der Veränderung landwirtschaftlicher Strukturen auseinandersetzten. Ebenso reiste ein thematisch versierter Agronom der ETH Zürich nach Peru, um sein Wissen einzubringen.³³² Ein anderes Projekt in den Anden unterstützte zehn Dörfer, die unter anderem eine Wasserversorgung erhielten. Die Lima Light and Power Company war in das Projekt involviert.³³³ Mariotti, einer der Initianten der schweizerisch-peruanischen Entwicklungshilfe, profitierte folglich als Firmendirektor persönlich von diesem Projekt. Neben der infrastrukturellen Verbesserung unterstützte die Schweiz diese Dörfer aber auch in der Viehzucht. Die Kastration von Rindern gehörte ebenso dazu, wie die Eindämmung von Seuchen.³³⁴ Auch wurde eine kleine Anzahl an schweizerischem Gross- und Kleinvieh in diese Region exportiert.³³⁵

Neben dem Hochland engagierte sich die schweizerische Entwicklungshilfe auch in den Regenwaldgebieten. Obwohl hier nur ein Bruchteil der peruanischen Bevölkerung lebte, glaubte Burri „grosse Möglichkeiten für die Zukunft Perus“ zu erkennen.³³⁶ Die technische Zusammenarbeit fokussierte sich auf zwei Dörfer und eine Hafenstadt.³³⁷ In Jenaro Herrera unterstützte man die Fleischproduktion. Burri beschrieb der Bundesverwaltung das Gebiet als ideal für die Viehzucht und verwies auf die grosse Menge an Fleisch, dass Peru jedes Jahr aus dem Ausland importieren müsse.³³⁸ Das zweite Dorf im peruanischen Regenwald, das vom Bund unterstützt wurde, war Pampa Hermosa. Im Einzugsgebiet des Dorfes lebten etwa 7000 Personen. Lange Zeit konnte das Dorf gut von der Kautschukgewinnung leben. Als der industriell produzierte Synthekautschuk immer beliebter wurde, verlor das Dorf die wichtigste Einnahmequelle. Burri setzte sich zum Ziel, die Einwohner von Pampa Hermosa zu Viehzüchtern umzuschulen.³³⁹ Der Leiter der technischen Zusammenarbeit meinte: „Hierzu benötigen wir zwei von Pioniergeist beseelte, mit Ackerbau und Viehzucht sowie mit Holzfällen vertraute, unerschrockene Schweizer Landwirte.“³⁴⁰ Burris Ziel war es, „ein praktisches Beispiel von sinnvoller Planung und damit verbundener, grösserer Wirtschaftlichkeit zu geben“.³⁴¹ Auch in

³³² Ebd.

³³³ Ebd., S. 5.

³³⁴ Ebd.

³³⁵ Ebd., S. 6.

³³⁶ Ebd., S. 9.

³³⁷ Ebd.

³³⁸ Ebd., S. 11.

³³⁹ Ebd., S. 12-13.

³⁴⁰ Ebd., S. 13.

³⁴¹ Ebd., S. 14.

der Hafenstadt Pucallpa wurde geplant, die indigene Bevölkerung mit den schweizerischen Methoden der Viehzucht vertraut zu machen. Burri erhoffte sich, dass man dadurch das regionale Problem der Mangelerkrankung beheben könne.³⁴² In Pucallpa wurde er von einem „ausserordentlich tüchtige[n] Schweizer Landwirt“ unterstützt.³⁴³ In diesem Gebiet waren wirtschaftliche Überlegungen eher sekundär. Viel wichtiger war für den Leiter der technischen Zusammenarbeit, der indigenen Bevölkerung zu helfen.

Nicht alle Projekte wurden von der Schweiz alleine durchgeführt. In Pucallpa engagierten sich die Entwicklungshelfer beispielsweise zusammen mit Missionaren,³⁴⁴ in San Lorenzo half man der peruanischen Regierung.³⁴⁵ Die Hilfe war willkommen, die peruanische Regierung wählte sogar einen Schweizer als Projektleiter aus.³⁴⁶ Burri teilte der Bundesverwaltung mit, dass in San Lorenzo bis zu 48'000 Rindern gehalten werden könnten. Hauptabnehmer der Milch waren zwei Städte in der Umgebung. Gemäss Burri könnte überschüssige Milch allenfalls auch an eine Tochterfirma der Nestlé S.A. verkauft werden.³⁴⁷

Die bisherigen Gelder aus der Schweiz reichten für eine solche Vielzahl an Projekten nicht aus. Während zwischen 1961 bis 1964 nur 253'744 Franken benötigt wurden, ging Burri alleine für 1965 von Kosten in der Höhe von 980'000 Franken aus.³⁴⁸ Für die nächsten sieben Jahre berechnete er Gesamtkosten in der Höhe von 5'600'000 Franken.³⁴⁹ Der Bundesrat zeigte sich überzeugt von den Projekten und bewilligte umgehend Kredite in der Höhe von 1'800'000 Franken.³⁵⁰

Die frühesten Aktivitäten der schweizerischen Entwicklungshilfe in Peru zeigen, dass es wirtschaftliche und ideelle Motivationen gab, die Bevölkerung zu unterstützen. Die Projekte, die Burri zusammen mit seinen Mitarbeitenden durchführten, beabsichtigten zweifellos, eine nachhaltige Wirkung auf die peruanische Gesellschaft auszuüben. Burris engagierte Berichterstattung an die Bundesverwaltung demonstriert, mit welchem Idealismus in Peru gearbeitet wurde. Die jüngere historische Forschung geht sogar noch einen Schritt weiter: Es sei nicht nur Idealismus, sondern auch ein immenser Fortschrittsglaube gewesen, den Burri und seine

³⁴² Ebd., S. 14-16.

³⁴³ Ebd., S. 14.

³⁴⁴ Ebd., S. 15.

³⁴⁵ Ebd., S. 16.

³⁴⁶ Ebd., S. 18.

³⁴⁷ Ebd., S. 18-19.

³⁴⁸ Ebd., S. 20.

³⁴⁹ Ebd., S. 21.

³⁵⁰ Bundesratsprotokoll: „No 703. Coopération technique avec le Pérou: contribution fédérale de 1'800'000 fr.- à une action multiple de développement agricole, 1ère période“, 24.04.1965, S. 1, dodis.ch/31348

Mitarbeiter antrieb. Als Anhänger von Modernisierungstheorien sei ihr Denken über die Peruaner auch von Überlegenheitsgefühlen geprägt gewesen.³⁵¹

Neben ideellen Beweggründen war es aber immer selbstverständlich, dass die technische Zusammenarbeit auch ökonomisch sinnvoll sein sollte. In zweierlei Hinsicht: Einerseits für die Peruaner, für die ein generell höherer Wohlstand und eine geringere Auslandsabhängigkeit erreicht werden sollte. Andererseits aber auch für die Schweiz, die in vielfältiger Hinsicht von der technischen Zusammenarbeit profitierte. Mit der infrastrukturellen Erschliessung von zehn Dörfern in den Anden wurde mit der Lima Light and Power Company ein Unternehmen beauftragt, in dem am meisten schweizerisches Kapital angelegt war.³⁵² Einige schweizerische Staatsbürger erhielten im Rahmen der technischen Zusammenarbeit eine Anstellung, zudem wurde schweizerisches Vieh nach Peru verkauft.

Sollte Mariotti tatsächlich seinen Schweizer Käse vermisst haben, dann hatte er ihn dank der technischen Zusammenarbeit schon bald in Peru erhalten: Die landwirtschaftlichen Projekte schlossen auch die Käseproduktion mit ein. Unter Anleitung des Schweizers Josef Dubach wurden schon bald verschiedene Käsesorten hergestellt. Selbst in der peruanischen Hauptstadt waren die Produkte erhältlich. Die Käseproduktion war ein ökonomischer Erfolg, er verdrängte aber die traditionellen Sorten, die von den Entwicklungshelfern als minderwertig beurteilt wurden. Weil die neuen Sorten teurer waren, wurde Käse immer mehr zu einem Lebensmittel, das nur die reichen Peruaner assen. Dennoch wurde die neue Käseproduktion als so erfolgreich beurteilt, dass die Militärdiktatur in den frühen Siebzigerjahren ein grosses staatliches Projekt im Bereich der Käseherstellung lancierte.³⁵³ Dass die Produktion von schweizerischen Käsesorten im Andenstaat so gut funktionierte, war nicht selbstverständlich. Projektleiter Dubach versuchte auch ausserhalb Perus aus Kleinbauern Käseproduzenten zu machen. Gut dokumentiert ist beispielsweise sein Engagement in Bhutan, dass er schon nach kurzer Zeit wieder abbrach. Obwohl ihn der bhutanische König persönlich unterstützte, schien es ihm aufgrund zahlreicher Faktoren nicht realistisch zu sein, im südasiatischen Staat Käse zu produzieren.³⁵⁴

³⁵¹ Siehe: Sanders, Angela: ‚Wonderland‘ Peru. Migration and the Making of an Andean Switzerland, in: Purtschert, Patricia; Fischer-Tiné, Harald (Hrsg.): Colonial Switzerland. Rethinking Colonialism from the Margins, Basingstoke 2015, S. 110-132, hier: S. 124-125.

³⁵² Lécho, Ernst Henri an Brugger, Ernst: „Besuch des peruanischen Botschafters vom 29.5.1973“, 28.05.1973, S. 2, dodis.ch/39184

³⁵³ Siehe: Sanders, Angela: ‚Wonderland‘ Peru. Migration and the Making of an Andean Switzerland, in: Purtschert, Patricia; Fischer-Tiné, Harald (Hrsg.): Colonial Switzerland. Rethinking Colonialism from the Margins, Basingstoke 2015, S. 110-132, hier: S. 122.

³⁵⁴ Siehe: Truong Dinh, An Lac: Von Kühen, Fachkräften und Kapital. Persönliche Netzwerke, schweizerische Diplomatie und Entwicklungshilfe in Bhutan und Vietnam seit 1945, Zürich 2016, S. 127-129.

Es gab auch in Peru Misserfolge. Burri äusserte sich beispielsweise abschätzig über die peruanischen Kleinbauern und beklagte sich über ihre Arbeitsmoral.³⁵⁵ Auch das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement äusserte sich kritisch über die technische Zusammenarbeit mit der indigenen Bevölkerung Perus. Im Zusammenhang mit der Finanzierung eines Entwicklungszentrums argumentierte das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement gegenüber dem Bundesrat: „Die gleichzeitige Entwicklung eines landwirtschaftlichen und gewerblichen Entwicklungszentrums stellt sowohl an die Leitung, wie auch insbesondere an die Indianer, zu hohe körperliche und geistige Anforderungen. In Zwei-Jahreskursen können keine jungen Bauern im Departement Puno zu beruflich tüchtigen Männern herangebildet werden. Das Gleiche gilt, trotz ihrer natürlichen Begabung, für die handwerkliche Ausbildung dieser Leute.“³⁵⁶

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement stand einer Beteiligung des Bundes kritisch gegenüber, weil es die Wirtschaftlichkeit des Entwicklungszentrums in Frage stellte. Brisant ist dabei die anthropologische Begründung, dass die indigene Bevölkerung Perus sowohl aus körperlichem als auch geistigem Mangel nicht in der Lage dazu sei, gewisse Berufe zu erlernen. Handwerkliche Tätigkeiten traute man den Peruanern eher zu – allerdings nur, wenn die Ausbildungszeit länger wäre. Die betriebswirtschaftlichen Bedenken waren durch abwertendes Gedankengut ausgelöst worden. Aus Sicht des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements schienen die herabsetzenden Aussagen unproblematisch gewesen zu sein, sonst hätte man die Bedenken zurückhaltender formuliert.

Wie lassen sich solche Aussagen einordnen? Eine Untersuchung der technischen Zusammenarbeit im südostasiatischen Raum stiess in diesem Zeitraum auf ein ähnliches Denken.³⁵⁷ Die herablassenden Aussagen über die indigene Bevölkerung Perus muss daher wohl weniger in einem spezifisch regionalen Zusammenhang verstanden werden, sondern ist viel mehr ein Ausdruck einer generellen problematischen Betrachtung von Entwicklungsländern, die in den Sechzigerjahren offensichtlich weit verbreitet war.

³⁵⁵ Sanders, Angela: ‚Wonderland‘ Peru. Migration and the Making of an Andean Switzerland, in: Purtschert, Patricia; Fischer-Tiné, Harald (Hrsg.): Colonial Switzerland. Rethinking Colonialism from the Margins, Basingstoke 2015, S. 110-132, hier: S. 122.

³⁵⁶ Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement: „Mitarbericht zum Bundesratsantrag des Politischen Departements vom 3. März 1966 betreffend ‚Coopération technique avec le Pérou: Contribution fédérale de Fr 750.00.- à l’Association suisse d’Entraide au Pérou pour un Centre de développement agricole et artisanal‘.“, 18.03.1966, S. 2, dodis.ch/31350

³⁵⁷ Truong Dinh, An Lac: Von Kühen, Fachkräften und Kapital. Persönliche Netzwerke, schweizerische Diplomatie und Entwicklungshilfe in Bhutan und Vietnam seit 1945, Zürich 2016, S. 101-108.

Aus Sicht der schweizerischen Botschaft in Lima verlief die technische Zusammenarbeit mit Peru gesamthaft aber als „erfreulich“, wie ein Schreiben des Jahres 1966 belegt.³⁵⁸ Im Oktober 1968 kam es schliesslich zum unerwarteten Staatsstreich.³⁵⁹ Beeinflusste es die technische Zusammenarbeit, dass Peru fortan militärisch regiert wurde? Wie bereits erwähnt, zeigte sich der Leiter der technischen Zusammenarbeit gegenüber Enteignungen von peruanischen Grossgrundbesitzern verständnisvoll. Die schweizerische Entwicklungshilfe zielte darauf ab, Kleinbauern auszubilden. Velascos politisches Ziel, den peruanischen Boden gerechter zu verteilen, stand daher im Einklang mit den Projekten des Bundes. Auch der Umstand, dass mit schweizerischen Steuergeldern in Diktaturen Entwicklungshilfe geleistet wird, nahm man innerhalb der Bundesverwaltung nicht als besonders problematisch wahr. Bereits an einer Botschafterkonferenz im September 1964 setzte sich August R. Lindt, ehemaliger Schweizer Botschafter in Washington und damaliger Delegierter des Bundesrats für die technische Zusammenarbeit,³⁶⁰ in einem Referat ausführlich mit der Frage auseinander, ob mit der technischen Zusammenarbeit politische Ziele verfolgt werden sollten.

Lindt leitete seine Überlegungen über die Grundsätze der schweizerischen Entwicklungshilfe mit den folgenden Worten ein: „Wir haben die technische Zusammenarbeit des Bundes als etwas Unpolitisches konzipiert. [...] Sogleich kommt aber der Zusammenprall mit der Wirklichkeit. Es gibt Staaten, und ihre Zahl wird vielleicht noch zunehmen, die Massnahmen gegen schweizerische Siedler und schweizerische Investitionen treffen. Da erschallt dann in der Schweiz der Ruf nach Gegenmassnahmen: Abbruch der technischen Hilfe, Abbruch jeder Unterstützung dieser Länder, solange sie nicht bereit sind, gerechte Entschädigung auszurichten. Es entspricht dies etwas dem schweizerischen Charakter, Stich mit Gegenstich zu beantworten. Unsere Haltung dazu: Wir haben die Entwicklungshilfe so konzipiert, dass wir nie eine direkte Hilfe an eine Regierung geben, sondern versuchen, etwas sachlich Durchdachtes, etwas Konkretes zu schaffen, das einer gewissen Gruppe von Leuten direkt zugute kommt.“³⁶¹ Selbst Enteignungen von schweizerischem Besitz boten gemäss Lindt keinen Anlass, die technische Zusammenarbeit mit einem Staat einzustellen. In Peru waren einige schweizerische Investitionen in den Sechzigerjahren bedroht – man denke beispielsweise an Brown Boveri del Perú. Die Schweiz setzte die technische Zusammenarbeit dennoch fort. Der Bund

³⁵⁸ Hess, Hansjörg an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD: „Schweizerische technische Hilfe für Peru. Tour d’horizon mit dem neuen Generalsekretär des Ausserministeriums, Botschafter Dr. Javier Pérez de Cuéllar, Montag, 11. Juli 1966“, 15.07.1966, S. 1, dodis.ch/31347

³⁵⁹ Hess, Hansjörg an Micheli, Pierre (EPD): „Politischer Brief Nr. 15: Militärputsch vom 3. Oktober“, 04.10.1968, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.

³⁶⁰ Informationen zur Person Lindt, August R.: dodis.ch/P83

³⁶¹ Lindt, August Rudolf: „Referat von Herrn Dr. A. Lindt, gehalten an der Botschafterkonferenz am 4. September 1964“, 04.09.1964, S. 1, dodis.ch/30812

orientierte sich nicht an den einzelnen Regierungen, sondern an den Bedürfnissen der Bevölkerung der jeweiligen Partnerländer. Der Delegierte für die technische Zusammenarbeit war sich dabei der Tatsache bewusst, dass die schweizerische Entwicklungshilfe in Diktaturen auf besonders grosses Unverständnis stiess. Zugespitzt argumentierte er dagegen: „Sollen wir nur Regierungsformen unterstützen, die uns besonders sympathisch sind? Es gibt in Entwicklungsländern sozusagen keine Regierungsform, die unserer Auffassung von Demokratie entspricht [...]“³⁶² Anhand Lindts Ausführungen kann deutlich erkannt werden, dass aus Sicht des Bundes ein schweizerisches Engagement in einer Militärdiktatur mit den Grundsätzen der schweizerischen Entwicklungshilfe zu vereinbaren war. Selbst, wenn wegen der umstrittenen Regierung schweizerischer Besitz bedroht war. Wie später anhand von einer Parlamentsdebatte aufgezeigt wird, wurde diese Ansicht innerhalb der politischen Landschaft der Schweiz nicht vorbehaltlos geteilt.

Es sprach ein weiterer Aspekt dafür, dass die technische Zusammenarbeit in Peru auch nach dem Staatsstreich fortgesetzt wurde. Lindt erklärte an der Botschafterkonferenz, dass gerade im Zusammenhang mit Lateinamerika immer wieder der Vorwurf geäussert werde, dass die Entwicklungshilfe „in erster Linie die Reichen reicher mache.“³⁶³ Die Projekte in Peru wurden in dieser Hinsicht von Lindt lobend hervorgehoben, weil hier die armen Bevölkerungsschichten unmittelbar profitieren würden.³⁶⁴ Velasco Alvarados Absicht, den Reichtum in Peru umzuverteilen, stand daher alles andere als im Widerspruch zur Zielsetzung der technischen Zusammenarbeit.

Doch trug man mit der Entwicklungshilfe nicht zur Stabilität der peruanischen Militärdiktatur bei? Eines ist sicher: Die peruanische Junta wusste, wie wertvoll die Hilfe aus der Schweiz für ihr Land war. Beim bereits erwähnten Treffen einer peruanischen Delegation mit Beamten der Bundesverwaltung und Vertretern der Grossbanken standen die zusätzlich benötigten Standby-Kredite zwar im Vordergrund. Finanz- und Handelsminister General Angel Valdivia bat aber auch, dass die Schweiz die technische Zusammenarbeit mit Peru noch weiter ausbaue.³⁶⁵ General Valdivia musste sich noch einige Jahre gedulden, bis sein Wunsch in Erfüllung gehen sollte. Doch die Wartezeit lohnte sich. Im September 1971 bewilligte die Bundesversammlung einen Rahmenkredit in der Höhe von 400 Millionen Franken, mit dem Entwicklungslän-

³⁶² Ebd., S. 5.

³⁶³ Ebd., S. 6.

³⁶⁴ Ebd.

³⁶⁵ „Notiz über den Besuch einer peruanischen Finanzdelegation in Zürich (am Sitz des Schweiz. Bankvereins) vom 18.12.1968.“, 20.12.1968, S. 2, dodis.ch/33129

der finanziell unterstützt werden sollten.³⁶⁶ Auch die peruanische Militärdiktatur profitierte von diesem Rahmenkredit.

Zehn Millionen für peruanische Milch

Im Oktober 1975 beantragte der Bundesrat bei der Bundesversammlung, dass er dem peruanischen Staat zehn Millionen Franken als Darlehen aussprechen darf. Das Geld sollte in Peru für Milchwirtschaftsprojekte eingesetzt werden.³⁶⁷ Der Kredit sollte jährlich mit zweieinhalb Prozent verzinst und ab dem Jahr 1986 sukzessive zurückbezahlt werden.³⁶⁸

Es handelte sich dabei um alles andere als ein konventionelles Finanzgeschäft des Bundes. Einerseits aufgrund der Höhe des Darlehens. Im Rahmen der bisherigen technischen Zusammenarbeit mit Peru sprach der Bund insgesamt Kredite in der Höhe von fast 25 Millionen Franken aus.³⁶⁹ Ein einmaliges Darlehen in der Höhe von zehn Millionen Franken war daher aussergewöhnlich hoch. Andererseits war dieses Darlehen auch besonders, weil die Abstimmung des Ständerats zu einem für das Anliegen ungünstigen Zeitpunkt stattfand. Nur wenige Tage vor der Abstimmung im Bundeshaus konnten die schweizerischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in einem Referendum darüber entscheiden, ob der Internationalen Entwicklungsorganisation der Weltbank ein Darlehen in der Höhe von 200 Millionen Franken gewährt werden sollte. Der bekannteste Gegner dieser finanziellen Zusammenarbeit war James Schwarzenbach. Sein Abstimmungskampf zeigte Wirkung: 56 Prozent der Stimmberechtigten stellten sich gegen den Kredit.³⁷⁰

Ein Darlehen an Peru in einer bisher unbekanntenen Höhe, die nicht zuletzt aus tagespolitischer Aktualität eine Parlamentsdebatte auslöste: Zweifellos handelte es sich beim Kredit an die peruanische Militärdiktatur um ein aussergewöhnliches Geschäft des Bundes. Doch was waren in erster Linie die Beweggründe des Bundesrats, dieses Darlehen zu unterstützen? In einer ausführlichen Botschaft an den National- und Ständerat erläuterte die Landesregierung, warum die Schweiz das Darlehen gewähren sollte. Der Bundesrat hob darin Perus ökonomisches Potential hervor, wies aber auch auf die immensen Einkommensunterschiede im lateinameri-

³⁶⁶ Botschaft des Bundesrats an die Bundesversammlung über eine Finanzhilfe von 10 Millionen Franken an Peru, 15.10.1975, in: Bundesblatt, Jahr 1975, Band 2, Heft 44, Geschäftsnummer 75.086, 03.11.1975, Ref. No 10 046 539, S. 1641-1652, hier: S. 1641.

³⁶⁷ Ebd.

³⁶⁸ Abkommen zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung der Republik Peru über ein Finanzhilfedarlehen von 10 Millionen Schweizer Franken, in: Bundesblatt, Jahr 1976, Band 2, Heft 44, 03.11.1975, Ref. No 10 046 540, S. 1653-1660, hier: S. 1654.

³⁶⁹ Botschaft des Bundesrats an die Bundesversammlung über eine Finanzhilfe von 10 Millionen Franken an Peru, 15.10.1975, in: Bundesblatt, Jahr 1975, Band 2, Heft 44, Geschäftsnummer 75.086, 03.11.1975, Ref. No 10 046 539, S. 1641-1652, hier: S. 1646.

³⁷⁰ Siehe: Speich Chassé, Daniel: Streit um den Geldsack. Zahlen als politische Kommunikationsform über Entwicklungshilfe in der Schweiz, in: WerkstattGeschichte, Heft 58 (2012), 2, S. 71-86, hier: S. 79.

kanischen Staat hin. Den Parlamentsmitgliedern wurde zudem erklärt, dass der peruanische Agrarsektor nicht genügend Güter für den inländischen Markt erzeuge.³⁷¹ Auch Milch gehörte zu den Nahrungsmitteln, von denen in Peru zu wenig produziert worden sei.³⁷² Das Darlehen aus der Schweiz schien die peruanische Regierung ideal zu investieren. Der Bundesrat erwähnte zwar, dass von den Nationalisierungen am peruanischen Industriestandort auch schweizerischer Besitz betroffen war.³⁷³ Gegen die Enteignungen der peruanischen Grossgrundbesitzer hatte der Bundesrat jedoch nichts einzuwenden.³⁷⁴ Er erklärte gegenüber dem Parlament sogar, dass durch beabsichtigte Kollektivierungen „die unproduktive Zerstückelung des Bodens“ umgangen werden könne.³⁷⁵ Die Entwicklungspolitik der Militärdiktatur gefiel daher aus schweizerischer Perspektive in doppelter Hinsicht: Sie stand nicht nur im Einklang mit den ideellen Zielen der technischen Zusammenarbeit, die seit den Sechzigerjahren verfolgt wurden. Sondern sie gab auch die Gewissheit, dass das Darlehen in Peru in einem Sektor erfolgsversprechend investiert wird, der staatlich gefördert wird.³⁷⁶

Finanzielle Erwägungen waren für den Bundesrat wichtig. Peru musste in der Lage sein, dass Darlehen verzinst zurückzuzahlen. In der Stellungnahme gegenüber dem Parlament wurde daher auch betont, dass die Weltbank der peruanischen Militärdiktatur Kredite in der Höhe von rund einer Milliarde Dollar ausgesprochen hätte.³⁷⁷ Die Weltbank legte internationalen Geldgebern nahe, dass der Andenstaat Kredite nur „zu Vorzugsbedingungen“ erhalten sollte.³⁷⁸ Der Bundesrat hielt sich an diese Empfehlung und beabsichtigte, den Peruanern das Darlehen zu günstigen Konditionen zu gewähren.³⁷⁹ Schliesslich wies der Bundesrat die Parlamentsmitglieder darauf hin, dass das Darlehen weder zusätzliche Kosten verursache noch Arbeitsstellen bei der Bundesverwaltung dadurch reduziert werden müssen.³⁸⁰

Die Schweiz hatte die Kontrolle darüber, wie das Darlehen jenseits des Atlantiks eingesetzt werden sollte. Der vom Bundesrat ausgearbeitete Vertrag zwischen der Schweiz und Peru beinhaltete detaillierte Angaben, für was die zehn Millionen Franken eingesetzt werden müssen. Der grösste Teil des Darlehens sollte für den Kauf von Rindern genutzt werden, sieben Millionen Franken waren alleine dafür vorgesehen. Das übrige Geld sollte für den Ausbau der

³⁷¹ Botschaft des Bundesrats an die Bundesversammlung über eine Finanzhilfe von 10 Millionen Franken an Peru, 15.10.1975, in: Bundesblatt, Jahr 1975, Band 2, Heft 44, Geschäftsnummer 75.086, 03.11.1975, Ref. No 10 046 539, S. 1641-1652, hier: S. 1642-1643.

³⁷² Ebd., S. 1647.

³⁷³ Ebd., S. 1645.

³⁷⁴ Ebd., S. 1643-1644.

³⁷⁵ Ebd., S. 1644.

³⁷⁶ Ebd.

³⁷⁷ Ebd., S. 1646.

³⁷⁸ Ebd.

³⁷⁹ Ebd., S. 1649.

³⁸⁰ Ebd., S. 1650.

landwirtschaftlichen Infrastruktur verwendet werden. Die Aufträge dazu sollten international ausgeschrieben werden – das bedeutete, dass nicht nur die schweizerische Landwirtschaft und Industrie in Frage kam, durch das Darlehen an Peru zu profitieren.³⁸¹

Kühe aus der Schweiz!

Es war genau dieser Artikel des Abkommens zwischen der Schweiz und Peru, der im März 1976 eine erste Parlamentsdebatte auslöste. Der Aargauer Nationalrat Josef Fischer (RB) setzte sich im Parlament für einen Rückweisungsantrag des schweizerisch-peruanischen Abkommens ein. Fischer wollte, dass das Abkommen die Peruaner verpflichtet, die Rinder und die infrastrukturellen Güter aus der Schweiz zu beziehen.³⁸² Die parlamentarische Aussenwirtschaftskommission nahm zum Rückweisungsantrag ausführlich Stellung. Analog zur bereits erwähnten Botschaft des Bundesrats erklärte auch die Kommission, dass der peruanische Agrarsektor staatlich gefördert werde und zu wenig Milch erhältlich sei. Auch innerhalb der Aussenwirtschaftskommission wurde darüber diskutiert, ob im Abkommen nicht Lieferbedingungen festgehalten werden sollten.³⁸³ Die Kommission entschied sich schliesslich dagegen, weil „Qualität und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit besser sind, wenn keine Lieferbedingungen auferlegt werden.“³⁸⁴ Die Stellungnahme verwies nicht zuletzt auch auf die anhaltend positive Handelsbilanz der Schweiz gegenüber Peru.³⁸⁵

Nationalratspräsident Rudolf Etter (SVP) liess Fischer seinen Rückweisungsantrag erklären. Der Aargauer Nationalrat nutzte die Gelegenheit am Rednerpult, sich nicht nur über die Qualitätsunterschiede von Rindern, sondern auch über die peruanische Militärdiktatur zu äussern. Denn anders als es der Wortlaut seines Rückweisungsantrags vermuten liess, ging es Fischer nicht nur um die Lieferbedingungen, sondern auch um die Frage, warum die Schweiz überhaupt mit der peruanischen Militärdiktatur zusammenarbeite. In politischer Hinsicht beklagte sich Fischer über die aus seiner Sicht sozialistische Ausrichtung der Junta und über Staatspräsident Morales Bermúdez' „stalinistisches Gedankengut“.³⁸⁶ Fischer beurteilte den Machtwechsel sowohl als „perfiden Staatsstreich“ als auch als „hinterlistigen Regierungssturz“, als dessen Folge Angehörige der Privatwirtschaft „ohne jeglichen plausiblen Grund eingekerkert“ worden seien und „eine blindwütige Verstaatlichung der Industrie“ durchgeführt worden

³⁸¹ Ebd., S. 1649-1650.

³⁸² Siehe: Finanzhilfe an Peru, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1976, Band I, Frühjahrssession, Nationalrat, Sitzung 13, Geschäftsnummer 75.086, 17.03.1976, Ref. No 20 004 645, S. 327-330, hier: S. 327.

³⁸³ Ebd.

³⁸⁴ Ebd.

³⁸⁵ Ebd.

³⁸⁶ Ebd., S. 327-328.

sei.³⁸⁷ Er beschuldigte schliesslich den Bundesrat und seine Ratskollegen des Eidbruchs, weil mit dem Finanzgeschäft ein Regime unterstützt werde, dessen Wirtschaftspolitik gegen die schweizerischen Interessen gerichtet sei.³⁸⁸

Der Nationalrat der Republikanischen Bewegung sah im sozialdemokratischen Aussenminister Pierre Graber den Hauptverantwortlichen für die schweizerisch-peruanische Entwicklungshilfe. Er wandte sich persönlich an ihn: „Ich frage Sie, Herr Bundesrat Graber, warum gerade Peru, dieses instabile, linkslastige, undemokratische Militärregime mit einer Finanzhilfe von 10 Millionen Franken bedacht wird. Ich glaube, andere Entwicklungsländer in der sogenannten Dritten Welt würden unserer Hilfe mehr bedürfen und sich würdig erweisen, mit einer soliden demokratischen Staatsform.“³⁸⁹

In der Debatte im Nationalratssaal ging es nicht nur um das Kreditgeschäft zwischen der Schweiz und Peru. Fischers Rückweisungsantrag enthielt zwar ein konkretes, sachbezogenes Anliegen. Doch in seiner Rede setzte er zu einem Rundumschlag gegen seine politischen Gegner an. Ein aussenpolitisches Thema diente als Anlass für eine innenpolitische Auseinandersetzung zwischen den Parlamentsmitgliedern. Fischer gab später selber zu, dass er grundsätzlich gar nichts gegen dieses Entwicklungsprojekt in Peru einzuwenden habe.³⁹⁰ Dies lässt nur den Schluss zu, dass er mit dem politischen Teil seiner Rede weniger die peruanischen Diktatur kritisieren, sondern viel mehr die linken Kräften in der Schweiz diffamieren wollte, in dem er diesen die Unterstützung sozialistischer und autoritärer Politik unterstellte.

Die Denkmuster des Kalten Kriegs waren auch im Vokabular der ökonomischen Argumentation vorhanden. Fischer äusserte, dass „mit unseren Steuergeldern“ in Peru bereits geplant sei, „250 ostdeutsche Planungsrinder“ und „1750 ungarische Gulaschkühe“ sowie „Ausrüstungsgegenstände aus der Tschechoslowakei“ zu erwerben.³⁹¹ Dabei wäre gemäss Fischer der Moment ideal gewesen, schweizerisches Vieh zu exportieren: „Dank dem Fleiss unserer Bauern haben wir zuviel Kühe, zuviel Rinder, zuviel Milch und Berge von Milchpulver.“³⁹²

Die parlamentarische Aussenwirtschaftskommission war mit Fischers Aussagen nicht einverstanden. Stellvertretend für die Kommission ergriff deren Vorsteher Luregn Mathias Cavelti (CVP) das Wort. Der Bündner Nationalrat betonte zu Beginn, dass die Schweiz die peruanische Bevölkerung mit der Entwicklungshilfe unterstütze, nicht die Junta.³⁹³ Später in der Diskussion wurde dieser Aspekt auch von FDP-Nationalrat Ruedi Schatz aufgegriffen. In Hin-

³⁸⁷ Ebd., S. 328.

³⁸⁸ Ebd.

³⁸⁹ Ebd.

³⁹⁰ Ebd., S. 330.

³⁹¹ Ebd., S. 328.

³⁹² Ebd.

³⁹³ Ebd.

blick auf Fischers Argumentation meinte Schatz: „Wenn man seinen Massstab anwenden wollte für den Empfang von Entwicklungshilfe, nämlich ein demokratisches Land mit einer stabilen Regierung ohne Korruption, könnten wir also nur uns selbst Entwicklungshilfe geben, denn diese Qualifikation erfüllt im Prinzip praktisch kein Entwicklungsland.“³⁹⁴ Im Parlament wurden im Jahr 1976 dieselben Grundsätze der schweizerischen Entwicklungshilfe öffentlich proklamiert, die August R. Lindt bereits zwölf Jahre vorher an einer Botschafterkonferenz vortrug.³⁹⁵

Weil Fischer nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich argumentierte, griff Cavelti zudem die ökonomischen Aspekte des Darlehens auf. Er beurteilte die schweizerische Entwicklungshilfe als insgesamt sehr lukrativ: „Damit wir uns allerdings nicht als rein altruistische Engel vorkommen, sei erwähnt, dass wir von dieser ungebundenen Kreditgewährung in der Regel stark profitieren. Als Land mit den geringsten Aufwendungen für die öffentliche Entwicklungshilfe hat die Schweiz bis jetzt mit ungebundener Finanzhilfe gute Erfahrungen gemacht, weil dadurch ein Mehreres unserer Beiträge in Form von Aufträgen für unsere Wirtschaft ‚herausgeschaut‘ hat.“³⁹⁶

Dieser Ausschnitt belegt nicht nur, dass man sich innerhalb der parlamentarischen Aussenwirtschaftskommission bewusst war, dass von der schweizerischen Entwicklungshilfe die Schweiz selbst am meisten profitierte. Sondern sie belegt auch, dass man sich im Parlament öffentlich zu diesem Geschäftsmodell bekannte. Cavelti appellierte nicht an die altruistischen Gefühle der Parlamentsmitglieder, sondern an deren Geschäftssinn. Die Rinder im Wert von sieben Millionen Franken waren vernachlässigbar. Bedeutend war der Export von schweizerischen Waren, deren Nachfrage durch die Entwicklungshilfe anderer Staaten entstand.³⁹⁷

Bundesrat Graber schloss sich den Aussagen der parlamentarischen Aussenwirtschaftskommission in seinem Schlusswort an und verwies darauf, dass seiner Meinung nach Staatspräsident Morales Bermúdez eher zu den liberalen Kräften in Peru gezählt werden sollte.³⁹⁸ Fischers Rückweisungsantrag war im Anschluss chancenlos. Mit 4:105 Stimmen lehnte man die Forderung des Aargauer Nationalrats mehr als deutlich ab.³⁹⁹

Und die schweizerischen Kühe? Sie sorgten immerhin am Ende der Debatte noch für Gelächter. Nachdem Cavelti darauf hinwies, dass schweizerisches Vieh kaum in der peruanischen

³⁹⁴ Ebd., S. 329.

³⁹⁵ Siehe: Lindt, August Rudolf: „Referat von Herrn Dr. A. Lindt, gehalten an der Botschafterkonferenz am 4. September 1964“, 04.09.1964, S. 5, dodis.ch/30812

³⁹⁶ Finanzhilfe an Peru, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1976, Band I, Frühjahrsession, Nationalrat, Sitzung 13, Geschäftsnummer 75.086, 17.03.1976, Ref. No 20 004 645, S. 327-330, hier: S. 328.

³⁹⁷ Ebd.

³⁹⁸ Ebd., S. 330.

³⁹⁹ Ebd.

Küstengegend einsetzbar sei, konnte er sich einen Seitenhieb auf Tierarzt Fischer nicht verbieten: „Unter anderem würden unsere Rassen das dortige Klima nicht ertragen, selbst dann nicht, Herr Fischer, wenn wir noch schweizerische Veterinäre mitliefern würden.“⁴⁰⁰ Fischer reagierte umgehend darauf: „Es ist geradezu grotesk, wenn der Präsident der Aussenwirtschaftskommission mir als Tierarzt sagt, dass die Friesenkühe tauglicher seien als unsere schweizerische Braunviehrasse. Ich bitte doch einen Viehzüchter, hier an das Pult zu kommen und mir Recht zu geben. Es ist wirklich zum Lachen. Ich habe in meiner Praxis viele holländische und Friesenkühe [sic] und kann das genau beurteilen.“⁴⁰¹ Unter Gelächter beendete Nationalratspräsident Etter die Debatte mit den Worten: „Die Viehzüchter befinden sich gegenwärtig alle im Kursaal bei der Delegiertenversammlung.“⁴⁰²

Ein schlechter Zeitpunkt für eine Abstimmung?

Es dauerte drei Monate, bis das Geschäft schliesslich auch im Ständerat behandelt wurde. Wie bereits erwähnt, fand die Debatte zu einem besonderen Zeitpunkt statt. Nur wenige Tage zuvor lehnten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in einem Referendum ein schweizerisches Darlehen an die Internationale Entwicklungsorganisation der Weltbank ab. Die Stimmberechtigten widersetzten sich dadurch einem Entscheid aus dem Bundeshaus. Das geplante Darlehen an Peru konnte in einer Abstimmung ebenfalls verhindert werden. Weil sich das Kreditgeschäft über einen längeren Zeitraum als fünfzehn Jahre erstrecken sollte, hätte ein fakultatives Referendum dagegen ergriffen werden können.⁴⁰³ Die parlamentarische Aussenwirtschaftskommission erkannte, dass dieses Abstimmungsergebnis weitreichende Folgen für die weitere schweizerische Entwicklungshilfe haben könnte. Nationalrat Anton Muheim (SP) eröffnete als Berichterstatter der Aussenwirtschaftskommission die Debatte rund um das Darlehen an Peru. Er wies den Ständerat darauf hin, dass ähnliche Anliegen meistens „Routinegeschäfte“ gewesen seien, das Abstimmungsergebnis es aber erfordere, „das Problem etwas eingehender zu beleuchten.“⁴⁰⁴ Der Luzerner Nationalrat erklärte, dass die Aussenwirtschaftskommission solchen Darlehen die „höchste Aufmerksamkeit“ widme und man die Bedenken der Stimmberechtigten beachte.⁴⁰⁵ Muheim begnügte sich nicht damit, die bereits aus dem Nationalrat bekannten Argumente vorzutragen, sondern er ging in seinen Ausführungen

⁴⁰⁰ Ebd., S. 329.

⁴⁰¹ Ebd., S. 330.

⁴⁰² Ebd.

⁴⁰³ Botschaft des Bundesrats an die Bundesversammlung über eine Finanzhilfe von 10 Millionen Franken an Peru, 15.10.1975, in: Bundesblatt, Jahr 1975, Band 2, Heft 44, Geschäftsnummer 75.086, 03.11.1975, Ref. No 10 046 539, S. 1641-1652, hier: S. 1651.

⁴⁰⁴ Finanzhilfe an Peru, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1976, Band II, Sommersession, Ständerat, Sitzung 10, Geschäftsnummer 75.086, 23.06.1976, Ref. No 20 005 003, S. 290-293, hier: S. 290.

⁴⁰⁵ Ebd.

auf die Kritikpunkte am Kreditgeschäft ein, die drei Monate zuvor im Nationalratssaal geäußert wurden. Obwohl Fischers Rückweisungsantrag damals chancenlos war, nahm die Aussenwirtschaftskommission die damalige Debatte ernst. Die Kommission klärte beispielsweise über die Handelsabteilung ab, dass 1976 alle schweizerischen Schadenersatzfälle wegen Nationalisierungen abgeschlossen gewesen seien.⁴⁰⁶

Die Kommissionsmitglieder setzten sich auch mit der umstrittenen Frage auseinander, ob die Schweiz eine Diktatur mit Entwicklungshilfe unterstützen soll. Muheim erklärte dem Ständerat, dass innerhalb der Aussenwirtschaftskommission die peruanische Junta in entwicklungspolitischer Hinsicht positiv beurteile.⁴⁰⁷ Bereits einleitend hielt Muheim zudem fest, dass die Diktatur „eine gewisse Stabilität“ nach Peru brachte.⁴⁰⁸ Er betonte zudem „die relativ engen, auf alle Fälle für uns vorteilhaften wirtschaftlichen Beziehungen mit Peru.“⁴⁰⁹ Die regelmäßigen Arbeitsniederlegungen relativierte er folgenderweise: „Diese Erscheinungen sind wohl in den südamerikanischen Ländern anders zu werten als in unseren Gegenden.“⁴¹⁰

Die Aussenwirtschaftskommission war nach wie vor der Ansicht, dass im Abkommen keine besonderen Lieferbedingungen zur Berücksichtigung der schweizerischen Exportindustrie festgehalten werden sollten.⁴¹¹ SVP-Ständerat Heinrich Herzog äusserte deswegen im Anschluss an Muheims Rede noch einmal den Wunsch, dass die Peruaner die schweizerischen Viehzüchter doch zumindest teilweise berücksichtigen könnten. Herzog akzeptierte den Entschluss des Nationalrats, keine entsprechende Klausel in das Abkommen einzufügen. Er appellierte gleichzeitig aber an die schweizerischen Unterhändler, die Peruaner zu bitten, Rinder aus der Schweiz zu kaufen.⁴¹² Andere Bedenken gegen die Finanzhilfe an Peru wurden im Ständerat keine geäußert.

In der Schlussabstimmung wurde das Abkommen sowohl im Nationalrat als auch im Ständerat jeweils einstimmig angenommen.⁴¹³ Wenige Tage später wurde der Bundesbeschluss veröffentlicht. Die Frist des fakultativen Referendums lief anschliessend am 4. Oktober 1976 ab.⁴¹⁴ Es wurde nicht ergriffen.

⁴⁰⁶ Ebd., S. 291.

⁴⁰⁷ Ebd.

⁴⁰⁸ Ebd., S. 290.

⁴⁰⁹ Ebd., S. 291.

⁴¹⁰ Ebd.

⁴¹¹ Ebd.

⁴¹² Ebd., S. 292.

⁴¹³ Siehe: Finanzhilfe an Peru, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1976, Band II, Sommersession, Nationalrat, Sitzung 18, Geschäftsnummer 75.086, 25.06.1976, Ref. No 20 005 003, S. 848 und Finanzhilfe an Peru, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1976, Band II, Sommersession, Ständerat, Sitzung 12, Geschäftsnummer 75.086, 25.06.1976, Ref. No 20 005 003, S. 324.

⁴¹⁴ Siehe: Bundesbeschluss über eine Finanzhilfe an Peru von 10 Millionen Franken (vom 25. Juni 1976), in: Bundesblatt, Jahr 1976, Band 2, Heft 26, 05.07.1976, Ref. No 10 046 756, S. 1044-1045, hier: S. 1045.

Entwicklungshilfe für eine Diktatur?

Dank der Entwicklungshilfe erhielten nicht nur peruanische Kleinbauern neue Zukunftsperspektiven, sondern auch schweizerische Unternehmen lukrative Aufträge aus aller Welt. Die schweizerische Entwicklungshilfe war nicht zuletzt eine Handelshilfe für einheimische Unternehmen. Der Leiter der technischen Zusammenarbeit mit Peru beschrieb schon 1961 die vielfältigen Möglichkeiten, wie die schweizerische Industrie und Landwirtschaft von der Entwicklung Perus profitieren könnten. Unter anderem entstand die Idee, dass schweizerische Nutztiere in den Andenstaat exportiert werden könnten. Fünfzehn Jahre später verfolgten Politiker wie Nationalrat Fischer und Ständerat Herzog noch immer dasselbe Anliegen. Herzog meinte: „Wenn mit diesen Darlehen zum Teil auch der schweizerischen Viehzucht durch Lieferung von guten Zuchttieren geholfen werden kann, ist ein doppelter Zweck erfüllt.“⁴¹⁵ Die Schweiz sollte von der eigenen Entwicklungshilfe mehrfach profitieren, indem mit dem gewährten Darlehen gleich auch schweizerische Handelsgüter gekauft werden.

Weil andere Geschäfte noch lukrativer waren, fand sich in Bern keine Mehrheit für diese Variante des Kreditgeschäfts. Der Präsident der parlamentarischen Aussenkommission argumentierte 1976, dass schweizerische Unternehmen bisher wesentlich mehr Geld dank der weltweiten Entwicklungshilfe einnahmen, als dass die Schweiz insgesamt dafür ausgab.⁴¹⁶ Sowohl der Bundesrat als auch die parlamentarische Aussenwirtschaftskommission betonten zwar, dass die Peruaner aufgrund der hohen schweizerischen Preise bei der internationalen Konkurrenz den Kredit besser würden einsetzen können.⁴¹⁷ Doch es verbarg sich auch Kalkül dahinter: Man verzichtete besser auf dieses verhältnismässig unbedeutende Gegengeschäft, wenn man dadurch weiterhin den Zugang zu den Aufträgen der internationalen Entwicklungshilfe sichern konnte.

Ökonomische Erwägungen machten einen wichtigen Teil der schweizerischen Entwicklungshilfe aus. Es darf dabei jedoch nicht vergessen gehen, dass es durchaus auch altruistische Beweggründe gab, sich im Andenstaat zu engagieren. Seit den frühen Sechzigerjahren setzte man sich dafür ein, die Lebensumstände der peruanischen Bevölkerung zu verbessern. Die jüngere historische Forschung arbeitete heraus, dass dabei seitens der Schweizer kulturelle Missverständnisse und Überheblichkeitsgefühle entstanden.⁴¹⁸ Ein Phänomen, das sich innerhalb

⁴¹⁵ Finanzhilfe an Peru, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1976, Band II, Sommersession, Ständerat, Sitzung 10, Geschäftsnummer 75.086, 23.06.1976, Ref. No 20 005 003, S. 290-293, hier: S. 292.

⁴¹⁶ Finanzhilfe an Peru, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1976, Band I, Frühjahrsession, Nationalrat, Sitzung 13, Geschäftsnummer 75.086, 17.03.1976, Ref. No 20 004 645, S. 327-330, hier: S. 328.

⁴¹⁷ Ebd., S. 329-330.

⁴¹⁸ Sanders, Angela: ‚Wonderland‘ Peru. Migration and the Making of an Andean Switzerland, in: Purtschert, Patricia; Fischer-Tiné, Harald (Hrsg.): Colonial Switzerland. Rethinking Colonialism from the Margins, Basingstoke 2015, S. 110-132, hier: S. 121-122.

der schweizerischen technischen Zusammenarbeit nicht nur auf Peru beschränkte.⁴¹⁹ Die Parlamentsdebatte aus der Mitte der Siebzigerjahre zeigt, dass auch im Parlament stereotype Bilder über Peru vorhanden waren. Den Peruanern wurde eine schlechtere Arbeitsmoral attestiert,⁴²⁰ bei den schweizerischen Bauern hingegen deren Fleiss gelobt.⁴²¹ Die nationale Identifikation weitete sich im Parlament sogar auf die einheimischen Nutztiere aus. Man beklagte sich darüber, dass die Peruaner „250 ostdeutsche Planungsrinder“ und „1750 ungarische Gulaschkühe“ zu erwerben gedenken.⁴²² Dabei wäre „unsere schweizerische Braunviehrasse“⁴²³ doch „anspruchlos und widerstandsfähig“.⁴²⁴

Ein wesentlicher Aspekt der Debatte um die schweizerische Entwicklungshilfe in Peru waren auch die Menschenrechte. Sowohl die Befürworter als auch die Kritiker der Finanzhilfe stellten die strittige Frage, ob die Schweiz eine Diktatur unterstützen sollte. Diese Frage war nicht neu. Beamte der Bundesverwaltung setzten sich in einer Botschafterkonferenz bereits 1964 mit ihr auseinander.⁴²⁵ Es kam aus drei Gründen nicht zu einem Abbruch der technischen Zusammenarbeit mit Peru, als das Land zu einer Diktatur wurde. Erstens, weil die Entwicklungsprojekte in Einklang standen mit der peruanischen Landreform, die den Kleinbauern zu Besitz und Einkommen verhelfen sollte. Zweitens, weil die Schweiz ihre Entwicklungshilfe von den Bedürfnissen eines Staates und nicht deren Regierungen abhängig machte. Die Projekte zielten darauf ab, der peruanischen Bevölkerung zu helfen. Schliesslich war es drittens innerhalb des Parlaments umstritten, wie die Diktatur unter Morales Bermúdez' Herrschaft zu beurteilen sei. Kritiker stellten ihn in die Nähe des Kommunismus, Befürworter erkannten in ihm eine liberale Kraft, die sich positiv auf Peru auswirken könnte. Die Parlamentsdebatten rund um das Darlehen an Peru bieten zudem einen Einblick darin, welche Rolle in den Siebzigerjahren aussenpolitische Themen im Parlament spielen konnten. Indem die peruanische Diktatur besonders negativ dargestellt wurde, konnten diejenigen Politiker in ein schlechtes Licht gerückt werden, die das Darlehen unterstützen.

⁴¹⁹ Im Zusammenhang mit Südostasien siehe: Truong Dinh, An Lac: Von Kühen, Fachkräften und Kapital. Persönliche Netzwerke, schweizerische Diplomatie und Entwicklungshilfe in Bhutan und Vietnam seit 1945, Zürich 2016, S. 101-108.

⁴²⁰ Finanzhilfe an Peru, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1976, Band II, Sommersession, Ständerat, Sitzung 10, Geschäftsnummer 75.086, 23.06.1976, Ref. No 20 005 003, S. 290-293, hier: S. 291.

⁴²¹ Finanzhilfe an Peru, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1976, Band I, Frühjahrsession, Nationalrat, Sitzung 13, Geschäftsnummer 75.086, 17.03.1976, Ref. No 20 004 645, S. 327-330, hier: S. 328.

⁴²² Ebd.

⁴²³ Ebd., S. 330.

⁴²⁴ Finanzhilfe an Peru, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1976, Band II, Sommersession, Ständerat, Sitzung 10, Geschäftsnummer 75.086, 23.06.1976, Ref. No 20 005 003, S. 290-293, hier: S. 292.

⁴²⁵ Siehe: Lindt, August Rudolf: „Referat von Herrn Dr. A. Lindt, gehalten an der Botschafterkonferenz am 4. September 1964“, 04.09.1964, S. 5, dodis.ch/30812

3.3 Zwischenfazit

Die peruanische Militärdiktatur stiess in der Schweiz kaum auf Widerstand.⁴²⁶ Der peruianische Staatsstreich fand für die schweizerische Wirtschaft in einem idealen Moment statt: Präsident Fernando Belaúnde Terry verfolgte am Vorabend des Putschs eine nationalistische Wirtschaftspolitik, die den Einfluss ausländischer Unternehmen in Peru verringern sollte. Die Geschäftstätigkeit von schweizerischen Unternehmen war unmittelbar gefährdet. Ein Erlass schien sogar direkt gegen Brown Boveri del Perú gerichtet gewesen zu sein.

Die Militärdiktatur suchte bereits nach wenigen Wochen den Kontakt mit den schweizerischen Banken. Am Treffen in Zürich waren auch Vertreter der Bundesverwaltung anwesend. General Angel Valdivia versicherte damals, dass die peruanische Diktatur nach wie vor an Krediten, Kapital und Entwicklungshilfe interessiert sei. Hinter verschlossenen Türen relativierte er somit die kapitalismuskritischen Aussagen des Staatsoberhauptes Juan Velasco Alvarado. Das Treffen im Dezember 1968 war nicht der einzige Anlass, an dem von peruanischen Offiziellen das Interesse an den ökonomischen Beziehungen der Schweiz betont wurde.⁴²⁷ Aus Sicht der Bundesverwaltung zeigte man sich zufrieden mit den Zugeständnissen der peruanischen Junta. Der schweizerische Finanzplatz erhoffte sich von der Junta einen ökonomischen Aufschwung und unterstützte Peru mit neuen Krediten. Aus Sicht der schweizerischen Wirtschaft begrüsst man die politischen Ereignisse in Peru ebenfalls. Wirtschaftsliberale Zeitungen und Zeitschriften nahmen die Junta als Stabilitätsfaktor wahr. Die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung hielt in der Korrespondenz mit der schweizerischen Botschaft fest, dass sie in den Peruanern keine Marxisten erkenne. Der schweizerische Botschafter William Frei vertrat dieselbe Meinung.

Politisch links stehende Kräfte lobten Peru ebenfalls, wenn auch aus anderen Gründen. In den einschlägigen Medien wurde die Entwicklung Perus mit derjenigen auf Kuba in Verbindung gebracht. Man begrüsst beispielsweise die Landreformen der Junta. Der Staatsstreich weckte Hoffnungen darauf, dass in Peru eine solidarischere Gesellschaftsordnung entsteht und die ökonomische Abhängigkeit gegenüber dem Westen sinken könnte. Kritische Stimmen gegen die peruanische Diktatur wurden ab 1975 geäussert, als Morales Bermúdez Staatspräsident wurde. Es kam dabei aber zu keinen grösseren Protesten in der Schweiz. Unter Morales Bermúdez stieg die Gewaltbereitschaft gegen Dissidenten und gegen Gewerkschaftsmitglieder. In den Publikationen des schweizerischen Gewerkschaftsbundes solidarisierte sich man daher

⁴²⁶ Über die breite Akzeptanz der Diktatur siehe: Lowenthal, Abraham F.: Peru's Ambiguous Revolution, in: Ders. (Hrsg.): The Peruvian Experiment. Continuity and Change under Military Rule, Princeton 1975, S. 3-43, hier: S. 5.

⁴²⁷ Siehe „Notiz über den Besuch von Botschafter José de la Puente, Leiter der ständigen Delegation Perus in Genf am 29.08.1969“, 03.09.1969, S. 3, dodis.ch/33943

mit den Peruanerinnen und Peruanern. Mit Nationalrat Fischer prangerte aber auch ein Politiker der Republikanischen Bewegung Morales Bermúdez öffentlich an, wenn auch aufgrund einer diametral anderen Begründung. Fischer empörte sich über die Verhaftung von Angehörigen des peruanischen Wirtschafts- und Finanzstandorts, und unterstellte dem peruanischen Staatsoberhaupt marxistisches Gedankengut.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Peru und der Schweiz ist von Diskrepanzen geprägt. In den ersten Jahren der Militärdiktatur nahmen die ausländischen Investitionen in Peru ab. Auch in der Korrespondenz zwischen der schweizerischen Botschaft in Lima und der Bundesverwaltung wurde die unsichere wirtschaftliche Lage in Peru aufgegriffen. Sei es in den Akten der Bundesverwaltung oder in den liberalen Medien: Velasco Alvarado wurde als unberechenbarer Staatspräsident wahrgenommen, der gegen den wirtschaftlichen Einfluss des Auslands ankämpfte. Am Ende der Diktatur hatte man in Bern keine Kenntnisse mehr darüber, wie stark schweizerische Firmen in der peruanischen Wirtschaft involviert waren. Wie anhand der Berichterstattung in der *Peruvian Times* dargelegt, verfügten schweizerische Unternehmen in Peru über eine starke und vielseitige Präsenz.

Die schweizerisch-peruanischen Handelsbeziehungen entwickelten sich aus schweizerischer Sicht bis 1975 positiv. Peruanische Güter lösten in der Schweiz jedoch eine eher geringe Nachfrage aus. Der Aussenhandel zwischen den beiden Staaten blieb volatil, es ist daher schwierig einzuschätzen, inwiefern sich die peruanische Wirtschaftspolitik auf die gehandelten Güter auswirkte. Die Schweiz bezog aus Peru weiterhin Bodenschätze und Erzeugnisse aus dem Agrarsektor. Peru kaufte hingegen industriell hergestellte Güter. Die Schweiz verfügte gegenüber dem Andenstaat während der gesamten Dauer der Militärdiktatur eine positive Handelsbilanz. Am schweizerischen Gesamthandel verlor Peru zudem ab Ende der Sechzigerjahre sukzessive an Anteil.

Die schweizerische Entwicklungshilfe in Peru war ein wichtiger Aspekt der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten. Seit Beginn der technischen Zusammenarbeit in Peru erkannte man von schweizerischer Seite, dass die Entwicklungshilfe grosse wirtschaftliche Vorteile bringen könnte. Die Menschenrechtssituation in Peru übte auf die schweizerische Entwicklungshilfe keinen Einfluss aus. Bei der parlamentarischen Auseinandersetzung über das schweizerische Darlehen an Peru wurde die Menschenrechtssituation zwar angesprochen. Die Befürworter des Kreditgeschäfts beurteilten die politische Lage in Peru unter Morales Bermúdez aber nicht negativ. Wie später dargelegt wird, engagierten sich die linken Parteien im Parlament gegen die Diktaturen in Argentinien und Chile. An der peruanischen Diktatur übten sie keine Kritik aus. Der grösste Gegner des Darlehens war mit Nationalrat Fischer ein Par-

teimitglied der Republikanischen Bewegung. Seine Kritik am peruanischen Staatspräsidenten zielte aber nicht zuletzt auf diejenigen Politikerinnen und Politiker ab, die das Darlehen an die Diktatur unterstützten. Fischer diffamierte seine innenpolitischen Gegner, in dem er sie in die Nähe des Kommunismus stellte. Dies zeigt: Die Denkmuster aus dem Kalten Krieg waren bei der schweizerischen Beurteilung der peruanischen Diktatur stets latent vorhanden. In der Parlamentsdebatte wurde 1976 die Frage gestellt, ob die demokratische Schweiz einer Militärdiktatur Entwicklungshilfe leisten darf. Damals wurde diese Frage bejaht. Musste es zuerst zu einem anhaltenden Protest gegen eine viel umstrittenere lateinamerikanische Militärdiktatur kommen, damit aussenpolitische Haltungen der Schweiz überdacht wurden? Südlich von Peru bestand seit dem 11. September 1973 eine Diktatur, die sich als ein „Prüfstein“ der schweizerischen Aussenpolitik erweisen sollte.⁴²⁸

⁴²⁸ In Hinblick auf Chile als „Prüfstein“ siehe: Dufner, Georg: Chile als Partner, Exempel und Prüfstein. Deutsch-deutsche Außenbeziehungen und Systemkonkurrenz in Lateinamerika, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 61 (2013), Heft 4, S. 513-548 und generell Ders.: Partner im Kalten Krieg. Die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile, Frankfurt 2014.

4. Kupfer, Kriegsmaterial und Kapitalismus: Die chilenische Militärdiktatur

4.1 Ausmass und Politisierung des Handels

Gibt es schweizerische Tagebücher, die mehr gelesen wurden, als diejenigen von Max Frisch? Wohl kaum. Seine Aufzeichnungen aus den Jahren 1946 bis 1971 begeisterten zahlreiche Leserinnen und Leser. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Tagebüchern, die jeweils zeitnah publiziert wurden, bestimmte der Schriftsteller, dass seine Aufzeichnungen ab dem Jahr 1973 erst zwei Jahrzehnte nach seinem Ableben veröffentlicht werden dürfen. Im Jahr 2014, rund 23 Jahre nach Frischs Tod, wurden Teile der Tagebücher veröffentlicht.⁴²⁹ Dank der Publikation ist erstmals greifbar, was der Schriftsteller im Zusammenhang mit seinem Engagement für eine grosszügigere schweizerische Asylpolitik gegenüber chilenischen Flüchtlingen festhielt.

Frisch forderte damals in einem offenen Brief, dass die Schweiz mehr Personen aufnehmen sollte, die aus der Diktatur fliehen wollten. Er notierte sich, dass der Brief nur in wenigen Zeitungen vollständig abgedruckt worden sei und sich die Journalisten nur sehr beschränkt mit seinem Inhalt auseinandergesetzt hätten.⁴³⁰ Frisch schien dies erwartet zu haben: „Generell einmal mehr der Eindruck, die Erfahrung, die Tatsache: die politische Gegnerschaft in der Schweiz (wir sind Gegner!) spart mit Argumenten und sucht die privat-persönliche Insinuation [...]. Ich habe es nicht anders erwartet. Sie sind an der Macht; sie müssen nicht fair sein, nicht einmal intelligent-redlich.“⁴³¹ Der Ausschnitt aus Frischs „Berliner Journal“ zeigt, wie tief gespalten die Schweiz in der Auseinandersetzung um die politischen Ereignisse in Chile war. Ein Ereignis in Lateinamerika kann als Teil einer schweizerischen Auseinandersetzung über die Identität des Landes erkannt werden, in der man sich gegenseitig als innenpolitische Gegner bezeichnete.

Welche tiefen Spuren die Meinungsverschiedenheiten über die schweizerische Haltung gegenüber dem chilenischen Militärputsch bei Frisch hinterliess, zeigt sich auch in einem Interview mit der sowjetischen Wochenzeitung *Literaturnaja Gazeta* aus dem Jahr 1985. Obwohl seit dem Staatsstreich zwölf Jahre vergangen waren, veranschaulichte Frisch die Bedeutung von Demonstrationen anhand der Auseinandersetzung mit Chile: „Der Bundesrat muss nicht einverstanden sein, wenn wir für Nicaragua demonstrieren auf der Straße. Unser Bundesrat,

⁴²⁹ Vgl. Absatz mit: Frisch, Max: Aus dem Berliner Journal. Herausgegeben von Thomas Strässle und Margrit Unser, Berlin 2015, S. 2.

⁴³⁰ Ebd., S. 170.

⁴³¹ Ebd.

als Repräsentant der neutralen Schweiz, hat zu schweigen, und manchmal schweigt er ganz gerne. Aber der Bundesrat kann uns nicht Schweigen befehlen, wenn Salvador Allende ermordet wird, und wir wissen, von wem. Sie verstehen? Laut Verfassung haben wir nicht zu schweigen. Laut Verfassung! Natürlich versuchen es die Machthaber, hier wie überall, mit Einschüchterung. Wer eine Karriere machen will, wird vorsichtig. Immerhin gibt es Demonstrationen. Und nicht nur gegen den fernen General Pinochet.“⁴³²

Die beiden Zitate von Max Frisch zeigen, dass die schweizerische Haltung gegenüber der chilenischen Militärdiktatur eine innenpolitische Debatte auslöste, in der diametral unterschiedliche Wahrnehmungen und Meinungen zutage traten. Eindrücklich legt Frisch dar, dass es seiner Meinung nach fast schon eine staatsbürgerliche Pflicht gewesen sei, in der Schweiz gegen die chilenische Diktatur zu protestieren. Warum wurde diese autoritäre Regierung so unterschiedlich wahrgenommen? Das folgende Kapitel zeigt auf, dass es dabei nicht nur um ideologische Fragen ging, sondern dass auch wirtschaftspolitische Aspekte eine tragende Rolle spielten.

Ängste wegen Allende

Chile war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus Sicht der Bundesverwaltung ein attraktiver, aber leider kein zuverlässiger Wirtschaftspartner. Die Beamten der Bundesverwaltung erkannten stets das grosse Potential, über das der chilenische Wirtschaftsstandort verfügte. Die chilenischen Autarkiebestrebungen standen jedoch im völligen Widerspruch zu den wirtschaftlichen Interessen der Schweiz. Um die generell positive Haltung gegenüber der chilenischen Militärdiktatur innerhalb der Bundesverwaltung zu verstehen, muss daher der historische Kontext berücksichtigt werden. Nachdem Eduardo Frei im Jahr 1964 chilenischer Staatspräsident wurde, nahm man den chilenischen Wirtschaftsstandort innerhalb der Bundesverwaltung verhältnismässig positiv wahr.⁴³³ Es entstand damals sogar die Idee, auch in Chile Projekte im Rahmen einer technischen Zusammenarbeit zu etablieren.⁴³⁴ Drei Jahre später wurden dafür mit einem Rahmenvertrag Gelder für diverse Projekte zur Verfügung gestellt.⁴³⁵

⁴³² Frisch, Max: „Wie Sie mir auf den Leib rücken!“ Interviews und Gespräche. Ausgewählt und herausgegeben von Thomas Strässle, Berlin 2017, S. 180-181.

⁴³³ Aktennotiz ohne Verfasser an Paul Rudolf Jolles vom 19.1.1966, S. 1-3, dodis.ch/31797

⁴³⁴ Ebd., S. 2.

⁴³⁵ Keller, Julius: Zusammenfassung über die Entwicklungshilfe in Chile (Aktennotiz / Notiz (No)) ohne Angabe eines Empfängers, 17.09.1969, dodis.ch/33911

Während Freis Präsidentschaft wurden aber auch Handelshemmnisse eingeführt, die nicht den Interessen der schweizerischen Exportindustrie entsprachen.⁴³⁶ Darüber hinaus versuchte die Schweiz seit mehreren Jahren erfolglos, ein Schutzabkommen für die schweizerischen Investitionen abzuschliessen.⁴³⁷ In Bern befürchtete man, dass in Chile schweizerisches Eigentum enteignet werden könnte. Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement wies den schweizerischen Botschafter Roger Dürr darauf hin, dass ein Schutzabkommen „angesichts der gegenwärtigen kritischen wirtschaftlichen und politischen Lage Chiles nicht darum [angestrebt werde], [um] neue Investitionen zu ermutigen, sondern [um] die bestehenden Schweizer Kapitalanlagen zu schützen.“⁴³⁸ Innerhalb des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements fürchtete man sich vor „Risiken für die Altinvestitionen“.⁴³⁹ Auch in anderen Departementen stiess Freis Politik auf Kritik. Der Leiter des Politischen Informationsdienstes des Eidgenössischen Politischen Departements⁴⁴⁰ bezeichnete sie beispielsweise als „sozialrevolutionär“ und belegte dies anhand der Enteignungen in der Kupferindustrie.⁴⁴¹

Allendes Wirtschaftspolitik war noch weniger im Einklang mit den ökonomischen Interessen der Schweiz. Während die Angehörigen der schweizerischen Botschaft in Santiago de Chile in Allende eine grosse Gefahr für die eigenen Wirtschaftsinteressen sahen, nahmen die Beamten in Bern eine aufmerksame, aber insgesamt entspannte Haltung gegenüber dem neuen chilenischen Staatspräsidenten ein. Diese Differenz zeigte sich schon im September 1970, als sich Botschafter Dürr aus Santiago de Chile besorgt an Pierre Micheli, den Generalsekretär des Eidgenössischen Politischen Departements, wandte. Dürr informierte Micheli, dass jeden Tag mehr als vierzig Schweizerinnen und Schweizer bei ihm und seinen Mitarbeitenden erscheinen. Zahlreiche von ihnen hätten die Ausreise aus dem lateinamerikanischen Land geplant.⁴⁴² Als einer der vier Hauptgründe für ihre geplante Ausreise nannte Dürr die „Enteignung oder Verstaatlichung auch der Schweizern gehörenden Unternehmen.“⁴⁴³

Privatwirtschaftliche Akteure nahmen ebenfalls besorgt Kontakt auf mit den Angehörigen der Bundesverwaltung, weil sie sich vor Enteignungen der Regierung Allende fürchteten. Ein Unternehmen wandte sich beispielsweise mit der Frage an die Bundesverwaltung, ob die Schweiz schon „prophylaktische Schritte“ wegen potentieller Expropriationen eingeleitete hätte. Für den Präsidenten des Unternehmens schien es selbstverständlich zu sein, „dass die

⁴³⁶ Greiner, Hans-Ulrich: Peru – Zolltarif an Hess, Hansjörg, S. 2, 06.07.1967, dodis.ch/33816

⁴³⁷ Aktennotiz ohne Verfasser an Paul Rudolf Jolles vom 19.1.1966, S. 2, dodis.ch/31797

⁴³⁸ Aebli, Hans: Chile – Investitionsschutzabkommen, Schreiben an Dürr, Roger, 12.06.1968, dodis.ch/33906

⁴³⁹ Ebd.

⁴⁴⁰ Informationen zur Person Natural, Albert: dodis.ch/P2696

⁴⁴¹ Natural, Albert: Lateinamerika (Aktennotiz), ohne Erwähnung des Empfängers, August 1969, S. 6, dodis.ch/34028

⁴⁴² Dürr, Roger: Schreiben (L) an Micheli, Pierre, 11.09.1970, S. 1-2, dodis.ch/36524

⁴⁴³ Ebd., S. 2.

zuständigen Stellen des Bundes sich vorbehaltlos für die Interessenwahrung der schweizerischen Industrie in Chile einsetzen“ sollten.⁴⁴⁴

Das sich ein Unternehmen mit einer als selbstverständlich wahrgenommenen Forderung an die Bundesverwaltung richtete, war kein Einzelfall.⁴⁴⁵ Die Ängste der schweizerischen Firmen, die in Chile investierten, wurden in der Bundesverwaltung ernst genommen. Die beiden Beamten Raymond Propst, der von der Landesregierung im Jahr 1966 zum Delegierten für Handelsverträge ernannt wurde,⁴⁴⁶ und Ernst Henri Léchet, der seit dem Jahr 1972 als Abteilungschef des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements unter anderem für Lateinamerika zuständig war,⁴⁴⁷ versuchten teilweise persönlich die Vertreter der Privatwirtschaft zu beruhigen. Sowohl Propst als auch Léchet hoben hervor, dass die Entwicklungen in Lateinamerika sehr genau beobachtet werden, in Chile jedoch vorerst noch keine Massnahmen ergriffen werden müssten.⁴⁴⁸ Trotz der verständnisvollen Haltung gegenüber der Privatwirtschaft wurde die Entwicklung der chilenischen Wirtschaft in Bern gelassener wahrgenommen, als von den unterschiedlichen schweizerischen Botschaftern in Santiago de Chile.

Nachdem Dürr im Oktober 1971 schweizerischer Botschafter in Venezuela wurde,⁴⁴⁹ übernahm Charles Masset am 5. März 1972 dessen Amt in Chile.⁴⁵⁰ Masset war zuvor schweizerischer Botschafter in Guatemala gewesen und vertrat dort auch die Interessen der Schweiz gegenüber einer Vielzahl anderer zentralamerikanischer Staaten.⁴⁵¹ Zum Zeitpunkt von Massets Amtsantritt befand sich das Land nach ersten wirtschaftlichen Erfolgen nun in einer ökonomisch äusserst problematischen Situation. Massets politische und ökonomische Berichte, die er nach Bern sandte, widerspiegeln diesen Umstand deutlich. Veranschaulicht werden kann dies anhand seiner Korrespondenz mit Ernesto Thalmann, dem Generalsekretär des Eidgenössischen Politischen Departements,⁴⁵² in der er die Auswirkungen der politischen und ökonomischen Situation auf die Auslandsschweizerinnen und Auslandsschweizer in Chile

⁴⁴⁴ Brief mit der Signatur: No. 10.046 - MG/UL/eg von Graf, Max (Président Amindus S.A.) an Propst, Raymond, 05.01.1971, S. 2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1982/58#2373*, Az. C.41.157.1, Amindus S.A., Nyon (Kapitalbeteiligung), 1971.

⁴⁴⁵ Dies kommt im titellosen Brief von R. Favre und D. Magnenat der Participante S.A. an Raymond Propst vom 02.02.1971 auf Seite 2 zum Ausdruck, der an die Antwort von Ernst Henri Léchet an das Unternehmen in einem titellosen Brief vom 10.02.1971 geheftet ist, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1982/58#2373*, Az. C.41.157.1, Amindus S.A., Nyon (Kapitalbeteiligung), 1971.

⁴⁴⁶ Informationen zur Person Propst, Raymond, dodis.ch/P11

⁴⁴⁷ Informationen zur Person Léchet, Ernst Henri, dodis.ch/P2434

⁴⁴⁸ Propst, Raymond an Graf, Max (Président Amindus S.A.): Titelloser Brief, 14.01.1971, S. 1-2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1982/58#2373*, Az. C.41.157.1, Amindus S.A., Nyon (Kapitalbeteiligung), 1971 und Léchet, Ernst Henri an Favre, R. und Magnenat, D. (Participante S.A.): Titelloser Brief, 10.02.1971, S. 1-2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1982/58#2373*, Az. C.41.157.1, Amindus S.A., Nyon (Kapitalbeteiligung), 1971.

⁴⁴⁹ Informationen zur Person Dürr, Roger, dodis.ch/P2645

⁴⁵⁰ Informationen zur Organisation Schweizer Botschaft in Santiago de Chile (1957-), dodis.ch/R406

⁴⁵¹ Informationen zur Person Masset, Charles, dodis.ch/P2753

⁴⁵² Informationen zur Person Thalmann, Ernesto, dodis.ch/P997

beschreibt.⁴⁵³ Die generelle Lage in Chile schilderte er gegenüber Thalmann anhand der äusserst gewaltvollen Stimmung.⁴⁵⁴ Offensichtlich bereitete ihm der Zustand der chilenischen Volkswirtschaft grosse Bedenken. „La situation économique [...] est désastreuse“, liess er seinen Kollegen in Bern wissen.⁴⁵⁵ Masset ging davon aus, dass sich die Anzahl der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in seinem Gastland verringern werde.⁴⁵⁶

Die Angst vor Expropriationen von schweizerischem Besitz in Chile ging daher zu diesem Zeitpunkt auch am Bundesrat nicht spurlos vorbei. Als die parlamentarische Geschäftsprüfungskommission von der Regierung wissen wollte, warum man dem von Allende regierten Land noch Entwicklungshilfe gewährte, verwies die Regierung zwar zuerst auf das Universalitätsprinzip, mit dem mit anderen Staaten entwicklungspolitisch zusammengearbeitet werde. Danach erklärte der Bundesrat aber auch, dass die schweizerische Entwicklungshilfe nur kleine Beiträge seien, deren Sistierung die eigene Position gegenüber Chile in der Frage des enteigneten Besitzes schwächen könnte.⁴⁵⁷ Die abwartende Haltung in Bern scheint rückblickend berechtigt gewesen zu sein. Schweizerischer Besitz war in Chile nur bedingt von Allendes Wirtschaftspolitik betroffen. Während Allendes Regierungszeit ist nur zwölf schweizerischer Besitz tangiert worden,⁴⁵⁸ wobei „die meisten Fälle von Besitzergreifung und Beschlagnahmung auf zufriedenstellende Art geregelt werden [konnten].“⁴⁵⁹

Keine Stellungnahme

Offiziell äusserte sich die Schweiz aufgrund ihrer Neutralitätspolitik nicht über den chilenischen Militärputsch im September 1973. Zahlreiche Parlamentsmitglieder konnten dieses Verhalten nicht nachvollziehen und versuchten bereits wenige Tage nach dem chilenischen Staatstreich anhand parlamentarischer Vorstösse, den Bundesrat zu einer Stellungnahme zu bewegen. Anhand seiner Dringlichen Kleinen Anfrage wollte Nationalrat Walter Renschler (SP) von der Landesregierung wissen, warum sich der Bundesrat bisher nicht öffentlich über den chilenischen Militärputsch äusserte, ob schweizerisches Kriegsmaterial beim Putsch Anwendung fand, ob die Schweiz chilenische Flüchtlinge aufnehmen und das Internationale

⁴⁵³ Masset, Charles: Schreiben (L) an Thalmann, Ernesto, 05.07.1973, dodis.ch/38246

⁴⁵⁴ Ebd., S. 1.

⁴⁵⁵ Ebd., S. 2.

⁴⁵⁶ Ebd.

⁴⁵⁷ Dahinden, Max; Veglio, Petro (Unterzeichnet von Raeber Thomas): Gestion 1972. Réponse aux questions concernant le Chili an Graber, Pierre, 13.06.1973, S. 1-2, dodis.ch/38282.

⁴⁵⁸ Und zwar: „sechs Besitzergreifungen, drei Beschlagnahmungen von Betrieben oder Grundbesitz, zwei Enteignungen von Landwirtschaftsbetrieben sowie [...] die Verstaatlichung eines Unternehmens“, siehe: Kleine Anfrage Ketterer, Amtliches Bulletin, Jahr 1973, Band IV, Wintersession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 485, 14.12.1973, Ref. No 20 002 608, S. 1862.

⁴⁵⁹ Ebd.

Komitee vom Roten Kreuz unterstützen werde.⁴⁶⁰ Der Bundesrat lehnte eine Stellungnahme gegenüber dem Staatsstreich in Chile mit den folgenden Worten ab: „Im Interesse seiner Politik der Neutralität und Disponibilität enthält sich der Bundesrat einer öffentlichen Stellungnahme zu inneren Umwälzungen in einem Drittstaat.“⁴⁶¹ Nationalrat Roger Dafflon (PdA) erhielt in derselben Sitzung eine ähnliche Antwort auf seine Kleine Anfrage, in der er die gewaltsamen Ereignisse in Chile zusammenfasste und vom Bundesrat eine verurteilende Stellungnahme verlangte. Er erhielt die folgende Antwort: „Comme la Suisse ne reconnaît pas des gouvernements, mais seulement des Etats, ses relations sont automatiquement maintenues dans le cas d'un changement de gouvernement.“⁴⁶² Der Bundesrat sah folglich keinen Anlass, Kritik am chilenischen Militärputsch auszuüben. Wie später dargelegt wird, nahm die schweizerische Regierung auch nach dem argentinischen Militärputsch dieselbe Haltung ein.

Renschlers Frage nach dem Einsatz von schweizerischem Kriegsmaterial beim chilenischen Militärputsch konnte der Bundesrat nicht beantworten, er verwies aber zugleich rechtfertigend darauf, dass das Kriegsmaterial „auf dringliches Ersuchen der chilenischen Regierung geliefert worden“ sei.⁴⁶³ Die Schweizer Landesregierung bestätigte zudem, dass sie „ausdrücklich“ beabsichtige, chilenischen Flüchtlingen „im Rahmen unserer gesetzlichen Bestimmungen Asyl zu gewähren“ und versicherte, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in seiner Arbeit zu unterstützen.⁴⁶⁴ Angesichts der Forschungsergebnisse der Geschichtswissenschaft im Bereich des späteren oft als restriktiv kritisierten Umgangs mit chilenischen Flüchtlingen, erstaunen diese frühen Aussagen.⁴⁶⁵

Es sind nicht nur die Verlautbarungen über die schweizerische Flüchtlingspolitik, die durch ihre Widersprüchlichkeit gekennzeichnet waren. Auch in den bundesrätlichen Aussagen über die Menschenrechtsverletzungen und den Massnahmen, die von der Schweiz dagegen ergriffen werden können, zeichnen sich Diskrepanzen ab. Als Nationalrat Alfons Müller (CVP) ebenfalls wenige Tage nach dem Militärputsch vom Bundesrat unter anderem im Zusammen-

⁴⁶⁰ Dringliche Kleine Anfrage Renschler vom 17. September 1973 „Ereignisse in Chile“, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1973, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 443, 03.10.1973, Ref. No 20 002 391, S. 1415.

⁴⁶¹ Ebd.

⁴⁶² Petite Question Dafflon du 18 septembre 1973 „Evénements au Chili“, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1973, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 450, 03.10.1973, Ref. No. 20 002 394, S. 1416.

⁴⁶³ Dringliche Kleine Anfrage Renschler vom 17. September 1973 „Ereignisse in Chile“, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1973, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 443, 03.10.1973, Ref. No 20 002 391, S. 1415.

⁴⁶⁴ Ebd.

⁴⁶⁵ Vgl. beispielsweise mit: Preti, Daniela: „Flüchtling oder einfach nur liebenswerter Ausländer?“ die Schweizer Flüchtlingspolitik gegenüber Asylsuchenden aus Chile von 1973 bis 1974, Lizentiatsarbeit Universität Zürich 2007; Rossi, Maurizio: Solidarité d'en bas et raison d'Etat. Le Conseil fédéral et les réfugiés du Chili (septembre 1973- mai 1976), Neuchâtel 2008.

hang mit Chile „einen Aufruf zur Wahrung der Menschenrechte“ hören wollte, gab der Bundesrat einen solchen innert Wochenfrist ab und betonte, „Verfolgten und Bedrohten aus aller Welt Zuflucht zu gewähren“ und hob seinen globalen Einsatz zur „Respektierung der Menschenrechte“ hervor.⁴⁶⁶

Als die Landesregierung jedoch fast zwei Jahre später – nach anhaltenden Menschenrechtsverletzungen durch die chilenische Diktatur – von Arthur Villard (SP) mittels einer Einfachen Anfrage dazu aufgefordert wurde, insbesondere aufgrund der Berichte über die chilenischen Foltermethoden eine Stellungnahme über die Menschenrechtsverletzungen abzugeben, verneinte dies der Bundesrat folgendermassen: „Dans la conduite de sa politique extérieure, le Conseil fédéral se laisse toujours guider par deux principes en particulier: le respect du droit des peuples à l’auto-détermination et la non-ingérence dans les affaires intérieures des autres Etats. Il ne croit donc pas pouvoir prononcer un jugement de valeur sur la manière dont d’autres pays et gouvernements interprètent la notion de démocratie. Il ne voit pas non plus la possibilité d’intervenir à ce sujet auprès du gouvernement chilien.“⁴⁶⁷

Aufgrund der schweizerischen Neutralität gab es aus Sicht des Bundesrats keinen Anlass – und darüber hinaus gemäss seiner eigenen Aussage auch nicht die entsprechenden Mittel – Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in Chile zu äussern. Retrospektiv kann an diesen Aussagen Zweifel erhoben werden. Eine von anderen Staaten ergriffene Massnahme stellte beispielsweise die Verhinderung von Kriegsmateriallieferungen nach Chile dar.⁴⁶⁸ Auch schweizerische Rüstungsgüter durften nicht mehr an die chilenische Militärdiktatur verkauft werden. Der Bundesrat informierte das Parlament auf eine entsprechende Nachfrage hin bereits im Februar 1974, dass solche Handelsgeschäfte mittlerweile verboten seien.⁴⁶⁹ Das Verhalten der schweizerischen Regierung ist daher widersprüchlich: Mit der Verhinderung der Waffenausfuhr fand eine klare Sanktionsmassnahme Anwendung, 1975 wurde dennoch öffentlich erklärt, es würden keine Interventionsinstrumente zur Verfügung stehen.

Wenn militärisch genutzte Güter jedoch nicht gegen das Kriegsmaterialgesetz verstiessen, war ein Export legal. Mit der Ausfuhr solcher „Dual-Use-Güter“ waren nicht alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier einverstanden. Als das Westschweizer Unternehmen Air Main-

⁴⁶⁶ Dringliche Kleine Anfrage Müller (Luzern) vom 18. September 1973: „Aufruf für die Menschenrechte“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1973, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 449, 03.10.1973, Ref. No 20 002 393, S. 1416.

⁴⁶⁷ Question ordinaire Villard du 20 juin 1975: „Chile. Folter“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1975, Band IV, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 75.758, 03.10.1975, Ref. No 20 004 248, S. 1508.

⁴⁶⁸ Eckel, Jan: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen 2015, S. 627.

⁴⁶⁹ Petite Question Villard du 6 décembre 1973: „Chile. Waffenlieferungen“, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1974, Band II, Frühjahrssession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 534, 22.03.1974, Ref. No 20 002 825, S. 674.

tenance im Jahr 1977 sechs deutsche Helikopter technisch ausbaute und der chilenischen Polizei lieferte, wurde dies umgehend im Parlament aufgegriffen. Nationalrat Werner Carobbio (PSU) störte sich an der juristischen Situation, dass der deutsche Hersteller sein Produkt als „Militärhelikopter“ vermarktet hätte, das entsprechende Fluggerät aber nicht durch das schweizerische Kriegsmaterialgesetz erfasst worden sei.⁴⁷⁰ Bundesrat Gnägi antwortete, dass die sechs Helikopter ausführlich untersucht wurden und nicht gegen das Kriegsmaterialgesetz und die entsprechende Verordnung des Bundesrates verstossen hätten. Er erläuterte zudem, dass in einem anderen Fall Helikopter für die chilenische Marine nicht exportiert werden durften, weil diese danach in einem Drittstaat umgerüstet worden wären.⁴⁷¹

Die Dual-Use-Problematik schweizerischer Handelsgüter stand im Zusammenhang mit Chile auch im Zentrum zweier weiterer Parlamentsdebatten. In einem Postulat forderte Nationalrat Jean Ziegler (SP) erfolglos ein Ausfuhrverbot der mehrmals wegen ihres doppelten Verwendungszwecks problematisierten Pilatus-Flugzeuge,⁴⁷² die unter anderem auch in Chile im Einsatz gewesen seien.⁴⁷³ Die schweizerische Ausbildung chilenischer Piloten auf diesen Flugzeugen war bereits zu einem früheren Zeitpunkt Anlass für eine Einfache Anfrage eines Nationalrats gewesen. Der Bundesrat erklärte damals, dass solche Schulungen nicht vom Bund, sondern von der Privatwirtschaft organisiert worden seien.⁴⁷⁴ Eine weitere Parlamentsdebatte wurde darüber geführt, ob Radschützenpanzer in politische Spannungsgebiete exportiert werden dürfen.⁴⁷⁵ Wie in Kapitel 4.2 dargestellt wird, beabsichtigte ein schweizerisches Unternehmen damals, Radschützenpanzer in die chilenische Diktatur zu exportieren.

Während im Parlament darüber debattiert wurde, ob die Schweiz die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der chilenischen Diktatur aufrechterhalten sollte, nahm man die Junta innerhalb der Bundesverwaltung in ökonomischer Hinsicht positiv wahr. Sowohl die Beamten in Bern als auch die Botschafter in Santiago de Chile erkannten das wirtschaftliche

⁴⁷⁰ Interpellation Carobbio. Waffenausfuhr, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1977, Band II, Maisession, Nationalrat, Sitzung 04, Geschäftsnummer 76.442, 05.05.1977, Ref. No 20 005 706, S. 547-549, hier: S. 547.

⁴⁷¹ Ebd., S. 548.

⁴⁷² Ausführlich dazu: Bäumlin, Richard: PC-7 Flugzeuge in Guatemala – Impressionen aus dem schweizerischen Nationalrat, in: Bernecker, Walter L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexport nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Zürich 1991, S. 93-104.

⁴⁷³ Postulat Ziegler (Genf) „Flugzeug Pilatus PC-7. Ausfuhrverbot“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1981, Band II, Sommersession, Nationalrat, Sitzung 04, Geschäftsnummer 80.443, 04.06.1981, Ref. No. 20 009 499, S. 578-580.

⁴⁷⁴ Question ordinaire Robbiani du 3 juin 1980 „Ausbildung chilenischer Piloten in der Schweizer Armee“, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1980, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 80.676, 10.10.1980, Ref. No. 20 008 872, S. 1280.

⁴⁷⁵ Vgl. dazu die Motion Friedrich „Kriegsmaterialgesetz“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung 02, Geschäftsnummer 78.518, 18.09.1979, Ref. No 20 007 846, S. 964-976 sowie Motion Friedrich „Kriegsmaterialgesetz“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung 04, Geschäftsnummer 78.518, 20.09.1979, Ref. No 20 007 846, S. 1026-1039.

Potential des Andenstaats. Botschafter Charles Masset und sein Nachfolger Max Casanova begrüßten die wirtschaftsliberalen Reformen, die unter Pinochets Herrschaft eingeleitet wurden. Bereits drei Monate nach dem Staatsstreich beschrieb Masset gegenüber der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung, der Handelsabteilung und dem Eidgenössischen Politischen Departement die ökonomische Entwicklung Chiles als positiv. Der schweizerische Botschafter erläuterte, dass die Junta die grössten ökonomischen Verfehlungen der Regierung Allende – seiner Meinung nach handelte es sich dabei um das Versäumnis, die Produktivität zu erhöhen, das zu hohe Haushaltsdefizit und die fehlgeleitete Geldpolitik, die zu hohen Inflationsraten führte – unmittelbar nach dem Staatsstreich zu beheben versuchte. Masset vertrat dabei die Ansicht, dass der Militärputsch auch aus ökonomischen Gründen durchgeführt worden sei und daher Zuspruch innerhalb der Bevölkerung gefunden hätte.⁴⁷⁶

Während in der schweizerischen Presse von den drastischen Massnahmen gegen die chilenische Arbeiterschaft gelesen werden konnte, die im „krasse[n] Gegensatz zu den Erklärungen der Junta“ gestanden hätten,⁴⁷⁷ berichtete Masset, dass die Militärdiktatur die Sozialpartnerschaft mit der chilenischen Arbeiterschaft verbessert hätte.⁴⁷⁸ Im Februar 1974 sandte er übersetzte Ausschnitte aus einem Artikel aus *El Mercurio*, der sich mit der Bekämpfung der Inflation in Chile auseinandersetzte, kommentarlos an die Handelsabteilung und an das Eidgenössische Politische Departement. Masset bezeichnete *El Mercurio* als „le grand quotidien chilien“.⁴⁷⁹ Die chilenische Tageszeitung war bekannt dafür, Pinochet wohlwollend gegenüberzustehen.⁴⁸⁰

Masset erkannte die Grenzen der eingeleiteten Reformen am Ende des Jahres 1974, doch in seiner Berichterstattung wurde nicht die fehlerhafte Wirtschaftspolitik der Diktatur, sondern

⁴⁷⁶ Annexe „Chili“, S. 1-2 des Dokuments „Informations économiques“ von Masset, Charles an OSEC (Kopie an die Handelsabteilung und das EPD), 03.12.1973, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2535*, Az. C.41.100.0, Chile, Volkswirtschaftliche Berichte, 1973-1978.

⁴⁷⁷ Wicke, Berthe: Chiles wirtschaftliche Aussichten im Sommer 1973, in: *Neue Wege*, Band 67 (1973), Heft 11, S. 332-335, hier: S. 335.

⁴⁷⁸ Annexe „Chili“, S. 2 des Dokuments „Informations économiques“ von Masset, Charles an OSEC (Kopie an die Handelsabteilung und das EPD), 03.12.1973, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2535*, Az. C.41.100.0, Chile, Volkswirtschaftliche Berichte, 1973-1978.

⁴⁷⁹ Masset, Charles an die Handelsabteilung (Kopie an das Eidgenössische Politische Departement): Titelloser Brief, 12.04.1974, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2535*, Az. C.41.100.0, Chile, Volkswirtschaftliche Berichte, 1973-1978.

⁴⁸⁰ Allgemein über den Hintergrund von „*El Mercurio*“ vgl. mit Cancio Isla, Wilfredo: *mercurio, El*, in: Balderson, Daniel; Gonzalez, Mike; López, Ana M. (Hrsg.): *Encyclopedia of Contemporary Latin American and Caribbean Cultures*, London und New York 2000, S. 960, hier: S. 960; Ruderer, Stephan: *Das Erbe Pinochets. Vergangenheitspolitik und Demokratisierung in Chile 1990-2006*, Göttingen 2010, S. 17, Fussnote 30; über den Zusammenhang zwischen „*El Mercurio*“ und dem CIA vgl. mit: Weiner, Tim: *Legacy of Ashes: The History of the CIA*, New York 2008, S. 357.

Allendes Erbe als Erklärung für die missliche Lage angeführt.⁴⁸¹ Den eingeleiteten Reformen stellte er ein wohlwollendes Zeugnis aus⁴⁸², wobei auch die zukünftigen Aussichten der Handelsbeziehungen mit der Schweiz hervorgehoben wurden.⁴⁸³ Masset stellte die Import- und Exportzahlen der schweizerisch-chilenischen Handelsbeziehungen aus den Jahren 1973 und 1974 einander gegenüber. Konkrete Zahlen über den vorherigen Zeitraum nannte er nicht, sondern beschrieb nur die sukzessive Verschlechterung während Allendes Regierungszeit.⁴⁸⁴ Es fehlte dabei die Kontextualisierung, dass in den ersten Jahren von Allendes Präsidentschaft der schweizerisch-chilenische Aussenhandel ein verhältnismässig hohes Niveau erreicht hatte.⁴⁸⁵

Einen ausführlichen Bericht sandte die schweizerische Botschaft auch an die Handelsabteilung und den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Eidgenössischen Politischen Departements, als Milton Friedman, Arnold Harberger und Carlos Langoni das lateinamerikanische Land besuchten und ihre Sichtweise auf die chilenische Volkswirtschaft darlegten.⁴⁸⁶ Die drei Gäste wurden darin ehrfürchtig als „trois économistes mondialement connus“ und „trois éminents économistes“ bezeichnet.⁴⁸⁷ Der Bericht hob hervor, dass Friedman „un traitement de choc“ als Ausweg aus der gegenwärtigen Lage vorschlug.⁴⁸⁸ Im Dokument wurde das Fazit gezogen, dass alle drei Ökonomen dieselben strukturellen Mängel der chilenischen Volkswirtschaft erkannt hätten – diese seien nur mit einer Schockbehandlung zu lösen.⁴⁸⁹ Es war aus Sicht der schweizerischen Botschaft bereits ersichtlich, dass die Bevölkerung unter solchen „mesures draconiennes“ leiden werde.⁴⁹⁰ Auch wenn der Bericht in einem sehr diplomatisch-neutralen Wortlaut verfasst wurde, kann bei der Lektüre erkannt werden, dass man innerhalb der schweizerischen Botschaft der von Friedman vorgeschlagenen Schockbehandlung zumindest nicht ablehnend gegenüberstand.

⁴⁸¹ Annexe „Chili“, S. 1-2 des Dokuments „Informations économiques“ (No. 1/1975) von Masset, Charles an OSEC (mit Kopie an das EPD), 04.12.1974, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2535*, Az. C.41.100.0, Chile, Volkswirtschaftliche Berichte, 1973-1978.

⁴⁸² Ebd., S. 1-3.

⁴⁸³ Ebd., S. 3.

⁴⁸⁴ Ebd., S. 3.

⁴⁸⁵ Entsprechende Daten finden sich bei: Historical Statistics of Switzerland online

(www.fsw.uzh.ch/histstat/main.php), Tabelle „Ausfuhrwerte nach Verbrauchsländern 1920-1992 (in Millionen Franken): Amerika“ und Tabelle „Einfuhrwerte nach Ursprungsländern 1920-1992 (in Millionen Franken): Amerika“, konsultiert am 07.10.2016

⁴⁸⁶ Peyraud, Georges an die Handelsabteilung (mit Kopie an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des EPD): „Analyse de la situation économique chilienne par trois économistes internationaux“, 09.04.1975, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2535*, Az. C.41.100.0, Chile, Volkswirtschaftliche Berichte, 1973-1978.

⁴⁸⁷ Ebd., S. 1 und S. 3.

⁴⁸⁸ Ebd., S. 1

⁴⁸⁹ Ebd., S. 3.

⁴⁹⁰ Ebd.

„Industrieller Darwinismus“

Max Casanova, der ab dem 28. April 1975 als schweizerischer Botschafter in Santiago de Chile agierte,⁴⁹¹ übermittelte in seiner anfänglichen Korrespondenz ein düsteres Bild über die Entwicklung seines Gastlandes.⁴⁹² Obwohl er auf mehreren Seiten über die Notwendigkeit von Reformen schrieb, war seine Stimmung nicht besonders zuversichtlich: „En résumé, dans le cadre du libéralisme économique et de l'économie de marché, le Gouvernement joue actuellement ses dernières cartes. [...] Les mois qui viennent seront cruciaux pour l'économie chilienne et du résultat de ces nouvelles mesures dépendra l'existence même du libéralisme économique appliqué avec tant de vigueur et de conviction par l'équipe économique actuelle.“⁴⁹³ Casanova ahnte dabei bereits, dass durch die Reformen Arbeitsplätze wegfallen werden.⁴⁹⁴ Obwohl der Staatsstreich mittlerweile bereits zwei Jahre her war, wurde in der Berichterstattung der schweizerischen Botschaft betont, dass für die missliche Lage der chilenischen Volkswirtschaft nicht die aktuelle Regierung verantwortlich sei.⁴⁹⁵ Für den Umstand, dass sich der Umfang der schweizerischen Exporte nach Chile verkleinerte, war gemäss des Berichts der schweizerischen Botschaft Allende schuld.⁴⁹⁶ Als mitverantwortlich nahm man auch die Eidgenössische Kommission für die Exportrisikogarantie wahr, weil sie ihre Versicherungsleistungen gegenüber Chile stark reduzierte.⁴⁹⁷

Die diplomatischen Vertretungen unterschiedlicher Staaten tauschten sich in der chilenischen Hauptstadt über die ökonomische Prosperität ihres Gastlandes aus. Casanova konnte deswegen im Februar 1978 eine mehrfach als vertraulich bezeichnete, ausführliche Analyse der amerikanischen Botschaft über die wirtschaftliche Entwicklung Chiles an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Eidgenössischen Politischen Departements zukommen lassen. Casanova betonte ausdrücklich, dass das Dokument vertraulich sei und man der Handelsabteilung nur Einblick gewährt werden dürfe, wenn sie die Informationen nicht an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung weiterleite.⁴⁹⁸

⁴⁹¹ Informationen zur Person Casanova, Max; dodis.ch/P9805

⁴⁹² Casanova Max, an die Handelsabteilung (mit Kopie an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des EPD): „Nouvelles mesures économiques en vue d'enrayer l'inflation“, 27.06.1975, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2535*, Az. C.41.100.0, Chile, Volkswirtschaftliche Berichte, 1973-1978.

⁴⁹³ Ebd., S. 4-5.

⁴⁹⁴ Ebd., S. 4.

⁴⁹⁵ Annexe „Chili“ von „Informations économique“ (No.1/1976) von Casanova, Max an OSEC (mit Kopie an die Handelsabteilung und die Politische Direktion des EPD), 24.11.1975, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2535*, Az. C.41.100.0, Chile, Volkswirtschaftliche Berichte, 1973-1978.

⁴⁹⁶ Ebd., S. 4.

⁴⁹⁷ Ebd.

⁴⁹⁸ Casanova, Max an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des EPD: „Rapport économique sur le Chili de l'Ambassade des Etats-Unis d'Amérique à Santiago“ (confidentiel), 09.02.1978, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2535*, Az. C.41.100.0, Chile, Volkswirtschaftliche Berichte, 1973-1978.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten beurteilte die Entwicklung als „[s]trong economic recovery“⁴⁹⁹, die einen „[s]ubstantial progress [...] in reducing inflation, increasing growth, and balancing the external accounts“ beinhaltet hätte.⁵⁰⁰ Es wurde dabei betont, dass die chilenische Regierung zwar beabsichtige, die bisher durch die Importsubstitutionspolitik geschützten Unternehmen dem freien Markt auszusetzen, der Prozess sich aber verzögere.⁵⁰¹ Positiv hervorgehoben wurde, dass Handelshemmnisse abgebaut worden seien.⁵⁰² Ausführlich widmete sich die Analyse auch der chilenischen Kupferindustrie. Die amerikanische Botschaft ging davon aus, dass der Kupferpreis erst zu Beginn der Achtzigerjahre erholen sollte.⁵⁰³ Es wurde zudem berechnet, dass sich das in Chile eingesetzte ausländische Kapital verdreifachen müsste, damit der wirtschaftliche Plan aufgehe.⁵⁰⁴

Aufschlussreich sind auch die Zeitungsartikel, die von schweizerischen Diplomaten über die Politik der „Chicago Boys“ nach Bern weitergeleitet wurden. Im Juni 1976 schickte die schweizerische Botschaft in Washington einen Artikel aus der Washington Post an die Handelsabteilung, der über die Austeritätspolitik der lateinamerikanischen Diktatur berichtete.⁵⁰⁵ Der Artikel betonte, dass Finanzminister Jorge Cauas mit seinen einschneidenden Sparmassnahmen Chile finanziell stabiler gemacht und dadurch den Druck internationaler Geldgeber auf den chilenischen Diktator, die Menschenrechtslage zu verbessern, verringert hätte.⁵⁰⁶ Die Washington Post durchschaute schon früh die vermeintlich wirtschaftsliberale Politik: „Cauas was able to wrench the economy so sharply [...] because, despite its free market rhetoric, Chile has a centralized economy extremely sensitive to government policy measures.“⁵⁰⁷

Ein anderer, gegenüber der Entwicklung der chilenischen Wirtschaft noch optimistischer eingestellter Artikel aus der französischen Zeitung *Le Monde* schickte Casanova im Januar 1978 an die Handelsabteilung. Casanova leitete sein Schreiben damit ein, dass er sich auf Presstexte über die Regierung seines Gastlandes normalerweise nicht verlasse, weil die Diktatur über ein „mauvaise image“ verfügt hätte. Der Botschafter zeigte sich aber weiterhin zuver-

⁴⁹⁹ United States Embassy Santiago: Economic Trends Report Chile (confidentel), January 1978, S. 2, Anhang von Ebd.

⁵⁰⁰ Ebd., S. 4.

⁵⁰¹ Ebd., S. 5.

⁵⁰² Ebd., S. 15.

⁵⁰³ Ebd., S. 10-11.

⁵⁰⁴ Ebd., S. 14.

⁵⁰⁵ Zogg, Christian an die Handelsabteilung: „Die wirtschaftliche Lage in Chile“, 23.06.1976, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2535*, Az. C.41.100.0, Chile, Volkswirtschaftliche Berichte, 1973-1978.

⁵⁰⁶ Dinges, John: Drastic Austerity Frees Chile From Outside Pressure, in: Washington Post, 20.06.1976, S. 1-2 der Kopie, als Anhang von Ebd.

⁵⁰⁷ Ebd., S. 2 der Kopie.

sichtlich – Chile werde eindeutig „au-dessus de ses moyens“ wahrgenommen.⁵⁰⁸ Der von ihm angefügte Artikel aus *Le Monde* thematisiert die heikle Frage, ob wirtschaftliche Erfolge die Menschenrechtsverletzungen rechtfertigen. Der Presstext beantwortete die aufgeworfene Frage schlussendlich nicht. Zwischen den Zeilen lassen sich jedoch durchaus die Sympathien des Journalisten für die Reformen erkennen, auch wenn darauf hingewiesen wird, dass die ersten ökonomischen Erfolge nur durch die Einschränkung von Arbeitsrechten und tieferen Löhnen ermöglicht werden konnten. Detailliert wurde aufgelistet, welche Leistungen den chilenischen „Chicago Boys“ anzurechnen seien und darauf hingewiesen, dass Harberger mehrmals in das lateinamerikanische Land reiste, um die Ergebnisse der neoliberalen Reformen zu analysieren.⁵⁰⁹ Der Artikel bezeichnete die Umgestaltung der Industrie als „darwinisme industriel’, qui ne laisse survive que le plus forts“.⁵¹⁰

Es mag bezeichnend sein, dass die offensichtliche Gretchenfrage bei der Auseinandersetzung mit den chilenischen Wirtschaftsreformen nicht beantwortet wird, die Erfolge aber dennoch aufgelistet werden. Ein offen abgelegtes Bekenntnis, dass der wirtschaftliche Erfolg über die Menschenrechte zu stellen sei, war wohl in einer renommierten Zeitung eines demokratischen Landes kaum vorstellbar. Aufgrund des Begleitschreibens zum Artikel kann davon ausgegangen werden, dass Casanova die Vorteile eines darwinistisch geprägten Industriemodells in Chile ebenfalls zu erkennen glaubte. Wie bereits angemerkt, hob er in seinem Begleitschreiben gegenüber der Handelsabteilung hervor, dass dem chilenischen Wirtschaftsstandort noch mehr zuzutrauen sei. Casanova bekannte sich – analog zum Zeitungsartikel – nicht offen für eine repressive Haltung gegenüber der Zivilbevölkerung zugunsten des wirtschaftlichen Erfolgs. Gleichzeitig setzte er aber Hoffnung in die weitere Prosperität seines Gastlandes. Bezeichnend für den nach Bern gesandten Zeitungsartikel ist auch, dass explizit erwähnt wird, dass Friedman den Wirtschaftsnobelpreis erhielt.⁵¹¹

Die nach Bern gesandten Presseartikel waren politisch einseitig. In den schweizerischen Medien erschienen bereits kurze Zeit nach dem Militärputsch auch kritische Artikel über das Wirtschaftsprogramm der Militärdiktatur. Politisch links stehende Medien griffen Allendes anfängliche Erfolge auf und sahen die Gründe für die ökonomischen Schwierigkeiten von

⁵⁰⁸ Casanova, Max an die Handelsabteilung (mit Kopie an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des EPD): „Situation économique du chili au début de 1978“, 20.01.1978, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2535*, Az. C.41.100.0, Chile, Volkswirtschaftliche Berichte, 1973-1978.

⁵⁰⁹ Vgl. Absatz mit Malinak, Thierry: 1. L’homme au service de l’économie, in: *Le Monde*, 05.01.1978, S. 1-2 der Kopie, als Anhang von Ebd.

⁵¹⁰ Ebd., S. 2 der Kopie.

⁵¹¹ Ebd.

Chile eher im tiefen Kupferpreis und in den fehlenden Krediten aus dem Ausland.⁵¹² Die Leserschaft wurde auch auf die Bedeutung der schweizerischen Waffenindustrie hingewiesen, deren exportiertes Kriegsmaterial beim chilenischen Staatstreich verwendet worden sei.⁵¹³ Mehrfach wurde darauf hingewiesen, wie erfolglos die Wirtschaftspolitik der Militärdiktatur sei.⁵¹⁴

Das oben zitierte Argumentationsmuster eines industriellen Darwinismus griff Botschafter Casanova gegenüber der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung und dem Finanz- und Wirtschaftsdienst des Eidgenössischen Politischen Departements am Ende des Jahres 1978 wieder auf. Casanova argumentierte, dass die Industrie seines Gastlandes vor dem Militärputsch keinem Wettbewerb ausgesetzt war. Unternehmen, die sich nicht den neuen Rahmenbedingungen anpassen konnten, hätten daher die Produktion einstellen müssen.⁵¹⁵ Seine nüchtern verfasste Lagebeurteilung der chilenischen Industrie entsprach der Vorstellung eines industriellen Darwinismus, in dem nur den anpassungsfähigsten chilenischen Unternehmen eine Daseinsberechtigung zugesprochen wurde.

Der Bericht erwähnte die Vorteile für die schweizerische Handelstätigkeit mit Chile. Während die Wirtschaftspolitik der Regierung Allende Handelshemmnisse erzeugt hätte,⁵¹⁶ seien aufgrund der jüngsten Senkung der Importzölle „[d]’excellentes possibilités d’affaires“ generiert worden.⁵¹⁷ Ausführlich listete Casanova die Vielfalt an Produkten auf, welche die Schweiz nach Chile exportierte: „Les exportations suisses à destination du Chili, quant à elles, sont très diverses, et comprennent aussi bien les machines pour l’imprimerie, les métiers à tisser, appareils de levage, montres etc., que les produits chimiques et pharmaceutiques, chocolats etc.“⁵¹⁸ Trotz der sachlichen Wortwahl schwingt in der Korrespondenz zwischen der schweizerischen Botschaft in Santiago de Chile und der Bundesverwaltung ein gewisser Stolz über die Handelsbeziehungen mit. Auch Casanovas Denken scheint dabei von wirtschaftsliberalen Theorien geprägt gewesen zu sein. Die chilenische Wirtschaftspolitik evozierte neue Chancen für

⁵¹² Wicke, Berthe: Chiles wirtschaftliche Aussichten im Sommer 1973, in: Neue Wege, Band 67 (1973), Heft 11, S. 332-335, hier: S. 332-335.

⁵¹³ Wildberger, Ulrich: Das Dokument. Verweigerung des Militärpflichtersatzes, in: Neue Wege, Band 73 (1979), Heft 11, S. 334, hier: S. 334.

⁵¹⁴ Siehe: s.n.: Chile – 2 Jahre Terror, in: Emanzipation: feministische Zeitschrift für kritische Frauen, Band 1 (1975), Heft 6, ohne Seitenangabe; Kriescher, Wilhelm: Wer braucht eine neue Weltwirtschaftsordnung?, in: Profil: sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Band 57 (1978), Heft 7-8, S. 211-214, hier: S. 213 und Hindels, Josef: Das Versagen des Kapitalismus und die Chance der Sozialisten, in: Rote Revue - Profil: Monatszeitschrift, Band 61 (1982), Heft 3, S. 15-20, hier: S. 18-20.

⁵¹⁵ Annexe „Chili“ von „Informations économique“ (No.1/1979) von Casanova, Max an OSEC (mit Kopie an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des EPD), 10.11.1978, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2535*, Az. C.41.100.0, Chile, Volkswirtschaftliche Berichte, 1973-1978.

⁵¹⁶ Ebd.

⁵¹⁷ Ebd., S. 4.

⁵¹⁸ Ebd. S. 5.

die ausländische Konkurrenz, die nicht zuletzt aufgrund der veränderten Zollgesetzgebung auf den Markt drängen konnte.

Die Analyse der Korrespondenz aus der schweizerischen Botschaft lässt jedoch Zweifel darüber entstehen, wie viel detailliertes Wissen über die Handelsbeziehungen vorhanden war. Wie gerade zitiert, erwähnte Casanova gegenüber der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung und dem Finanz- und Wirtschaftsdienst des Eidgenössischen Politischen Departements im November 1978 die Uhrenexporte. Ein Botschaftsmitarbeiter konnte aber im Juli 1979 der Schweizer Uhrenkammer keine Angaben über den Marktanteil der schweizerischen Uhren in den Jahren 1976 bis 1978 liefern.⁵¹⁹ Die Schweizer Uhrenkammer wurde darauf hingewiesen, dass die Diktatur im Bereich der statistischen Datenerfassung „très déficients“ gewesen sei – „l'administration des douanes ne publie elle-même aucun chiffre sur les importations et les exportations“, hiess es im Schreiben in die Schweiz.⁵²⁰ Wahrscheinlich war auch die angefügte Kopie eines Artikels aus *El Mercurio* nicht besonders hilfreich, der die Information enthielt, dass in Chile vor allem schweizerische und japanische Uhren gekauft worden seien.⁵²¹ Für die Angehörigen der Schweizer Uhrenkammer war diese Aussage wohl kaum überraschend.

Die bisher dargestellte Wahrnehmung der Wirtschaftspolitik der chilenischen Militärdiktatur beschränkte sich nicht nur auf die vor Ort ansässigen schweizerischen Diplomaten. Auch Beamte der Bundesverwaltung teilten die Sichtweise auf die ökonomische Entwicklung des militärisch regierten Chiles. Belegt werden kann dies beispielsweise anhand eines Briefwechsels zwischen einem Schwyzer Schokoladenunternehmer und Pierre Bettschart, einem Delegierten der Landesregierung für Handelsverträge, im Jahr 1979.⁵²² Bettschart vertrat die Ansicht, dass kaum gewusst werde, dass Allende lediglich mit etwas mehr als einem Drittel der Stimmen Präsident wurde, er „dann aber eine linksextreme Politik einleitete, als ob er mit einer komfortablen Mehrheit gewählt worden wäre.“⁵²³ Für Bettschart war der Staatsstreich unausweichlich: „Angesichts der linksextremen Politik in einem Lande mit einer vereinfacht gesagt bürgerlichen Mehrheit, konnte die eingetretene Entwicklung und der Sturz Allendes nicht überraschen.“⁵²⁴

⁵¹⁹ Vuffray, Fernand an die Chambre Suisse de l'Horlogerie (mit Kopie an die Handelsabteilung): Titellostes Schreiben, 18.07.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/60#1812*, Az. 810, Chile, Berichte – Allgemeines, 1979.

⁵²⁰ Ebd.

⁵²¹ Vgl. mit dem kopierten Artikel aus „*El Mercurio*“ vom 17.07.1979, Anhang von Ebd.

⁵²² Informationen zur Person Bettschart, Pierre: dodis.ch/P46984

⁵²³ Bettschart, Pierre an Felchlin, Max: Titellostes Schreiben, 09.04.1979, S. 1 in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/60#1812*, Az. 810, Chile, Berichte – Allgemeines, 1979.

⁵²⁴ Ebd., S. 2.

Die Dokumente, die von Angehörigen der Bundesverwaltung über Lateinamerika verfasst wurden, genossen damals innerhalb der Privatwirtschaft ein sehr hohes Ansehen, wie von zwei Angehörigen des Vororts gegenüber dem Bundesamt für Aussenwirtschaft festgehalten wurde.⁵²⁵ Als Dank schickte man den Beamten ein Arbeitspapier des Chicagoer Wissenschaftlers Larry A. Sjaastad, das er für eine Tagung in der Schweiz erstellte. Es ging in seinen Ausführungen einerseits um die Politik der chilenischen Zentralbank, andererseits um die Reformen im Aussenhandel. Gemäss den Vertretern des Vororts beinhaltete das Dokument „eine wertvolle unkonventionelle Sicht der Dinge.“⁵²⁶ Diese Beurteilung erstaunt, denn der Inhalt des Arbeitspapiers wich in den Grundzügen kaum von den gängigen Einschätzungen wirtschaftsliberaler Kreise über die chilenische Ökonomie ab. Allendes Wirtschaftspolitik wurde von Sjaastad ausführlich kritisiert,⁵²⁷ die Erholung der chilenischen Volkswirtschaft in den Jahren 1976 bis 1978 – unter Vorbehalt der hohen Arbeitslosigkeit – lobend hervorgehoben.⁵²⁸ Ebenfalls unterstrich der Ökonom, dass unter Pinochet die Handelshemmnisse und die Importsubstitutionspolitik sukzessive und erfolgreich abgeschafft worden seien⁵²⁹ und er wies darauf hin, dass Argentinien und Uruguay dem chilenischen Vorbild folgen wollen.⁵³⁰ Der Vorort sandte mit dem Vortragsmanuskript eine deutliche Botschaft an die Bundesverwaltung. Sjaastads Argumentation führte zur Schlussfolgerung, dass die chilenische Militärdiktatur in ökonomischer Hinsicht der demokratisch gewählten Vorgängerregierung zu bevorzugen sei.

Ähnliche Ansichten wurden auch innerhalb der schweizerischen Presselandschaft vertreten: Die Neue Zürcher Zeitung präsentierte die Diktatur als „ein interessantes Studienobjekt“ einer Volkswirtschaft, die den „amerikanisch-westeuropäischen Vorbildern“ nacheifere.⁵³¹ Obwohl der Artikel zahlreiche problematische Aspekte wie die wachsende Verschuldung, die Inflationsrate oder die Arbeitslosigkeit erwähnte, wurden die Zukunftsaussichten – nicht zuletzt aufgrund lobender Worte des Internationalen Währungsfonds – als vielversprechend charakterisiert. Die Leserschaft wurde darauf hingewiesen, dass ein steigender Kupferpreis mehrere

⁵²⁵ Dr. Hutzli, P. (Sekretär); und Dr. Rühl, F. (Sekretär) an das Bundesamt für Aussenwirtschaft: „Chile“, 28.08.1979, S. 1-2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/60#1812*, Az. 810, Chile, Berichte – Allgemeines, 1979.

⁵²⁶ Ebd., Zitat: S. 1.

⁵²⁷ Sjaastad, Larry A.: *Revolution in Chile: Debacle or Debauchement?* (Prepared for the Sixth Interlaken Seminar on Analysis and Ideology, June 4-9, 1979), datiert auf Mai 1979, S. 10-20, als Anhang von Ebd.

⁵²⁸ Ebd., S. 22.

⁵²⁹ Ebd., S. 23.

⁵³⁰ Ebd., S. 24.

⁵³¹ Lamberg, Robert F.: *Chiles marktwirtschaftliche Neuorientierung. Schlechte Beschäftigungslage trotz überwundener Rezession*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 27.03.1979, S. 16.

hundert Million Dollar zusätzliches Einkommen bedeuten könnte. Der Journalist träumte zudem von einer baldigen „Erdölbonanza“ in der Magellanstrasse.⁵³²

„Generale als Retter?“, fragte ein anderer Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung nur wenige Wochen später. Der Artikel setzte sich mit dem Modernisierungsanspruch zahlreicher lateinamerikanischer Diktaturen auseinander. Die Diktaturen in Argentinien, Chile und Uruguay waren für den Journalisten vergleichbar, weil sie ihre Ziele mit ökonomischen Reformen zu erreichen versuchten.⁵³³ Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Erfolg und Menschenrechtsverletzungen wurde auch in der Neuen Zürcher Zeitung thematisiert: „Es ist übrigens nicht ohne Ironie, dass das liberale Wirtschaftsmodell die bisher grössten Erfolge – allerdings bei vorläufig hohen Sozialkosten – in Chile vermerken konnte, das oft als härtestes, illiberalstes Militärregime bezeichnet wird.“⁵³⁴ Diktaturen schienen von manchen Beobachtern als ein notwendiges Übel für einen wirtschaftlichen Aufschwung in Lateinamerika wahrgenommen worden zu sein. Die Schweizer Monatshefte sprachen sogar davon, dass lateinamerikanische Diktaturen „sowohl von bürgerlichen als auch von sozialistischen Entwicklungssoziologen und -politologen als entwicklungspolitisch notwendig und fortschrittlich beurteilt“ worden seien.⁵³⁵

Betrachtet man die schweizerische Aussenhandelsstatistik, so zeigt sich, dass sich die hohen Erwartungen über die Entwicklung von Chile als schweizerischer Handelspartner nicht bewahrheiteten. Im Vorfeld der Präsidentschaft Salvador Allendes stieg der schweizerische Export nach Chile stark an. In den Jahren 1970 und 1971 konnten schweizerische Unternehmen auf einem verhältnismässig hohen Niveau ihre Güter nach Chile absetzen, ab dem Jahr 1972 brach die Handelstätigkeit ein. Erst die Reformpolitik der „Chicago Boys“ ab dem Jahr 1975 führte zu einer Intensivierung der schweizerischen Exportaktivität, das zuvor erreichte Ausmass konnte aber nicht mehr erreicht werden. Von der Öffnung des chilenischen Marktes durch eine wirtschaftsliberale „Schocktherapie“ profitierten schweizerische Exporteure daher nur begrenzt. Ein bereits erwähntes „Wirtschaftswunder“ gab aus Sicht des schweizerischen Aussenhandels nicht.⁵³⁶ Für das Jahr 1979 ist sogar ein kurzfristiger Einbruch der Ausfuhrwerte erkennbar. In der ersten Hälfte der Achtzigerjahre verharrte das Ausmass des schweize-

⁵³² Ebd.

⁵³³ Lamberg, Robert F.: Generale als Retter? Ursprünge, Kennzeichen und Perspektiven der südamerikanischen Militärregime, in: Neue Zürcher Zeitung, 16./17.06.1979, S. 37.

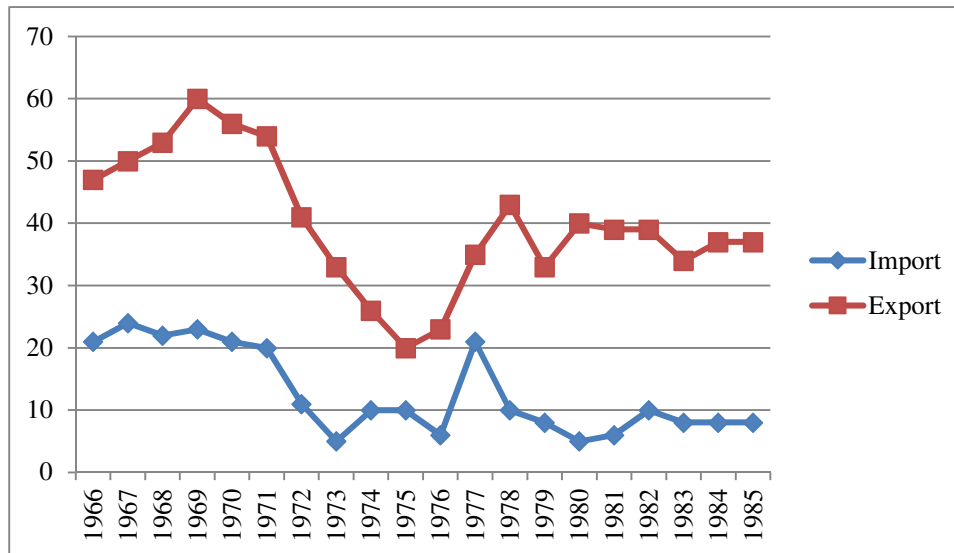
⁵³⁴ Ebd.

⁵³⁵ Bozbag, Ali F.: Militärs und Politik in Lateinamerika, in: Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur, Band 54 (1974-1975), Heft 4, S. 436-440, S. 232-236, hier: S. 233.

⁵³⁶ Nohlen, Dieter; Nolte, Detlef: Chile, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika, Bonn 1995, S. 277-338, hier: S. 293.

rischen Exports nach Chile auf einem durchschnittlichen Niveau. Von dem Handelsvolumen, das am Ende der Sechzigerjahre erreicht wurde, war man weit entfernt.

Diagramm 7: Entwicklung des Aussenhandels Schweiz-Chile in den Jahren 1966 bis 1985 in Millionen Franken



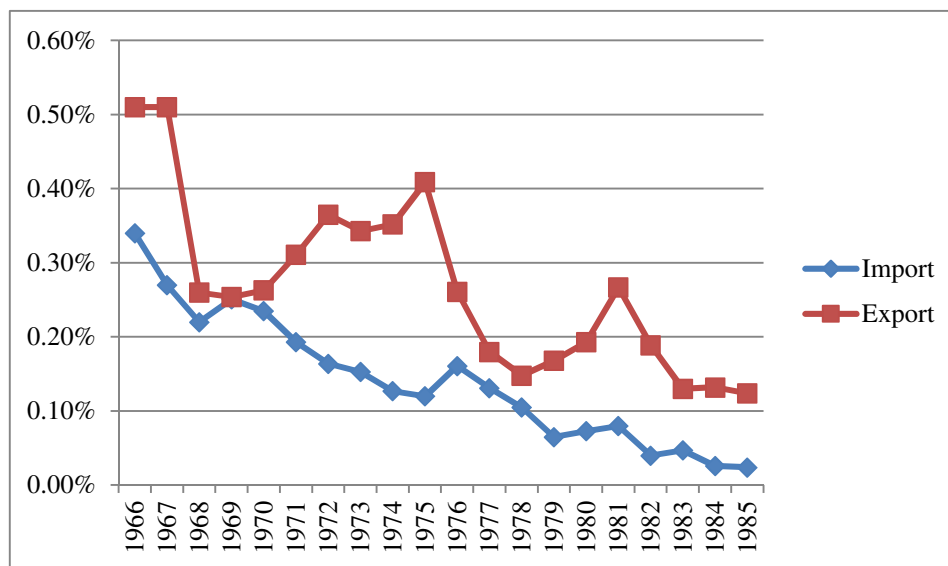
Quelle: Aussenhandelsstatistik der Oberzolldirektion, Jahrgänge 1966 bis 1985⁵³⁷, inflationsbereinigt (Index = 1966).⁵³⁸

Es wurden stets mehr schweizerische Waren in Chile verkauft, als dass chilenische Produkte in der Schweiz Abnehmer fanden. Besonders wenig chilenische Waren wurden im Jahr des Putsches importiert, ein deutlicher Anstieg fällt hingegen im Jahr 1977 auf. Dabei handelte es sich jedoch um keine Trendwende. Längerfristig betrachtet sank der schweizerische Import von Gütern aus der Militärdiktatur. Auch bei dieser Entwicklung zeigt sich deutlich, dass die Wirtschaftspolitik der Junta für die Schweiz insgesamt nicht vorteilhaft war. Die lateinamerikanischen Krisenjahre der Achtzigerjahre wirkten sich hingegen nur bedingt auf den schweizerisch-chilenischen Aussenhandel aus. Die Handelsaktivitäten zwischen den beiden Staaten veränderten sich in diesem Zeitraum kaum, weil sie schon vorher ein verhältnismässig tiefes Niveau erreicht hatten. Betrachtet man den prozentualen Anteil Chiles am Gesamthandel der Schweiz, zeigen sich die negativen Auswirkungen der chilenischen Wirtschaftspolitik noch deutlicher.

⁵³⁷ Angaben gemäss Historical Statistics of Switzerland Online, Tabellen L.19. („Einfuhrwerte nach Ursprungsländern 1920-1992 (in Millionen Franken): Amerika -“) und L.23. („Ausfuhrwerte nach Verbrauchsländern 1920-1992 (in Millionen Franken): Amerika -“), URL: www.fsw.uzh.ch/histstat/main.php, konsultiert am 18.10.2016

⁵³⁸ Deflationiert anhand des Konsumentenpreixindex (KPI) durch die Webseite „swistoval“, Christian Pfister, Roman Studer. Swistoval. The Swiss Historical Monetary Value Converterter. Historisches Institut der Universität Bern. <http://www.swisstoval.ch/> ((Datum des Zugriffs (18.10.2016)).

Diagramm 8: Prozentualer Anteil Chiles am Gesamthandel der Schweiz, 1966-1985



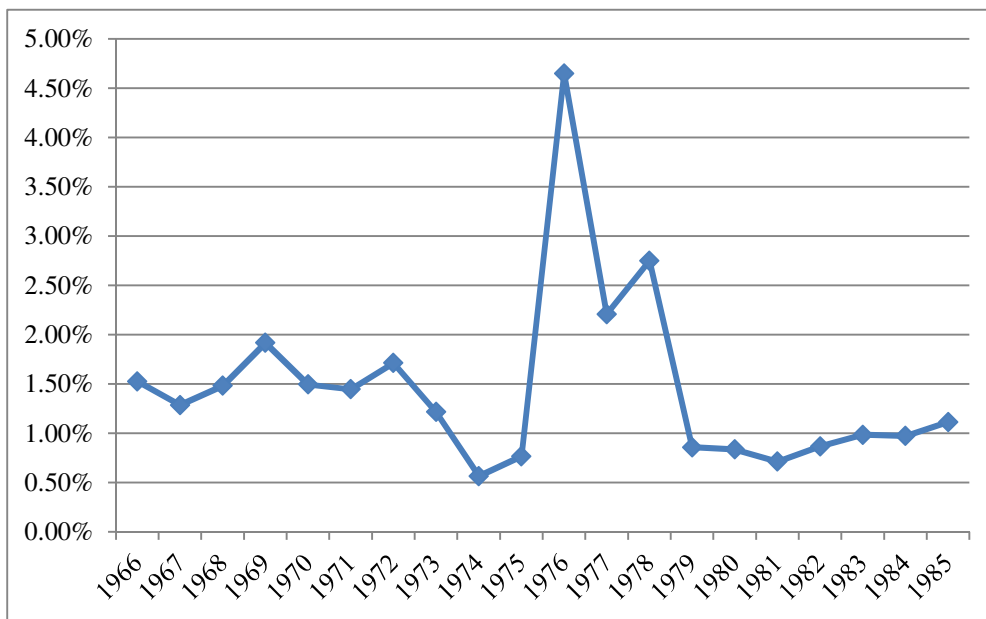
Quelle: Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz, Bern, Jahrgänge 1966-1983.

Chile war als schweizerischer Handelspartner im Untersuchungszeitraum insgesamt von nur sehr marginaler Bedeutung. Den geringsten Stellenwert nahm Chile im Jahr 1973 ein, als der Anteil chilenischer Güter noch 0.019% der Gesamteinfuhr ausmachte.⁵³⁹ Als Absatzmarkt war das Land bedeutender, doch auch hier reihen sich die Exporte im tiefen Promillebereich ein. Die Schweiz war für Chile hingegen ein wichtigerer Handelspartner, das Ausmass bewegte sich aber auch hier maximal im tiefen einstelligen Prozentbereich des Gesamthandels. Die Schweiz nahm im chilenischen Import eine bedeutendere Rolle ein als beim chilenischen Export. Schweizerische Güter waren folglich auf dem chilenischen Markt begehrter als die Produkte, die Chile der Schweiz anbot. Ein vorübergehend deutlicher Anstieg des schweizerischen Anteils am chilenischen Import ist im Jahr 1976 zu erkennen. Gemäss Aussenhandelsstatistik der Eidgenössischen Oberzolldirektion wurden in diesem Jahr für tiefe einstellige Millionenbeträge jeweils unterschiedliche industrielle Erzeugnisse wie Motoren, Turbinen, Stickmaschinen, elektrische Generatoren und Uhren verkauft.⁵⁴⁰ Der Anteil der Schweiz am chilenischen Gesamtexport konnte für dieses Jahr nicht eruiert werden. Die Angaben stehen über das Trade Statistics Yearbook der Vereinten Nationen nicht zur Verfügung.

⁵³⁹ Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz (1973), Band 1, Bern 1974, S. 492.

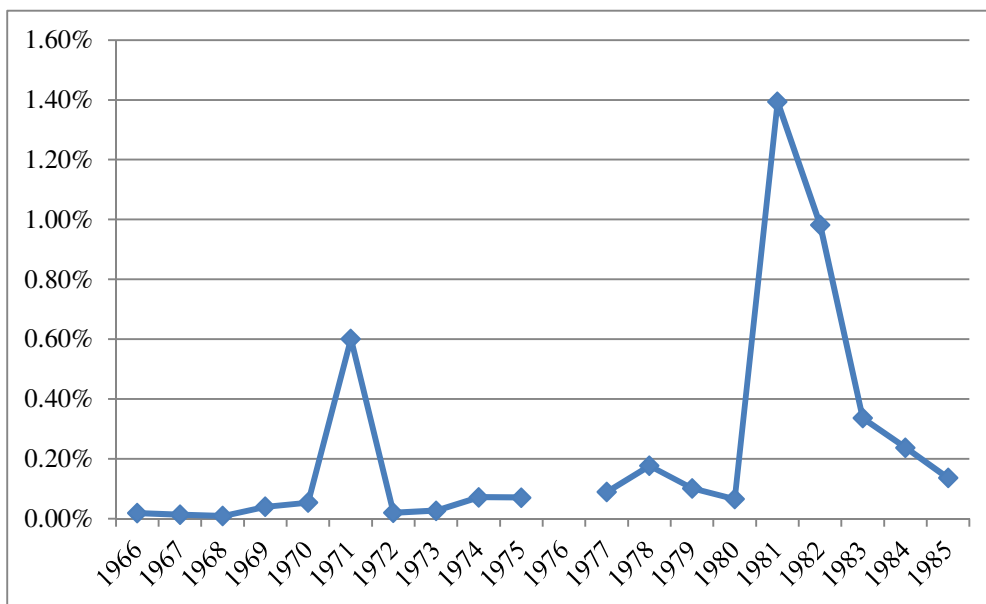
⁵⁴⁰ Eidgenössische Oberzolldirektion: Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz 1966, Band 2, Bern 1967, S. 578-583.

Diagramm 9: Prozentualer Anteil der Schweiz am chilenischen Import



Quelle: United Nations: Yearbook of International Trade Statistics, New York, Jahrgänge 1966-1986.

Diagramm 10: Prozentualer Anteil der Schweiz am chilenischen Export



Quelle: United Nations: Yearbook of International Trade Statistics, New York, Jahrgänge 1966-1986, die Angaben für das Jahr 1976 sind nicht verfügbar.

Die chilenischen Güter, die in die Schweiz verkauft wurden, machten nur einen marginalen Anteil des chilenischen Gesamtexports aus. Die grössten Beträge wurden 1971 für Fleisch- und Fischmehle⁵⁴¹ sowie Kupfer⁵⁴² ausgegeben. Im Jahr 1981 waren dies wiederum die be-

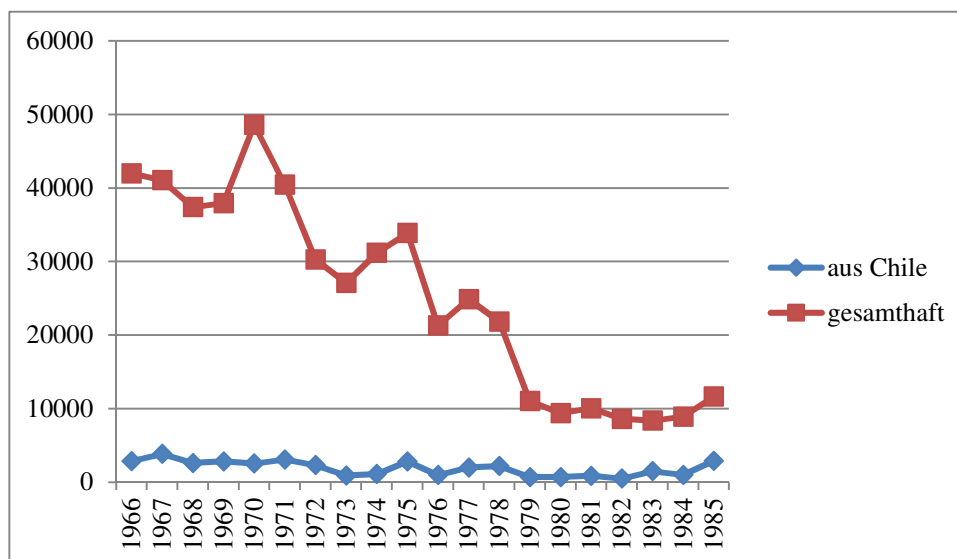
⁵⁴¹ Eidgenössische Oberzolldirektion: Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz 1971, Band 2, Bern 1972, S. 502.

⁵⁴² Ebd., S. 503.

gehrtesten Handelsgüter.⁵⁴³ Aus Chile importierte die Schweiz vor allem Rohstoffe und Agrarprodukte. Die Schweiz verkaufte hingegen industriell erzeugte Güter.

Rohkupfer chilenischer Provenienz war über den Untersuchungszeitraum hinweg betrachtet das wichtigste Handelsgut, das die Schweiz aus dem lateinamerikanischen Land importierte. 1977 bezog die Schweiz beispielsweise für über sechs Millionen Franken Rohkupfer aus Chile. Abgesehen von Silber und Silberlegierungen, die in diesem Jahr im Wert von über zwanzig Millionen Franken importiert wurden, gaben schweizerische Importeure für keine andere Warenkategorie mehr Geld aus. Schafwolle und sogenannte ungenießbare Fleisch- und Fischmehle, die den dritten und vierten Platz des Imports einnahmen, wurden für vergleichsweise geringe 2.7 respektive 1.5 Millionen Franken eingeführt.⁵⁴⁴

Diagramm 11: Schweizer Einfuhr von Kupfermatte und Rohkupfer (rein) in Tonnen



Quelle: Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz, Bern, Jahrgänge 1966-1983.

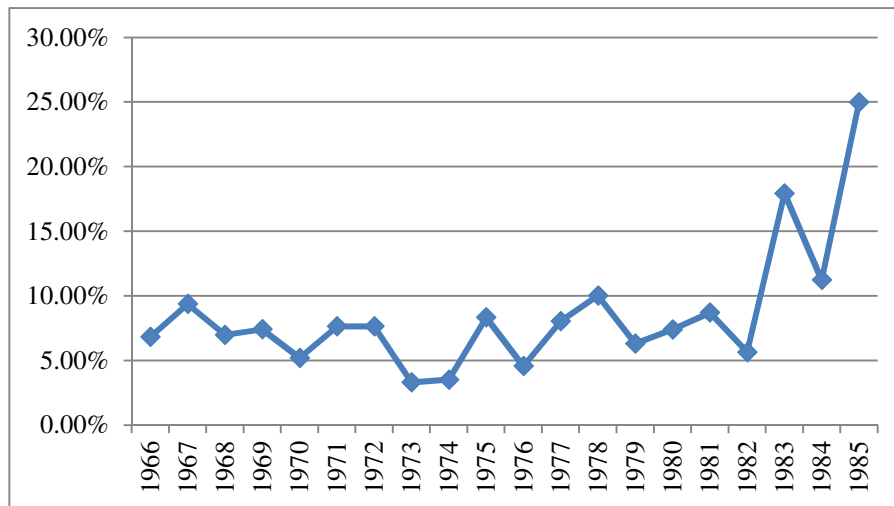
Doch wie gestaltete sich der Import des chilenischen Kupfers während Pinochets Diktatur? Der generelle schweizerische Import von Rohkupfer war zwischen den Sechziger- und Achtzigerjahren starken Schwankungen unterlegt, gesamthaft betrachtet sank der Import deutlich. Während 1966 gesamthaft noch beinahe 42'000 Tonnen Rohkupfer in die Schweiz exportiert wurden, sank diese Zahl auf 9395 Tonnen im Jahr 1980 und stabilisierte sich auf diesem Ni-

⁵⁴³ Eidgenössische Oberzolldirektion: Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz 1981, Band 2, Bern 1982, S. 635 und S. 637.

⁵⁴⁴ Vgl. mit: Eidgenössische Oberzolldirektion: Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz 1977, Band 2, Bern 1978, S. 603-607.

veau.⁵⁴⁵ Der generelle Trend bei der Nachfrage der schweizerischen Industrie an importiertem Rohkupfer verlief anders, als der Import von Kupfer chilenischer Provenienz.

Diagramm 12: Prozentualer Anteil des chilenischen Rohkupfers am Gesamtimport der Schweiz



Quelle: eigene Berechnung aufgrund der Angaben von Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz, Bern, Jahrgänge 1966-1983.

Während der schweizerische Import von Rohkupfer im Untersuchungszeitraum generell stark rückläufig war, schwankte die Bedeutung Chiles als Kupferlieferant während der Siebzigerjahre. Wie die Grafik darlegt, wurde Chile in den Achtzigerjahren als Exporteur von Rohkupfer für die Schweiz immer wichtiger. Im Jahr 1985 war beinahe ein Viertel des importierten Kupfers aus Chile. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die Militärdiktatur in diesem Jahrzehnt phasenweise für mehr als ein Fünftel des globalen Kupferabbaus verantwortlich war.⁵⁴⁶ Auffallend ist zudem, dass die bereits beschriebenen tiefen Kupferpreise der frühen Achtzigerjahre keinen Einfluss auf den schweizerischen Kupferimport ausübten. Zu erwarten gewesen wäre, dass der Kupferimport bei sinkenden Preisen anstieg. Schweizerische Unternehmen kauften aber deutlich weniger Kupfer, als sie es während der Siebzigerjahre machten. Die schweizerische Wirtschaft profitierte insofern kaum vom Preiszerfall des Schwermetalls. Kupfer blieb dennoch das mit Abstand begehrteste Handelsgut, das Chile der Schweiz anbieten konnte. Analysiert man beispielsweise das für die chilenische Wirtschaft erfolgreiche Jahr 1977, so fällt der deutliche Unterschied auf, dass die Schweiz industriell verarbeitete Produkte

⁵⁴⁵ Angaben gemäss Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz, Bern, Jahrgänge 1966-1980.

⁵⁴⁶ Nohlen, Dieter; Nolte, Detlef; Chile, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika, Bonn 1995, S. 277-338, hier: S. 309.

verkaufte, Chile hingegen – abgesehen von etwas Draht, einigen Kleidungsstücken oder Möbeln – vor allem landwirtschaftliche Güter oder Rohstoffe in die Schweiz lieferte.⁵⁴⁷

Die jüngere Geschichtswissenschaft hat nachgewiesen, dass Kupfer ein so begehrtes Handelsgut war, dass selbst in der DDR beim Kauf von chilenischem Kupfer die Interessen der Industrie höher gewichtet worden seien als die politisch-ideologischen Bedenken.⁵⁴⁸ Im Falle der DDR ist dies aufgrund der öffentlichen Solidaritätspolitik mit chilenischen Flüchtlingen bemerkenswert.⁵⁴⁹ Für die Schweiz muss gesamthaft betrachtet ein anderes Urteil gefällt werden. Im Untersuchungszeitraum war der chilenische Anteil am Gesamtimport von Rohkupfer teilweise nur sehr marginal. Eine Abhängigkeit, die politische Zugeständnisse erfordert hätte, bestand folglich während langer Zeit nicht. An Gewicht gewann der Anteil des chilenischen Kupfers mit fast 18 Prozent erst ab dem Jahr 1983.⁵⁵⁰ Im Jahr 1985 stieg dieser Anteil auf beinahe 25 Prozent.⁵⁵¹

Wie bereits erwähnt, verbot die Regierung ab 1974 Kriegsmateriallieferungen nach Chile.⁵⁵² Die Auswirkungen des Verbots sind deutlich zu erkennen, der Waffenhandel wurde stark eingeschränkt: Während im Jahr 1973 noch blanke Waffen im Wert von 117'843 Franken, Kriegswaffen im Wert von 196'416 Franken und Waffenteile im Wert von 3'379'335 Franken nach Chile exportiert wurden,⁵⁵³ wurden erst wieder im übernächsten Jahr 66 blanke Waffen im Wert von 25'199 Franken ausgeführt.⁵⁵⁴ Im Jahr 1977 wurden 49 Revolver und Pistolen im Gegenwert von 36'385 Franken verkauft,⁵⁵⁵ 1978 waren es 68 Revolver und Pistolen für 53'171 Franken.⁵⁵⁶ 1981 verkauften Schweizer Waffenhersteller 4 Revolver und Pistolen für 2'925 Franken nach Chile und 3 Feuerwaffen für 960 Franken.⁵⁵⁷ Die kleinen Mengen und verhältnismässig niedrigen Frankenbeträge lassen erkennen, dass die Schweiz keinen Waf-

⁵⁴⁷ Vgl. mit: Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz, Band 2, Bern 1978, S. 603-607.

⁵⁴⁸ Emmerling, Inga: Die DDR und Chile. Aussenpolitik, Aussenhandel und Solidarität, Berlin 2013, S. 296-299.

⁵⁴⁹ Ebd., S. 13.

⁵⁵⁰ Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz 1983, Band 2, Bern 1984, S. 311.

⁵⁵¹ Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz 1985, Band 2, Bern 1986, S. 307.

⁵⁵² Siehe Antwort des Bundesrats auf die Petite Question Villard du 6 décembre 1973: „Chile. Waffenlieferungen“, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1974, Band II, Frühjahrssession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 534, 22.03.1974, Ref. No 20 002 825, S. 674.

⁵⁵³ Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz 1973, Band 2, Bern 1974, S. 527.

⁵⁵⁴ Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz 1975, Band 2, Bern 1976, S. 568.

⁵⁵⁵ Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz 1977, Band 2, Bern 1978, S. 608.

Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz 1978, Band 2, Bern 1979, S. 610.

⁵⁵⁷ Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz 1981, Band 2, Bern 1982, S. 639.

fenhandel mehr mit Chile betrieb, obwohl das Land zum damaligen Zeitpunkt ein nicht unrelevanter globaler Abnehmer von Kriegsmaterial war.⁵⁵⁸ Wie bereits erwähnt, definierte der Bund Pilatus-Flugzeuge nicht als Kriegsmaterial. Im Jahr 1980 wurden zehn Flugzeuge nach Chile exportiert.⁵⁵⁹ In Chile wurden zudem unter Lizenz Rüstungsgüter hergestellt.⁵⁶⁰ Dieses Kriegsmaterial wurde statistisch nicht zum schweizerisch-chilenischen Aussenhandels dazugezählt. Dass die Lizenzierung eine Möglichkeit war, auf ein verbotenes Rüstungsgeschäft zu reagieren, zeigt das Kapitel 4.2 auf.

„Handel intensivieren!“

Zu Beginn des Jahres 1980 hegte Botschafter Casanova kurzfristig Zweifel am Erfolg der chilenischen Wirtschaftspolitik. Gegenüber der Handelsabteilung erklärte er, dass äusserst widersprüchliche Analysen über die wirtschaftliche Lage Chiles vorlägen.⁵⁶¹ „Depuis l'arrivée au pouvoir des militaires au Chili, il n'aura jamais été si difficile de faire le point à la fin d'une année, comme en 1979“, äusserte sich der Diplomat gegenüber Bern.⁵⁶² Während die Angehörigen des chilenischen Finanzplatzes von der Wirtschaftspolitik profitiert hätten, hätten sich die Reformen für andere Branchen problematisch ausgewirkt. Casanova erklärte sich dies nicht zuletzt an der Peso-Dollar-Parität, die im damaligen Jahr eingeführt wurde.⁵⁶³ Casanova zählte zahlreiche Schwierigkeiten seines Residenzlandes auf, darunter die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die schwierige Lage zahlreicher Unternehmen, die Staatsschulden, die weit verbreitete Armut oder die hohen Preise für alltäglich benötigte Güter.⁵⁶⁴

Die Beurteilung der Entwicklung der chilenischen Ökonomie änderte sich innerhalb kurzer Zeit. Im März 1980 bezeichnete der für Lateinamerika zuständige Abteilungschef der Handelsabteilung gegenüber der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung und dem Vorort das Ausmass der Handelsbeziehungen der Militärdiktatur als „recht erfreulich“. ⁵⁶⁵ Mit noch

⁵⁵⁸ Eckel, Jan: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen 2015, S. 612.

⁵⁵⁹ Angabe gemäss Stockholm International Peace Research Institute Arms Transfers Database, siehe: „Transfers of major conventional weapons: sorted by supplier. Deals with deliveries or orders made for year range 1966 to 1990“ Supplier: Switzerland, Recipient: Chile, SIPRI Arms Transfers Database, URL: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers>, konsultiert am 01.11.2016.

⁵⁶⁰ Siehe: Hug, Peter: Kriegsmaterialausfuhr durch Industriepolitik im Rüstungssektor. Das Verhältnis der Schweiz zu Mittel- und Südamerika, in: Bernecker, Walter L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexport nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Zürich 1991, S. 25-72, hier: S. 37 und S. 39.

⁵⁶¹ Vgl. Absatz mit: Casanova, Max an die Handelsabteilung: „Situation économique de Chili à fin du 1979“, 04.01.1980, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/60#1812*, Az. 810, Chile, Berichte – Allgemeines, 1979.

⁵⁶² Ebd.

⁵⁶³ Ebd., S. 1.

⁵⁶⁴ Ebd., S. 1-3.

⁵⁶⁵ Lécho, Ernst Henri an OSEC und den Vorort: „Chile - Berichte“, 28. März 1980, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/142#1878*, Az. 811, Chile, Wirtschaftliche Lage, 1980.

positiveren Worten über die chilenische Wirtschaftspolitik wandte sich Paul Rudolf Jolles an Yves Moret, der ab August 1980 als Nachfolger Casanovas in Santiago de Chile agierte.⁵⁶⁶ Jolles zeigte sich gegenüber dem schweizerischen Botschafter im März 1981 äusserst angetan von den chilenischen Reformen: „Ihr Bericht vom 4. März [...] über die Wirtschaftspolitik Ihres Gastlandes gestaltende Chicago-Elite hat mich deshalb besonders interessiert, weil mir vor einiger Zeit der britische Aussenhandelsminister, Parkinson, von seiner Südamerika-Reise im vergangenen Jahr Ähnliches erzählt hatte. Chile habe nach seiner Ansicht die grössten Chancen, ein dynamisches Wirtschaftswachstum zu erzielen, weil der Staatschef den Wirtschaftspolitikern freie Hand lasse, um einen marktwirtschaftlichen Kurs durchzuhalten, und weil es sich bei diesen um hochqualifizierte, in den besten amerikanischen Universitäten ausgebildete Personen handle. Offenbar trifft dies zu, und es wird daher wichtig sein, dass die schweizerische Wirtschaft den Anschluss nicht verpasst. Leider wird es mir trotzdem nicht möglich sein, auch noch Chile in die für November d.J. geplante Südamerika-Reise nach Argentinien, Brasilien, Peru und Venezuela einzuschliessen. Umso wichtiger ist es, dass Sie, was den wirtschaftlichen Bereich anbetrifft, das Interesse der Schweiz an der weiteren Entwicklung in Chile, die liberal verlaufen sollte, bekunden und für unsere Privatwirtschaft die nötigen Kontakte herzustellen helfen.“⁵⁶⁷

Es ist äusserst erstaunlich, dass der Direktor des Bundesamts für Aussenwirtschaft gemäss seiner eigenen Aussage erst so spät über den wirtschaftsliberalen Kurs der „Chicago Boys“ unterrichtet wurde. Die wirtschaftsliberale Politik der Pinochet-Diktatur wurde in den ökonomischen Berichten der schweizerischen Botschaft regelmässig thematisiert. Wahrscheinlich stiess Chile bei Jolles als Partner der schweizerischen Aussenwirtschaft bisher nur auf wenig Interesse. Zu ändern vermochte dies Cecil Parkinson, der über eine gute Beziehung zu Margaret Thatcher verfügte. Als bekannter Verfechter einer marktfreundlichen Politik hatten Parkinsons lobende Worte aus Sicht von Jolles wahrscheinlich eine hohe Glaubwürdigkeit.⁵⁶⁸ Jolles nahm den chilenischen Wirtschaftsstandort dementsprechend als attraktiv und vielversprechend wahr und animierte den schweizerischen Botschafter, sich für intensiverte Wirtschaftsbeziehungen einzusetzen. Moralische Bedenken nahmen bei diesem Auftrag keinen Platz ein. Die marktwirtschaftliche Orientierung genügte als Kriterium, um die Wirtschaftsbeziehungen mit der chilenischen Militärdiktatur seitens des Bundesamts für Aussenwirtschaft

⁵⁶⁶ Informationen zur Organisation Schweizer Botschaft in Santiago de Chile (1957-), dodis.ch/R406

⁵⁶⁷ Jolles, Paul Rudolf an Moret, Yves: Titellostes Schreiben, 16.03.1981 in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2200.144#1997/18#33*, Az. 512.01, Chile, Wirtschaftliche Berichte, 1981-1983.

⁵⁶⁸ Leys, Colin: Market-driven Politics: Neoliberal Democracy and the Public Interest, London and New York 2001, S. 59.

intensivieren zu wollen. Menschenrechtliche Erwägungen wurden dabei im Falle Chiles zu diesem Zeitpunkt von Jolles noch ausser Acht gelassen.

„Goodwill-Mission“ mit wenig gutem Willen

Das erhöhte Interesse an einer wirtschaftlichen Partnerschaft mit lateinamerikanischen Staaten kann an der von Jolles angekündigten Reise, die von den Beamten als „Goodwill-Mission“ betitelt wurde, besonders zur Geltung. Vom Bundesrat beauftragt, reisten Jolles, der Präsident der Schweizerischen Nationalbank Fritz Leutwiler⁵⁶⁹ und Philippe Lévy, ein Minister im Dienst für Weltwirtschaftsfragen der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements,⁵⁷⁰ im November 1981 nach Lateinamerika. Lévy besuchte Argentinien, Chile, Peru und Brasilien. In Argentinien, Peru und Brasilien war zudem Jolles anwesend, in Argentinien und Brasilien Leutwiler. Exemplare ihres ausführlichen vertraulichen Berichts wurden nicht nur innerhalb der Bundesverwaltung an unterschiedliche Ämter, sondern auch an zahlreiche relevante Wirtschafts- und andere Interessensverbände der Schweiz zugesandt.⁵⁷¹ Innerhalb der schweizerischen Privatwirtschaft und den schweizerischen Diplomaten in Lateinamerika bestand seit längerer Zeit das Anliegen, dass Vertreter der Eidgenossenschaft nach Lateinamerika reisen sollten, damit die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Subkontinent ausgebaut werden. Während den Siebzigerjahren wurde kein Staatsbesuch in dieser Weltregion durchgeführt. Aufgrund der immer grösseren Konkurrenz auf dem Weltmarkt wurde die Reise einer Delegation daher seit längerer Zeit als notwendig empfunden.⁵⁷²

Der Eindruck vor Ort zeigte, dass die Einschätzung über die Diktatur grundsätzlich überdacht werden musste: „[D]ie Gesprächspartner aus Regierung, Notenbank und Industriellenvereinigung [machten] einen äusserst kompetenten Eindruck. Man ist sichtlich stolz, eine spektakuläre Gesundung der Wirtschaft realisiert zu haben, doch gibt man sich doktrinär monetaristisch-freihändlerisch, was angesichts der überbewerteten Währung und der Weigerung, sie abzuwerten, nicht unbedingt optimistisch stimmt in bezug auf die zukünftige Wirtschaftsentwicklung.“⁵⁷³ Während die marktfreundliche Politik Chiles in den Dokumenten der Bundesverwaltung bisher stets als vorteilhaft beschrieben wurde, nahm sie die schweizerische Dele-

⁵⁶⁹ Informationen zur Person Leutwiler, Fritz; dodis.ch/P3832

⁵⁷⁰ Informationen zur Person Lévy, Philippe; dodis.ch/P31862

⁵⁷¹ Vgl. Absatz mit Begleitschreiben von Lévy, Philippe an zahlreiche Empfänger, 05.02.1982 des Dokuments „Bericht über die Goodwill-Mission nach Südamerika (November 1981)“ (vertraulich), verfasst von Lévy, Philippe, datiert auf Januar 1982, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2200.144#1997/18#33*, Az. 512.01, Chile, Wirtschaftliche Berichte, 1981-1983.

⁵⁷² „Bericht über die Goodwill-Mission nach Südamerika (November 1981)“ (vertraulich), verfasst von Lévy, Philippe, datiert auf Januar 1982, S. 2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2200.144#1997/18#33*, Az. 512.01, Chile, Wirtschaftliche Berichte, 1981-1983.

⁵⁷³ Ebd., S. 5.

gation im November 1981 nun als „doktrinär monetaristisch-freihändlerisch“ wahr. Zwar erkannten die Gäste in den „Chicago Boys“ durchaus kompetente Ökonomen, doch sie fürchteten sich vor den Folgen der Währungspolitik. Im November 1981 wurde folglich nicht mehr Allendes Erbe, sondern die als „doktrinär“ wahrgenommene wirtschaftsliberale Politik als Gefährdung für die Prosperität des Landes erkannt. Im Bericht wurde zudem auf die unverändert schlechte Menschenrechtssituation hingewiesen, unter der die Zivilbevölkerung litt. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft hielt kritisch fest, dass die chilenische Junta kein Interesse daran gezeigt hätte, die Menschenrechtslage zu verbessern.⁵⁷⁴ Eine auffallende Koinzidenz: Während in Chile ein wirtschaftlicher Aufschwung stattfand, wurden in den Dokumenten der Bundesverwaltung ethisch-moralische Kritikpunkte kaum erwähnt. Als das Bundesamt für Aussenwirtschaft jedoch die Mängel der chilenischen Wirtschaftspolitik erkannte, wurde zugleich auch auf die Verstösse gegen die Menschenrechte hingewiesen.

In einem weiteren vertraulichen Bericht vertiefte Lévy die Eindrücke des Aufenthalts in Chile. Hier bestätigte er noch einmal die kritische Haltung gegenüber dem chilenischen Wirtschaftsprogramm: „Die Grundsätze der freien Marktwirtschaft sind in den letzten Jahren mit (etwas beängstigender) Orthodoxie praktiziert worden. [...] Trotz des guten Eindrucks über das wirtschaftlich Erreichte wird man das ungute Gefühl nicht los, dass ein starres Festhalten an den bisher mit Erfolg praktizierten Friedman’schen Rezepten die chilenische Wirtschaft in nächster Zeit vor schwierige Probleme stellen dürfte.“⁵⁷⁵

Lévy hob zwar einerseits die bisherigen wirtschaftlichen Erfolge der chilenischen Militärdiktatur hervor, äusserte aber gleichzeitig starke Bedenken darüber, dass das Wirtschaftsministerium zu starr an den Theorien aus Chicago festhalten würde. Erstaunlich ist diese Aussage einerseits, weil in der bisherigen Korrespondenz der Bundesverwaltung Milton Friedman immer äusserst positiv bewertet wurde. Andererseits steht der Inhalt des Berichts auch im diametralen Gegensatz zu den Aussagen eines ranghohen Beamten des Bundeswirtschaftsministeriums der Bundesrepublik Deutschland, der im selben Zeitraum ebenfalls in Chile war. Der deutsche Staatssekretär betrachtete die ökonomische Entwicklung des lateinamerikanischen

⁵⁷⁴ Ebd., S. 5.

⁵⁷⁵ „Bericht über den Besuch in Chile (November 1981)“ (vertraulich) von Lévy, Philippe, datiert auf Januar 1982, S. 2-3, Anhang von Titellosem Schreiben von Lévy, Philippe und Bächlin, Hans an zahlreiche Empfänger, 05.02.1982, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2200.144#1997/18#33*, Az. 512.01, Chile, Wirtschaftliche Berichte, 1981-1983.

Staats mit „Bewunderung“.⁵⁷⁶ In den chilenischen Medien wurde diese Aussage erfreut aufgenommen. Im Bundestag zeigte man sich hingegen empört über dieses Urteil.⁵⁷⁷

Lévy sollte mit seiner Einschätzung richtigliegen. Bereits kurze Zeit nach der „Goodwill-Mission“ bewahrheiteten sich die Bedenken über die dogmatische Ausrichtung der chilenischen Ökonomen. Die Beamten der Bundesverwaltung fanden eine Bestätigung ihrer Prognosen in einem NZZ-Artikel mit dem Titel „Chile im Schüttelfrost der Weltwirtschaft“, der in den Akten über den lateinamerikanischen Staat abgelegt wurde.⁵⁷⁸ Auch im Zeitungsartikel wurde die zu starke wirtschaftsliberale Öffnung als Erklärung dafür angeführt, warum Chile stärker als andere Staaten unter der weltweiten wirtschaftlichen Abkühlung litt.⁵⁷⁹ In der detaillierten Analyse kritisierte die Neue Zürcher Zeitung unter anderem die mit „dogmatisch eingehaltener Starrheit“ ausgeführte Geldpolitik⁵⁸⁰ und die Eingriffe in „grosse Teile der verschuldet dahinsiechenden Privatwirtschaft“.⁵⁸¹ Die schlechten Prognosen, die das Bundesamt für Aussenwirtschaft im Bericht über die Reise nach Lateinamerika publiziert hatte, bestätigte der Zeitungsartikel anhand der tatsächlich eingetretenen Entwicklung. 1983 lagen mittlerweile konkrete Angaben vor, die den Misserfolg der chilenischen Wirtschaftspolitik belegten.

Im April 1984, rund drei Jahre nach Jolles' euphorischen Worten über die in Nordamerika ausgebildeten Ökonomen, sandte Botschafter Moret dem Bundesamt für Aussenwirtschaft, dem Finanz- und Wirtschaftsdienst des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten und der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung einen Bericht mit dem programmatischen Titel „Ende der Wirtschaftspolitik der ‚Chicago boys‘“ zu. Der Bericht kann als Abschluss der behördlichen Auseinandersetzung mit dem chilenischen Wirtschaftsexperiment betrachtet werden. Gemäss des schweizerischen Botschafters setzte Pinochet aufgrund landesweiter Demonstrationen zahlreiche Kabinettsmitglieder ab – auch die „Chicago Boys“ waren davon betroffen. Der neu amtierende Wirtschaftsminister hätte verlauten lassen, dass sich die Wirtschaftspolitik neu am Modell der sozialen Marktwirtschaft orientieren werde.⁵⁸² Der schweizerische Botschafter sah sich aufgrund der internationalen Rahmenbedin-

⁵⁷⁶ Barrenechea, Carlos: Bundesrepublik und Chile. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Republik Chile während den Regierungen Frei, Allende und Pinochet, Köln 1984, S. 1.

⁵⁷⁷ Ebd.

⁵⁷⁸ Lamberg, Robert F.: Chile im Schüttelfrost der Weltwirtschaft. Vertrauensschwund nach der zu späten Abwertung, Neue Zürcher Zeitung, 05.08.1983, ohne Seitenangabe in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2200.144#1997/18#32*, Az. 512.0, Chile, Allgemeines (Mappe mit der Bezeichnung „Wirtschaft von Chile. Allgemeines. s. d. Berichte und Analysen, Rapporte), 1981-1984.

⁵⁷⁹ Ebd., S. 1 der Kopie.

⁵⁸⁰ Ebd.

⁵⁸¹ Ebd., S. 2 der Kopie.

⁵⁸² Vgl. Absatz mit: Moret, Yves an das Bundesamt für Aussenwirtschaft (mit Kopie an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des EDA und an OSEC): „Ende der Wirtschaftspolitik der ‚Chicago boys‘“, 06.04.1984, S. 1, in:

gungen nicht in der Lage, Angaben über die Erfolgsaussichten der neuen Wirtschaftspolitik zu machen.⁵⁸³

Schweizerisches Bundesarchiv, E2200.144#1997/18#32*, Az. 512.0, Chile, Allgemeines (Mappe mit der Bezeichnung „Wirtschaft von Chile. Allgemeines. s.d. Berichte und Analysen, Rapporte), 1981-1984.
⁵⁸³ Ebd., S. 2.

4.2 Verbotene Piranha-Radschützenpanzer

Im Jahr 1979 reichte die Mowag AG bei der Bundesverwaltung ein Exportgesuch ein, um sowohl nach Taiwan als auch nach Chile Radschützenpanzer des Typs Piranha ausführen zu dürfen.⁵⁸⁴ Radschützenpanzer waren äusserst unterschiedlich einsetzbare Fahrzeuge. Das Kreuzlinger Unternehmen listete Ende der Siebzigerjahre in einem Inserat ausführlich auf, dass diese „als [...] Jagdpanzer mit Kanone oder Lenkwaffen, Spähpanzer, Kampfschützenpanzer, Waffenträger, Kommandofahrzeug, Mannschaftstransporter, Übermittlung, Ambulanz, Polizeifahrzeug, Zugfahrzeug usw.“ genutzt werden konnten.⁵⁸⁵

Auch die Bewaffnung variierte je nach Verwendungszweck. Ein anderes Inserat aus der damaligen Zeit beinhaltete sechs unterschiedliche Ausführungen, bei denen vom unbewaffneten Radschützenpanzer bis zum Radschützenpanzer mit „Mehrfach-Raketenwerfer“ eine breite Palette an Waffenbestückungen ersichtlich waren.⁵⁸⁶ Das mit Reifen versehene gepanzerte Fahrzeug fand zahlreiche Abnehmer. Retrospektiv wurde der Piranha sowohl von einem Angehörigen der Herstellerfirma als „eine weltweite Erfolgsgeschichte“⁵⁸⁷ als auch von der Redaktion einer schweizerischen Militärzeitschrift als eine „Erfolgsstory“ beurteilt.⁵⁸⁸

Die Inserate der Herstellerfirma verdeutlichen, dass Piranha-Radschützenpanzer klassische Dual-Use-Güter waren, die einerseits als Ambulanzfahrzeuge zu humanitären Zwecken und andererseits als Panzer mit Raketenwerfern in Kriegsgebieten eingesetzt werden konnten. Innerhalb der historischen Forschung wurde zudem die Meinung vertreten, dass sich die Piranha-Radschützenpanzer „besonders zur Bekämpfung der unbewaffneten Opposition“ einsetzen liessen.⁵⁸⁹ Die Auseinandersetzung rund um das Exportverbot des Bundesrats bietet als historisches Fallbeispiel einen vertieften Einblick in die Politisierung des Aussenhandels.

⁵⁸⁴ Die entsprechenden Dokumente finden sich im Bundesarchiv unter: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁵⁸⁵ Inserat in der ASMZ: Sicherheit Schweiz: Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift, Band 143 (1977), Heft 7-8, S. 316.

⁵⁸⁶ Inserat in der ASMZ: Sicherheit Schweiz: Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift, Band 145 (1979), Heft 7-8, S. 388.

⁵⁸⁷ Maurer, Reto: Mowag Piranha III - eine weltweite Erfolgsgeschichte, in: ASMZ: Sicherheit Schweiz: Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift, Band 172 (2006), Heft 5, S. 8-9, hier: S. 8.

⁵⁸⁸ Redaktion ASMZ: Erfolgsstory der Radschützenpanzerfamilie Mowag Piranha, in: ASMZ: Sicherheit Schweiz: Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift, Band 162 (1996), Heft 4, S. 22-23, hier: S. 22.

⁵⁸⁹ Fischer, Thomas: Schweizerische Kriegsmaterialausfuhr nach Lateinamerika in der Zwischenkriegszeit und nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Studien und Quellen, Band 23 (1997), S. 171-208, hier: S. 193.

Bundesrat Aubert und der „Sinn und Zweck des KMG“⁵⁹⁰

Vielleicht hätte Pinochet Radschützenpanzer aus der Schweiz erhalten, wenn er die Bestellung ein Jahr früher abgeschickt hätte. Denn seit der Neuenburger Sozialdemokrat Pierre Aubert Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten war, sind die Ausfuhrbedingungen für die schweizerische Rüstungsindustrie deutlich erschwert worden. Verschärfte Exportbedingungen waren Teil des aussenpolitischen Kurswechsels, den Aubert nach seinem Amtseintritt im Jahr 1978 initiierte. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern engagierte er sich stärker für die Menschenrechte und die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Entwicklungsländern, die er auch selbst mehrmals offiziell besuchte.⁵⁹¹

In der Entscheidungsfindung rund um die Exportbewilligung von schweizerischen Radschützenpanzern nach Chile und Taiwan verfasste Aubert einen Bericht an den Gesamtbundesrat, in dem er innen- und aussenpolitische Faktoren Chiles auflistete, die eine Exporterlaubnis verunmöglichten. Aussenpolitische Bedenken wurden vor allem wegen den geopolitischen Auseinandersetzungen Chiles mit Argentinien, Bolivien und Peru geäußert. Aubert wies den Bundesrat darauf hin, dass es aufgrund des bolivianischen Strebens nach einem Meerzugang zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Bolivien und Chile kommen könnte. Als konfliktreich wurde zudem die chilenische Beziehung zu Peru dargestellt. Die Peruaner würden das Anliegen der Bolivianer befürworten und verlangen selber auch chilenisches Land.⁵⁹² Aubert gewichtete in seiner Stellungnahme die aussenpolitischen Spannungen stärker als die innenpolitischen Schwierigkeiten in Chile, bei welchen er „gewisse Fortschritte“ zu erkennen glaubte, wobei aber „das Regime seine grundsätzliche Einstellung und seinen Charakter nicht geändert“ hätte.⁵⁹³

Gegenüber dem Gesamtbundesrat betonte Aubert die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen, die weltweit für Aufsehen sorgen.⁵⁹⁴ Er resümierte seine Überlegungen damit, dass „kein Zweifel [bestehe], dass die Erteilung einer Kriegsmaterial-Ausfuhrbewilligung für Chile in der Schweiz grosses Aufsehen, ja Unwille und scharfe Kritik erregen würde. Der Entscheid würde von einem grossen Teil der Bevölkerung nicht verstanden und als Verstoss gegen Sinn und Zweck des KMG angesehen. [...] Sie würde uns aussenpolitisch schädigen und [...]

⁵⁹⁰ Aubert, Pierre an den Bundesrat: „Mitbericht zum Antrag des Militärdepartements vom 24. September 1979“, 08.10.1979, S. 3, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁵⁹¹ Vgl. Absatz mit: Altermatt, Urs: Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gegenwart (1945-1991), in: Riklin, Alois; Haug, Hans; Probst, Raymond (Hrsg.): Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern, Stuttgart und Wien 1992, S. 61-97, hier: S. 74-77.

⁵⁹² Aubert, Pierre an den Bundesrat: „Mitbericht zum Antrag des Militärdepartements vom 24. September 1979“, 08.10.1979, S. 1-2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁵⁹³ Ebd., S. 2.

⁵⁹⁴ Ebd.

gleichzeitig zu einer innenpolitischen Belastung [...] werden.“⁵⁹⁵ Der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten versuchte folglich anhand der Moralvorstellungen zahlreicher Schweizerinnen und Schweizer seine Kollegen davon zu überzeugen, das Ausfuhrgesuch der Mowag AG abzulehnen.

Beachtlich ist, dass Aubert potentielle aussenpolitische Konflikte Chiles als Mitbegründung für ein Exportverbot anführte. Es waren nicht gegenwärtig ausgetragene, sondern zukünftig mögliche Kriege, die in seiner Argumentation angeführt wurden. Er erkannte zudem im potentiellen Export von Radschützenpanzern nach Chile einen weitreichenden „Präzedenzfall“.⁵⁹⁶ Aubert meinte, dass bei einer Exporterlaubnis auch von anderen Rüstungsunternehmen – namentlich nannte er Oerlikon-Bührle und die Schweizerische Industriegesellschaft – Ansprüche auf eine Lockerung der Bewilligungspraxis erheben könnten. Wenn man sich bei der Kriegsmaterialausfuhr nach Chile toleranter zeigen würde, könnte dies auch Auswirkungen auf die Exportbewilligungen von Waffen in die argentinische, paraguayische und uruguayische Diktatur haben.⁵⁹⁷ Für den schweizerischen Aussenminister war jedoch das denkbar ungünstigste Szenario ein ganz anderes, wie er erläuterte: „Im Extremfall könnten wir uns gar gezwungen sehen, unsere Haltung Südafrika gegenüber neu zu prüfen. Damit würde aber unsere ständige Praxis der letzten Jahre in der Behandlung von Kriegsmaterial-Ausfuhrgesuchen insgesamt in Frage gestellt werden.“⁵⁹⁸

Aubert empfahl daher seinen Ratskollegen, die beiden Exportgesuche abzulehnen. Er betonte abschliessend, dass seine Empfehlung aufgrund „Ueberlegungen prinzipieller Art“ entstanden und diese nicht gegen das Kreuzlinger Rüstungsunternehmen gerichtet seien.⁵⁹⁹ Aubert schlug vor, dass man allenfalls durch Bestellungen des Bundes die Einbussen kompensieren könnte.⁶⁰⁰ Er sah die negativen Konsequenzen auf die Beschäftigungssituation des Rüstungsunternehmens – im vorliegenden Fall wurden jedoch grundsätzliche Prinzipien höher gewichtet, als die ökonomische Prosperität der schweizerischen Rüstungsindustrie.⁶⁰¹ Auffallend ist dabei jedoch, dass das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten nicht nur aussenpolitische Empfehlungen abgab, sondern auch volkswirtschaftliche Lösungen vorschlug, wie Exportausfälle eines einheimischen Unternehmens ausgeglichen werden könnten.

Der schweizerische Aussenminister verfasste im November 1980 einen weiteren siebenseitigen Bericht an den Gesamtbundesrat, in dem er umfassend über die politische Lage in Chile

⁵⁹⁵ Ebd., S. 3.

⁵⁹⁶ Ebd., S. 2.

⁵⁹⁷ Ebd.

⁵⁹⁸ Ebd.

⁵⁹⁹ Ebd., S. 4.

⁶⁰⁰ Ebd.

⁶⁰¹ Ebd.

informierte.⁶⁰² Er fügte seinem Bericht auch zahlreiche Dokumente an, die sich mit der Menschenrechtssituation auseinandersetzten. Darunter befand sich auch ein Bericht von Amnesty International, der die Verbrechen der Diktatur detailliert auflistete.⁶⁰³ Der Gesamtbundesrat war daher bei seiner Entscheidung, ob ein schweizerisches Unternehmen der chilenischen Militärdiktatur gepanzerte Fahrzeuge liefern darf, gründlich über die Menschenrechtssituation informiert worden. Aubert betonte in seinem Schreiben, dass ein Export von Rüstungsgütern nach Chile gegen das Kriegsmaterialgesetz (KMG) verstossen würde.⁶⁰⁴

Der schweizerische Aussenminister wies seine Ratskollegen zudem auf weitreichende Konsequenzen hin, die eine Exporterlaubnis nach sich ziehen würde. Er zitierte aus einem vertraulichen Telegramm des schweizerischen Botschafters in Buenos Aires, dass ein Export von Rüstungsgütern nach Chile in Argentinien als „extrêmement mal“ eingestuft werden würde.⁶⁰⁵ Aubert vertrat gegenüber seinen Kollegen die Ansicht, dass es bei der Auseinandersetzung um die Exportbewilligung nach Chile nicht einfach um ein Handelsgeschäft gehe, sondern um einen Grundsatzentscheid. Für ihn war klar, dass bei einer Bewilligung auch Kriegsmateriallieferung in andere Diktaturen des Subkontinents erlaubt werden müssten. Darüber hinaus war es für ihn vorstellbar, dass in der Schweiz aufgrund der Empörung der Bevölkerung eine weitere Initiative gegen Kriegsmaterialexporte zur Abstimmung kommen könnte.⁶⁰⁶

Auberts persönlicher Einsatz gegen eine Exporterlaubnis zeigte Wirkung. Der Bundesrat erklärte gegenüber der Mowag AG am 14. November 1979, dass sie keine Exporterlaubnis erhalte.⁶⁰⁷ Bereits im September 1979 erklärte die Regierung gegenüber dem Nationalrat, dass sie das Kriegsmaterialgesetz so auslege, dass „nicht nur [...] eigentliche Kriege“ einen Export verbieten, sondern „stets auch innerstaatliche Spannungen“, wobei „[b]ereits ein gepanzertes Radfahrzeug [...] einen wirksamen Einsatz bei inneren Unruhen gegenüber nur mit Handfeuerwaffen ausgerüsteten Personen“ ermögliche.⁶⁰⁸ Mit dieser Gesetzesauslegung waren nicht alle Parlamentsmitglieder einverstanden.

⁶⁰² Aubert, Pierre an den Bundesrat: „Note au Conseil fédérale. Exportation de matériel de guerre au Chili; droits de l'homme; situation politique générale“, 08.11.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶⁰³ Amnesty International: Update on Chile: Number Two: March, April & May 1979, Annexe III von Ebd.

⁶⁰⁴ Aubert, Pierre an den Bundesrat: „Note au Conseil fédérale. Exportation de matériel de guerre au Chili; droits de l'homme; situation politique générale“, 08.11.1979, S. 6, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶⁰⁵ Ebd., S. 7.

⁶⁰⁶ Ebd., S. 6-7.

⁶⁰⁷ Datum gemäss Schreiben des EMD an den Bundesrat: „Kriegsmaterialausfuhrgesuche der Firma Mowag für Chile und Taiwan“, 08.02.1980, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶⁰⁸ Siehe schriftliche Stellungnahme des Bundesrats zur Motion Friedrich: „Kriegsmaterialgesetz“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung 02, Geschäftsnummer 78.518, 18.09.1979, Ref. No 20 007 846, S. 964-976, hier: S. 968.

„eine Art Motion Mowag“?⁶⁰⁹

In den Sitzungen vom 18. und 20. September 1979 setzte sich der Nationalrat gleich mit vier parlamentarischen Eingaben auseinander, die sich mit dem Export der schweizerischen Waffenindustrie auseinandersetzten.⁶¹⁰ Besonders grosses Interesse zeigten die Parlamentsmitglieder an der Motion Friedrich, welche von 95 Nationalräten mitunterzeichnet wurde.⁶¹¹ Die Motion von Nationalrat Friedrich (FDP) war volkswirtschaftlich und rüstungspolitisch motiviert: Friedrich fürchtete einen Abbau von Arbeitsplätzen und eine sinkende Wehrfähigkeit der Schweiz, wenn die Gesetzeslage weiterhin Rüstungsunternehmen benachteilige. Er forderte unter anderem, dass die Landesregierung die Verordnung über das Kriegsmaterialgesetz so umschreibt, dass Radschützenpanzer nicht mehr erfasst werden und der Bundesrat die Definition eines Spannungsgebiets gemäss Kriegsmaterialgesetz enger fassen sollte.⁶¹² Friedrich legte sein Anliegen ausführlich schriftlich dar und wies noch einmal darauf hin, dass Arbeitsplätze gefährdet seien und die Stärke der Schweizer Armee von der inländischen Produktion abhänge.⁶¹³ Der FDP-Nationalrat versuchte zudem anhand des Kriegsmaterialexports eine Grundsatzdebatte über die Definition der schweizerischen Neutralität und der Handelstätigkeit des Landes anzuregen: „Die Einschränkung der verfassungsmässig gewährleisteten Handels- und Gewerbefreiheit im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Kriegsmaterial erfolgte – wie der Bundesrat [...] zutreffend feststellte – vorwiegend aus neutralitätspolitischen Gründen. Unsere Neutralität ist aber unbestrittenermassen eine bewaffnete und erzielt das notwendige aussenpolitische Gewicht nur dann, wenn Wille und Fähigkeit dahinter stehen, sie durch eine schlagkräftige Armee nötigenfalls zu behaupten. Wenn wir indessen unsere eigenen Verteidigungsmöglichkeiten durch übermässige Erschwerung des Kriegsmaterialexports immer mehr beeinträchtigen, dann beeinträchtigen wir von dieser Seite her gleichzeitig und unausweichlich auch unsere Neutralitätspolitik.“⁶¹⁴

Friedrich argumentierte, dass die bewaffnete Neutralität der Schweiz eine möglichst autarke Rüstungsindustrie verlange, die seiner Meinung nach durch die damals gegenwärtige Ausle-

⁶⁰⁹ Siehe: Motion Friedrich „Kriegsmaterialgesetz“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung 04, Geschäftsnummer 78.518, 20.09.1979, Ref. No 20 007 846, S. 1026-1039, hier: S. 1026.

⁶¹⁰ Dabei handelte es sich um die Motion Carobbio, die Motion Friedrich, die Interpellation Braunschweig und das Postulat Braunschweig, protokolliert in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band III, Herbstsession, Nationalrat, S. 964-976 (18. September 1979) und S. 1026-1039. (20. September 1979).

⁶¹¹ Motion Friedrich „Kriegsmaterialgesetz“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung 02, Geschäftsnummer 78.518, 18.09.1979, Ref. No 20 007 846, S. 964-976, hier: S. 967.

⁶¹² Ebd., S. 966.

⁶¹³ Ebd., S. 967.

⁶¹⁴ Ebd.

gung des Kriegsmaterialgesetzes benachteiligt wurde.⁶¹⁵ In einem ausgedehnten Waffenhandel erkannte man aus Sicht der bürgerlichen Parteien die Vorteile für die schweizerische Wehrhaftigkeit. Friedrichs Begründung basierte eindeutig auf den Bedrohungsszenarien des Kalten Kriegs.⁶¹⁶

Die vier unterschiedlichen Eingaben, die sich mit dem schweizerischen Kriegsmaterial auseinandersetzten, führten zu einer äusserst emotional geführten Parlamentsdebatte, in der auch vor Beleidigungen nicht zurückgeschreckt wurde. Im Parlament entwickelte sich aus dem handelspolitischen Anliegen eine Grundsatzdebatte über die Ausrichtung der neutralen Schweiz gegenüber der Welt. Veranschaulicht werden kann dies anhand der Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion, die von Nationalrat Andreas Gerwig vorgetragen wurde. Aus Sicht der Sozialdemokraten war der Verkauf von Rüstungsgütern kein ausschliesslich moralisches Problem. Man sah dadurch auch den internationalen Ruf der Schweiz als humanitär engagiertes Land in Gefahr. Anhand von Gerwigs Wortwahl kann sein Einsatz für dieses doppelte Anliegen erkannt werden: „Wo immer es in der Welt zu Kriegen kommt, immer kämpfen schweizerische Waffen gegeneinander, sei es in Südamerika, in Afrika, in Iran, und sie verbreiten als unsere Botschafter Tod und Elend auch dort, wo Bürger gegen verhasste Diktaturen ankämpfen. Und vom Unglück dieser Aermsten profitieren wir auch noch! [...] Auch Ständerat Herzog sprach von einer Notwendigkeit einer exportfreundlicheren Auslegung des Begriffes Spannungsgebiet. Gibt es ein exportfreundlicheres Geschäft mit dem Elend der betroffenen Bevölkerung? Gibt es Maschinengewehre, die exportfreundlicher auf die Zivilbevölkerung schiessen? [...] Für viele Bürgerliche, nicht für alle, aber für viele, ist Aussenpolitik zur Aussenwirtschaftspolitik, Entwicklungshilfe zur Exportförderungshilfe geworden, und das Bild der humanitären Schweiz hat enorm gelitten. [...] Unsere exportierten Waffen gefährden vielleicht den Weltfrieden kaum, sie begünstigen aber die Gefährdung und gefährden uns, weil wir Solidarität und Neutralität hinter nackte Profitgier einiger weniger stellen.“⁶¹⁷

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion wandte sich Gerwig gegen die Exporttätigkeit der schweizerischen Rüstungsindustrie. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Politikern, die im

⁶¹⁵ Über die Bedeutung einer eigenen Rüstungsindustrie für neutrale Staaten zur „Absicherung der eigenen, identitätsstiftenden Neutralität“ siehe: Kollmer, Dieter H.: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg, Freiburg i. Br., Berlin und Wien 2015, S. 1-26, hier: S. 10.

⁶¹⁶ Beim Bunkerbau wird dies beispielsweise ebenfalls ersichtlich, vgl. dazu: Berger Ziauddin, Silvia: Überlebensinsel und Bordell. Zur Ambivalenz des Bunkers im atomaren Zeitalter, in: Eugster, David; Marti, Sibylle (Hrsg.): Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa, Essen 2015, S. 69-93.

⁶¹⁷ Motion Friedrich „Kriegsmaterialgesetz“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung 02, Geschäftsnummer 78.518, 18.09.1979, Ref. No 20 007 846, S. 964-976, hier: S. 972.

Interesse der lokalen Industrie die Kriegsmaterialausfuhr liberalisieren wollten, setzte er sich für eine strikte Auslegung des bestehenden Gesetzes ein. Aus Sicht der Sozialdemokraten standen bei Friedrichs parlamentarischer Eingabe wirtschaftliche Interessen vor den humanitären Auswirkungen, die ein Waffenhandel nach sich ziehen könnte. Die schweizerische Entwicklungshilfe wurde von der sozialdemokratischen Fraktion zudem als Mittel zur eigenen Profiterhöhung dargestellt.

„[...] Herr Gerwig hat darüber wieder bittere Tränen vergossen [...], dass wir die armen Entwicklungsländer mit Waffen überschwemmen würden“, wehrte sich Nationalrat Friedrich vehement gegen die aus seiner Sicht polemische Kritik der Sozialdemokraten und argumentierte anhand statistischen Materials gegen die Aussagen seines Ratskollegen.⁶¹⁸ Unterstützung erhielt Friedrich in dieser Hinsicht später auch von SVP-Nationalrat Franco Matossi, der weitere statistische Daten anführte.⁶¹⁹ Friedrich setzte zum Abschluss seiner Rede zu einem beleidigenden Rundumschlag an: „Es ist also – ich betone es – eine glatte Lüge, wenn man behauptet, wir würden Entwicklungsländer mit Waffen überschwemmen. Das ist das wirkliche Bild, von dem man einmal Kenntnis nehmen sollte! Ich glaube, das sollten auch Frauenorganisationen und kirchliche Kreise tun, bevor sie einfältige Briefe in der Welt herum schicken!“⁶²⁰ Eine sachliche Argumentation schien in der aufgeheizten Debatte rund um die Beschränkung des Kriegsmaterialexports kaum möglich zu sein.

Der Fraktionssprecher der SVP forderte zusätzlich, dass der Bundesrat „alle typischen Abwehrwaffen, wie etwa Fliegerabwehrwaffen, Panzerabwehrwaffen, Minen, Handfeuerwaffen usw.“ vom Ausfuhrverbot ausschliessen sollte.⁶²¹ Eine ambivalente Haltung gegenüber der Motion Friedrich nahm die Fraktion der CVP an, deren Vertreter Edgar Oehler sich dafür einsetzte, an der bisherigen Gesetzesauslegung festzuhalten. Er zeigte aber auch Verständnis für die Hersteller von Radschützenpanzern, die mangels nationaler Aufträge auf die Handelstätigkeit angewiesen seien.⁶²² Klare Worte gegen die Motion Friedrich fand Nationalrat Franz Jaeger (LdU). Er führte aus, dass die in der Motion explizit erwähnten Radschützen-

⁶¹⁸ Ebd., S. 975.

⁶¹⁹ Motion Friedrich „Kriegsmaterialgesetz“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung 04, Geschäftsnummer 78.518, 20.09.1979, Ref. No 20 007 846, S. 1026-1039, hier: S. 1027.

⁶²⁰ Motion Friedrich „Kriegsmaterialgesetz“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung 02, Geschäftsnummer 78.518, 18.09.1979, Ref. No 20 007 846, S. 964-976, hier: S. 975.

⁶²¹ Ebd., S. 974.

⁶²² Ebd., S. 973.

panzer mehrheitlich von der Mowag AG hergestellt worden seien und „dass es [daher bei Friedrichs Vorstoss] um eine Art Motion Mowag geht.“⁶²³

Wie vorher vom Bundesrat vorgeschlagen,⁶²⁴ überwies das Parlament Friedrichs Eingabe nicht als Motion, sondern als Postulat, deren einzelne Forderungen von den Nationalrätinnen und Nationalräten deutlich angenommen wurden.⁶²⁵ Die gleichzeitig verhandelte und von insgesamt nur drei Nationalräten unterzeichnete Motion Carobbio, die unter anderem die Rüstungsgüterausfuhr generell verbieten, die Lizenzvergabe zur Herstellung von Kriegsmaterial im Ausland gesuchspflichtig und militärisch genutzte Fahr- und Flugzeuge als Kriegsmaterial klassifizieren wollte,⁶²⁶ blieb im Nationalrat mit 15:105 Stimmen chancenlos.⁶²⁷ Im Ständerat wurden die Anliegen der Motion Friedrich bereits ein halbes Jahr vorher im Rahmen der Motion Herzog verhandelt und dem Bundesrat mit 25:6 Stimmen als Postulat überwiesen.⁶²⁸ Die Diskussion im Ständerat war damals wesentlich kürzer. Wahrscheinlich nicht zuletzt, weil sich die Kritiker gemäss eigener Aussage kaum trautes, ihre Meinung zu sagen. Stellvertretend kann Ständerat Weber zitiert werden: „Wer sich ein geruhames Leben wünscht, wird sich hier nicht exponieren wollen.“⁶²⁹ Die politische Situation in der Schweiz war 1979 in Hinblick auf die Ausfuhr von Radschützenpanzern eindeutig: Die Mehrheit des National- und Ständerats war dafür, dass die juristischen Hürden für Exporte der schweizerischen Rüstungsindustrie abgebaut werden sollten. Oder – wenn man Ständerat Weber Glauben schenkt – traute sich teilweise nicht, sich gegen die Ausfuhr von Kriegsmaterial zu exponieren.

Das Eidgenössische Militärdepartement

Bereits in der Nationalratsdebatte über den Export von Radschützenpanzern wurde angeführt, dass die Schweiz zwar auf nationale Rüstungsgüter angewiesen, aber einen zu kleinen Absatzmarkt für eine inländische Waffenindustrie gehabt hätte. Eine innovative einheimische

⁶²³ Motion Friedrich „Kriegsmaterialgesetz“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung 04, Geschäftsnummer 78.518, 20.09.1979, Ref. No 20 007 846, S. 1026-1039, hier: S. 1026.

⁶²⁴ Motion Friedrich „Kriegsmaterialgesetz“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung 02, Geschäftsnummer 78.518, 18.09.1979, Ref. No 20 007 846, S. 964-976, hier: S. 968.

⁶²⁵ Motion Friedrich „Kriegsmaterialgesetz“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Band III, Jahr 1979, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung 04, Geschäftsnummer 78.518, 20.09.1979, Ref. No 20 007 846, S. 1026-1039, hier: S. 1039.

⁶²⁶ Motion Carobbio: Kriegsmaterialgesetz, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung 02, Geschäftsnummer 78.379, 18.09.1979, Ref. No 20 007 845, S. 964-976, hier: S. 964-965.

⁶²⁷ Motion Carobbio: Kriegsmaterialgesetz, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung 02, Geschäftsnummer 78.379, 20.09.1979, Ref. No. 20 007 855, S. 1026-1039, hier: S. 1039.

⁶²⁸ Motion Herzog: Kriegsmaterialgesetz, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band I, Frühjahrsession, Ständerat, Sitzung 06, Geschäftsnummer 78.522, 14.03.1979, Ref. No 20 007 567, S. 86-92.

⁶²⁹ Ebd., S. 90.

Rüstungsindustrie war im Interesse der Schweizer Armee. Das Eidgenössische Militärdepartement setzte sich dementsprechend für eine Exporterlaubnis von Radschützenpanzern ein. Es erinnerte den Bundesrat an die problematische finanzielle Situation der Mowag AG, auf die das Unternehmen selbst schon mehrfach hingewiesen hätte.⁶³⁰ Das Eidgenössische Militärdepartement verwies auf die Parlamentsdebatten und bat die Regierung, bei der Entscheidung auch die Parlamentsmehrheit zu berücksichtigen.⁶³¹ Das Eidgenössische Militärdepartement verteidigte die Ereignisse in Chile, in dem es gegenüber dem Bundesrat argumentierte, Allende hätte bei der Präsidentschaftswahl nur von etwas mehr als einem Drittel der Bevölkerung Zuspruch gefunden, danach aber seine politischen Vorstellungen trotzdem durchgesetzt.⁶³² Der Staatsstreich war aus Sicht des Eidgenössischen Militärdepartements – ähnlich wie in den Berichten aus der schweizerischen Botschaft in Santiago de Chile dargestellt – eine deterministische Konsequenz dieser Politik: „Ohne ein Werturteil zu fällen darf erklärt werden, dass dadurch so starke Spannungen in bezug auf den Volkswillen entstanden, dass der Umsturz vor sechs Jahren unvermeidlich erschien. Er trug General Pinochet an die Macht, der seither diktatorisch regiert, wobei zu berücksichtigen ist, dass dies eine in Südamerika nicht unübliche Regierungsform ist. Vor dem Umsturz und einige Zeit danach herrschten somit in Chile Spannungen, die unter den Begriff des KMG fielen, weshalb denn auch weitere Lieferungen verweigert werden mussten.“⁶³³

Obwohl die Beamten betonten, keine Bewertung der Lage abzugeben, war die Darstellung der Ereignisse parteiisch. Der Militärputsch wurde als alternativlos dargestellt, die anschliessende Diktatur anhand der anderen Diktaturen des Subkontinents relativiert. Der Umgang einer ausländischen Regierung mit Dissidenten spielte für das Eidgenössische Militärdepartement bei Handelsbeziehungen eine untergeordnete Rolle. Die Beamten führten an, dass bei erlaubten Exporten nach Spanien und in den Iran „stets ein gewisses Ausmass an harter Behandlung politischer Gegner in Kauf genommen [worden sei], ohne dass dadurch – zu Recht – Gründe für eine Verweigerung angenommen wurden.“⁶³⁴

⁶³⁰ EMD an den Bundesrat: „Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan“, 24.09.1979, S. 1-2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶³¹ Ebd., S. 2.

⁶³² Ebd., S. 3.

⁶³³ Ebd.

⁶³⁴ Ebd., S. 5.

Die Überzeugungsversuche der Mowag AG

Walter Ruf, der Inhaber des Kreuzlinger Unternehmens, betrieb einen grossen Aufwand, um vom Bundesrat eine Exportbewilligung für seine Radschützenpanzer zu erhalten. Interesse an seinen gepanzerten Fahrzeugen zeigte damals nicht nur Chile, sondern auch Taiwan. Ruf wandte sich mit seinem Anliegen im Juli 1979 an das Eidgenössische Militärdepartement und informierte, dass die chilenische Polizei „10 - 25 leichtgepanzerte, unbewaffnete Radfahrzeuge“ kaufen möchte.⁶³⁵ Zwischen 1967 bis zum Exportverbot 1971 durfte das Unternehmen Fahrzeuge in das südamerikanische Land ausführen. Gemäss Rufs Einschätzung waren die Unruhen, die zum Zeitpunkt von Allendes Präsidentschaft entstanden, mittlerweile vorbei. Den Entscheid der französischen Regierung, die Ausfuhr von Rüstungsgütern in die Diktatur wieder zu erlauben, fügte er als Bestätigung seiner Einschätzung an.⁶³⁶ Der Unternehmer beschrieb zudem „die prekäre Lage“ der Mowag AG und wies darauf hin, dass bis zu dreissig Angestellte, die seit beinahe einem Jahr auf einen richtigen Auftrag warten würden, durch dieses Handelsgeschäft Beschäftigung fänden.⁶³⁷

Als im November 1979 die Ablehnung seines Gesuchs in Kreuzlingen eintraf, gab sich Ruf kämpferisch und er reichte am 10. Dezember 1979 ein Widererwägungsgesuch ein.⁶³⁸ In diesem argumentierte er nicht betriebswirtschaftlich, sondern politisch. Ruf verwies auf die Parlamentsdebatten, die seiner Meinung nach den „parlamentarischen Willen“ zu einem Kurswechsel aufgezeigt hätten.⁶³⁹ Benachteiligt behandelt fühlte er sich auch vom Bund, der 225 Panzer aus den Vereinigten Staaten erwarb.⁶⁴⁰ Ruf erwähnte zudem, dass französische Mirage-Kampfflugzeuge in die Diktatur verkauft werden dürfen.⁶⁴¹

Auch lokale Politiker stellten sich hinter die Forderungen des regional bedeutenden Arbeitgebers. Der Einsatz der SVP Thurgau erstaunt angesichts des Engagements der Partei im Parlament für eine Erleichterung der Ausfuhrbestimmungen von Rüstungsmaterial nicht. Darüber

⁶³⁵ Ruf, Walter an das EMD: „Gesuch um Vorbescheid für den Export von leichtgepanzerten, unbewaffneten Radfahrzeugen nach Chile“, 13.07.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶³⁶ Ebd.

⁶³⁷ Ruf beschäftigte offensichtlich zahlreiche Angestellte, obwohl er ihnen keine richtige Beschäftigung anbieten konnte, wie der Ausschnitt aus der Quelle zeigt: „Durch eine Lieferung würde sich die prekäre Lage in meiner Firma doch entschärfen, weil die seit dem August letzten Jahres praktisch arbeitslosen, für unproduktive Arbeiten eingesetzten 25 - 30 Schlosser wieder in den Produktionsprozess eingeschaltet werden könnten.“ siehe Ebd.

⁶³⁸ Datum gemäss: „Kriegsmaterialausfuhrgesuche der Firma Mowag für Chile und Taiwan“, 08.02.1980, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶³⁹ Ruf, Walter an das EMD: „Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan (Akte Nr. 793.12/79)“, 10.12.1979, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶⁴⁰ Ebd.

⁶⁴¹ Ebd., S. 2.

hinaus setzten sich auch die Kreuzlinger Stadtbehörden sowie die Evangelische Volkspartei des Bezirks Kreuzlingen für eine Bewilligung des Ausfuhrgesuchs ein.⁶⁴²

Im Januar 1980 wandte sich Ruf erneut an das Eidgenössische Militärdepartement und versuchte durch die Bedeutung seines Unternehmens als regionaler Arbeitgeber und Steuerzahler einen Einfluss auf die noch ausstehenden Bundesratsentscheide auszuüben. Gemäss seinen Angaben war die Mowag AG zum Zeitpunkt des Ausfuhrgesuchs das lokal zweitgrösste Industrieunternehmen und erzeugte nicht nur die höchsten Steuereinnahmen Kreuzlingens, sondern auch die zweithöchsten Steuereinnahmen des gesamten Kantons. Ruf beschäftigte 350 Personen.⁶⁴³ Seiner Meinung nach hing vom wirtschaftlichen Erfolg seines Unternehmens die Prosperität der gesamten Region ab: „Die Schliessung eines Grossteils meines Betriebs würde in dieser Region zu einer eigentlichen Erschütterung des sozialen Gefüges und zum Verlust von Wohlstand und Wohlergehen führen. Ganz unberücksichtigt geblieben ist dabei die Tatsache, dass damit die Schweiz in noch grössere rüstungspolitische Auslandabhängigkeit geriete.“⁶⁴⁴

Ruf bediente sich eines eindringlichen Vokabulars, um sein Anliegen in Bern durchzusetzen. Wenn auch seine Wortwahl übertrieben scheint, so war die Mowag AG durchaus ein regional bedeutungsvoller Arbeitsgeber und Steuerzahler, wie die Unterstützung der Kreuzlinger Stadtbehörde und zweier Parteien belegt. Die eidgenössischen Räte unterstützen eine Lockerung der Ausfuhrbestimmung von Rüstungsgütern, Frankreich schloss Handelsverträge über Kriegsmaterial mit Chile ab. Wäre der Zeitpunkt der internationalen „Windstille“ der kritischen Auseinandersetzung mit Chile nicht ein opportuner Zeitpunkt für den Bundesrat gewesen, eine Ausfuhrbewilligung zu erteilen?⁶⁴⁵

Trotz der zahlreichen Fürsprecher hielt der Bundesrat an seiner Entscheidung fest. Am 27. Februar 1980 informierten Bundespräsident Georges-André Chevallaz und Bundeskanzler Karl Huber in Namen der Regierung, dass auch das Wiedererwägungsgesuch abgelehnt wurde.⁶⁴⁶ Das Exportvorhaben sei nicht zuletzt aufgrund der Parlamentsdebatten eingehend betrachtet und dabei auch die finanzielle Situation der Mowag AG miteinbezogen worden. Aus Sicht des

⁶⁴² Gemäss Ebd., S.1 waren dem Schreiben die Resolutionen angefügt, diese konnten aber nicht im Dossier des Bundesarchivs gefunden werden.

⁶⁴³ Ruf, Walter an das EMD: „Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan (Akte Nr. 793.12/79)“, 29.01.1980, S. 8, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶⁴⁴ Ebd.

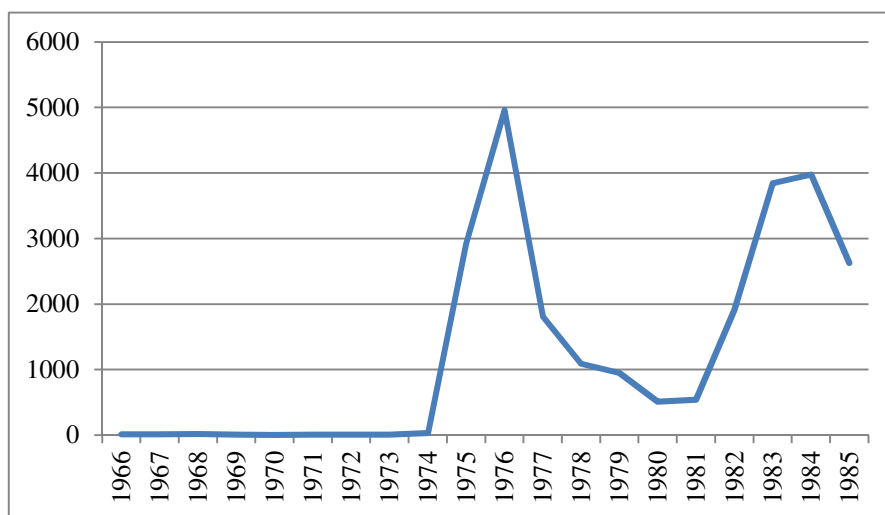
⁶⁴⁵ Über den Begriff „Windstille“ siehe: Eckel, Jan: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen 2015, S. 672-677.

⁶⁴⁶ Chevallaz, Georges-André und Huber, Karl an die Mowag AG: Titellostes Schreiben, 27.02.1980, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

Bundesrats handelte es sich jedoch bei Radschützenpanzern eindeutig um Kriegsmaterial.⁶⁴⁷ Der Bundesrat wies Ruf darauf hin, dass schweizerische Rüstungsgüter „weder zur Zeit, noch in absehbarer Zukunft“ in die chilenische Diktatur verkauft werden dürfen.⁶⁴⁸

Wie Ruf in seinem Wiedererwägungsgesuch vorbrachte, hingen vom Exportgeschäft zahlreiche Arbeitsplätze ab. Die unten stehende Grafik veranschaulicht, dass es in der schweizerischen Metall- und Maschinenbauindustrie in den Sechzigerjahren kaum Arbeitslose gab. Ab Mitte der Siebzigerjahre stieg die Zahl der Erwerbslosen in der Metall- und Maschinenbauindustrie schlagartig an, ab 1975 waren es phasenweise mehrere Tausend Personen. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen beinhalteten zudem lange nicht alle Personen, deren Stellen abgebaut wurden. In ihre Heimat zurückgereiste arbeitlose Ausländer oder auch viele erwerbslose Frauen und Jugendliche wurden statistisch nicht erfasst.⁶⁴⁹

Diagramm 13: Offizielle Daten über die Stellensuchenden in der Metall- und Maschinenindustrie im Jahresmittel, 1968-1985



Quelle: Historical Statistics of Switzerland online⁶⁵⁰

In der Krisenzeit der Siebzigerjahre waren in der Metall- und Maschinenindustrie 1976 am meisten Arbeitslose gemeldet. Bis 1981 nahm die Anzahl Stellensuchender in den beiden Industriezweigen wieder deutlich ab. Ruf wandte sich mit seinem Exportvorhaben an den Bundesrat, als sich die Arbeitsmarktsituation in der Metall- und Maschinenindustrie vorübergehend verbesserte. Die Landesregierung lehnte das Millionengeschäft ab, obwohl nur wenige Jahre zuvor bedenklich hohe Arbeitslosenzahlen vorlagen. Der Arbeitsmarkt schien sich zum

⁶⁴⁷ Ebd., S. 1.

⁶⁴⁸ Ebd., S. 2.

⁶⁴⁹ Vgl. Absatz mit Degen, Bernard: Arbeitslosigkeit, in: Stiftung Historisches Lexikon der Schweiz (Hrsg.): Historisches Lexikon der Schweiz, Band 1 (Aa - Basel (Fürstbistum), Basel 2002, S. 458-461, hier: S. 461.

⁶⁵⁰ Historical Statistics of Switzerland online (www.fsw.uzh.ch/histstat/main.php), Tabelle:

„F.19.Stellensuchende nach Wirtschaftsklassen im Jahresmittel 1913-1995“, konsultiert am 06.02.2017

damaligen Zeitpunkt in die gewünschte Richtung zu bewegen. Kurze Zeit später stiegen die Arbeitslosenzahlen in der Metall- und Maschinenindustrie wieder erneut an. Nur wenige Jahre vor- und nachher hätte sich der Bundesrat in einem moralischen Dilemma befunden. Der Verkauf von Radschützenpanzern an die chilenische Militärdiktatur hätte zahlreiche Arbeitsplätze gesichert oder sogar generiert. Doch 1979 schien sich die Arbeitsmarktsituation kontinuierlich zu verbessern. Rufs ökonomisches Untergangsszenario verlor dadurch an Glaubwürdigkeit.

Der Kreuzlinger Unternehmer schien die Entscheidung für das nach Chile bestimmte Kriegsmaterial akzeptiert zu haben, intensivierte gleichzeitig aber seinen Aufwand, um nach Taiwan exportieren zu dürfen. Im Juni 1980 sandte er ein Gesuch mit zwölf Beilagen an das Eidgenössische Militärdepartement, um eine Warenprobe nach Ostasien schicken zu dürfen. Ruf nutzte seine politischen Kontakte, um eine Bewilligung zu erhalten. In seinem Gesuch informierte er das Eidgenössische Militärdepartement darüber, dass der Bundesrat mit der Kreuzlinger Stadtbehörde und der FDP Thurgau über sein Exportvorhaben korrespondiert hätten. Er erwähnte zudem, dass Bundespräsident Chevallaz gegenüber dem Thurgauer Regierungsrat beteuerte, sich um das Anliegen noch einmal zu kümmern.⁶⁵¹

Die zwölfte Beilage war ein über zwanzigseitiges Dossier, das den Titel „Probleme des Exportes von Kriegsmaterial aus der Schweiz und Exportbewilligungspraxis des Bundesrates 1972-1980“ trug und akribisch die Entscheidungen der schweizerischen Regierung dokumentierte.⁶⁵² Der Abschnitt über Lateinamerika relativierte die Diktaturen des Subkontinents folgendermassen: „Das Regime des ‚starken Mannes‘, gestützt auf das Militär, ist seit der Unabhängigkeit ein Merkmal für lateinamerikanische Staaten. Das Militär ist oft die stärkste innere Macht, so dass von seiner Haltung oftmals der Fortbestand eines Regierungssystems abhängt.“⁶⁵³ Das Rüstungsunternehmen stellte die Militärdiktaturen Lateinamerikas als stabilisierenden Faktor in aus historischen Gründen entstandenen problematischen Gesellschaftsordnungen dar. Dennoch seien Bestrebungen zu einem Strukturwandel ersichtlich.⁶⁵⁴ Aus Sicht des Unternehmens war es daher unverständlich, warum sie kein Kriegsmaterial nach Chile liefern durften. Das Verhalten der schweizerischen Regierung gegenüber der Mowag AG wurde im Dossier als „[d]iskriminierende Praxis“ bezeichnet.⁶⁵⁵ Veranschaulicht wurde dies unter anderem anhand der Verhinderung eines Exports nach Argentinien im Jahr 1972, obwohl in den darauf folgenden Jahren mehrmals andere schweizerische Hersteller ihre Rüs-

⁶⁵¹ Ruf, Walter an das EMD: „Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Taiwan“, 26.06.1980, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶⁵² „Probleme des Exportes von Kriegsmaterial aus der Schweiz und Exportbewilligungspraxis des Bundesrates 1972-1980“, datiert auf den 15.04.1980, Beilage 12 von Ebd.

⁶⁵³ Ebd., S. 10.

⁶⁵⁴ Ebd.

⁶⁵⁵ Ebd., S. 11.

tungsgüter in das Land hätten ausführen dürfen. Erwähnung fand im Dossier auch, dass der Export einer Schwerwasseranlage in das diktatorisch regierte Argentinien erlaubt worden sei, wobei dies der nuklearen Aufrüstung dienen könnte.⁶⁵⁶ Dieses umstrittene Handelsgeschäft wird in Kapitel 5.2 aufgegriffen.

Ruf fand für sein Anliegen weitere Unterstützer: Im Sommer 1980 traf er sich mit Nationalrat Friedrich am Bodensee. Sie blieben daraufhin weiter in Kontakt. Am 9. September 1980 bedankte sich Ruf in einem Brief für dessen Einsatz für sein Unternehmen: „Zurückkommend auf die Zusammenkunft vom 15. Juli 1980 in Kreuzlingen sowie die inzwischen geführte Korrespondenz danke ich Ihnen vorerst herzlich für die direkt beim Bundesrat oder via andere Kanäle unternommenen Interventionen zum Erhalt der Exportbewilligung für TAIWAN.“⁶⁵⁷

Wie bereits anhand der Motion Friedrich dargelegt, setzte sich der Zürcher FDP-Nationalrat im Parlament erfolgreich für die Anliegen des Kreuzlinger Rüstungsunternehmens ein. Ruf sandte ihm einen Zeitungsartikel aus DIE WELT zu, in dem sich Margaret Thatcher positiv über den westlichen Rüstungsgüterhandel mit Entwicklungsländern äusserte.⁶⁵⁸ Denselben Artikel fügte Ruf auch in einem Schreiben an Bundespräsident Chevallaz an, mit dem er ihn bat, seine Gesuche in einer kommenden Bundesratssitzung aufzugreifen. Ein Export von Rad-schützenpanzern nach Chile wurde auch in diesem Schreiben nicht mehr erwähnt.⁶⁵⁹ Auch Volkswirtschaftsminister Fritz Honegger wurde von Ruf kontaktiert. An seiner Korrespondenz lässt sich wiederum ableiten, wie weitreichend Rufs politische Unterstützung in Bern gewesen ist: „Auf Empfehlung des Herren Nationalratspräsident Hp. Fischer und Nationalrat R. Reichling erlaube ich mir, Sie um einen Gesprächstermin, wegen Auslandsabwesenheit nicht vor dem 23. Oktober 1980, zu ersuchen. Dabei möchte ich, gerne zusammen mit meinem Mitarbeiter, Herr H. Weingart, die längst fällige Angelegenheit Taiwan diskutieren.“⁶⁶⁰

Auffallend ist der fordernde Tonfall, mit dem sich der Unternehmer an einen Bundesrat wandte. Obwohl man sich in Bern schon seit einiger Zeit damit auseinandersetzte, ob ein Export nach Taiwan möglich sei, nannte Ruf sein Exportvorhaben eine „längst fällige Angelegenheit“. Prominente Unterstützung erhielt er auch dieses Mal von Politikern. Mit Hanspeter Fischer (SVP) fand er sogar im damaligen Nationalratspräsidenten einen Fürsprecher. Die Referenz schien hilfreich zu sein: Ruf erhielt nicht nur umgehend einen telefonischen Terminvor-

⁶⁵⁶ Ebd., S. 11-12.

⁶⁵⁷ Ruf, Walter an Friedrich, Rudolf: Titelloser Brief, 09.09.1980, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶⁵⁸ Ebd.; der Inhalt des Artikels wurde von Ruf im Brief zusammengefasst.

⁶⁵⁹ Ruf, Walter an Chevallaz, Georges-André: „Ausfuhr von Kriegsmaterial“, 09.09.1980, S. 1-2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶⁶⁰ Ruf, Walter an Honegger, Fritz: Titelloser Schreiben, 07.10.1980, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

schlag aus der Bundesverwaltung. Bundesrat Honegger nahm sich auch innert Monatsfrist die Zeit dafür, sich dem Anliegen persönlich zu widmen.⁶⁶¹ Bereits einen Tag nach dem Gespräch bedankte sich der Unternehmer schriftlich beim Bundesrat. Gemäss Ruf fand während des Gesprächs „ein offener Gedankenaustausch“ statt.⁶⁶² Der Kreuzlinger Unternehmer zeigte gegenüber dem Bundesrat seine Wertschätzung für dessen „stete und [...] weiterhin zugesagte wohlwollende Unterstützung [...] in bezug auf die Kriegsmaterialexporte.“⁶⁶³ Rufs Bemühungen zahlten sich nicht aus. Im Dezember 1980 entschied sich der Gesamtbundesrat gegen das geplante Handelsgeschäft mit Taiwan.⁶⁶⁴

Die Reaktion auf das Ausfuhrverbot

Im Gegensatz zu seinem Engagement, Kriegsmaterial nach Taiwan zu exportieren, setzte sich Ruf nach dem abgelehnten Wiedererwägungsgesuch nicht mehr dafür ein, Radschützenpanzer nach Chile liefern zu dürfen. Rückblickend scheint es dafür eine plausible Erklärung zu geben. Der Unternehmer erkannte, dass er seine gepanzerten Fahrzeuge auch unter Lizenz in Chile herstellen könnte. Rüstungsgüter, die im Ausland unter Lizenz hergestellt wurden, waren vom schweizerischen Kriegsmaterialgesetz nicht betroffen.⁶⁶⁵ Sowohl die Mowag AG als auch die Schweizerische Industriegesellschaft arbeiteten daher im lateinamerikanischen Staat mit lokalen Partnern zusammen.⁶⁶⁶ Innerhalb der Geschichtswissenschaft wurde die Herstellung von lizenzierten Sturmgewehren als einer der „spektakuläre[n] Fälle“ innerhalb der schweizerisch-lateinamerikanischen Waffengeschäfte charakterisiert, nicht zuletzt auch deshalb, weil diese beispielsweise in den Irak weiterverkauft wurden.⁶⁶⁷ Trotzdem besteht bisher nur wenig Forschung über den schweizerischen Technologietransfer durch Lizenzvergaben.⁶⁶⁸

⁶⁶¹ Ruf, Walter an Honegger, Fritz: Titellooses Schreiben, 09.09.1980, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶⁶² Ruf, Walter an Honegger, Fritz: Titellooses Schreiben, 06.11.1980, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶⁶³ Ebd.

⁶⁶⁴ Siehe „Beschluss des Bundesrats vom 22.12.1980“: Kriegsmaterialausfuhr nach Taiwan, Gesuch der Firma Mowag, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶⁶⁵ Siehe: Spieler, Willy: Zeichen der Zeit, in: Neue Wege, Band 79 (1985), Heft 11, S. 333-337, hier: S. 337.

⁶⁶⁶ Ebd., sowie Pereira, Nuno: „Unis, nous vaincrons la dictature“: les associations suisses de soutien à la résistance chilienne (1973-1990), in: Cahiers d’histoire du mouvement ouvrier, Band 23 (2007), S. 99-124, hier: S. 108, Fussnote 35.

⁶⁶⁷ Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas: Einleitung, in: Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexporte nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Zürich 1991, S. 7-24, hier: S. 23.

⁶⁶⁸ Siehe: Ebd., S. 23-24 und Donzé, Pierre-Yves; Humair, Cédric; Mazbouri, Malik: Technologietransfer aus historischer Sicht: Relevanz der Schweizer Situation, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 17 (2010), Heft 3, S. 16-20. Weitere Informationen über die Sturmgewehrproduktion in Chile bietet der folgende Text: Rojas, Alvaro; Scheben, Helmut: Know-how kennt keine Grenzen. Die Fabrikation von Schweizer Gewehren in Chile, in: Weber, Gaby (Hrsg.): Besichtigung der Hinterhöfe. Reportagen über die Geschäfte der Schweizer Multis in Afrika, Asien und Lateinamerika. Mit einem Vorwort von Jean Ziegler, Zürich 1989, S. 61-70.

Bei politischen Entscheidungen im Bereich der Waffenindustrie ist die Bedeutung der Medien im Zeitraum des Kalten Kriegs kaum zu unterschätzen. Innerhalb der geschichtswissenschaftlichen Forschung wurde in dieser Hinsicht sogar von einem „schweizerischen militärisch-politisch-medialen System[...]“ gesprochen.⁶⁶⁹ Es erstaunt daher kaum, dass in der schweizerischen Presse die Lizenzvergabe der Rüstungsindustrie thematisiert wurde. Die Meinungen innerhalb der schweizerischen Medienlandschaft gingen weit auseinander. Der Schweizer Karikaturist Hans Ulrich Steger stellte die Lizenzvergabe der Mowag AG im Jahr 1981 beispielsweise in einer Karikatur dar, in der die Landesregierung in Richtung des lateinamerikanischen Subkontinents blickte, auf dem ferngesteuerte Piranhas Menschen töten. Daneben stand ein schweizerdeutsches Gedicht, von dem ein Ausschnitt lautete: „Stille, stille, stille, mir händ bim beste Wille kein Paragraph parat, beduurt de Bundesrat.“⁶⁷⁰ In einer anderen Karikatur griff Steger die unter Lizenz in Chile hergestellten SIG-Sturmgewehre auf. Deren Begleittext berichtete darüber, dass in Chile die staatliche Fabrica y Maestranza del Ejercito (FAMAE) das schweizerische Gewehrmodell hergestellt hätte. Der karikierte Pinochet bedankte sich in der Zeichnung mit den Worten: „Danke, Amigos, alles ok!“. Darunter stand in Klammern: „Mehr schreiben wir jetzt nicht, sonst hagelt’s in Rorschach wieder Leserproteste wegen Linkslastigkeit, etc.“⁶⁷¹

Die bürgerliche Presse thematisierte hingegen die schwierige Lage der Mowag AG. In einem Artikel der Neuen Zürcher Zeitung wurde Rufs „unternehmerischer Wagemut“ hervorgehoben, mit welchem er vor mehreren Jahrzehnten seine Geschäftstätigkeit aufnahm.⁶⁷² Die wirtschaftsliberale Zeitung wies darauf hin, dass der Bund die Mowag AG nur selten berücksichtigt habe. Sie erwähnte jedoch, dass Piranha-Radschützenpanzer auch schon in der Schweiz genutzt wurden. Im Kanton Bern ging man 1975 mit Piranhas gegen die Béliers vor. Die beiden Fahrzeuge seien mittlerweile ins Ausland verkauft worden.⁶⁷³

⁶⁶⁹ Wyniger, Christoph: Das Spannungsfeld von Militär, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Schweizer Rüstungsgüterbeschaffung im Kalten Krieg, in: Kollmer, Dieter H. (Hrsg.): Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg, Freiburg i. Br., Berlin und Wien 2015, S. 215-238, hier: S. 215.

⁶⁷⁰ Vgl. mit der Karikatur „Jetzt ferngesteuert“, in: Nebenspalter, Nr. 26 / 30.06.1981, in: AfZ: NL Hans U Steger / 58

⁶⁷¹ Vgl. mit der Karikatur „Danke, Amigos, alles ok!“, in: Nebenspalter, Nr. 31 / 02.08.1983, in: AfZ: NL Hans U Steger / 77

⁶⁷² Autorenkürzel rr: „Schweizer Rüstungsbetrieb ohne Schweizer Auftrag? Situation und Zukunftschancen der Mowag“, in: Neue Zürcher Zeitung, 14.10.1980, S. 33, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶⁷³ Ebd.; über den Kanton Jura siehe: Maissen, Thomas: Geschichte der Schweiz, Stuttgart 2015, S. 387-389.

Kriegsindustrie als „Mutter des Wohlstands“?

Als Rudolf Friedrich und Heinrich Herzog im Herbst 1978 ihre Motionen zur Behandlung im National- und Ständerat einreichten, löste dies schon lange bevor im Bundeshaus darüber debattiert wurde, starke Reaktionen aus. Der Nebelspalter wandte sich mit einer äusserst kritischen Karikatur an seine Leserschaft, die unter dem Titel „Die Kriegsindustrie ist die Mutter des Wohlstands. – Also Schleusen ganz auf!“ ein Exportunternehmen darstellte, dessen Wasserrad von einem mit Leichen versehenen Blutstrom angetrieben wurde. Zwei grinsende Figuren prosteten sich auf dem Balkon des Gebäudes zufrieden zu, zwei Aasgeier warteten in lauender Position.⁶⁷⁴

Das wegen des Exportverbots des Bundesrats gescheiterte Handelsgeschäft mit Chile ist als historisches Fallbeispiel aufschlussreich, um den politischen Hintergrund der schweizerisch-chilenischen Handelsbeziehungen zu verstehen. Die Frage, ob man Chile als Handelspartner der schweizerischen Rüstungsindustrie akzeptierten sollte, wurde sowohl innerhalb der Bundesverwaltung als auch im Parlament äusserst kontrovers diskutiert. Die Gründe für die Polarisierung waren jedoch nicht identisch. Innerhalb der Bundesverwaltung wurden durch das Eidgenössische Militärdepartement Argumente für den Export von Radschützenpanzern nach Chile vorgelegt, das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten lehnte das Exportvorhaben deutlich ab. Diese unterschiedlichen Haltungen entsprechen dem bisherigen Forschungsurteil. Das Eidgenössische Militärdepartement stand dem Kriegsmaterialexport traditionell positiv gegenüber.⁶⁷⁵ Ausfuhrgesuchen der Mowag AG begegnete man in diesem Departement grundsätzlich wohlwollend, weil das Unternehmen bei grossen Rüstungsgeschäften des Bundes in den Sechziger- und Siebzigerjahren nicht berücksichtigt wurde.⁶⁷⁶ Die unterschiedliche Positionierung des Eidgenössischen Militärdepartements und des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten kann auch anhand der divergierenden Zuständigkeitsbereiche erklärt werden.⁶⁷⁷ Seitens des schweizerischen Militärs hatte man Interesse daran, über eine möglichst autarke inländische Rüstungsindustrie zu verfügen. Ausenminister Aubert erkannte hingegen die weitreichenden innen- und aussenpolitischen Konsequenzen, die ein Kriegsmaterialexport nach Chile hätte nach sich ziehen können. Die Em-

⁶⁷⁴ Vgl. mit: „Die Kriegsindustrie ist die Mutter des Wohlstands! – Also Schleusen ganz auf!“, in: Nebelspalter, Nr. 42 / 17.10.1978, in: AfZ: NL Hans U Steger / 30

⁶⁷⁵ Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas: Einleitung, in: Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexporte nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Zürich 1991, S. 7-24, hier: S. 11-12.

⁶⁷⁶ Hug, Peter: Kriegsmaterialausfuhr durch Industriepolitik im Rüstungssektor. Das Verhältnis der Schweiz zu Mittel- und Südamerika, in: Bernecker, Walter L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexport nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Zürich 1991, S. 25-72, hier: S. 37.

⁶⁷⁷ Siehe: Fleer, Peter: Das Kriegsmaterialembargo des Völkerbunds im Chacokrieg (1932-1935). Zum Kalkül schweizerischer Waffenausfuhr, in: Bernecker, Walter L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexport nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Zürich 1991, S. 165-188, hier: S. 184.

pörung innerhalb der Bevölkerung hätte seiner Meinung nach zu einer weiteren Initiative führen können. Er setzte sich daher persönlich für ein Ausfuhrverbot ein.

Die zunehmende Verstrickung zwischen Innen- und Aussenpolitik innerhalb des schweizerischen Parlaments kann anhand der Debatte rund um die Motion Friedrich demonstriert werden.⁶⁷⁸ Die Diskussion um umstrittene Handelsgeschäfte mit dem Ausland diente als Anlass zu einer innenpolitischen Grundsatzdebatte über die schweizerische Identität, in welcher selbst vor Beleidigungen nicht zurückgeschreckt wurde. Linke Politiker erkannten in der Schweiz ein Land der humanitären Tradition, deren Neutralität sich in einem Ausfuhrverbot von Waffen manifestieren sollte. Bürgerliche Politiker nahmen die Sicherheit der Schweiz als bedroht war und forderten im Sinne einer bewaffneten Neutralität eine möglichst konkurrenzfähige einheimische Rüstungsindustrie. Die Abstimmungsergebnisse des National- und Ständerats belegen, dass zum damaligen Zeitpunkt eine breite Allianz vorhanden war, die sich in Bern für die Anliegen der Rüstungsindustrie stark machte. Ständerat Weber vertrat in der kleinen Kammer sogar die Ansicht, dass man als Kritiker der Kriegsmaterialhersteller kein „geruhames Leben“ mehr hätte.⁶⁷⁹

Abgesehen von den Darstellungen über das Verbandswesen,⁶⁸⁰ besteht nur wenig Literatur über den Lobbyismus in der schweizerischen Politik.⁶⁸¹ Das historische Fallbeispiel des gescheiterten Radschützenexports zeichnete nach, wie ein Unternehmen versuchte, mit politischer Unterstützung einen Einfluss auf die Entscheidungsfindung auszuüben. Aufgezeigt wurde, wie gut vernetzt die Mowag AG sowohl mit lokalen Behörden, als auch mit der kantonalen und schweizerischen Regierung war. Das Kreuzlinger Unternehmen hatte zahlreiche Fürsprecher, darunter auch den Nationalratspräsidenten, der als Referenz diente, um bei einem Bundesrat einen Gesprächstermin zu erhalten. Ruf stand zudem mit Nationalrat Friedrich in Kontakt. Friedrich setzte sich im Rahmen seines parlamentarischen Vorstosses für dessen Unternehmen ein. Die versuchte Einflussnahme durch die Privatwirtschaft wurde als solche

⁶⁷⁸ Zala, Sacha: Einleitung, in: *Diplomatische Dokumente der Schweiz*, Band 24 (1.1.1967 bis 31.12.1969), Zürich 2012, S. XXIV- XXXVII, hier S. XXXVI.

⁶⁷⁹ Motion Herzog: Kriegsmaterialgesetz, in: *Amtliches Bulletin der Bundesversammlung*, Jahr 1979, Band I, Frühjahrsession, Ständerat, Sitzung 06, Geschäftsnummer 78.522, 14.03.1979, Ref. No 20 007 567, S. 86-92, hier: S. 90.

⁶⁸⁰ Vgl. mit: Gees, Thomas: *Interessenclearing und innere Absicherung. Zur Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Privatverbänden in der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik 1930-1960*, in: Hug, Peter; Kloter, Martin (Hrsg.): *Aufstieg und Niedergang des Bilateralismus. Schweizerische Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik 1930-1960: Rahmenbedingungen, Entscheidungsstrukturen, Fallstudien*, Zürich 1999, S. 141-172 und Schnur, Aviva R.: *Aussenpolitische Situationsdefinition in Bundesrat und Bundesverwaltung*, in: Bernauer, Thomas; Ruloff, Dieter (Hrsg.): *Globaler Wandel und schweizerische Aussenpolitik. Informationsbeschaffung und Entscheidungsfindung der Schweizerischen Bundesverwaltung*, Chur und Zürich 2000, S. 45-83.

⁶⁸¹ Siehe: Hürlimann, Gisela; Mach, André; Rathmann-Lutz, Anja; Schaufelbuehl, Janick Marina: *Lobbying in der Schweiz. Eigenheiten und Vielfalt*, in: Dies. (Hrsg.): *Lobbying. Die Vorräume der Macht*, Zürich 2016, S. 21-31.

erkannt, wie anhand Franz Jaegers Urteils „eine[r] Art Motion Mowag“ dargelegt wurde. Trotz der breiten Unterstützung liess sich der Bundesrat nicht in seiner Meinungsbildung beeinflussen.

Wie kann daher das Verhalten des Bundesrats eingeordnet werden? Die bisherige Forschung über den schweizerisch-lateinamerikanischen Handel mit Kriegsmaterial ging trotz den damals noch nicht zugänglichen Archivquellen auch für die Siebzigerjahre davon aus, dass Rüstungsgüter „in erster Linie als gewöhnliche Ware“ wahrgenommen worden seien, die Entscheide in Bern „in den meisten Fällen“ zugunsten der Unternehmen ausgefallen seien und „die Einhaltung von Menschenrechten in den Empfängerländern dagegen eine sekundäre Rolle [spielte].“⁶⁸² Das geschilderte historische Fallbeispiel belegt, dass diese Annahmen kritisch zu hinterfragen sind. Der Bundesrat nahm Radschützenpanzer nicht als reguläres Handelsgut wahr. Gegenüber der Mowag AG vertrat die Landesregierung die Meinung, dass „[a]n der Kriegsmaterialeigenschaft“ der gepanzerten Fahrzeuge „nicht der geringste Zweifel aufkommen [konnte].“⁶⁸³ Trotz versuchter Einflussnahme und der Bedeutung als regional wichtiger Arbeitgeber und Steuerzahler gelang es dem Unternehmen nicht, den Bundesrat zu einer Exportbewilligung zu bewegen. Wie anhand Auberts Korrespondenz dargelegt, wurden menschenrechtliche Überlegungen in die Entscheidungsfindung miteinbezogen. Der Einfluss der Privatwirtschaft auf die Entscheidungsfindung des Bundesrats war beim geschilderten Fallbeispiel minimal. Zwar nahmen sich die Regierungsmitglieder für das Anliegen Zeit und die betriebswirtschaftliche Situation des Unternehmens wurde berücksichtigt. Doch auf die Regierungsentscheide konnte die Mowag AG trotz hohen Aufwands keinen Einfluss ausüben.

Warum verhielt sich der Bundesrat gegenüber dem Exportvorhaben kritisch, trotz den deutlichen Signalen der Befürwortung für eine solche Handelsaktivität, welche National- und Ständerat in dieser Hinsicht abgaben? Folgt man den Argumenten, die Aussenminister Aubert in seiner Berichterstattung im Vorfeld der Entscheidung seinen Ratskollegen abgab, können mehrere Gründe dafür abgeleitet werden. Aussenpolitisch spielte die ungenügende Menschenrechtssituation in Chile einerseits, die gespannte Lage zu den Nachbarländern der Militärdiktatur andererseits eine entscheidende Rolle. Bei Ausarbeitung des Kriegsmaterialgesetzes wollte der National- und Ständerat den Aspekt der Menschenrechtsverletzung möglichst we-

⁶⁸² Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas: Einleitung, in: Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexporte nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Zürich 1991, S. 7-24, hier: S. 24.

⁶⁸³ Chevallaz, Georges-André und Huber, Karl an die Mowag AG: Titellostes Schreiben, 27.02.1980, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

nig gewichten.⁶⁸⁴ Der Bundesrat bezog sich daher selten auf den entsprechenden Paragraphen.⁶⁸⁵ Umso beachtlicher ist es, dass beim versuchten Radschützenexport von Chile die Menschenrechtsverletzungen der Diktatur bei der Entscheidungsfindung mitberücksichtigt wurden, auch wenn dies der Bundesrat gegenüber der Mowag AG nur andeutete.⁶⁸⁶ Die innenpolitischen Argumente, die Aubert gegenüber seinen Ratskollegen anführte, bezogen sich auf die negative Wahrnehmung der chilenischen Militärdiktatur in der schweizerischen Öffentlichkeit und der generellen Haltung der Bevölkerung gegenüber Rüstungsexporten. Der Bundesrat bezog daher in seiner Entscheidung auch die öffentliche Meinung mit ein.

Es zeigt sich bei diesem Fallbeispiel, dass sich die Spielregeln der internationalen Handelstätigkeit der Schweiz deutlich verändert haben.⁶⁸⁷ Am gescheiterten Handelsgeschäft mit Chile lässt sich dies veranschaulichen: Aubert legte dem Gesamtbundesrat in seiner Berichterstattung dar, welche weitreichenden aussenpolitischen Konsequenzen der Kriegsmaterialexport nach Chile nach sich ziehen könnte. Im Parlament stritt man sich gleichzeitig über die Frage, in welcher Rolle man die Schweiz in der Welt sehen möchte. In politischen und juristischen Fragen mussten nicht mehr nur nationale, sondern vermehrt auch internationale Konsequenzen einbezogen werden.⁶⁸⁸

Auch die Unternehmen dachten zunehmend in globalen Dimensionen: Die nationale Beschränkung der Rüstungsgüterindustrie konnte mit einer Lizenzvergabe umgangen werden. Ein entsprechendes Verbot wurde im Nationalrat eindeutig abgelehnt. Bisher existiert über das Ausmass und der Bedeutung dieses Aspekts der Wirtschaftsgeschichte der Schweiz kaum Forschung. Diese wäre jedoch gerade angesichts der in der Geschichtswissenschaft formulierten Hypothese, dass schweizerische Unternehmen anhand der Lizenzvergabe einen Technologietransfer nach Lateinamerika auslösten und dadurch zur verhältnismässigen Stärke der Rüstungsindustrien des Subkontinents beitrugen, von herausragender Bedeutung.⁶⁸⁹

⁶⁸⁴ Siehe: Kälin, Walter: Schweizerische Kriegsmaterialausfuhr im Spannungsfeld von Menschenrechten und Entwicklungszusammenarbeit, in: Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexporte nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Zürich 1991, S. 73-91, hier: S. 82.

⁶⁸⁵ Ebd., S. 85-86.

⁶⁸⁶ Der Bundesrat formulierte dies folgendermassen: „Was Chile anbelangt, so ist dies ein Land, das weder zur Zeit, noch in absehbarer Zukunft die Bedingungen für Kriegsmateriallieferungen aus der Schweiz erfüllt. Die Verhältnisse wurden durch den Bundesrat genau untersucht, doch konnten die von Ihnen geltend gemachten politischen Argumente die Ablehnungsgründe nicht überwiegen.“ Siehe: Chevallaz, Georges-André und Huber, Karl an Ruf, Walter, 27.02.1980: Titellooses Schreiben, S. 2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.

⁶⁸⁷ Tanner, Jakob: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015, S. 420.

⁶⁸⁸ Ebd., S. 436.

⁶⁸⁹ Hug, Peter: Kriegsmaterialausfuhr durch Industriepolitik im Rüstungssektor. Das Verhältnis der Schweiz zu Mittel- und Südamerika, in: Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexport nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Zürich 1991, S. 25-72, hier: S. 49-50.

Produktion in der Zollfreizone

Mit der Lizenzvergabe und der Herstellung der Radschützenpanzer in Chile endete die Angelegenheit für die Bundesverwaltung noch nicht. Im Mai 1983 traf beim Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten ein brisantes Schreiben aus der schweizerischen Botschaft in Santiago de Chile ein. Botschafter Moret sandte seinen Kollegen in Bern eine zusammenfassende Übersetzung eines chilenischen Zeitungsartikels zu, in dem über die Produktion von Radschützenpanzern durch die Firma Cardoen SA. berichtet wurde. Carlos Cardoen zeigte sich gegenüber El Mercurio stolz darüber, die gepanzerten Fahrzeuge in Chile herstellen zu dürfen und verwies darauf, dass beispielsweise Marokko Interesse daran zeige, Radschützenpanzer bei ihm zu erwerben. Er gab keine Auskunft darüber ab, wie viele Radschützenpanzer er bereits hergestellt hatte, erwähnte aber, dass in seiner Panzerproduktion vierzig Personen angesellt seien.⁶⁹⁰ „Das Fahrzeug kann auch mit leichten Flabgeschützen von Oerlikon ausgerüstet werden“, hiess es weiter in der Zeitung.⁶⁹¹ Für den Standort der Fabrik wurde ein besonderer Ort ausgewählt: „Carlos Cardoen erklärte, die Fabrik sei in der Zollfreizone von Iquique errichtet worden wegen der dort bestehenden Erleichterungen zur Einfuhr notwendiger Einzelteile, die u.a. aus der Schweiz, Belgien, Israel und England bezogen würden. Gleichzeitig könne nach ‚befreundeten Ländern‘ exportiert werden, was Devisen schaffe.“⁶⁹²

Botschafter Moret hob in seinem Begleitbrief hervor, dass die Radschützenpanzer mit Waffensystemen eines schweizerischen Unternehmens ausgerüstet werden können und Pläne bestehen, die Radschützenpanzer in weitere Staaten zu exportieren. Er verwies auf die letztjährige Aussenhandelsstatistik und führte an, dass schweizerische Fahrzeugteile für mehr als 21 Millionen Franken in das lateinamerikanische Land exportiert worden seien.⁶⁹³ Der Diplomat erinnerte an das schweizerische Kriegsmaterialgesetz und ergänzte: „Im Zusammenhang mit dem beiliegenden Zeitungsartikel besteht der Verdacht, dass die MOWAG Einzelteile zur Montage des Panzerfahrzeuges Piranha 6x6 geliefert hat. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieser Angelegenheit nachgehen könnten.“⁶⁹⁴

⁶⁹⁰ Siehe: Summarische Uebersetzung: Fabrik in Iquique wird jährlich 100 Panzerfahrzeuge herstellen, S. 1, Anhang von: Moret, Yves an die Politische Abteilung II (EDA): „Lizenzherstellung von Panzerfahrzeugen der MOWAG in Chile“, 9.5.1983, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E5001G#1994/119#773*, Az. 739.12, Lizenzherstellung von MOWAG-Panzerfahrzeugen in Chile, 1983.

⁶⁹¹ Ebd.

⁶⁹² Ebd., S. 2.

⁶⁹³ Moret, Yves an die Politische Abteilung II (EDA): „Lizenzherstellung von Panzerfahrzeugen der MOWAG in Chile“, 9.5.1983, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E5001G#1994/119#773*, Az. 739.12, Lizenzherstellung von MOWAG-Panzerfahrzeugen in Chile, 1983.

⁶⁹⁴ Ebd.

Bereits zwei Tage später sandte Moret den nächsten Brief nach Bern, in dem er das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten auf einen weiteren chilenischen Zeitungsartikel hinwies, „wonach die nordamerikanische Firma United Aviation Industries der illegalen Waffenausfuhr nach Chile angeklagt wurde. In das Waffengeschäft soll chilenisches Botschaftspersonal in Washington verwickelt sein.“⁶⁹⁵ Der schweizerische Botschafter erklärte, dass sich die nordamerikanische Politik ausführlich mit der Menschenrechtslage in Chile auseinandersetzen würde, weil Ronald Reagan Waffengeschäfte mit Chile wieder ermöglichen wolle. Nordamerikanische Firmen durften seit Ende der Siebzigerjahre wegen des von Jimmy Carter initiierten Embargos kein Kriegsmaterial mehr in das lateinamerikanische Land liefern.⁶⁹⁶ Hinsichtlich der unerlaubten Lieferungen nach Chile mutmasste Moret: „Die Schweizer Firma MOWAG stünde damit eventuell mit solchen Geschäften nicht allein da.“⁶⁹⁷ Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten informierte anschliessend das Eidgenössische Militärdepartement und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement über den in der schweizerischen Botschaft erhobenen Verdacht.⁶⁹⁸ Gemäss den Abklärungen aus dem Eidgenössischen Militärdepartement lieferte die Mowag AG Fahrzeugteile nach Chile, versties damit aber nicht gegen das Kriegsmaterialgesetz. Die Bundesverwaltung erhielt vom Kreuzlinger Unternehmen ausführliche Informationen, welche Teile nach Übersee geschickt wurden. Unter anderem handelte es sich um chilenische Motoren, die zu Kontrollzwecken an den Bodensee und danach wieder zurück gesandt wurden.⁶⁹⁹ „Ils pourraient être montés dans n’importe quels véhicules lourds“, hielt die Kontrollstelle für Handel mit Kriegsmaterial über diese Motoren fest.⁷⁰⁰ Eine allfällige Reaktion von Botschafter Moret über diese Begründung ist im entsprechenden Dossier im Bundesarchiv nicht überliefert.⁷⁰¹ Die Auseinandersetzung der Bundesverwaltung über den Export von Fahrzeugteilen zeigt auf, dass im Zusammenhang mit der chilenischen Militärdiktatur auch zehn Jahre nach der Gesetzes Einführung noch über die Auslegung des Kriegsmaterialgesetzes korrespondiert werden

⁶⁹⁵ Moret, Yves an die Politische Abteilung II (EDA): „Illegale Waffenausfuhr USA-Chile?“, 11.5.1983, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E5001G#1994/119#773*, Az. 739.12, Lizenzherstellung von MOWAG-Panzerfahrzeugen in Chile, 1983.

⁶⁹⁶ Ebd.

⁶⁹⁷ Ebd.

⁶⁹⁸ Salvi, Serge François (Politische Abteilung II, EDA) an Godet F. (Chef de la division juridique EMD) und Sibold, W. (Chef du Bureau central de la Police, EJPD): Titellooses Schreiben, 25.05.1983, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E5001G#1994/119#773*, Az. 739.12, Lizenzherstellung von MOWAG-Panzerfahrzeugen in Chile, 1983.

⁶⁹⁹ Grognez, Jean-Louis (Direction de l’administration militaire fédérale, Office de contrôle de matériel de guerre) an die Politische Abteilung II (EDA): Titellooses Schreiben, 17.06.1983, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E5001G#1994/119#773*, Az. 739.12, Lizenzherstellung von MOWAG-Panzerfahrzeugen in Chile, 1983.

⁷⁰⁰ Ebd.

⁷⁰¹ Siehe das Dossier im Schweizerisches Bundesarchiv, E5001G#1994/119#773*, Az. 739.12, Lizenzherstellung von MOWAG-Panzerfahrzeugen in Chile, 1983.

musste. Bei Motoren und Einzelteilen, die unterschiedlich eingesetzt werden konnten, sah das Eidgenössische Militärdepartement keinen Handlungsbedarf oder keine juristischen Möglichkeiten, gegen einen Export vorzugehen. Die entsprechende Korrespondenz mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten ist in einer sachlich-nüchternen Sprache verfasst. Sie lässt kaum Rückschlüsse darüber zu, ob die Beamten die Ausfuhr von Einzelteilen im Bereich der Panzerproduktion als problematisch wahrnahmen. Die entsprechende Kontrollstelle verwies nur auf die Gesetzeslage.⁷⁰²

Bemerkenswert ist Morets Eigeninitiative, eine Abklärung über einen möglichen Verstoß gegen das schweizerische Kriegsmaterialgesetz in Bern einzuleiten. Die Analyse des Briefwechsels zwischen Bern und den schweizerischen Botschaften in Lateinamerika zeigte bisher auf, dass sich die Diplomaten mehrheitlich als Vertreter der schweizerischen Wirtschaftsinteressen verstanden. Morets kritischer Blick auf den schweizerischen Aussenhandel mit Chile passt kaum zum Verhalten seiner Vorgänger. Der Diplomat riskierte, dass ein Teil des Aussenhandels mit seinem Residenzland wegfallen würde. Immerhin handelte es sich um 21 Millionen Franken, für die schweizerische Fahrzeugteile in die Diktatur verkauft worden sind. Bei einem schweizerischen Gesamtexport von etwas mehr als 80 Millionen Franken entsprach dies einem Viertel des Aussenhandels mit Chile.⁷⁰³

⁷⁰² Siehe: Grognez, Jean-Louis (Direction de l'administration militaire fédérale, Office de contrôle de matériel de guerre) an die Politische Abteilung II (EDA): Titellostes Schreiben, 17.06.1983, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E5001G#1994/119#773*, Az. 739.12, Lizenzherstellung von MOWAG-Panzerfahrzeugen in Chile, 1983.

⁷⁰³ Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz 1982, Band 2, Bern 1983, S. 538.

4.3 Zwischenfazit

In der Schweiz waren die Handelsbeziehungen mit der chilenischen Militärdiktatur trotz ihres geringen Ausmasses politisch äusserst umstritten. Die schweizerischen Botschafter standen der Etablierung einer wirtschaftsliberal agierenden Diktatur aus ökonomischen Gründen positiv gegenüber. Unter den Vorgängerregierungen Frei und Allende fürchtete man sich vor Enteignungen von schweizerischem Besitz. Rückblickend betrachtet lässt sich aber feststellen, dass Enteignungen nur in einem nur sehr kleinen Ausmass durchgeführt wurden. Die Diplomaten verstanden sich als Vertreter der schweizerischen Interessen, die sich vor allem auf die Investitionen und die Handelsaktivitäten bezogen haben. Nicht unterschätzt werden darf dabei auch die Legitimation der chilenischen „Schocktherapie“ durch Milton Friedman, wie anhand der entsprechenden Korrespondenz zwischen der schweizerischen Botschaft in Santiago de Chile und der Bundesverwaltung erkannt werden kann. Die Diplomaten erhofften sich viel von den Wirtschaftsreformen. In den ökonomischen Berichten wurden die eigenen Wirtschaftsinteressen höher gewichtet als die Menschenrechtsverbrechen. Dies hing nicht zuletzt mit den Zuständigkeitsbereichen der Departemente der Bundesverwaltung zusammen.⁷⁰⁴

Zu Beginn der militärischen Herrschaft wurde in den wirtschaftlichen Berichten aus der schweizerischen Botschaft in Santiago de Chile noch das Erbe von Allendes Regierungszeit für den wirtschaftlichen Misserfolg angeführt. Angesichts der Tatsache, dass die „Chicago Boys“ ihre Wirtschaftspolitik dank den Streitkräften gegen den Willen der Bevölkerung autoritär durchsetzen konnten, erstaunt dieses frühe Urteil. Der Handlungsspielraum der chilenischen Ökonomen war gross. Schon bald erkannten aber die Angehörigen der schweizerischen Botschaft, dass die eingeleitete Wirtschaftspolitik nur begrenzt die erwünschte Wirkung zeigte. An den Hoffnungen auf einen baldigen wirtschaftlichen Aufschwung hielt man dennoch fest, wie beispielsweise der mehrfach als vertraulich markierte Bericht der amerikanischen Botschaft, den Botschafter Casanova im Februar 1978 nach Bern sandte, belegt. Ein anderer Artikel, der vom schweizerischen Botschafter gelobt wurde und einen industriellen Darwinismus in Chile beschrieb, kann in dieser Hinsicht ebenfalls angeführt werden. Im Oktober 1978 vertrat Casanova schliesslich gegenüber der Bundesverwaltung die Ansicht, dass „d'excellentes possibilités d'affaires“ mit Chile möglich seien.⁷⁰⁵ Die Kenntnisse der Angehörigen der schweizerischen Botschaft über das generelle Ausmass der Entwicklung der Handelsbeziehungen mit ihrem Heimatland war aber beschränkt, wie gegenüber der Schweizer

⁷⁰⁴ Siehe: Kreis, Georg: Die Schweiz und Südafrika 1948-1994. Schlussbericht des im Auftrag des Bundesrates durchgeführten NFP 42+, Bern, Stuttgart und Wien 2005, S. 92-93.

⁷⁰⁵ Annexe „Chili“ von „Informations économique“ (No.1/1979) von Casanova, Max an OSEC (mit Kopie an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des EPD), 10.11.1978, S. 4, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2535*, Az. C.41.100.0, Chile, Volkswirtschaftliche Berichte, 1973-1978.

Uhrenkammer zugegeben wurde. Spätestens ab dem Jahr 1980 wuchsen Casanovas Zweifel, ob die von den „Chicago Boys“ eingeleitete Wirtschaftspolitik wirklich zielgerichtet sei.

In Bern nahm man hinsichtlich der Entwicklung der chilenischen Wirtschaft noch länger eine erwartungsvolle Haltung ein. Im März 1980 wurde der chilenische Wirtschaftsstandort von Ernst Henri Lécho⁷⁰⁶ als „recht erfreulich“ charakterisiert, ein Jahr später forderte Paul Rudolf Jolles von Botschafter Moret eine Intensivierung der schweizerisch-chilenischen Handelsbeziehungen. Die Aussage des Direktors des Bundesamts für Aussenwirtschaft, erst im Jahr 1980 durch Cecil Parkinson von der wirtschaftsliberalen Politik in Chile informiert worden zu sein, kann als Ausdruck des äusserst begrenzten Interesses der Angehörigen der Bundesverwaltung für Lateinamerika beurteilt werden. Während den Siebzigerjahren reiste keine offizielle Delegation in diesen Teil der Welt. Als man die chilenischen Verhältnisse im Rahmen der sogenannten Goodwill-Mission persönlich begutachtete, zeigten sich die Beamten enttäuscht. Auch dies verweist darauf, wie wenig konkretes Wissen über die ökonomischen Vorgänge in Chile in der Schweiz vorhanden waren.

Die Goodwill-Mission im November 1981 führte innerhalb der Bundesverwaltung zu einem Meinungsumschwung über die Beurteilung der chilenischen Wirtschaftspolitik. Die bisher in der Korrespondenz lobend hervorgehobenen marktfreundlichen Reformen wurden plötzlich als zu theoretisch und dogmatisch beurteilt. Im Bericht über die Goodwill-Mission wurden daher nicht nur die bisherigen Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung Chiles in Frage gestellt. Auch die Menschenrechtssituation wurde vom Bundesamt für Aussenwirtschaft aufgegriffen und kritisiert. Während des wirtschaftlichen Erfolgs fand diese kaum Beachtung, im Moment des drohenden Misserfolgs wurde sie hingegen als zusätzliche Problematik angeführt. Die chilenische Diktatur wurde in der Korrespondenz zwischen der schweizerischen Botschaft in Santiago de Chile und dem Bundesamt für Aussenwirtschaft so lange als Wirtschaftspartner akzeptiert, wie die Reformen Erfolge versprachen. Erst als diese ausblieben, wurden bei ökonomischen Anliegen auch menschenrechtliche Fragen berücksichtigt.

Grosse Unterschiede in der Haltung gegenüber der chilenischen Militärdiktatur zeigten sich jedoch zwischen dem Eidgenössischen Militärdepartement und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten. Die Eigenschaften einzelner Departemente kamen dabei stark zum Vorschein. Je nach Aufgabengebiet vertrat man unterschiedliche Standpunkte. Auch die schweizerischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier waren sich seit dem Militärputsch uneinig, wie die Schweiz ihren Aussenhandel mit Chile gestalten sollte. Obwohl der Umfang der Handelsbeziehungen aus schweizerischer Sicht bescheiden war, führten

⁷⁰⁶ Lécho^t, Ernst Henri an OSEC und den Vorort: „Chile - Berichte“, 28. März 1980, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115A#1990/142#1878*, Az. 811, Chile, Wirtschaftliche Lage, 1980.

einige wenige Handelsgeschäfte zu Grundsatzdebatten über die Identität der Schweiz. Weil die Mehrheit des Warenaustauschs mit der Diktatur durch die Handels- und Gewerbefreiheit legitimiert war, entbrannte der Streit über den Handel mit Chile bei der Rüstungsgüterausfuhr umso heftiger. Die Debatten rund um die Auslegung des Kriegsmaterialgesetzes zeigen dabei auf, dass die schweizerische Politik nicht nur mit Europa, sondern auch mit einer fernen Weltregion wie Lateinamerika verknüpft war.⁷⁰⁷ Bei den Debatten des schweizerisch-chilenischen Waffenhandels können zudem anhand der Forderung einer möglichst autarken Rüstungsindustrie die Denkmuster der Bedrohungsszenarien des Kalten Kriegs erkannt werden.⁷⁰⁸ Die Interessen der Rüstungsindustrie fanden daher im Parlament einen äusserst breiten Zuspruch. Die schweizerische Regierung äusserte sich nur auf Anfragen aus dem Parlament öffentlich über Chile, wobei die Antworten stets im Sinne der Neutralitätspolitik ausfielen. Generelle Aussagen zur Wahrung der Menschenrechte waren aus Sicht des Bundesrats unproblematisch. Bei einer konkreten Anfrage über die chilenischen Foltermethoden verwies der Bundesrat jedoch auf das Selbstbestimmungsrecht anderer Staaten. Angehörige linker Parteien setzten sich im Bundeshaus daher gegen die chilenische Militärdiktatur ein. Diese Parlamentsmitglieder übten somit eine „Kontrollfunktion“ gegenüber der aussenpolitisch zurückhaltenden Regierung aus.⁷⁰⁹

Aussenminister Aubert verwies in einem seiner Berichte auf die zahlreichen Kritiker Pinochets innerhalb der schweizerischen Bevölkerung. Einen Einblick in die gespaltene öffentliche Haltung gegenüber der chilenischen Diktatur wurde anhand einer qualitativen Analyse von Presseerzeugnissen aus der damaligen schweizerischen Medienlandschaft geboten. Auch in den Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln können die diametral unterschiedlichen Ansichten über die chilenische Politik erkannt werden.

Das potentiell umfangreichste Handelsgeschäft mit Chile scheiterte, obwohl es eine breite Unterstützung innerhalb der Bundesverwaltung und der Politik fand. Dem Gesamtbundesrat wurden aus den Departementen Berichte vorgelegt, die das potentielle Exportgeschäft aus unterschiedlicher Perspektive prüften. Ähnlich wie in anderen aussenpolitischen Bereichen, wurden auch in der Aussenhandelspolitik Entscheidungen getroffen, die auf den Stellung-

⁷⁰⁷ Vgl. mit: Gees, Thomas: Die Schweiz im Europäisierungsprozess. Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzepte am Beispiel der Arbeitsmigrations-, Agrar und Wissenschaftspolitik, Zürich 2006, S. 390.

⁷⁰⁸ Siehe: Berger Ziauddin, Silvia: Überlebensinsel und Bordell. Zur Ambivalenz des Bunkers im atomaren Zeitalter, in: Eugster, David; Marti, Sibylle (Hrsg.): Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa, Essen 2015, S. 69-93.

⁷⁰⁹ Zum Konzept der „Kontrollfunktion“ des Parlaments siehe: Zala, Sacha: Einleitung, in: Diplomatische Dokumente der Schweiz, Band 24 (1.1.1967-31.12.1969), Zürich 2012, S. XXIV- XXXVII, hier S. XXXVI.

nahmen der Bundesverwaltung basieren.⁷¹⁰ Beim besprochenen Fallbeispiel wurden die entsprechenden Berichte von Departementsvorsteher Aubert persönlich unterzeichnet, bevor sie an seine Ratskollegen weitergereicht wurden. Der Bundesrat lehnte daher nicht zuletzt aufgrund der öffentlichen Meinung das millionenschwere Exportvorhaben der Mowag AG im Jahr 1979 ab. Dieser Entscheid ist aufgrund des weitreichenden politischen Lobbyismus und aufgrund der Bedeutung des Rüstungsunternehmens als regional wichtiger Arbeitgeber und Steuerzahler beachtenswert. Auch innerhalb der wirtschaftsnahen Kreise der Bundesverwaltung kam es zu einem Umdenken: Selbst das Bundesamt für Aussenwirtschaft kritisierte in ihrem vertraulichen Bericht über die „Goodwill-Mission“ im Januar 1982 die Menschenrechtssituation in Chile. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft griff damit eine Thematik auf, die traditionell nicht zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörte. Wenige Jahre zuvor wäre eine solche Aussage noch nicht denkbar gewesen.

⁷¹⁰ Gees, Thomas; Kellerhals-Maeder, Andreas; Meier Daniela: Die Verwaltung der schweizerischen Aussenpolitik 1914-1978. Bundesrat und Bundesverwaltung: Entscheidungsprozesse und Netzwerke in der Landwirtschafts- und Umweltschutzaussenpolitik, Zürich 2002, S. 233.

5. Rindfleisch, Rotwein, Rezession: Die argentinische Militärdiktatur

5.1 Ausmass und Politisierung des Handels

Wahrscheinlich gehörte es in das Anforderungsprofil eines schweizerischen Botschafters in Lateinamerika in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, auch dann noch die Ruhe bewahren zu können, wenn durch die Strassen der Hauptstadt des Residenzlandes wieder einmal die Panzer der Streitkräfte rollen, weil ein Staatsstreich durchgeführt wird. Ende März 1976 war es in Buenos Aires so weit, als General Jorge Rafael Videla im Präsidentenpalast die Kontrolle über Argentinien übernahm. Nur einige Strassen weiter nördlich, an der Avenida Santa Fe 846, befand sich die schweizerische Botschaft. Hier trat William Frei erst vor wenigen Wochen seinen Dienst an. Als ehemaliger Botschafter in Peru sammelte er bereits jahrelange Erfahrung darin, gegenüber einer Militärdiktatur die schweizerischen Interessen zu vertreten.⁷¹¹

Vielleicht lag es an seiner Berufserfahrung: Die Ereignisse brachten ihn nicht aus der Ruhe. Frei beurteilte das Verhalten der Armee nicht einmal als Staatsstreich. Gegenüber der Handelsabteilung hielt er fest, dass „angesichts des Vakuums an der Führungsspitze“ nicht „von einer Machtübernahme“ gesprochen werden dürfe.⁷¹² Offen kommunizierte Frei seine Abneigung gegenüber der bisherigen Politik von Isabel Perón: „Nach einer nahezu drei Jahre dauernden Epoche, gekennzeichnet durch Misswirtschaft und Korruption im wirtschaftlichen Bereiche, von Demagogie, Populismus und Terror in der politischen Führung, haben die neuen Machthaber, ohne danach zu streben, eine grosse Verantwortung übernommen. Ihre Tragik liegt darin, dass nun gerade sie – die mit dem Stigma des Stiefels behaftet sind – in Zukunft für die verheerenden Folgen der Politik einer vom Volke gewählten Regierung geradestehen müssen.“⁷¹³ Der schweizerische Botschafter verharmloste in seiner Korrespondenz mit der Handelsabteilung nicht nur den Staatsstreich, sondern zeigte darin auch seine Sympathien für die Junta. Detailliert listete er den Beamten in Bern auf, wie die Militärs beabsichtigen, die argentinische Wirtschaft umzugestalten.⁷¹⁴

Auch gegenüber dem Politischen Departement äusserte Frei keine Kritik über das Verhalten der Generäle. Unmittelbar nach dem Putsch schickte er mehrere Dokumente nach Bern, die

⁷¹¹ Informationen zu Frei, William; dodis.ch/P2450

⁷¹² Frei, William an die Handelsabteilung: „Neuorientierung der argentinischen Wirtschaft“, 06.04.1976, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.

⁷¹³ Ebd., S. 3-4.

⁷¹⁴ Ebd., S. 2-3.

über die Ereignisse berichten.⁷¹⁵ Darunter befand sich auch ein Zeitungsartikel aus dem deutschsprachigen Argentinischen Tageblatt. Unter dem Titel „Einzig mögliche Alternative“ fasste der Artikel die Aussagen von Videla zusammen, dass Argentinien ein korruptes, von der Subversion geprägtes Land der Unordnung sei. Das Staatsoberhaupt kündigte den verhängnisvollen „Prozess der nationalen Reorganisation“ an, beteuerte aber zugleich, dass die Menschenrechte dabei nicht verletzt werden würden.⁷¹⁶ Ein bitterer Hohn, wie sich angesichts der Tausenden Opfer der Diktatur zeigen sollte.⁷¹⁷ Frei stellte Videlas Aussagen nicht in Frage.⁷¹⁸

Nicht nur die Diplomaten der schweizerischen Botschaft in Buenos Aires, sondern auch ihre Kollegen in Washington erkannten augenblicklich die ökonomischen Möglichkeiten, die von der argentinischen Diktatur ausgingen. Die Handelsabteilung erhielt wenige Tage nach dem Staatsstreich aus der schweizerischen Botschaft in Washington einen Zeitungsartikel aus der New York Times zugeschickt, in dem Wirtschaftsminister José Alfredo Martínez de Hoz lobend portraitiert wurde.⁷¹⁹ Raymond Probst, der schweizerische Botschafter in Washington, trat zudem in Kontakt mit dem argentinischen Botschafter Rafael Maximiliano Vásquez und dem ehemaligen argentinischen Wirtschaftsminister Adalbert Krieger Vasena. Probst teilte Paul Rudolf Jolles mit, dass sich der argentinische Botschafter in Washington über den Staatsstreich in seinem Heimatland freue.⁷²⁰ Probst wollte von Vásquez zudem wissen, ob der seinerzeit von Krieger Vasena initiierte „liberale und dem Auslandskapital [...] günstiger gesinnte Wirtschaftskurs“ nun fortgesetzt werde.⁷²¹ Er erhielt vom argentinischen Botschafter eine positive Antwort. Gegenüber Jolles hielt Probst fest: „Es sei somit zu hoffen, dass nunmehr an die damalige, für das Land so segensreiche Wirtschaftspolitik angeknüpft werde.“⁷²² Probst wies darauf hin, wie eng Krieger Vasenas Beziehungen zur Schweiz waren. Als Kabinettsmitglied während der Diktatur von Juan Carlos Onganía hätte er sich mehrmals von Edwin

⁷¹⁵ Siehe: Frei, William an das Politische Departement: „Coup d’Etat en Argentine. Composition du nouveau Gouvernement“, 31.03.1976, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.

⁷¹⁶ „Einzig mögliche Alternative“, in: Argentinisches Tageblatt, 31.03.1976, Anhang von Ebd.

⁷¹⁷ Riekenberg, Michael: Kleine Geschichte Argentiniens, München 2009, S. 174-175.

⁷¹⁸ Siehe seinen Begleitbrief zu den nach Bern gesandten Dokumenten: Frei, William an das Politische Departement: „Coup d’Etat en Argentine. Composition du nouveau Gouvernement“, 31.03.1976, S. 1-2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.

⁷¹⁹ Onis, Juan de: Argentina’s Planner – Jose Martinez de Hoz, in: New York Times, 31.03.1976, Anhang von: Zogg, Christian an die Politische Direktion, 01.04.1976, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.

⁷²⁰ Probst, Raymond an Jolles, Paul Rudolf (Direktor Handelsabteilung): „Argentinien“, 12.04.1976, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.

⁷²¹ Ebd.

⁷²² Ebd.

Stopper, dem damaligen Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, und dem damaligen Bundesrat Hans Schaffner ausgetauscht.⁷²³ In einem Postskriptum hielt Probst gegenüber Jolles fest, dass ihm Krieger Vasena telefonisch den positiven Ausblick auf die weitere Entwicklung der argentinischen Wirtschaft bestätigte und ihm mitteilte, dass zwei ranghohe Beamten seine ehemaligen Mitarbeitenden seien.⁷²⁴ Probst schloss seinen Brief hoffnungsvoll ab: „Alle Voraussetzungen für die dringend nötige wirtschaftliche Gesundung seien damit gegeben. Nun müsse dieses Experiment nur noch gelingen.“⁷²⁵

Der Machtwechsel in Argentinien war ein Ereignis, das von schweizerischer Seite nicht nur die Diplomaten an der Avenida Santa Fe 846 positiv stimmte. Das Engagement des schweizerischen Botschafters in den Vereinigten Staaten belegt, welch hoher Stellenwert Argentinien als Wirtschaftspartner der Schweiz genoss. Die Zuversicht war gross. Auch Botschafter Frei zeigte sich in den ersten Monaten der Diktatur optimistisch über die wirtschaftliche Entwicklung seines Residenzlandes. Obwohl er der Handelsabteilung Anfang Juni 1976 mitteilte, dass ein statistisch belegtes Urteil noch nicht möglich sei, listete er in seinem Schreiben zahlreiche Bereiche auf, in denen seiner Meinung nach bereits erste Erfolge zu verbuchen seien. Erneut kritisierte er die peronistische Wirtschaftspolitik, in dem er sie als Begründung dafür anführte, warum sich die wirtschaftliche Lage in Argentinien nur langsam verbessere.⁷²⁶ Sorgen bereiteten dem Diplomaten die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen politisch links und rechts stehenden Kräften in Argentinien: „So lange die mancherorts auf viel Verständnis stossende Subversion von links – über die zumeist nur in Agenturmeldungen berichtet wird – und der ebenso verabscheuungswürdigen Terror von rechts – der heute weltweit zum Anlass genommen wird, die Militärregierung zu diskreditieren – in Argentinien noch weiter andauern, bleibt eine günstige Prognose fraglich.“⁷²⁷

Die argentinische Militärdiktatur wurde wenige Tage später auch im Nationalratssaal in Bern thematisiert. Nationalrat Jean Ziegler (SP) beklagte sich über die „dictature militaire d’une rare sauvagerie“ und zeigte sich besorgt über die Situation der argentinischen Dissidenten.⁷²⁸ Der Bundesrat antwortete Ziegler anhand juristischer Informationen über das schweizerische

⁷²³ Ebd.

⁷²⁴ Ebd., S. 2.

⁷²⁵ Ebd.

⁷²⁶ Frei, William an die Handelsabteilung: „Erste Anzeichen einer Besserung der argentinischen Wirtschaftslage“, 01.06.1976, S. 1-3, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.

⁷²⁷ Ebd., S. 3.

⁷²⁸ Question ordinaire urgente Ziegler-Genève du 16 juin 1976, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1976, Band II, Sommersession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 76.717, 25.06.1976, Ref. No 20 004 963, S. 888.

Asylwesen, gab aber keine kritische Stellungnahme über die argentinische Diktatur ab.⁷²⁹ Nationalrat Christian Grobet (SP) vermisste auch zwei Jahre später noch eine solche Stellungnahme. Der Bundesrat kam dieser Forderung aufgrund der folgenden Begründung nicht nach: „Selon une pratique qu’elle a constamment suivie, la Suisse entretient des relations avec des Etats et non avec des gouvernements. Elle applique ainsi le principe d’universalité des relations extérieures, sans que l’existence de relations diplomatiques avec un Etat puisse être interprétée comme tenant lieu de jugement porté sur la situation intérieure de celui-ci.“⁷³⁰

In der schweizerischen Botschaft setzte man sich für gute Beziehungen mit Argentinien ein. Frei beschrieb der Handelsabteilung die Bemühungen von Wirtschaftsminister Martínez de Hoz, die Bonität Argentinien zu erhöhen. Martínez de Hoz tauschte sich dafür sowohl mit dem Internationalen Währungsfonds als auch mit nordamerikanischen und europäischen Banken aus. Frei wies die Handelsabteilung darauf hin, dass der argentinische Wirtschaftsminister beabsichtige, in die Schweiz zu reisen.⁷³¹

Wie bereits einleitend beschrieben, besuchte Martínez de Hoz Anfang Juli 1976 die Schweiz. In Zürich tauschte er sich mit Angehörigen der schweizerischen Grossbanken aus, in Bern traf er sich mit Vertretern des Bundes.⁷³² Mehrere Tage wurde gegen diesen Besuch demonstriert.⁷³³ Der Widerstand aus der Bevölkerung hielt Bundesrat Brugger nicht davon ab, den argentinischen Wirtschaftsminister zu treffen und seine Gäste, aber auch General Videla am Ende seiner Rede zu beglückwünschen.⁷³⁴ Die Neue Zürcher Zeitung berichtete am nächsten Tag über die neue marktfreundliche Wirtschaftspolitik Argentinien. Sie wies ihre Leserschaft auf den Appell des argentinischen Wirtschaftsministers hin, dass die Reformen nicht ohne die „Hilfe der ausländischen Freunde Argentinien“ durchgeführt werden können.⁷³⁵ Martínez de Hoz schien bei seiner Reise Freunde gefunden zu haben.

⁷²⁹ Ebd.

⁷³⁰ Question ordinaire Grobet du 26 septembre 1978: Schweiz-Argentinien. Beziehungen, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1978, Band VII, Wintersession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 78.769, 15.12.1978, Ref. No 20 007 245, S. 1935-1936, hier: S. 1936.

⁷³¹ Frei, William an die Handelsabteilung: „Erste Anzeichen einer Besserung der argentinischen Wirtschaftslage“, 01.06.1976, S. 3, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.

⁷³² Siehe: "Programme pour la délégation argentine les 8 et 9 juillet", Anhang 1 von Rothenbühler, Fritz an Brugger, Ernst: „Note à Monsieur le Conseiller fédéral Brugger: Visite du Ministre de l'économie argentin le 9 juillet 1976“, 06.07.1976, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7110#1987/20#1529*, Az. 877.3, Argentinien, Besuche, 1976.

⁷³³ SDA-Meldung: „Protest gegen den Besuch des argentinischen Wirtschaftsministers“, 06.07.1976, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7110#1987/20#1529*, Az. 877.3, Argentinien, Besuche, 1976.

⁷³⁴ Siehe: „Allocution prononcée par monsieur le conseiller fédéral Ernst Brugger à son excellence M. José Alfredo Martínez de Hoz, Ministre argentin de l'économie. Berne/Maison de Watteville le vendredi, 9 juillet 1976“, S. 5-6, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7110#1987/20#1529*, Az. 877.3, Argentinien, Besuche, 1976.

⁷³⁵ Uhlig, Andreas: Die ökonomischen Ziele der Militärregierung. Neoliberales Programm, in: Neue Zürcher Zeitung, 10./11.07.1976, S. 18.

Sein Besuch wirkte sich auch auf den Aktienmarkt aus. „Seit Argentinien's Wirtschaftsminister den Fuss auf schweizerischen Boden gesetzt hat, gehen an der Börse die Kurse der Compañía Italo-Argentina de Electricidad (CIAE) in die Höhe“, berichtete die Basler National-Zeitung am 10. Juli 1976.⁷³⁶ Der Artikel stellte die Wirtschaftsreformen in Argentinien als notwendig dar, damit Argentinien den internationalen Gläubigern die Schulden zurückbezahlen kann.⁷³⁷ Optimistisch erwähnte die National-Zeitung, dass es den einheimischen Finanzinstituten ein Jahr zuvor gelang, dank eines Darlehens an die peruanische Nationalbank die Interessen der Investoren in der peruanischen Diktatur durchzusetzen.⁷³⁸ Erwartungsvoll blickte man von Basel nach Zürich: „Man darf daher gespannt sein, wie hart sich die Verhandlungen mit Argentinien hinter den Doppeltüren an der Bahnhofstrasse in Zürich abwickeln.“⁷³⁹ Nationalrat Ziegler griff 1977 im Parlament die Geschäftstätigkeit des schweizerischen Finanzplatzes mit der argentinischen Diktatur auf. Anhand einer Einfachen Anfrage wollte er wissen, ob die schweizerische Regierung über das Darlehen informiert sei. Er verknüpfte dies auch gleich damit, vom Bundesrat eine Stellungnahme über die generellen Beziehungen schweizerischer Banken mit der Diktatur zu erhalten.⁷⁴⁰ Ziegler erhielt eine sehr kurze Antwort: Der Bundesrat erklärte, über ein solches Geschäft nichts zu wissen.⁷⁴¹

Zweckoptimismus

Doch nicht nur die schweizerischen Grossbanken, sondern auch die Unternehmen erkannten die ökonomische Attraktivität der argentinischen Militärdiktatur. Als die Argentinische Handelskammer im Oktober 1976 eine Veranstaltung mit einer argentinischen Delegation rund um den Direktor der argentinischen Entwicklungsbank durchführte, nahmen Vertreter von Firmen wie Ciba-Geigy, Brown, Boveri & Cie., Motor Columbus, Nestlé, Sandoz oder auch die Schweizerische Industrie-Gesellschaft daran teil.⁷⁴² Carlos Helbling, der Direktor der argentinischen Entwicklungsbank, war mit der Schweiz bestens vertraut. Wie die Aktennotiz

⁷³⁶ Kappeler, Beat: Argentinien's Schulden und die Schweiz. Antrittsbesuch des Wirtschaftsministers Martinez de Hoz bei den Gläubigern, in: National-Zeitung, Nr. 212, 10.07.1976, Artikel ohne Seitenangabe archiviert in: Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel, SWA Vo H XI 2b CH-RA, Wirtschaftsbeziehungen CH. Argentinien. Dokumentensammlung. Zeitungsausschnitte.

⁷³⁷ Ebd.

⁷³⁸ Ebd.

⁷³⁹ Ebd.

⁷⁴⁰ Question ordinaire Ziegler-Genève du 5 mai 1977: Bankkredit an Argentinien, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1977, Band IV, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 77.691, 07.10.1977, Ref. No 20 006 095, S. 1378-1379, hier: S. 1379.

⁷⁴¹ Ebd.

⁷⁴² Siehe „Anwesenheitsliste“ von „Argentinische Handelskammer: Einladung zu einem Seminar über die wirtschaftliche Entwicklung Argentinien's“, S. 2-4, Anhang von Kündig, Gregor an zahlreiche Empfänger: „Aktennotiz. Seminar über die wirtschaftliche Entwicklung Argentinien's / Zürich, 15. Oktober 1976“, 18.10.1976, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7110#1987/20#1529*, Az. 877.3, Argentinien, Besuche, 1976.

der Handelsabteilung hervorhob, wuchs er dort auf.⁷⁴³ Die Veranstaltung war aus Sicht der Teilnehmenden ein voller Erfolg. Die Handelsabteilung lobte die „zum Teil ausgezeichneten Referate“, in denen der „aufmerksamen Zuhörerschaft“ die wesentlichen Aspekte der neuen Wirtschaftspolitik erklärt wurden.⁷⁴⁴ Anhand der Aktennotiz sind die Kernaussagen der Veranstaltung überliefert: Es wurde den Angehörigen der schweizerischen Wirtschaft erklärt, dass Präsident Perón der „Champion mondial de la démagogie“ und Argentinien „einem marxistischen Infiltrationsprozesse ausgesetzt“ gewesen sei.⁷⁴⁵ Vor dem Putsch hätte es in Argentinien „keine wirkliche Führungselite“ gegeben.⁷⁴⁶ Die Armee sei „in schwierigen Zeiten als einziger Ordnungsfaktor [...] zum Eingreifen gedrängt“ worden.⁷⁴⁷ Die Aktennotiz der Handelsabteilung listete zahlreiche Aspekte der neuen argentinischen Wirtschaftspolitik auf.⁷⁴⁸ Die Ausführungen wurden als Bekenntnis zu einer liberalen Wirtschaftsordnung verstanden. „Die Militärs zögen Wilhelm Röpke Karl Marx vor“, hielt das Dokument in dieser Hinsicht fest.⁷⁴⁹ Gemäss der Aktennotiz der Handelsabteilung gefielen die Referate dem schweizerischen Publikum. Die Handelsabteilung ging aber davon aus, dass man den Argentinern nur aus ökonomischen, nicht aus politischen Gründen Sympathien entgegengebracht. „Ein gewisser Zweckoptimismus“ sei seitens der schweizerischen Privatwirtschaft an dieser Tagung „sicherlich nicht ganz auszuschliessen“ gewesen, hielt die Aktennotiz diplomatisch fest.⁷⁵⁰ Es blieb kritischen Beobachtern nicht verborgen, dass schweizerische Unternehmen auch in der argentinischen Diktatur geschäftlich aktiv sind. „Profite dank Terror – auch für Schweizer“, lautete beispielsweise ein Titel der Zeitung „Berner Tagwacht“ im Juni 1977.⁷⁵¹ Der Artikel informierte über die Geschäftstätigkeit schweizerischer Unternehmen in den folgenden anklagenden Worten: „Lukrative Geschäfte machen die Multis in Argentinien. Dies ist aber nur möglich, weil das argentinische Terror-Regime das Volk mit brutaler Repression unterdrückt.“⁷⁵²

⁷⁴³ Kündig, Gregor an zahlreiche Empfänger: „Aktennotiz. Seminar über die wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens / Zürich, 15. Oktober 1976“, 18.10.1976, S. 3 in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7110#1987/20#1529*, Az. 877.3, Argentinien, Besuche, 1976.

⁷⁴⁴ Ebd., S. 1.

⁷⁴⁵ Ebd.

⁷⁴⁶ Ebd.

⁷⁴⁷ Ebd., S. 2.

⁷⁴⁸ Ebd., S. 2-3.

⁷⁴⁹ Ebd., S. 2.

⁷⁵⁰ Ebd., S. 1.

⁷⁵¹ Siehe Artikel: Profite dank Terror – auch für Schweizer (ohne Angabe des Autors), in: Berner Tagwacht, 11./12.06.1977, Artikel ohne Seitenangabe archiviert in: Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel, SWA Vo H XI 2b CH-RA, Wirtschaftsbeziehungen CH. Argentinien. Dokumentensammlung, Zeitungsausschnitte.

⁷⁵² Siehe: Ebd. Die Kritik an der internationalen Geschäftstätigkeit von westlichen Unternehmen beschränkte sich nicht nur auf die Schweiz. Gemäss Ulrich Menzels Überblickdarstellung entwicklungspolitischer Theorien waren global tätige Unternehmen in der Zeit nach dem Ölshock einer besonders starken Kritik ausgesetzt. Diese

Botschafter Frei stellte hingegen in seiner Berichterstattung die Entwicklung in ähnlicher Art und Weise dar, wie es die argentinische Delegation gegenüber den Vertretern der schweizerischen Privatwirtschaft machte.⁷⁵³ Im Oktober 1976 lagen statistische Daten vor, die Frei in seine Berichterstattung einfließen lassen konnte. Sinkende Inflationszahlen, Devisenreserven, verbesserte Handelsaussichten im Agrarsektor, neue Kredite aus dem Ausland – der schweizerische Botschafter war mit der wirtschaftlichen Entwicklung Argentiniens zufrieden.⁷⁵⁴ Dass die argentinische Bevölkerung durchschnittlich niedrigere Löhne erhielt, die Kaufkraft abnahm und sich die Steuerlast erhöhte, wurde von Frei als notwendige Nebenerscheinung einer ansonsten erfolgreichen Wirtschaftspolitik dargestellt.⁷⁵⁵ Die anhaltenden ökonomischen Strukturprobleme aus der Zeit des Peronismus konnten gemäss Frei nur mit „drastischen Massnahmen“ behoben werden.⁷⁵⁶

Auch gegenüber der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung zeigte sich Frei von den eingeleiteten Reformen in der Militärdiktatur überzeugt. Er lobte nicht nur die aus seiner Sicht attraktive Gesetzgebung für ausländische Investitionen, sondern freute sich auch darüber, dass der Import ausländischer Güter erschwert wurde. Hinter seiner Freude steckte ein langfristiges Kalkül: Der schweizerische Botschafter erhoffte sich, dass sich Argentinien dank einer kurzfristigen Politik der Handelshemmnisse zu einem längerfristig devisenstarken Handelspartner entwickeln werde.⁷⁵⁷

Die einzelnen schweizerischen Wirtschaftsbranchen waren damals unterschiedlich stark vom Rückgang des argentinischen Imports betroffen. Die schweizerische Luxus- und Konsumgüterindustrien litten am stärksten unter den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Argentinien. Schweizerische Maschinen und Erzeugnisse der Chemieindustrie wurden hingegen weiterhin gekauft. Frei erwartete, dass sich bei einer Erholung der argentinischen Wirtschaft auch der Absatz der weniger gefragten schweizerischen Güter wieder erhöhen werde.⁷⁵⁸

Ein Jahr nach dem Militärputsch zeigte sich der schweizerische Botschafter immer noch äusserst zuversichtlich über die Erfolgss Aussichten der wirtschaftspolitischen Reformen in Ar-

seien „zu den neoimperialistischen Akteuren schlechthin stilisiert“ worden. Siehe: Menzel, Ulrich: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt am Main 1992, S. 110-111.

⁷⁵³ Frei, William an die Handelsabteilung: „Stabilisierung der argentinischen Wirtschaftslage“, 18.10.1976, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.

⁷⁵⁴ Ebd., S. 1-2.

⁷⁵⁵ Ebd., S. 2-4.

⁷⁵⁶ Ausführlich dazu: Ebd., S. 2-4.

⁷⁵⁷ Siehe Dokument „Argentinien“, S. 1-4, Anhang von Frei, William an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC): „Wirtschaftliche Mittelungen – Nr. 1/1977“, 16.11.1976, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.

⁷⁵⁸ Ebd., S. 3-4.

gentinien.⁷⁵⁹ Auch sein Mitarbeiter Gérard Fonjallaz war hinsichtlich Martínez de Hoz' Massnahmen optimistisch eingestellt, auch wenn er die Handelsabteilung auf die sozialen Probleme in seinem Gastland hinwies.⁷⁶⁰ Öffentlich zeigte sich Fonjallaz aber von der argentinischen Wirtschaftspolitik überzeugt. Im Oktober 1977 wurde er von der argentinischen Wirtschaftszeitung „Compendio“ über die ökonomischen Beziehungen zwischen Argentinien und der Schweiz interviewt. Detailliert zählte Fonjallaz die Kategorien an Gütern auf, die zwischen den beiden Staaten gehandelt worden sind. Beim schweizerischen Import führte er Rindfleisch als das begehrteste argentinische Handelsgut an.⁷⁶¹

Er gab auch Auskunft über die schweizerischen Unternehmen, die in Argentinien Niederlassungen hatten. Fonjallaz nannte neben den Grossbanken unter anderem die Unternehmen Brown Boveri & Cie., Ciba-Geigy, Hoffmann-La Roche, Nestlé, Sandoz und Swissair. Das Gespräch beinhaltete auch die wichtigsten Messen in der Schweiz, an deren ausländische Firmen ihre Produkte vorstellen können. Fonjallaz erwähnte beispielsweise die Basler Mustermesse und den Genfer Auto-Salon.⁷⁶² Am Ende des Interviews durfte sich der Diplomat noch frei über die schweizerisch-argentinischen Wirtschaftsbeziehungen äussern. Er hielt unter anderem fest: „A la expectativa estos últimos años, la actividad en la Argentina de los inversores extranjeros en general y los suizos en particular, podría ser estimulada por el establecimiento de un régimen estable y atractivo.“⁷⁶³ Für Fonjallaz waren die Vorteile der argentinischen Militärdiktatur nicht zuletzt auch aus Sicht der schweizerischen Wirtschaftsinteressen klar ersichtlich. Die Handelsabteilung teilte Fonjallaz mit, dass man mit dem Interview zufrieden sei.⁷⁶⁴

Der „Zweckoptimismus“, mit dem gemäss der Handelsabteilung die schweizerische Privatwirtschaft der argentinischen Militärdiktatur gegenüberstand, traf auch auf die Beamten der Bundesverwaltung zu. Wie anhand mehrerer Dokumente dargelegt wurde, sympathisierte man mit der argentinischen Politik aus ökonomischen Gründen. Erleichternd kam hinzu, dass die Wirtschaftspolitik nicht von der Junta, sondern von einer Zivilperson gestaltet wurde. Wie

⁷⁵⁹ Siehe: Frei, William an die Handelsabteilung: „Argentine – chiffres du 1er trimestre de 1977 en matière économique“, 01.06.1977, S. 1-2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.

⁷⁶⁰ Fonjallaz, Gérard an die Handelsabteilung: „Argentine – Résultats économique du 1er semestre 1977“, 23.09.1977, S. 1-2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.

⁷⁶¹ „Comercio exterior, Entrevistas“ von „Compendio“ mit Gérard Fonjallaz (zweiseitiges, ausgeschnittenes Interview ohne Datumsangabe, ohne Angabe der Seitenzahlen der Zeitung), S. 1, Anhang von Fonjallaz, Gérard an die Handelsabteilung: „Relations commerciales Suizo-argentines“, 07.10.1977, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7710#1988/12#1656*, Az. 821, Handelsbeziehungen, Argentinien, 1977.

⁷⁶² Ebd., S. 2.

⁷⁶³ Ebd.

⁷⁶⁴ Greiner, Hans-Ulrich an Frei, William: „Argentinien – Berichte“, 13.10.1977, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7710#1988/12#1656*, Az. 821, Handelsbeziehungen, Argentinien, 1977.

zitiert, sprach Botschafter Frei zwar schon früh vom „verabscheuungswürdigen Terror von rechts“. Frei und sein Mitarbeiter Fonjallaz erwähnten beide auch die ökonomischen Nachteile für weite Teile der Bevölkerung, die von den Reformen ausgingen. Innerhalb der schweizerischen Botschaft und der Handelsabteilung schien man diese Verfehlungen jedoch als Nebenerscheinung der erhofften wirtschaftlichen Prosperität wahrzunehmen. Wie reagierten die Beamten, als sich der gewünschte Aufschwung in Argentinien nicht einstellte?

„Chaosökonomie?“

Botschafter Frei beklagte sich zwar im Dezember 1977 bei der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung über „une situation économique chaotique“ in seinem Residenzland, er zeigte sich aber in Hinblick auf die weitere Entwicklung immer noch zuversichtlich.⁷⁶⁵ Der argentinische Aussenhandel entwickelte sich vorteilhaft.⁷⁶⁶ Auch die Schweiz profitierte von dieser Entwicklung.⁷⁶⁷ Bereits wenige Monate später schien Frei seinen Glauben an den Erfolg der argentinischen Wirtschaftspolitik verloren zu haben. In einem vertraulichen Bericht schilderte er der Handelsabteilung auf mehreren Seiten den aussichtslos wirkenden Kampf gegen die Inflation.⁷⁶⁸ Seiner Meinung nach hing der Misserfolg nicht zuletzt damit zusammen, dass die argentinische Bevölkerung der Geldentwertung nicht kritisch genug entgegenstehen würde.⁷⁶⁹ Das drastische Eingreifen in die argentinische Wirtschaft legitimierte der Botschafter immer noch anhand der Spätfolgen des Peronismus: „Le peuple argentin, qui a été gaté par la politique péroniste, n'est pas réputé pour sa patience. Les militaires doivent le savoir et ils agiront en conséquence.“⁷⁷⁰

Auch gegenüber der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung konnte Frei nur wenig Positives über die wirtschaftliche Lage in Argentinien berichten. Er erwähnte zwar, dass sich

⁷⁶⁵ „Situation économique de l'Argentine en 1977“, S. 1, Anhang von Frei, William an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung: „Informations économiques“ – No 1/1978, 07.12.1977, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.S. 1.

⁷⁶⁶ Ebd., S. 2-3.

⁷⁶⁷ Ebd., S. 4.

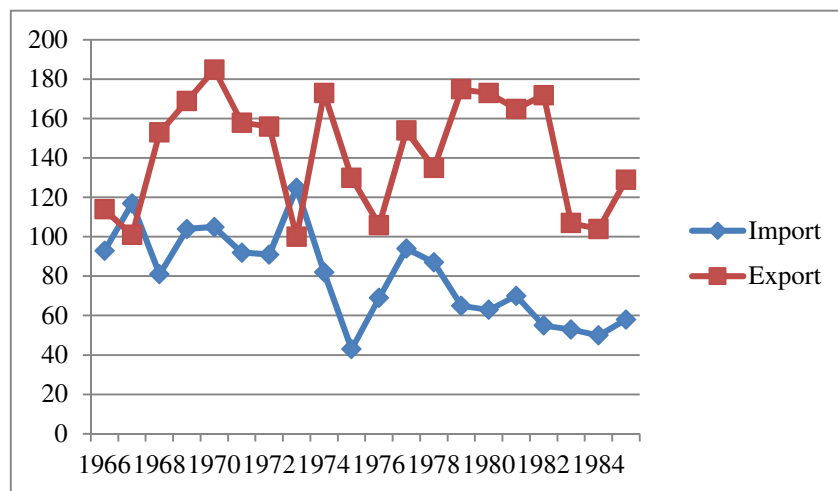
⁷⁶⁸ Frei, William an die Handelsabteilung: „Argentine – Résultats de l'évolution économique en 1978 (confidentiel)“, 10.05.1978, S. 1-3, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978. Die ökonomische Forschung hält rückblickend fest, dass Martínez de Hoz die falschen wirtschaftspolitischen Massnahmen gegen die Inflation einleitete. Siehe dazu: Jaksch, Hans Jürgern: Wirtschaftliche Liberalisierung und Inflation in Argentinien von 1976 bis 1981, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Band 37 (1988), Heft 1, S. 23-50.

⁷⁶⁹ Frei, William an die Handelsabteilung: „Argentine – Résultats de l'évolution économique en 1978 (confidentiel)“, 10.05.1978, S. 2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.

⁷⁷⁰ Ebd., S. 3.

die finanzielle Lage der Militärdiktatur aufgrund internationaler Kredite verbessert hätte.⁷⁷¹ Frei blickte aber nur mit begrenzter Zuversicht auf die Entwicklung der argentinischen Wirtschaft.⁷⁷² Der Bericht aus der schweizerischen Botschaft hält fest, dass sich der argentinische Aussenhandel 1978 verbesserte.⁷⁷³ Die schweizerische Exportindustrie profitierte von dieser Entwicklung jedoch nicht, hielt Frei gegenüber Bern fest.⁷⁷⁴ Der Blick in die schweizerische Aussenhandelsstatistik bestätigt diese Annahme, wie die folgende Grafik zeigt.

Diagramm 14: Entwicklung des Aussenhandels Schweiz-Argentinien in den Jahren 1966 bis 1985 in Millionen Franken



Quelle: Aussenhandelsstatistik der Oberzolldirektion, Jahrgänge 1966 bis 1985⁷⁷⁵, inflationsbereinigt (Index = 1966).⁷⁷⁶

Der schweizerisch-argentinische Aussenhandel entwickelte sich im Zeitraum der Diktatur zwischen 1976 bis 1983 nicht positiv. Die wirtschaftsfreundliche Politik der Junta wirkte sich nur beschränkt auf den gemeinsamen Handel aus. Der schweizerische Export nach Argentinien blieb volatil. Der schweizerische Import argentinischer Waren setzte auch während der Militärdiktatur den Abwärtstrend fort. Der prozentuale Anteil Argentiniens am schweizerischen Gesamtimport nahm seit 1967 beinahe kontinuierlich ab. In den ersten Jahren der Mili-

⁷⁷¹ „Situation économique de l’Argentine en 1978“, S. 1, Anhang von Frei, William an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC), 30.11.1978: „Informations Economiques“– N° 1/1979 (Urgent), in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.

⁷⁷² Ebd., S. 1-2.

⁷⁷³ Ebd., S. 2-3.

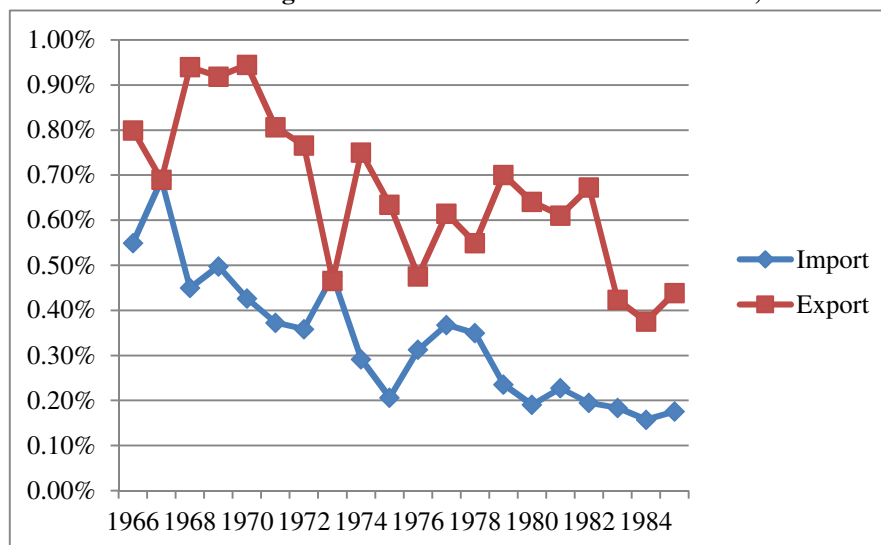
⁷⁷⁴ Ebd., S. 5.

⁷⁷⁵ Angaben gemäss Historical Statistics of Switzerland Online, Tabellen L.19. („Einfuhrwerte nach Ursprungsländern 1920-1992 (in Millionen Franken): Amerika -“) und L.23. („Ausfuhrwerte nach Verbrauchsländern 1920-1992 (in Millionen Franken): Amerika -“), URL: www.fsw.uzh.ch/histstat/main.php, konsultiert am 14.03.2017.

⁷⁷⁶ Deflationiert anhand des Konsumentenpreixindex (KPI) durch die Webseite „swistoval“, Christian Pfister, Roman Studer. Swistoval. The Swiss Historical Monetary Value Converterter. Historisches Institut der Universität Bern. <http://www.swisstoival.ch/> ((Datum des Zugriffs (14.03.2017))).

tärdiktatur stieg die Bedeutung von argentinischen Waren in der Schweiz kurzfristig an. Ab 1979 sank der Anteil argentinischer Güter am Gesamtimport aber wieder deutlich. Am Ende der Diktatur waren nur noch 0.18% aller in die Schweiz eingeführten Güter argentinischer Herkunft.⁷⁷⁷ Ein ähnliches Bild zeigt sich beim argentinischen Anteil am schweizerischen Gesamtexport. Ab den Siebzigerjahren verlor Argentinien als Abnehmer schweizerischer Güter an Bedeutung. Während 1970 rund 1% aller aus der Schweiz exportierten Waren nach Argentinien ausgeführt wurden, waren es 1983 nur noch 0.42%.⁷⁷⁸ Wie Diagramm 15 veranschaulicht, nahm Argentinien als Handelspartner der Schweiz bis in die Mitte der Achtzigerjahre deutlich ab. Zum Vergleich: Die ökonomische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Argentinien blühte im Zeitraum der Diktatur förmlich auf. Für die Westdeutschen war Argentinien damals in ökonomischer Hinsicht das bedeutendste Entwicklungsland.⁷⁷⁹ Der klare Bedeutungsverlust Argentiniens als schweizerischer Wirtschaftspartner ist daher bemerkenswert.

Diagramm 15: Prozentualer Anteil Argentiniens am Gesamthandel der Schweiz, 1966-1985



Quelle: Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz, Bern, Jahrgänge 1966-1983.

„Spekulationsökonomie?“

In der Korrespondenz zwischen der schweizerischen Botschaft in Buenos Aires und der Bundesverwaltung wurde in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre immer wieder die schwierige ökonomische Lage Argentiniens erwähnt. Die wirtschaftlichen Probleme dieser Zeit verblas-

⁷⁷⁷ Angaben gemäss Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz 1983, Band 1, Bern 1984, S. 536.

⁷⁷⁸ Ebd.

⁷⁷⁹ Thun, Tino: Menschenrechte und Aussenpolitik. Bundesrepublik Deutschland – Argentinien 1976-1983. Vorwort von Ernst Käsemann und Osvaldo Bayer, Bremen 1985, S. 128.

sen aber angesichts der Krisen, die in Lateinamerika in den frühen Achtzigerjahren ausbrachen. Auch Argentinien sollte nicht verschont bleiben.⁷⁸⁰

Im Januar 1981 erhielten die Beamten in Bern einen unerwartet kritischen Bericht aus der schweizerischen Botschaft in Buenos Aires. In der ersten Zeit nach dem Militärputsch hielt die Berichterstattung aus der Avenida Santa Fe 846 noch positiv fest, dass die Diktatur bestrebt sei, für ausländische Investitionen attraktiver zu werden. Nun vertrat man gegenüber dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement die Meinung, dass die von Martínez de Hoz zu verantwortende „*économie de spéculation*“ die argentinische Krise ausgelöst hätte.⁷⁸¹ Doch auch Wirtschaftspolitik rund um die „*économie de production*“ schien aus Sicht der schweizerischen Botschaft fehlgeleitet gewesen zu sein. Die Liberalisierungen hätten zu einem verschärften Wettbewerb auf dem argentinischen Markt geführt, unter der die einheimische Industrie gelitten hätte.⁷⁸² Die Junta hätte es forciert, dass unproduktive argentinische Unternehmen bankrott gingen, wie der Bericht festhielt: „*Les autorités argentines actuelles considèrent ces faillites comme une purge nécessaire pour assainir de nombreux secteurs économiques dont la vocation n'a jamais été bien affirmée.*“⁷⁸³

Auch die Geldpolitik betrachtete man in der schweizerischen Botschaft kritisch. Die Beamten des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements informierte man, dass die argentinische Geldpolitik sich erfolglos am Monetarismus orientiere.⁷⁸⁴ „*[L]a politique financière gouvernementale est un mélange d'orthodoxie monétaire et de désordre budgétaire*“, hielt der Bericht fest.⁷⁸⁵

1981 wurde Gaspar Bodmer als Nachfolger von William Frei eingesetzt.⁷⁸⁶ Er beurteilte die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre ebenfalls nicht besonders positiv. Unter anderem kritisierte er die hohen Rüstungsausgaben der argentinischen Armee und die teure Fussballweltmeisterschaft, die in der Diktatur durchgeführt wurde.⁷⁸⁷ Bodmer führte für die bisherige Fehlentwicklung nicht zuletzt auch kulturelle Gründe an: „*Il faudrait pour cela tenir*

⁷⁸⁰ Siehe: Suter, Christian: Weltwirtschafts- und Globalisierungskrise in Lateinamerika: Ursachen, Folgen, Überwindungsstrategien, in: Feldbauer, Peter; Hardach, Gerd; Melinz, Gerhard (Hrsg.): Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929-1999). Wohin treibt die Peripherie?, Frankfurt am Main 1999, S. 145-159.

⁷⁸¹ Dayer, Daniel an das Office fédéral des affaires économiques extérieures vom Département fédéral de l'économie publique: „Argentine : perspectives économiques 1981“, 09.01.1981, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115#1991/189#1601*, Az. 811, Wirtschaftsberichte, Argentinien, 1981-1982.

⁷⁸² Ebd.

⁷⁸³ Ebd., S. 2.

⁷⁸⁴ Ebd., S. 3.

⁷⁸⁵ Ebd.

⁷⁸⁶ Siehe: Informationen zur Organisation Schweizer Botschaft in Buenos Aires, dodis.ch/R193

⁷⁸⁷ Bodmer, Gaspar an das Office fédéral des affaires économiques extérieures vom Département fédéral de l'économie publique: „Bilan de la gestion de M. Martinez de Hoz, Ministre de l'économie“, 02.04.1981, S. 2-3, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115#1991/189#1601*, Az. 811, Wirtschaftsberichte, Argentinien, 1981-1982.

compte de facteurs dûs aux circonstances domme d'une certaine mentalité propre à l'Argentine.“⁷⁸⁸ Doch es war nicht nur die argentinische Mentalität, die Bodmer 1981 in Hinblick auf die argentinische Prosperität Sorgen bereitete. Nach Martínez de Hoz' Rücktritt konnte er auch keine Richtung der argentinischen Wirtschaftspolitik mehr erkennen. Über die Angehörigen des Wirtschafts- und Finanzministeriums bemerkte er: „Ses décisions ne sont pas le fruit d'une politique globale cohérente mais d'un pragmatisme dicté par les évènements.“⁷⁸⁹

Bodmer stand mit diesem Urteil nicht alleine da. Auch innerhalb der schweizerischen Privatwirtschaft zeigte man sich über die ungewisse Entwicklung der argentinischen Wirtschaftspolitik besorgt. Ein Angehöriger der Bank Leu liess der Bundesverwaltung 1981 zwei ausführliche Einschätzungen über die wirtschaftliche Lage Argentiniens zukommen. Im März 1981 bemängelte er die wirtschaftspolitischen Imponderabilien, die mit dem politischen Führungswechsel rund um den designierten Staatspräsidenten General Viola einhergingen.⁷⁹⁰ Erschwerend kam hinzu, dass das Aufgabengebiet des abtretenden Martínez de Hoz auf fünf Ministerien zerstückelt wurde.⁷⁹¹ Der Berichterstatter sorgte sich nicht zuletzt darum, dass die Befürworter von staatsintervenierenden Massnahmen innerhalb der Junta die Oberhand gewinnen werden – auch wenn er die Kritik an einem „allzu dogmatischen Festhalten an einem extremen Liberalismus“ nachvollziehen konnte.⁷⁹²

Der Bankier beschrieb auch den Vertrauensverlust in die argentinische Währung. Die Bevölkerung erwartete eine massive Abwertung des Pesos. In Argentinien entstand deswegen „ein paralleler Devisenmarkt, auf dem der Dollarkurs zeitweise bis zu 20% über dem offiziellen Kurs lag.“⁷⁹³ Profitierte auch die Schweiz von der instabilen argentinischen Währung? Seit dem Jahr 1974 veröffentlichte die Schweizerische Nationalbank Angaben darüber, aus welchen Ländern Gelder in die Schweiz transferiert wurden.⁷⁹⁴ Allerdings nicht vollständig: Die Kapitalzuflüsse aus Lateinamerika wurden länderweise nur für Argentinien und Brasilien aufgelistet. Angaben über Chile oder Peru fehlten in der Statistik.⁷⁹⁵

⁷⁸⁸ Ebd., S. 5.

⁷⁸⁹ Bodmer, Gaspar an das Office fédéral des affaires économiques extérieures vom Département fédéral de l'économie publique: „Economie argentine : l'action des nouvelles autorités, 25.06.1981“, S. 3, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115#1991/189#1601*, Az. 811, Wirtschaftsberichte, Argentinien, 1981-1982.

⁷⁹⁰ Siehe: Enderlin, Hanspeter: „Argentinien im Zeichen des Regierungswechsels (Besuch vom 17. – 21. März 1981)“, 27.03.1981, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115#1991/189#1601*, Az. 811, Wirtschaftsberichte, Argentinien, 1981-1982.

⁷⁹¹ Ebd., S. 2.

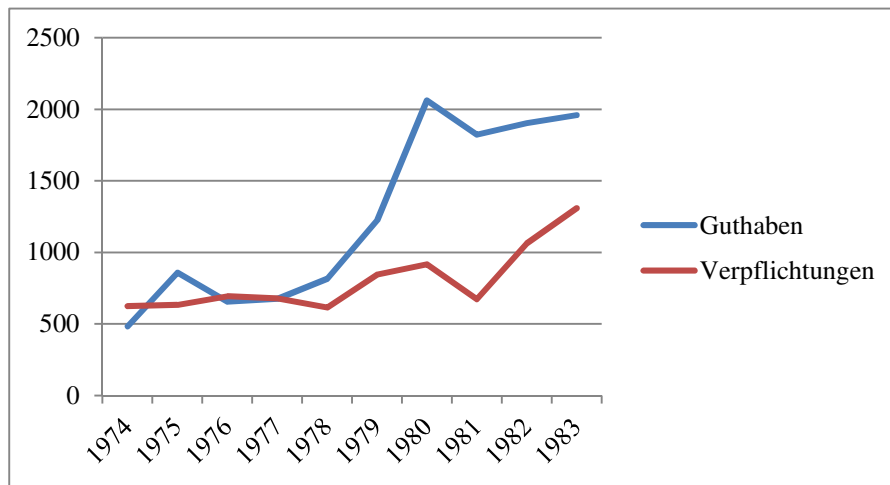
⁷⁹² Ebd., S. 3.

⁷⁹³ Ebd., S. 2.

⁷⁹⁴ Schweizerische Nationalbank: Das schweizerische Bankenwesen im Jahre 1974, Zürich 1975, S. 3.

⁷⁹⁵ Ebd., S. 26.

Diagramm 16: Guthaben und Verpflichtungen aller schweizerischen Banken und Finanzgesellschaften gegenüber Argentinien, 1974-1983, in Millionen Franken

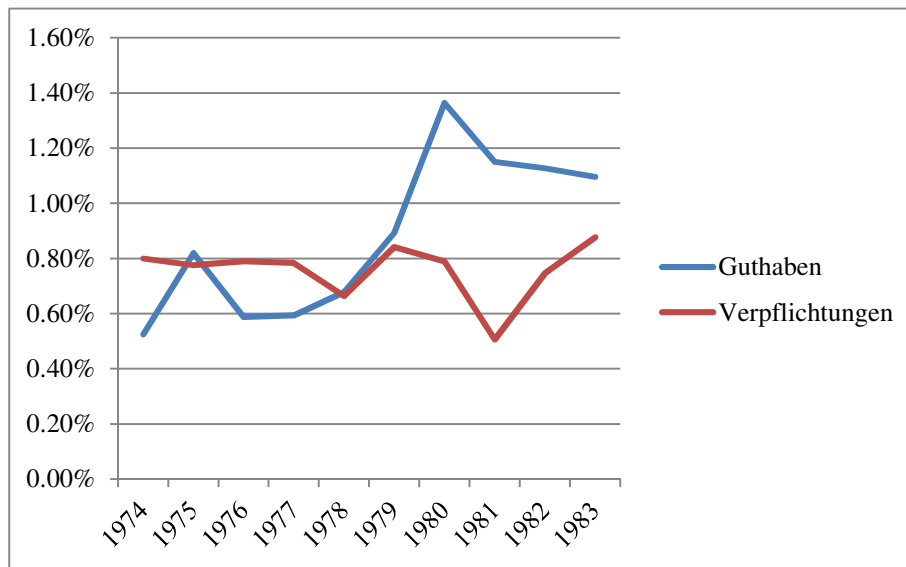


Quelle: Schweizerische Nationalbank: Das schweizerische Bankenwesen im Jahre 1974-1983, Zürich 1975-1984, inflationsbereinigt (Index = 1974).⁷⁹⁶

Während den Jahren der Militärdiktatur stiegen sowohl die schweizerischen Guthaben als auch die Verpflichtungen gegenüber Argentinien markant an. Zwischen 1976 und 1983 haben sich die argentinischen Vermögenswerte auf schweizerischen Banken beinahe verdoppelt. Noch auffälliger ist aber der Anstieg der schweizerischen Guthaben gegenüber Argentinien. Diese haben sich im Zeitraum der Diktatur beinahe verdreifacht. Gehörte die Schweiz daher im Bereich des Kapitalverkehrs zu den Profiteuren der argentinischen Militärdiktatur? Die Zahlen zeigen, dass sich der Kapitalverkehr eindeutig intensiviert. Vergleicht man sie jedoch mit der allgemeinen Entwicklung der Auslandsverflechtung des schweizerischen Finanzplatzes, zeigt sich ein anderes Bild.

⁷⁹⁶ Deflationiert anhand des Konsumentenpreisindex (KPI) durch die Webseite „swisstoival“, Christian Pfister, Roman Studer. Swisstoival. The Swiss Historical Monetary Value Converterterter. Historisches Institut der Universität Bern. <http://www.swisstoival.ch/> ((Datum des Zugriffs (17.02.2017))).

Diagramm 17: Prozentualer Anteil der Guthaben und Verpflichtungen aller schweizerischen Banken und Finanzgesellschaften gegenüber Argentinien in Prozent der gesamten Auslandsverflechtung, 1974-1983



Quelle: Schweizerische Nationalbank: Das schweizerische Bankenwesen im Jahre 1974-1983, Zürich 1975-1984, eigene Berechnung der Prozentwerte.

Der prozentuale Anteil Argentiniens an den gesamten Auslandsverpflichtungen der schweizerischen Banken verharrte auf einem konstanten Niveau. 1978 und 1981 nahm die Bedeutung Argentiniens sogar zweimal kurzzeitig ab. Die zusätzlichen Vermögenswerte, die von Argentinien in die Schweiz flossen, wirkten sich auf die gesamten Auslandsverpflichtungen der schweizerischen Banken nicht aus. Dies ist insofern erstaunlich, weil in Argentinien in den späten Siebziger- und frühen Achtzigerjahren „eine massive Kapitalflucht“ beobachtet werden konnte.⁷⁹⁷ Bei den schweizerischen Auslandsguthaben ist ein deutlicher Anstieg des prozentualen Anteils Argentiniens bis zum Jahr 1980 bemerkbar. Bis zur Demokratisierung Argentiniens 1983 nahm der prozentuale Anteil des Landes wieder ab. Die schweizerischen Guthaben gegenüber Drittstaaten stiegen im Zeitraum der argentinischen Militärdiktatur noch stärker an. Obwohl sich der schweizerische Kapitalverkehr mit Argentinien deutlich intensivierte, nahm die Bedeutung Argentiniens für den Finanzplatz Schweiz nur bedingt zu. Die Finanzgeschäfte mit anderen Staaten liefen damals noch besser.

Im Juli 1981 verfasste der Angehörige der Bank Leu einen weiteren Bericht. Konsterniert hielt er fest, dass man sich in Argentinien immer noch nicht auf einen wirtschaftspolitischen Kurs festlegen konnte.⁷⁹⁸ Er stellte auch den generellen wirtschaftlichen Erfolg in Frage: „Ob die etwas mehr als fünf Jahre Militärregierung seit März 1976 Argentinien in wirtschaftlicher

⁷⁹⁷ Siehe: Waldmann, Peter: Argentinien, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika, Bonn 1995, S. 146-180, hier: S. 163.

⁷⁹⁸ Enderlin, Hanspeter: „Argentinien 1981“, handschriftlich datiert auf den 31.07.1981, S. 2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E7115#1991/189#1601*, Az. 811, Wirtschaftsberichte, Argentinien, 1981-1982.

Hinsicht vorangebracht hat, ist nach wie vor umstritten.“⁷⁹⁹ Für den Bankier stand aber ausser Frage, dass die argentinische Aussenwirtschaft von den Reformen profitierte.⁸⁰⁰ Er verwies auch auf die generelle Entwicklung Argentiniens in der Zeit der Diktatur: „Der ausländische Besucher, der auch die Zustände von 1975 und früher nicht vergessen hat, wird heute schon bei seinen ersten Eindrücken und Gesprächen in Buenos Aires, noch vor jeder Analyse wirtschaftlicher Statistiken, zum Schluss kommen, dass wir es doch mit einem moderneren Argentinien zu haben als vor 1976.“⁸⁰¹

„Wolkenlose Beziehungen?“

Die bereits mehrfach beschriebene „Goodwill-Mission“ führte eine schweizerische Delegation im November 1981 auch zu Gesprächen nach Buenos Aires. Ähnlich wie in Chile schienen die Beamten auch gegenüber Argentinien nicht über besonders viel guten Willen verfügt zu haben. Das Land wurde im vertraulichen Bericht „der kranke Mann im Südatlantik“ genannt – und der argentinischen Wirtschaftspolitik folgerichtig ein äusserst schlechtes Zeugnis ausgestellt: „Die (allzu) zahlreichen für Wirtschaftsfragen zuständigen Mitglieder der Regierung Viola und die Notenbankleitung machten insgesamt einen desorientierten, um nicht zu sagen hilflosen Eindruck.“⁸⁰²

Während man sich über die hilflosen Ökonomen beklagte, freute man sich über die Möglichkeiten, die der argentinische Absatzmarkt schweizerischen Handelsgütern anbot. Besonders positiv wurde in diesem Zusammenhang die TecnoSuiza 1981 erwähnt. An dieser Messe wurden in Argentinien mehrere Tausend Personen über die schweizerische Industrie informiert.⁸⁰³ Auch trotz der damals aktuellen wirtschaftlich ungewissen Entwicklung hielt man seitens der schweizerischen Privatwirtschaft an Argentinien als Wirtschaftspartner fest. Der vertrauliche Bericht erklärte in dieser Hinsicht optimistisch: „Jedenfalls machen die schweizerischen Unternehmen keinerlei Anstalten, ihre Tätigkeiten zu verringern oder gar aufzugeben.“⁸⁰⁴

⁷⁹⁹ Ebd., S. 3.

⁸⁰⁰ Ebd., S. 4.

⁸⁰¹ Ebd., S. 6.

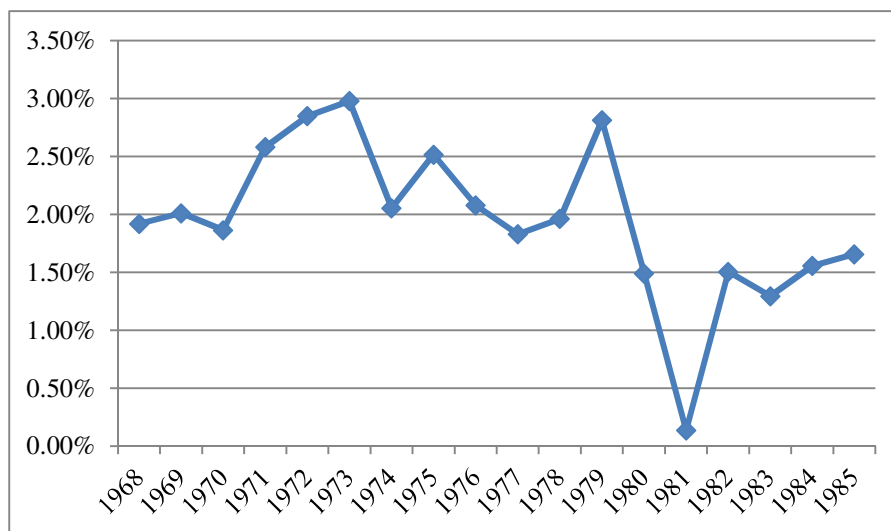
⁸⁰² Bundesamt für Aussenwirtschaft: Bericht über die Goodwill-Mission nach Südamerika (November 1981), datiert auf Januar 1982, S. 4, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2200.144#1997/18#33*, Az. 512.01, Chile, Wirtschaftliche Berichte, 1981-1983.

⁸⁰³ Ebd., S. 5, zur Bedeutung der TecnoSuiza siehe: Girard, Pierre-Louis: La Politique économique extérieure de la Suisse à l'égard des pays en voie de développement, in: Riklin, Alois; Haug, Hans; Probst, Raymond (Hrsg.): Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern, Stuttgart und Wien 1992, S. 839-850, hier: S. 845-846.

⁸⁰⁴ Bundesamt für Aussenwirtschaft: Bericht über die Goodwill-Mission nach Südamerika (November 1981), datiert auf Januar 1982, S. 5, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2200.144#1997/18#33*, Az. 512.01, Chile, Wirtschaftliche Berichte, 1981-1983.

Die schweizerisch-argentinischen Handelsbeziehungen nahmen in den Gesprächen viel Platz ein. Die argentinische Regierung zeigte aus zwei Gründen grosses Interesse am Handel mit der Schweiz. Einerseits, weil die Sowjetunion ein bedeutender Abnehmer landwirtschaftlicher Güter war. In Argentinien wurden aber weniger sowjetische Waren gekauft. Man hatte daher Angst davor, dass die Sowjetunion zusätzliche „Kompensationsgeschäfte“ abschliessen möchte.⁸⁰⁵ Andererseits beklagten sich die Argentinier auch darüber, dass die Europäische Gemeinschaft mit ihrer Zollpolitik die eigene Agrarindustrie schützen und mit deren subventionierten Erzeugnissen den Wettbewerb verzerren würde.⁸⁰⁶ Für Argentinien war die Schweiz daher als Handelspartnerin attraktiv. Wie bereits erwähnt, kaufte die Schweiz vor allem landwirtschaftliche Güter, Argentinien hingegen industrielle Güter.

Diagramm 18: Prozentualer Anteil schweizerischer Waren am argentinischen Gesamtimport



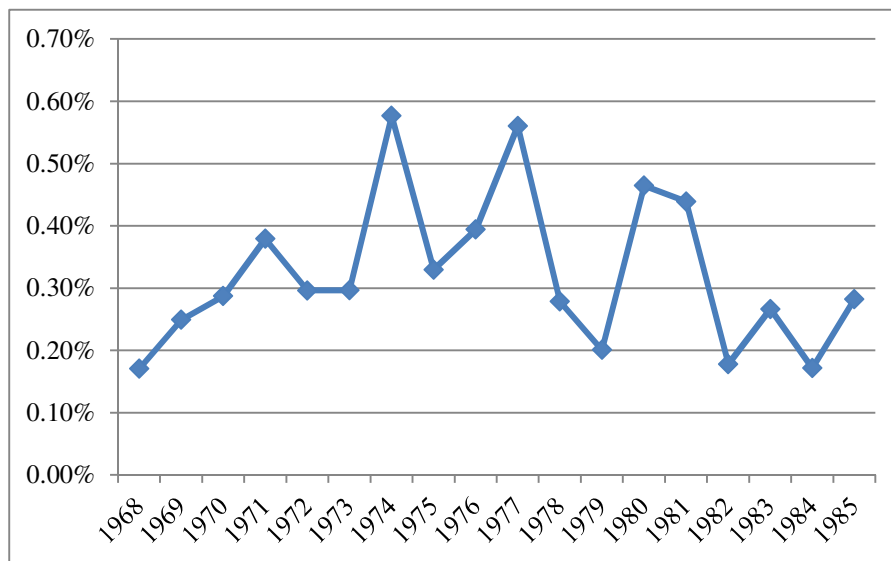
Quelle: United Nations: Yearbook of International Trade Statistics, New York, Jahrgänge 1966-1986.

Wie anhand der Grafik erkannt werden kann, waren schweizerische Handelsgüter in Argentinien begehrt. Seit Ende der Sechzigerjahre bewegte sich der prozentuale Anteil meistens über zwei Prozent aller importierten Waren. Die Bedeutung der schweizerischen Waren blieb auch während der Diktatur verhältnismässig hoch. Zwischen 1979 und 1981 nahm der prozentuale Anteil schweizerischer Waren massiv ab. Dies erklärt zusätzlich, warum die argentinische Junta im Gespräch mit den Beamten aus der Schweiz an einer Intensivierung des gemeinsamen Handels Interesse zeigte.

⁸⁰⁵ Ebd., S. 9.

⁸⁰⁶ Vgl. Absatz mit Ebd., S. 9-10.

Diagramm 19: Prozentualer Anteil der Schweiz am argentinischen Gesamtexport



Quelle: United Nations: Yearbook of International Trade Statistics, New York, Jahrgänge 1966-1986.

Für die argentinischen Exporteure war die Schweiz hingegen weniger bedeutungsvoll. Der prozentuale Anteil der Schweiz war zudem stark schwankend. Vom Ende der Siebziger- bis Mitte der Achtzigerjahre nahm die Schweiz als Abnehmer argentinischer Waren schliesslich einen immer kleineren Stellenwert ein, wie Diagramm 19 zeigt.

Das teuerste schweizerische Exportgut im Untersuchungszeitraum war eine Schwerwasseranlage der Gebrüder Sulzer AG für mehrere hundert Millionen Franken. Kapitel 5.2 wird dieses Handelsgeschäft ausführlich darstellen. Im Rahmen der „Goodwill-Mission“ erhielt die Schweiz vom Präsidenten der nationalen Atomenergie-Kommission ein zweifelhaftes Lob für die Exportbewilligung dieser Anlage, wie der vertrauliche Bericht belegt: „Vize-Admiral Carlos Castro-Madero, der einen ausgesprochen dynamischen Eindruck machte, äusserte seine uneingeschränkte Genugtuung über die in seinem Bereich fruchtbaren und wolkenlosen Beziehungen zwischen beiden Ländern.“⁸⁰⁷ Er beteuerte, dass die Atomtechnologie von seinem Land nur für zivile Zwecke genutzt werde, trotz des schon bald dadurch entstehenden Plutoniums.⁸⁰⁸ Wie Castro-Maderos Aussage zeigt, stand ein Vertreter der argentinischen Militärdiktatur der schweizerischen Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der Nukleartechnologie dankbar gegenüber.

Die Beamten der Bundesverwaltung führten zudem „ein ausgedehntes Gespräch“ mit Roberto Alemann, der kurze Zeit später argentinischer Wirtschaftsminister wurde.⁸⁰⁹ Alemanns Ein-

⁸⁰⁷ Ebd., S. 12.

⁸⁰⁸ Ebd.

⁸⁰⁹ Ebd., S. 9.

schätzungen der argentinischen Wirtschaft folgte man mit „grösstem Interesse“.⁸¹⁰ Vielleicht lag es an der gemeinsamen Sprache? Mit dem zukünftigen Wirtschaftsminister der argentinischen Militärdiktatur konnten sich die Beamten auf Schweizerdeutsch unterhalten.⁸¹¹

Besonders bemerkenswert ist, dass der Direktor des Bundesamts für Aussenwirtschaft die Gelegenheit nutzte, gegenüber der Junta die Menschenrechtssituation in Argentinien aufzugreifen.⁸¹² Jolles hätte sich bei seinem Gespräch mit Aussenminister Oscar Camilión entsprechend dem Aufgabengebiet seines Bundesamts auf ökonomische Themen beschränken können. Doch er brachte gemäss Bericht „die Menschenrechtsprobleme einlässlich zur Sprache.“⁸¹³ Fünf Jahre vorher wurde in Bern dagegen protestiert, dass die Schweiz ein Regierungsmitglied der argentinischen Militärdiktatur empfing. Bundesrat Brugger sprach damals in seiner Rede vor allem die schweizerischen Interessen in Argentinien an. Innerhalb weniger Jahre ist ein Wandel in der Aussenpolitik erkennbar: Gespräche über Handelsbeziehungen wurden mit Diskussionen über die Menschenrechtslage verknüpft. Der vertrauliche Bericht des Bundesamts für Aussenwirtschaft hielt fest, dass das Anliegen in Argentinien auf offenere Ohren stiess als in Chile. Die argentinische Junta würde „ihren schwer angeschlagenen Ruf“ verändern wollen.⁸¹⁴ Seitens der Schweiz blieb man aber bei der Einschätzung realistisch: „Ein konkreter Erfolg konnte zwar nicht erzielt werden, doch soll der Dialog über die Kanäle der Botschaften in Buenos Aires und Bern weitergeführt werden.“⁸¹⁵

Der Inhalt von Jolles' Gespräch wurde in einem eigenen Bericht der schweizerischen Regierung übermittelt.⁸¹⁶ In der Öffentlichkeit hielt sich Jolles mit Aussagen über seine Gespräche zurück. In einem Interview mit dem Tages-Anzeiger sprach er von sich aus an, dass er bei seinem Gespräch in Argentinien die Menschenrechtsverletzungen „ziemlich ausführlich“ thematisiert habe.⁸¹⁷ Jolles hielt sich bedeckt, als die Nachfrage gestellt wurde, ob die Gespräche über die Menschenrechte erfolgreich verliefen. Er verwies auf die Bedeutung der Diskretion in solchen Gesprächen: „Mir geht es um die Sache und nicht um die Publizität, und darum möchte ich hier keine weiteren Aussagen machen.“⁸¹⁸

⁸¹⁰ Ebd., S. 13.

⁸¹¹ Ebd.

⁸¹² Ebd., S. 9.

⁸¹³ Ebd., S. 5.

⁸¹⁴ Ebd.

⁸¹⁵ Ebd.

⁸¹⁶ Ebd., S. 9.

⁸¹⁷ Siehe: Rey, Romeo: Interview mit Staatssekretär Paul Jolles: „Bedarf nach schweizerischer Präsenz“, in: Tages-Anzeiger, Nr. 275, 26.11.1981, Artikel ohne Seitenangabe archiviert in: Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel, SWA Vo H XI 2b CH-Südamerika, Wirtschaftsbeziehungen CH. Südamerika. Dokumentensammlung, Zeitungsausschnitte.

⁸¹⁸ Ebd.

Es dauerte nur wenige Tage, bis im Parlament auf Jolles' öffentliche Aussage reagiert wurde. Parlamentsmitglieder wollten vom Bundesrat ausführlichere Informationen über die Haltung der Schweiz gegenüber den argentinischen Menschenrechtsverletzungen erhalten. Helmut Hubacher (SP) misstraute den Aussagen des Direktors des Bundesamts für Aussenwirtschaft und stellte daher dem Bundesrat unter anderem die folgende Frage: „Erfolgten erhebliche Einwände gegenüber dem argentinischen Diktaturregime oder waren es eher Nebenbei-Bemerkungen an die Adresse der schweizerischen Bevölkerung?“⁸¹⁹ Darüber hinaus wollte Hubacher auch erfahren, ob menschenrechtliche Aspekte „die offizielle Aussenwirtschaftspolitik“ beeinflussen.⁸²⁰ Gemäss Bundesrat standen „vor allem wirtschaftliche Ziele“ hinter der Reise nach Lateinamerika.⁸²¹ Der Einsatz für die Verbesserung der Menschenrechtslage war darüber hinaus „Bestandteil einer Anzahl von Aktionen, die der Bundesrat schon seit einigen Jahren, namentlich auf diplomatischem Wege, unternimmt.“⁸²² Aus Sicht der schweizerische Regierung lohnte sich die jüngste Intervention: „Herr Jolles erhielt die Zusicherung, dass der bereits eingeleitete Liberalisierungsprozess fortgeführt werde. Es kann festgestellt werden, dass die argentinischen Behörden seither einer Anzahl von Häftlingen die bedingte Freilassung gewährt haben.“⁸²³

Der Bundesrat äusserte sich auch über den generellen Zusammenhang zwischen dem schweizerischen Aussenhandel und der schweizerischen Aussenpolitik. Zwar wurde betont, dass sich die Schweiz „in einem immer schärfer geführten internationalen Wettbewerb um Marktanteile“ befinde und daher „die Erhaltung und Sicherung von Arbeitsplätzen“ über eine hohen Stellenwert verfüge.⁸²⁴ „Dies hindert den Bundesrat keineswegs daran, sich für die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte mit den hierfür geeigneten Mitteln einzusetzen und unsere demokratischen und freiheitlichen Rechtsvorstellungen mit Nachdruck zu vertreten“, wurde aber anschliessend relativiert.⁸²⁵ In derselben Sitzung stellte sich der Bundesrat auch einer Einfachen Anfrage Werner Carobbios (PSA), der sich von der passiven Haltung der schweizerischen Regierung gegenüber Argentinien enttäuscht zeigte.⁸²⁶ Der Bundesrat zeigte sich jedoch in der Antwort an den Tessiner Nationalrat vom zurückhaltenden „via diplomati-

⁸¹⁹ Einfache Anfrage Hubacher vom 3. Dezember 1981: Aussenwirtschaftspolitik. Neutralität und Solidarität, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1982, Band II, Frühjahrsession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer: 81.755, 15.03.1982, Ref. No 20 010 417, S. 580.

⁸²⁰ Ebd.

⁸²¹ Ebd.

⁸²² Ebd.

⁸²³ Ebd.

⁸²⁴ Ebd.

⁸²⁵ Ebd.

⁸²⁶ Interrogazione ordinaria Carobbio del 10 dicembre 1981: Schweizer Delegation nach Argentinien, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1982, Band II, Frühjahrsession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 81.764, 15.03.1982, Ref. No 20 010 419, S. 581.

ca“ überzeugt.⁸²⁷ Kaum jemand vermutete damals, dass die schweizerische Diplomatie für die argentinische Militärdiktatur schon bald von besonders hoher Bedeutung sein sollte: Einige Wochen nach der parlamentarischen Fragestunde brach zwischen Grossbritannien und Argentinien der Falklandkrieg aus.

Falklandkrieg

Seit über einem Monat kämpften Argentinien und Grossbritannien bereits um die Falklandinseln, als drei britische Kampfflugzeuge den Auftrag erhielten, einen Flugplatz in der Ortschaft Goose Green anzugreifen. Als sich die Kampfflugzeuge dem Land näherten, wurden sie von einem Flugabwehrsystem erfasst. Unter Kanonenfeuer gelang es zwei Piloten, feindliche Ziele zu treffen. Der dritte Pilot, ein Offizier namens Nicholas Taylor, starb bei der Mission. Das argentinische Militär fand seine Leiche und bestattete ihn. Man zollte ihm bei seiner Beerdigung militärischen Respekt. Das Interesse an den Filmaufnahmen des Ereignisses war nicht nur in Argentinien gross. Für die Junta war die Abwehr des Angriffs ein beachtlicher Erfolg.⁸²⁸

Schon wenige Tage später sollte bei Goose Green ein weiterer Pilot sterben. Vier argentinische Kampfflugzeuge griffen zwei britische Kriegsschiffe an, die sich mit ihren Waffen zur Wehr setzten. Der argentinische Angriff verlief nur bedingt erfolgreich. Um der britischen Verteidigung auszuweichen, zogen sich die argentinischen Kampfflugzeuge zurück. Als sie sich Goose Green annährten, erkannte das Flugabwehrsystem die eigenen Flugzeuge nicht. Fausto Gavazzi, einer der Piloten, überlebte den Beschuss nicht. Das argentinische Militär errichtete ihm ein Grab neben dem Briten Taylor.⁸²⁹

Was haben diese beiden traurigen Episoden aus dem Falklandkrieg mit der Schweiz zu tun? Sowohl in Goose Green als auch auf einem der beiden britischen Kriegsschiffe wurden Waffen eingesetzt, die in der Schweiz entwickelt wurden. Das britische Kampfschiff war unter anderem mit einer 20-mm-Oerlikon-Kanone ausgerüstet.⁸³⁰ Das Flugabwehrsystem in Goose Green bestand aus einem Skyguard-Radar, einem Superfledermaus-Feuerleitgerät und einer Oerlikon 35-mm-Zwillingskanone.⁸³¹

Einige dieser Waffen befanden sich schon seit längerer Zeit in argentinischem Besitz. Ende der Sechzigerjahre kaufte Argentinien erste 35-mm-Zwillingskanonen sowie Superfleder-

⁸²⁷ Ebd.

⁸²⁸ Vgl. Absatz mit: Middlebrook, Martin: *The Fight for the 'Malvinas'. The Argentine Forces in the Falklands War*, London, New York, Victoria, Markham und Auckland 1990, S. 124-125.

⁸²⁹ Vgl. Absatz mit: Brown, David: *The Royal Navy and the Falklands War*, London, Melbourne, Sydney, Auckland und Johannesburg 1989, S. 160.

⁸³⁰ Ebd.

⁸³¹ Ebd., S. 16, S. 144 und S. 160.

maus-Feuerleitgeräte. Während der Militärdiktatur wurden weitere 35-mm-Zwillingskanonen und mehrere Skyguard-Radarsysteme erstanden.⁸³² Im Zeitraum der Militärdiktatur sind diese Waffenlieferungen nicht in den Jahresstatistiken des Aussenhandels der Eidgenössischen Oberzolldirektion aufgeführt. Ein direkter Waffenhandel zwischen der Schweiz und dem autoritär regierten Argentinien fand nur in den Jahren 1979 bis 1982 statt. In diesem Zeitraum wurden insgesamt 726 Revolver, Pistolen und andere Feuerwaffen im Wert von etwas mehr als 250'000 Franken von der Schweiz nach Argentinien exportiert.⁸³³

Nationalrat Werner Carobbio (PSA) griff im Jahr nach dem Falklandkonflikt den britischen Einsatz von in der Schweiz entwickelten Schiffskanonen in Lateinamerika im Rahmen einer Interpellation auf.⁸³⁴ Er vermutete, dass die Briten die Kanonen aus Italien erhielten, wo das schweizerische Unternehmen eine Niederlassung hatte.⁸³⁵ Oerlikon-Bührle verfügte über Tochtergesellschaften in Mailand und Rom.⁸³⁶ Carobbio wollte daher vom Bundesrat unter anderem wissen, ob solche Lieferungen stattgefunden hätten und legal gewesen seien.⁸³⁷ Der Bundesrat erklärte im Nationalratssaal die juristische Lage, dass nur diejenigen Güter schweizerischer Unternehmen vom schweizerischen Gesetz erfasst werden, die im Inland produziert werden.⁸³⁸

Wirtschaftlich wirkte sich der Falklandkonflikt nur wenig auf die Schweiz aus. Der Bundesrat entschied, dass die Schweiz an den Sanktionen, die zahlreiche Staaten gegen die Militärdiktatur ergriffen, nicht teilnimmt. Der Bundesrat legte aber fest, dass die Schweiz nicht davon profitieren darf, dass andere Länder ihren Handel mit Argentinien einschränkten. Die Handelsbilanz zwischen der Schweiz und Argentinien wurde zum damaligen Zeitpunkt genau beobachtet.⁸³⁹ Schweizerische Unternehmen konnten daher ihre Handelsbeziehungen mit der Militärdiktatur auch während des Falklandkriegs aufrechterhalten.

⁸³² Angabe gemäss Stockholm International Peace Research Institute Arms Transfers Database, die genaue Anzahl an gelieferten Waffen ist gemäss SIPRI unsicher, siehe: „Transfers of major conventional weapons: sorted by supplier. Deals with deliveries or orders made for year range 1955 to 1985“ Supplier: Switzerland, Recipient: Argentina, SIPRI Arms Transfers Database, URL: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers>, konsultiert am 21.02.2017.

⁸³³ Eigene Berechnung aufgrund der Angaben in Eidgenössische Oberzolldirektion: Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz, Bern Jahrgänge 1976-1983.

⁸³⁴ Interpellation Carobbio Kriegsmaterialausfuhr, in: Amtliches Bulletin, Jahr 1983, Band III, Sommersession, Nationalrat, Sitzung 15, Geschäftsnummer 83.355, 24.06.1983, Ref. No 20 011 570, S. 1028-1029.

⁸³⁵ Ebd.

⁸³⁶ Siehe: Haefliger, Markus; Tanner, Jakob: Bührle, SIG und Mowag: Drei Unternehmensportraits, in: Haldermann, Andreas (Hrsg.): Waffenplatz Schweiz. Beiträge zur schweizerischen Rüstungsindustrie und Waffenausfuhr, Bern 1983, S. 53-70, hier: S. 53.

⁸³⁷ Interpellation Carobbio Kriegsmaterialausfuhr, in: Amtliches Bulletin, Jahr 1983, Band III, Sommersession, Nationalrat, Sitzung 15, Geschäftsnummer 83.355, 24.06.1983, Ref. No 20 011 570, S. 1028.

⁸³⁸ Ebd., S. 1029.

⁸³⁹ Schweizerischer Bundesrat: 19. Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik, in: Bundesblatt, Jahr 1982, Band 2, Heft 35, Geschäftsnummer 82.050, 07.09.1982, Ref. No 10 048 746, S. 977-1188, hier: S. 1033-1034. Zur Entwicklung der schweizerischen Haltung bei Wirtschaftssanktionen siehe: Gabriel, Jürg Martin: Die Stellung der

Wie bereits erwähnt, betonte der Bundesrat im Parlament die Bedeutung der diplomatischen Beziehungen mit der Diktatur, um humanitäre Ziele zu erreichen. Doch an die Aufgaben, die die schweizerische Diplomatie schon kurze Zeit später erhalten sollte, dachte man dabei nicht. An der Avenida Santa Fe 846 herrschte ab dem 2. April 1982 Hochbetrieb. Ab diesem Datum übernahm die schweizerische Botschaft auch die Interessenvertretung Grossbritanniens. Das bisherige Personal reichte für diese zusätzlichen Aufgaben nicht aus. Britische Kollegen halfen mit, zwei Personen mussten sogar neu angestellt werden.⁸⁴⁰ Der Krieg um die Falklandinseln sollte noch etwas mehr als zwei Monate andauern.⁸⁴¹

Nachspielzeit

Die diplomatische Unterstützung der Schweiz war danach noch nicht beendet. Im Juli 1984 fand in Bern ein Treffen zwischen den beiden ehemaligen Kriegsparteien statt.⁸⁴² Im Herbst 1985 führte Staatssekretär Edouard Brunner in Argentinien Gespräche über die Rolle der Schweiz in der Auseinandersetzung.⁸⁴³ Als das Treffen und die Gespräche stattfanden, wurde Argentinien bereits wieder demokratisch regiert. Es bestehen innerhalb der Geschichtswissenschaft keine Zweifel über den Zusammenhang zwischen der Niederlage der Junta im Falklandkrieg und dem anschliessenden Ende ihrer Herrschaft.⁸⁴⁴

Keine zehn Jahre waren vergangen, seit sich der ehemalige schweizerische Botschafter William Frei in seiner Korrespondenz mit den Beamten in Bern über den argentinischen Militärputsch verständnisvoll zeigte.⁸⁴⁵ Der Bundesrat erachtete es damals ebenfalls nicht als notwendig, sich gegenüber der argentinischen Junta öffentlich zu distanzieren.⁸⁴⁶ Die Beurteilung

Schweiz zu Wirtschaftssanktionen, in: Riklin, Alois; Haug, Hans; Probst, Raymond (Hrsg.): Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern, Stuttgart und Wien 1992, S. 919-928.

⁸⁴⁰ Schweizerischer Bundesrat: Bericht über die Geschäftsführung des Bundesrates, des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts im Jahre 1982, in: Geschäftsberichte des Bundesrates, 1982, Band 118, Ref. No 50 000 390, S. 1-333, hier: S. 18.

⁸⁴¹ Carreras, Sandra; Potthast, Barbara: Eine kleine Geschichte Argentiniens, Berlin 2010, S. 227.

⁸⁴² Schweizerischer Bundesrat: Bericht über die Geschäftsführung des Bundesrates, des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts im Jahre 1984, in: Geschäftsberichte des Bundesrates, 1984, Band 119, Ref. No 50 000 396, S. 1-383, hier: S. 12.

⁸⁴³ Schweizerischer Bundesrat: Bericht über die Geschäftsführung des Bundesrates, des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts im Jahre 1985, in: Geschäftsberichte des Bundesrates, 1985, Band 120, Ref. No 50 000 399, S. 1-403, hier: S. 20.

⁸⁴⁴ Siehe beispielsweise: Carreras, Sandra; Potthast, Barbara: Eine kleine Geschichte Argentiniens, Berlin 2010, S. 227-228; Riekenberg, Michael: Kleine Geschichte Argentiniens, München 2009, S. 178-180.

⁸⁴⁵ Frei, William an das Politische Departement: „Coup d’Etat en Argentine. Composition du nouveau Gouvernement, 31.03.1976“, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978; Frei, William an die Handelsabteilung: „Neuorientierung der argentinischen Wirtschaft“, 06.04.1976, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.

⁸⁴⁶ Question ordinaire Grobet du 26 septembre 1978: Schweiz-Argentinien. Beziehungen, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1978, Band VII, Wintersession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 78.769, 15.12.1978, Ref. No 20 007 245, S. 1935-1936.

der politischen Lage in Argentinien innerhalb der schweizerischen Politik und der Bundesverwaltung veränderte sich während der Diktatur stark. 1983 akzeptierte der Bundesrat schliesslich die Einladung zur Amtseinführung des demokratisch gewählten Staatsoberhauptes, es nahm jedoch kein schweizerisches Regierungsmitglied persönlich daran teil. Als Ersatz reiste Staatssekretär Raymond Probst an die Feier. Probst nutzte die Gelegenheit, um sich mit Raúl Alfonsín und seinen Regierungsmitgliedern auszutauschen.⁸⁴⁷ Die Schilderung des Ereignisses im Geschäftsbericht des Bundesrats erweckt den Eindruck, dass die schweizerisch-argentinischen Beziehungen nach der Diktatur optimal gestartet sind. Für den Bundesrat war Probsts Reise nach Argentinien ein Erfolg: „Er erreichte Zusicherungen hinsichtlich der vollen Abklärung des Schicksals von Personen schweizerischer Nationalität oder schweizerischer Herkunft, die verschwunden sind.“⁸⁴⁸ Einige Monate später wurde auch im National- und Ständerat über die immer noch vermissten schweizerischen Staatsangehörigen in Argentinien debattiert. Mehrfach wurde dabei von Parlamentsmitgliedern, aber auch von Bundesrat Pierre Aubert hervorgehoben, dass man der neuen Regierung vertraue, die Menschenrechtsverbrechen aufzuklären.⁸⁴⁹

Auch im Juni 1986 – mittlerweile waren seit dem Ende der Diktatur zweieinhalb Jahre vergangen – beschäftigte sich der Nationalrat noch mit den Verbrechen der argentinischen Junta. Die sozialdemokratische Nationalrätin Françoise Pitteloud reichte zusammen mit 25 anderen Parlamentsmitgliedern beim Bundesrat eine Interpellation über die Auslieferung von seit mehreren Jahren verhafteten Argentinern ein.⁸⁵⁰ Pitteloud hielt fest: „Seit 1981, dem Zeitpunkt ihrer Festnahme wegen Entführung eines argentinischen Financiers, hält die Schweiz fünf argentinische Staatsangehörige in Haft, von denen mindestens zwei ehemalige Folterer und Helfershelfer der Militärdiktatur sind. Argentinien hat für diese fünf Personen, die unterdessen in der Schweiz um Asyl nachgesucht haben, schon zweimal Auslieferungsbegehren gestellt. Da sie ihre Strafen demnächst verbüsst haben werden, sollte so rasch als möglich ein

⁸⁴⁷ Schweizer Bundesrat: Berichte über die Geschäftsführung des Bundesrats, des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts im Jahre 1983, in: Geschäftsberichte des Bundesrats, 1983, Band 119, Ref. No 50 000 393, S. 1-407, hier: S. 17.

⁸⁴⁸ Ebd., S. 17-18.

⁸⁴⁹ Siehe: Association internationale contre la torture, Genf. Petition betreffend in Argentinien verschwundene Personen schweizerischer Nationalität, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1984, Band I, Frühjahrsession, Ständerat, Sitzung 03, Geschäftsnummer 84.251, 07.03.1984, Ref. No 20 012 411, S. 44-46, Association internationale contre la torture, Genf. Petition betreffend in Argentinien verschwundene Personen schweizerischer Nationalität, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1984, Band I, Frühjahrsession, Nationalrat, Sitzung 09, Geschäftsnummer 84.251, 15.03.1984, Ref. No 20 012 237, S. 230-232, sowie Nussio, Enzo: Die Beziehungen der Schweiz zu Argentinien während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 – Norm und Praxis der schweizerischen Aussenpolitik. Unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechtspolitik, Lizentiatsarbeit Universität Basel 2004, S. 51-52.

⁸⁵⁰ Interpellation Pitteloud Auslieferungsbegehren Argentinien, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1986, Band II, Sommersession, Nationalrat, Sitzung 05, Geschäftsnummer 85.953, 05.06.1986, Ref. No 20 014 371, S. 651-652, hier: S. 651-652.

Entscheid gefällt werden. Eine der fünf Personen ist bereits ins Ausland geflüchtet, obwohl sie, wie die anderen auch, unter polizeilicher Aufsicht stand. Ueberdies [sic] bleibt in dieser Angelegenheit vieles im Dunkeln.“⁸⁵¹ Die Interpellation forderte daher unter anderem, dass die Argentinier so bald wie möglich ausgeliefert werden – entsprechende Forderungen aus Argentinien gäbe es bereits – und stellte die Frage, „[w]arum [...] das BAP, welches einer Vertreterin der Internationalen Vereinigung für Menschenrechte gestattet hat, die Beschuldigten zu befragen, nicht verlangt [hat], dass deren Aussagen, die für die Haltung der Schweiz von entscheidender Bedeutung sind, veröffentlicht werden? (Die Internationale Vereinigung für Menschenrechte hat ihre Ex-Vertreterin, die den Beschuldigten sichtlich sehr nahesteht, für unzuständig erklärt.)“⁸⁵²

Bundesrätin Elisabeth Klopp erklärte, dass sich der geflohene Argentinier „in Halbfreiheit“ befand.⁸⁵³ Über die Auslieferung der Argentinier fügte die Bundesrätin an: „Mit Verfügung vom 29. Januar dieses Jahres hat das Bundesamt für Polizeiwesen im Rahmen seiner Befugnis dem argentinischen Auslieferungsbegehren entsprochen. Das Bundesgericht hat [...] inzwischen den Entscheid des Bundesamtes für Polizeiwesen bestätigt, so dass die Argentinier ausgeliefert werden.“⁸⁵⁴ In Bezug auf die Befragung der Argentinier hielt sie fest: „Das Bundesamt für Polizeiwesen, das über das Auslieferungsbegehren zu befinden hat, hat einer Vertreterin der Fédération internationale des droits de l'homme gestattet, die Angeschuldigten zu besuchen. Diese Tatsache rechtfertigt in keiner Weise eine Veröffentlichung der anlässlich dieses Besuches erhaltenen Erklärungen.“⁸⁵⁵

Elf Jahre, nachdem Wirtschaftsminister José Alfredo Martínez de Hoz nach dem Militärputsch die Schweiz besuchte, reiste eine andere, noch bedeutendere argentinische Delegation aus ökonomischen Gründen in die Schweiz. Dieses Mal war das argentinische Staatsoberhaupt persönlich bei den Gesprächen dabei. Gemäss einer Publikation der Universität Genf ging es beim Treffen vor allem um die ökonomischen Beziehungen: „Eine argentinische Delegation unter der Leitung von Präsident Alfonsín besuchte im Juni 1987 Bern, wo ein Wirtschaftssymposium über die Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Argentinien stattfand. Argentinien ist ein wichtiges Investitionsland für Schweizer Investoren: die kumulierten schweizerischen Direktinvestitionen werden auf rund 500 Millionen Dollar geschätzt. Themen der Gespräche waren weiter die Vermeidung von Doppelbesteuerung, bilaterale Umschuldung, Wiederaufnahme der ERG. Wegen Zahlungsschwierigkeiten war die ERG vorübergehend ge-

⁸⁵¹ Ebd., S. 651.

⁸⁵² Ebd.

⁸⁵³ Ebd., S. 652.

⁸⁵⁴ Ebd.

⁸⁵⁵ Ebd.

sperrt worden.“⁸⁵⁶ Spätestens seit diesem Treffen scheinen für den Wirtschafts- und Finanzplatz Schweiz die Jahre der Militärdiktatur abgeschlossen zu sein. In den Angehörigen der demokratisch gewählten argentinischen Regierung hatte man Gesprächspartner gefunden, die für Investitionen und Handel ein offenes Ohr hatten.

⁸⁵⁶ Institut universitaire d'études du développement (Université de Genève): Jahrbuch Schweiz-Dritte Welt 1987/1988 (Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik Nr. 7/1988), Genf 1988, S. 112.

5.2 Bombastischer Handel – Atomenergie und Atommüll

2006 setzte sich der argentinische Staatspräsident Néstor Kirchner dafür ein, dass ein seit über zehn Jahren stillstehender Bau eines Atomkraftwerks fortgesetzt wird. Kirchner verstarb, bevor das Bauwerk fertiggestellt war. Im September 2011 konnte seine Witwe Cristina Fernández de Kirchner das Kraftwerk schliesslich einweihen. Bei den Feierlichkeiten bekannte sich die Politikerin offen zur Atomenergie. Sie verkündete, dass Argentinien so bald wie möglich weitere Kernkraftwerke bauen werde. Die Bilder aus dem japanischen Fukushima des damaligen Jahres schienen die Präsidentin nicht beeinflusst zu haben.⁸⁵⁷

Nicht nur der Zeitpunkt der Inbetriebnahme, sondern auch der historische Hintergrund des Atomkraftwerks ist bemerkenswert. Initiiert wurde die Konstruktion des Kernkraftwerks namens Atucha II im Jahr 1980 von der argentinischen Junta.⁸⁵⁸ Die Anlage in Arroyito, die für das Atomkraftwerk schweres Wasser herstellt,⁸⁵⁹ stammt von der schweizerischen Gebrüder Sulzer AG und kostete mehrere hundert Millionen Franken.⁸⁶⁰ Der damit verbundene Technologietransfer war international höchst umstritten, weil man befürchtete, dass die argentinische Junta die Anlage zur nuklearen Aufrüstung nutzen wird. Die Vereinigten Staaten zeigten sich über die Exporterlaubnis durch den Bundesrat äusserst kritisch.⁸⁶¹ Von zusätzlicher Brisanz war auch, dass das Handelsgeschäft durch die Exportrisikogarantie staatlich unterstützt wurde.⁸⁶² Der juristische und technologische Hintergrund dieses Exportvorhabens war äusserst komplex, der Bundesrat war bei seiner Entscheidung in hohem Masse von Experten abhängig.⁸⁶³

⁸⁵⁷ Vgl. Absatz mit: Marti, Werner: Argentinien setzt auf Atomstrom. Die Präsidentin eröffnet das dritte Atomkraftwerk des Landes, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.09.2011, S. 5.

⁸⁵⁸ Ebd.

⁸⁵⁹ Gemäss der Definition von Klaus Heinloth wird bei einem mit einem Schwerwasser-Reaktor betriebenen Atomkraftwerk „als Kühlmittel und Moderator schweres Wasser (D₂O) benutzt“, wobei „die Moderatorwirkung von Schwerwasser wesentlich geringer ist als die von Leichtwasser.“ Solche Reaktoren würden aber „Kernenergie ohne Abhängigkeit von der Lieferung angereicherten Urans aus Industrieländern“ ermöglichen. Siehe: Heinloth, Klaus: Die Energiefrage: Bedarf und Potentiale, Nutzung, Risiken und Kosten, Braunschweig/Wiesbaden 2003, S. 243.

⁸⁶⁰ Eine ausführliche Darstellung des Exportgeschäfts bietet Nussio, Enzo: Die Beziehungen der Schweiz zu Argentinien während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 – Norm und Praxis der schweizerischen Aussenpolitik. Unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechtspolitik, Lizentiatsarbeit Universität Basel 2004, S. 87-101.

⁸⁶¹ Ebd., S. 98-101.

⁸⁶² Ebd., S. 101 und Schweizerischer Bundesrat: „Beschluss: Exportrisikogarantie - Argentinien, Atomkraftwerkenanlagen“, 22.08.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E6100C#1998/106#30*, Az. 501.12, Exportrisikogarantie Argentinien, 1979.

⁸⁶³ Ich habe diese Situation bereits im folgenden Aufsatz dargelegt: Klaus, Manuel: Der Bundesrat als kollektive Skandalfigur während des Kalten Kriegs?, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 24 (2015), Heft 3, S. 102-114, hier: S. 108-109.

Exporterlaubnis gegen Uranlieferung und Atommüll?

Seit 1978 verdichteten sich die Anzeichen dafür, dass die Junta ein zusätzliches Atomkraftwerk mit Schwerwassertechnologie errichten möchte.⁸⁶⁴ Im Frühjahr 1979 wurde innerhalb der Bundesverwaltung festgehalten, dass die Vereinigten Staaten und Kanada den Unternehmen in ihren Ländern nur eine Exporterlaubnis erteilen würden, wenn die argentinische Regierung strengen Lieferbedingungen zustimmen würde.⁸⁶⁵ Die vertrauliche Korrespondenz innerhalb der Bundesverwaltung spekulierte zudem darüber, dass die Junta anlässlich des Handelsgeschäfts einem Uranexport in die Schweiz zustimmen könnte.⁸⁶⁶ Die Handelsabteilung hielt in dieser Hinsicht fest, dass es „natürlich erst recht verlockend“ sei, dass man eine neue Möglichkeit für den Import des Schwermetalls erhalten könnte.⁸⁶⁷

Spätestens im April 1979 ging man in der Bundesverwaltung davon aus, dass die nachlässigeren schweizerischen Ausfuhrbestimmungen dem Winterthurer Unternehmen entscheidend helfen könnten, sich gegen die internationalen Mitbewerber durchzusetzen.⁸⁶⁸ Schenkt man den Quellen des schweizerischen Botschafters in Kanada Glauben, so war dies auch der Gebrüder Sulzer AG bewusst. Gemäss seinen Informationen sprach ein Mitarbeiter des Unternehmens in Argentinien offen darüber.⁸⁶⁹

Es scheint kein Zufall zu sein, dass Argentinien gerade zu dem Zeitpunkt, als sich die Schweiz als attraktivster Handelspartner im Bereich der Nukleartechnologie präsentierte, ein verlockendes Angebot unterbreitete. Am 29. März 1979 erklärte eine Delegation rund um Admiral Augustin Caesar Ledesma den Beamten des Eidgenössischen Amtes für Energiewirtschaft, dass ihr Land bereit wäre, radioaktive Abfälle zu übernehmen. Die Argentinier versicherten sogar, dass sie die weltweit günstigste Endlagerung anbieten würden.⁸⁷⁰

Kurze Zeit später sprach der Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft öffentlich über das Angebot. Die Reaktionen argentinischer Journalisten liessen nicht lange auf sich war-

⁸⁶⁴ Nussio, Enzo: Die Beziehungen der Schweiz zu Argentinien während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 – Norm und Praxis der schweizerischen Aussenpolitik. Unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechtspolitik, Lizentiatsarbeit Universität Basel 2004, S. 88.

⁸⁶⁵ Madöry, Robert an Pictet, François: „Schweizerische Technologie (Sulzer) in Argentinien (Vertraulich)“, 01.03.1979, S. 1-2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

⁸⁶⁶ Ebd., S. 2.

⁸⁶⁷ Ebd., S. 3.

⁸⁶⁸ Nussio, Enzo: Die Beziehungen der Schweiz zu Argentinien während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 – Norm und Praxis der schweizerischen Aussenpolitik. Unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechtspolitik, Lizentiatsarbeit Universität Basel 2004, S. 90-91.

⁸⁶⁹ Pictet, François an die Handelsabteilung und das EVD: „Lieferung von Nuklearenergie-Anlagen von Sulzer nach Argentinien“, 25.05.1979, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

⁸⁷⁰ „Aktennotiz: Kontaktaufnahme einer Delegation der argentinischen Marine mit dem Eidgenössischen Amt für Energiewirtschaft in Sachen Lagerung schweizerischer radioaktiver Abfälle in Argentinien“, ohne Datumsangabe, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

ten.⁸⁷¹ „Schweizer Schwerwasseranlage für Atommüll in Argentinien“, lautete beispielsweise der Titel des Argentinischen Tageblatts.⁸⁷² Die Zeitung zeigte sich gegenüber der Schweiz verständnisvoll: „Argentinien hat Interesse, bei der Schweizer Firma Sulzer eine Fabrik zur Herstellung von schwerem Wasser zu bestellen [...]. Gleichzeitig will Argentinien die radioaktiven Abfälle der drei Schweizer Nuklearzentralen abnehmen, ein ständiges Problem in einem Land, in dem praktisch alle Ortsverwaltungen die Nähe eines derartigen Lagers ablehnen.“⁸⁷³ Weniger verständnisvoll zeigte sich der Buenos Aires Herald. „Swiss radioactive waste for Argentina?“, fragte die Zeitung und ergänzte: „[R]adioactive waste from Switzerland’s nuclear power plants in exchange for atomic know-how“.⁸⁷⁴

Der Bundesrat erklärte dem Parlament, dass das schweizerisch-argentinische Treffen „sans caractère officiel“ gewesen sei und er hob die zahlreichen Faktoren hervor, die bei der Lagerung radioaktiver Abfälle berücksichtigt werden müssten.⁸⁷⁵ Die argentinische Junta verhielt sich bei der Angelegenheit widersprüchlich. Offiziell wurde das Angebot an die Schweiz verneint. Der schweizerische Botschafter in Buenos Aires hielt gegenüber dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten im Juni 1979 fest: „Lors d’une interview accordée au début de ce mois à un journal de Salta, le contre-amiral Carlos Castro Madero, Président de la Commission nationale de l’énergie atomique (CNEA), a repéré qu’il n’y avait eu aucune proposition de l’Argentine à la Suisse pour entrepose ses résidus radioactifs.“⁸⁷⁶ In den Akten der Bundesverwaltung ist jedoch ein kurzes Schreiben von Castro Madero an Ledesma überliefert, das im Vorfeld des Treffens im März verfasst wurde. Es belegt, dass Castro Madero vom argentinischen Angebot wusste.⁸⁷⁷

⁸⁷¹ Siehe: Bodmer, Gaspar an das EPD: „Construction d’une usine d’eau lourde par Sulzer en Argentine“, 11.04.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

⁸⁷² Siehe Argentinisches Tageblatt: Schweizer Schwerwasseranlage für Atommüll in Argentinien?, 11.04.1979, Artikel ohne Seitenangabe, Anhang von: Bodmer, Gaspar an das EPD: „Construction d’une usine d’eau lourde par Sulzer en Argentine“, 11.04.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

⁸⁷³ Ebd.

⁸⁷⁴ Buenos Aires Herald: Swiss radioactive waste for Argentina?, 11.04.1979, Anhang von: Bodmer, Gaspar an das EPD: „Construction d’une usine d’eau lourde par Sulzer en Argentine“, 11.04.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

⁸⁷⁵ Question ordinaire Grobet du 12 juin 1979: Radioaktive Abfälle. Lagerung in Argentinien, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band IV, Wintersession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer 79.704, 14.12.1979, Ref. No 20 008 227, S. 1717-1718, hier: S. 1717-1718.

⁸⁷⁶ Bodmer, Gaspar: „Energie nucléaire en Argentine“, 07.06.1979, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

⁸⁷⁷ Er schrieb damals: „Tengo el agrado de dirigirme a Vd. a fin de manifestar le que estaríamos interesados en profundizar las conversaciones que hemos mantenido sobre una eventual utilización de cementarios de desecho radioactivos de parte de Suiza en la República de Argentina.“; Castro Madero, Carlos an Ledesma, Augustin Caesar: Titelloses Schreiben, 13.03.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

Ende Juni 1979 traf sich Castro Madero mit Beamten der Bundesverwaltung in Zürich.⁸⁷⁸ Der stellvertretende Direktor des Bundesamts für Energiewirtschaft wollte zu Beginn „einige Missverständnisse zum Thema Lagerung schweizerischer nuklearer Abfälle in Argentinien aus dem Weg räumen.“⁸⁷⁹ Castro Madero hielt fest, dass das Gespräch mit der argentinischen Delegation im März nur eine erste Annäherung dargestellt hätte.⁸⁸⁰ Obwohl es für ihn in Zukunft denkbar wäre, auch in diesem Bereich zu kooperieren, hielt er fest: „Es liegt von Seiten Argentiniens kein Angebot, welcher Art auch immer, vor und vorläufig ist ein solches auch nicht zu erwarten.“⁸⁸¹

Seine Begründung wirkt angesichts der Menschenrechtsverbrechen der argentinischen Junta verhöhrend: „Auch in meinem Land ist nämlich auf die öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen, und diese wäre gegenwärtig auf eine solche Zusammenarbeit in keiner Art und Weise vorbereitet.“⁸⁸² Der stellvertretende Direktor des Bundesamts für Energiewirtschaft erklärte seinem Gast: „Uns waren die fraglichen, auf irgendwelche undichte Stellen zurückzuführenden Zeitungsmeldungen ebenfalls unangenehm. Wir möchten uns für die dadurch den argentinischen Behörden verursachten Unannehmlichkeiten entschuldigen.“⁸⁸³ Der Argentinier zeigte sich in Hinblick auf einen weiteren Austausch über das Anliegen zurückhaltend: „Dieses Gespräch sollte absolut vertraulich behandelt werden. Ich habe keinerlei Kompetenzen in dieser Sache, nicht einmal, um Gespräche anzubieten. Persönlich sehe ich gewisse Möglichkeiten; aber im jetzigen Zeitpunkt hat meine Regierung keinerlei Interesse, nukleare Abfälle anderer Staaten aufzunehmen.“⁸⁸⁴ Die Angelegenheit war damit aber noch nicht abgeschlossen. Im Herbst 1979 wurde dem Bundesrat in der spanischen Presse vorgeworfen, dass er die Exporterlaubnis für die Schwerwasseranlage nur aussprechen werde, wenn Argentinien Atommüll aufnehme. Die Bundesverwaltung hat den Vorwurf innerhalb weniger Tage öffentlich dementiert. Man ging nicht mehr von dieser Option aus.⁸⁸⁵

Ingesamt kann festgehalten werden, dass innerhalb der Bundesverwaltung unterschiedliche Ansichten darüber bestanden, ob es angebracht sei, nuklearer Abfall in der Militärdiktatur zu

⁸⁷⁸ Von Arx, H.: „Protokoll: Gespräch zwischen Vertretern der schweizerischen und der argentinischen Behörden über Bedingungen für die Lieferung einer Sulzer-Schwerwasserproduktionsanlage nach Argentinien“, 29.06.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

⁸⁷⁹ Ebd., S. 2.

⁸⁸⁰ Ebd.

⁸⁸¹ Ebd.

⁸⁸² Ebd.

⁸⁸³ Ebd.

⁸⁸⁴ Ebd., S. 3.

⁸⁸⁵ Vgl. Absatz mit Nussio, Enzo: Die Beziehungen der Schweiz zu Argentinien während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 – Norm und Praxis der schweizerischen Aussenpolitik. Unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechtspolitik, Lizentiatsarbeit Universität Basel 2004, S. 98.

lagern. Das Bundesamt für Energiewirtschaft zeigte Interesse an dieser Lösung, die Handelsabteilung distanzierte sich davon. Die Endlagerung von Nuklearmaterial war ein äusserst emotionales Thema. Das Verhalten der Bundesverwaltung und die umsichtige Antwort des Bundesrats auf eine parlamentarische Eingabe zeugen davon, dass man dies in Bern nicht unterschätzte. Trotz der politischen Brisanz darf dabei nicht vergessen werden, dass es sich bei der Angelegenheit nur um einen Nebenschauplatz eines noch viel umstritteneren Handelsgeschäfts handelte. Dabei divergierten innerhalb der Departemente die Ansichten darüber, ob der Bundesrat den Export einer Schwerwasseranlage bewilligen soll, noch deutlicher auseinander.

Interdepartementale Sitzungen

Für die Beamten der Bundesverwaltung war von Anfang an klar ersichtlich, dass es sich beim Export einer Schwerwasseranlage in die argentinische Militärdiktatur um ein brisantes Handelsgeschäft handelte. Man erkannte bereits schon im Frühjahr 1979, dass die grössten Hindernisse nicht juristischer, sondern politischer Natur waren: „Das Geschäft ist vom Standpunkt der nuklearen Kontrollen klar. [...] Weithaus heikler ist jedoch der politische Aspekt.“⁸⁸⁶

Das Exportvorhaben der Gebrüder Sulzer AG war in dieser Hinsicht kaum mit einem anderen Handelsgeschäft vergleichbar. Mehrere Departemente mussten in den Entscheidungsprozess des Bundesrats zur Erteilung einer Exportbewilligung miteinbezogen werden. Das primär für das Ausfuhrgesuch zuständige Bundesamt für Energiewirtschaft stand daher im engen Austausch mit anderen Amtsstellen. Claude Zangger, der stellvertretende Direktor des Bundesamts für Energiewirtschaft, meinte dazu im Sommer 1979: „Es hat sich herausgestellt, dass die Erteilung der Bewilligung für diese Ausfuhr mit wichtigen Fragen politischer Natur verbunden ist, welche vornehmlich das EDA und EVD betreffen. Nach dem heutigen Stand unserer internationalen Verpflichtungen könnte unser Amt die Ausfuhr-Bewilligung unter Auflegung der im Londoner Klub vorgesehenen Bedingungen erteilen. Im Hinblick auf die erwähnten politischen Implikationen bitten wir Sie, zu prüfen, ob weitergehende Bedingungen in Anlehnung an das Atomgesetz auferlegt werden müssen oder nicht.“⁸⁸⁷

⁸⁸⁶ Madöry, Robert an Pictet, François: „Schweizerische Technologie (Sulzer) in Argentinien (Vertraulich)“, 01.03.1979, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

⁸⁸⁷ Zangger, Claude an Jolles, Paul Rudolf und Bindschedler, Rudolf: „Export einer Schwerwasseranlage nach Argentinien“, 02.07.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

Zangger war bewusst, dass der Export einer Schwerwasseranlage zwar legal wäre, jedoch politische Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Die Angelegenheit ging daher über den Zuständigkeitsbereich seines Bundesamts hinaus. Es überrascht daher nicht, dass Zangger das Exportvorhaben ein „Problem“ nannte, zu dessen Lösung „inter-departementale Sitzungen“ einberufen werden mussten.⁸⁸⁸ Erst nachdem sich die Beamten aus den verschiedenen Departementen ausgetauscht hatten, traf man sich im Juni 1979 mit Castro Madero.⁸⁸⁹ Die Beamten wurden sich im Vorfeld aber nicht einig darüber, welche Position man gegenüber dem Argentinier vertreten sollte. Beim Treffen mit Castro Madero kam dies offen zum Vorschein. Zangger, der als Vertreter des Bundesamts für Energiewirtschaft teilnahm, hatte grosses Interesse daran, dass das Geschäft zustande kommt. Er versuchte Castro Madero davon zu überzeugen, dass sich Argentinien an internationale Richtlinien halten sollte: „Die schweizerische Verwaltung und voraussichtlich auch die schweizerische Regierung hätten keine Probleme, die notwendige Exportbewilligung zu erteilen, wenn Argentinien bereit wäre, alle Bedingungen der Londoner Richtlinien, welche sich auf solche Anlagen beziehen, und ausserdem die FSS⁸⁹⁰ zu akzeptieren.“⁸⁹¹ Der Vertreter der Handelsabteilung, Robert Madöry, zeigte sich gegenüber dem Exportvorhaben kritisch. Madöry erklärte: „Wir sind, wie auch Argentinien, unter gewissen Zwängen, welche uns die Grenzen unseres Verhaltensspielraums zeigen. Wir können bei unseren Entscheidungen daher nicht nur unseren eigenen Gefühlen folgen, sondern haben auch die Reaktionen dritter Staaten in Betracht zu ziehen. Wir möchten ja z.B. ebenfalls über eine gewisse Versorgungssicherheit verfügen.“⁸⁹²

Castro Madero ging auf Madörys Aussage ein und meinte dazu: „Dieses Schwerwasseranlage-Geschäft könnte der erste Schritt in Richtung einer weiteren Zusammenarbeit im nuklearen Bereich sein. Argentinien wäre z.B. in der Lage, Natururan zu exportieren. Auch das müsste in die Evaluation einbezogen werden.“⁸⁹³ Der Vertreter der Handelsabteilung stand dem Millionengeschäft folglich nicht zuletzt aufgrund der Angst vor den internationalen Reaktionen kritisch gegenüber. Argentinien stellte deswegen in Aussicht, dass bei einer Exportbewilli-

⁸⁸⁸ Ebd.

⁸⁸⁹ Ebd.

⁸⁹⁰ FSS war die Abkürzung für „full-scope safeguards“ und bedeutete gemäss der Definition von Bernd W. Kubbing und Harald Müller, dass „der Empfängerstaat alle seine Nuklearaktivitäten unter die Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Organisation stellt“, siehe: Kubbing, Bernd W.; Müller, Harald: Nuklearexport und Ausrüstung. Neue Bedrohungen und Friedensperspektiven, Frankfurt am Main 1993, S. 84.

⁸⁹¹ Von Arx, H.: „Protokoll: Gespräch zwischen Vertretern der schweizerischen und der argentinischen Behörden über Bedingungen für die Lieferung einer Sulzer-Schwerwasserproduktionsanlage nach Argentinien“, 29.06.1979, S. 5, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

⁸⁹² Ebd., S. 9-10.

⁸⁹³ Ebd., S. 10.

gung für die Schwerwasseranlage die Möglichkeit bestehen könnte, dass die Schweiz argentinisches Natururan kaufen könnte.

Die Meinung des Vertreters der Handelsabteilung änderte sich dadurch jedoch nicht. Als Castro Madero gegen Ende des Gesprächs auf einen möglichst raschen Abschluss des Handelsgeschäfts drängte, verwies ihn Zangger darauf, dass in der Schweiz Sommerferien seien.⁸⁹⁴ Madöry griff diesen Aspekt auf: „Es ist gefährlich und vielleicht sogar der Sache abträglich, dieses schwierige Problem so kurzfristig, und erst noch in der Ferienzeit, erledigen zu wollen.“⁸⁹⁵ Die anwesenden Argentinier zeigten sich irritiert darüber, dass aufgrund der Sommerferien kein politischer Entscheid möglich sei.⁸⁹⁶ Selbst als ein Vertreter der Gebrüder Sulzer AG, der ebenfalls beim Gespräch anwesend war, auf eine baldige Entscheidung in Bern pochte, hielt Madöry an seiner Haltung fest: „Die für unseren Entscheidungsprozess notwendige Zeit hängt nicht primär von administrativen Problemen, sondern davon ab, dass es sich um eine fundamentale Frage handelt.“⁸⁹⁷

Als sich anschliessend Vertreter unterschiedlicher Amtsstellen zu einer weiteren interdepartementalen Sitzung trafen, wurden solche „fundamentalen Fragen“ offen angesprochen. Zwischenzeitlich veränderte sich die Ausgangslage für das Handelsgeschäft, weil befürchtet wurde, dass Kanada seine Haltung gegenüber einer nuklearen Zusammenarbeit mit der Militärdiktatur überdenken und das Winterthurer Unternehmen daher den Auftrag nicht erhalten könnte.⁸⁹⁸ Aus Sicht des Bundesamts für Energiewirtschaft hielt man bisher nicht zuletzt an den Ausfuhrbestimmungen fest, weil man die Gefahr einer nuklearen Aufrüstung der Diktatur ernst nahm.⁸⁹⁹ Angesichts einer möglichen Lockerung der kanadischen Lieferbedingungen gab das Bundesamt für Energiewirtschaft in der Sitzung zu verstehen, dass man die Ausfuhrbestimmungen anpassen könnte.⁹⁰⁰

Das Bundesamt für Aussenwirtschaft erinnerte daran, dass man wegen einer Exportbewilligung in Gefahr laufe, keine Uranlieferungen mehr aus Drittstaaten zu erhalten.⁹⁰¹ Rudolf Bindschedler, der Vertreter des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, unterstützte jedoch den Vorschlag des Bundesamts für Energiewirtschaft: „Sofern Kanada unter das Niveau des Londoner Klubs gehen sollte, gibt es für uns keinen Grund, dies nicht

⁸⁹⁴ Ebd., S. 10.

⁸⁹⁵ Ebd.

⁸⁹⁶ Ebd., S. 10-11.

⁸⁹⁷ Ebd., S. 11.

⁸⁹⁸ Siehe: Hauswirth, Ch.: „Protokoll. Interdepartementale Sitzung vom 31. Juli 1976, 16.00 Uhr“, ohne Datumsangabe, S. 1-4, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

⁸⁹⁹ Ebd., S. 1.

⁹⁰⁰ Ebd., S. 5.

⁹⁰¹ Ebd., S. 3.

auch zu tun. Schliesslich wollen wir nicht päpstlicher als der Papst sein.“⁹⁰² Für ihn waren die Schweizerinnen und Schweizer „keine Weltpolizisten“.⁹⁰³ Ein Mitarbeiter des Bundesamts für Aussenwirtschaft war offensichtlich erstaunt über diese Antwort. Er fragte nach: „Genügt die Anwendung der Londoner Richtlinien nicht, um Argentinien vom Bau einer A-Bombe abzuhalten?“⁹⁰⁴ Bindschedler antwortete darauf nüchtern: „Wenn Argentinien das mit der Schweiz ausgehandelte Abkommen brechen würde, könnten die von unserem Land gelieferten Anlagen einen Beitrag zur A-Bombe bedeuten.“⁹⁰⁵

Zwei Beamte der Bundesverwaltung reisten nach Argentinien, um die Lieferbedingungen zwischen den beiden Staaten zu klären. Bei den Gesprächen in Buenos Aires wurden sie von der schweizerischen Botschaft unterstützt.⁹⁰⁶ Die Gäste aus der Schweiz erhielten aber auch die Gelegenheit, bestehende Atomkraftwerke zu besuchen.⁹⁰⁷ Die positiven Eindrücke der Beamten führten dazu, dass die Bundesräte Pierre Aubert und Fritz Honegger dem Gesamtbundesrat am 20. August 1979 empfahlen, einem Briefwechsel mit der Junta zuzustimmen.⁹⁰⁸ In dessen Rahmen wurden noch im selben Monat die Lieferbedingungen für die Schwerwasseranlage definiert.⁹⁰⁹ Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement empfahl zudem dem Bundesrat, dass er es der Exportrisikogarantie-Kommission erlauben solle, das Handelsgeschäft staatlich abzusichern.⁹¹⁰

Beim historischen Fallbeispiel des gescheiterten Exportvorhabens von Radschützenpanzern nach Chile wurde aufgezeigt, dass sich Bundesrat Aubert gegen die schweizerischen Handelsbeziehungen mit der chilenischen Militärdiktatur einsetzte. Wie kann es erklärt werden, dass der Aussenminister die umstrittene Zusammenarbeit in der Nukleartechnologie mit der argentinischen Junta unterstützte? Aubert erklärte seine Haltung in einer ausführlichen vertraulichen Notiz an den Gesamtbundesrat.⁹¹¹ Die Stellungnahme wurde zwar gemeinsam mit

⁹⁰² Ebd., S. 8.

⁹⁰³ Ebd., S. 6.

⁹⁰⁴ Ebd.

⁹⁰⁵ Ebd.

⁹⁰⁶ Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten und Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement an den Bundesrat: „Ausfuhr einer Sulzer-Schwerwasserproduktionsanlage nach Argentinien; zwischenstaatlicher Briefwechsel betreffend argentinische Garantien (vertraulich)“, 20.08.1979, S. 1-2, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

⁹⁰⁷ Ebd., S. 2.

⁹⁰⁸ Ebd., S. 9-10.

⁹⁰⁹ Nussio, Enzo: Die Beziehungen der Schweiz zu Argentinien während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 – Norm und Praxis der schweizerischen Aussenpolitik. Unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechtspolitik, Lizentiatsarbeit Universität Basel 2004, S. 95-96.

⁹¹⁰ Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement an den Gesamtbundesrat: Exportrisikogarantie – Argentinien Atomkraftwerkenanlagen, 20.08.1979, S. 5, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

⁹¹¹ Aubert, Pierre an den Gesamtbundesrat: „Notiz an den Bundesrat. Ausfuhr einer Sulzer-Schwerwasserproduktionsanlage nach Argentinien (vertraulich)“, 10.08.1979, Anhang von Schweizerischer

den Bundesämtern für Aussenwirtschaft und Energiewirtschaft herausgearbeitet, wurde aber dem Gesamtbundesrat als Dokument des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten unter Auberts Namen vorgelegt.⁹¹² Das Schriftstück belegt, dass sein Departement das Anliegen umfassend geprüft hatte. Ausführlich wurde dargelegt, welche Positionen andere Staaten gegenüber diesem Handelsgeschäft einnahmen.⁹¹³ Es schien möglich zu sein, dass die Vereinigten Staaten – die wichtigste Partnerin der Schweiz in der Nukleartechnologie – die Zusammenarbeit sistieren könnte: „Wenn diese Versorgung bis jetzt einigermaßen geklappt hat, so ist deren Erschwerung zumindest durch administrative Hindernisse, die sogar bis zu einem effektiven Embargo führen können, nicht auszuschliessen. Bei einer solchen Wendung würden unsere Kernkraftwerksgesellschaften gezwungen, kurzfristig mit europäischen und sowjetischen Anreicherungs-gesellschaften Verträge abzuschliessen.“⁹¹⁴

Vielleicht hegte man daher aufgrund der eigenen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten Sympathien für die Haltung Argentinien. Aubert meinte über das lateinamerikanische Land in seiner Stellungnahme: „Im Verhältnis zu den USA leidet es auch im nuklearen Bereich an einem Dominations- und Einmischungskomplex. [...] Argentinien [ist] bereit, unter gewissen Voraussetzungen den von ihm bereits unterzeichneten Vertrag von Tlatelolco über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika zu ratifizieren und die damit verbundene FSS zu akzeptieren. Dieser Vertrag sei nämlich nicht auf Druck von aussen, sondern aus freiem Willen [...] zustande gekommen und er behandle alle Teilnehmerstaaten gleich.“⁹¹⁵ Erstaunlich ist die deutliche Kritik am Einfluss der Vereinigten Staaten seitens eines Mitglieds der schweizerischen Regierung nicht zuletzt, weil die Schweiz in der Frühphase des Kalten Kriegs deutliche Absichten zeigte, mit den Vereinigten Staaten im Bereich der Nukleartechnologie intensiv zusammenzuarbeiten.⁹¹⁶ Es scheint naheliegend zu sein, dass die Schweiz wegen den technologischen Möglichkeiten der einheimischen Unternehmen die Kontrolle durch die Vereinigten Staaten nicht mehr bereit war zu akzeptieren.

Aubert argumentierte zudem, dass Argentinien auch ohne schweizerische Hilfe die Nukleartechnologie vorantreiben werde. Ob „es auf mehr oder weniger heimlichen und rechtmässigen Weg“ oder „durch eigene Mittel (Vorhaben Argentinien)“ zustande kommt, war gemäss sei-

Bundesrat: „Beschluss. Ausfuhr einer Sulzer-Schwerwasserproduktionsanlage nach Argentinien; zwischenstaatlicher Briefwechsel betreffend argentinische Garantien (vertraulich)“, 22.08.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E6100C#1998/106#30*, Az. 501.12, Exportrisikogarantie Argentinien, 1979.

⁹¹² Ebd., S. 17.

⁹¹³ Ebd., S. 3-6.

⁹¹⁴ Ebd., S. 13.

⁹¹⁵ Ebd., S. 6-7.

⁹¹⁶ Joye-Cagnard, Frédéric; Strasser, Bruno J.: Energie atomique, guerre froide et neutralité. La Suisse et le plan Atomes pour la Paix, 1945- 1957, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 16 (2009), Heft 2, S. 37-53, hier: S. 53.

ner Notiz nicht relevant. Bei beiden Varianten wären Überprüfungen von aussen nicht mehr möglich.⁹¹⁷

Aubert griff jedoch in seiner Stellungnahme nicht nur aussenpolitische Faktoren auf, sondern argumentierte auch volkswirtschaftlich. „Die wirtschaftlichen Dimensionen des Auftrages sind beträchtlich“, hielt er gegenüber seinen Kollegen fest.⁹¹⁸ Für den Aussenminister war die Bedeutung des Auftrags kaum zu unterschätzen: „Bei der heutigen Wirtschaftslage ist ein solcher Auftrag nicht nur für das Haus Sulzer, sondern für die Maschinenbaubranche und die Wirtschaft des Landes von grosser Bedeutung. Er würde gestatten, bestehende Kapazitäten und vorhandene Fachkräfte besser auszulasten. Nicht zu übersehen sind auch die indirekten volkswirtschaftlichen Wirkungen (Unteraufträge, Nachfragestimulierung).“⁹¹⁹ Der Bundesrat listete danach mehrere Länder auf, die an Lieferungen der Gebrüder Sulzer AG ebenfalls interessiert sein könnten.⁹²⁰ Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass Aubert das Exportgesuch des Unternehmens nicht nur aus aussenpolitischen Gründen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen unterstützte.

Im Vorfeld der bundesrätlichen Exportbewilligung wurden innerhalb der Bundesverwaltung äusserst unübliche Positionen eingenommen: Beim Gespräch mit Castro Madero zeigte sich der Vertreter des Bundesamts für Aussenwirtschaft aus aussenpolitischen Gründen kritisch gegenüber einem übereilten Abschluss des Geschäfts. Die Angehörigen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten argumentierten hingegen volkswirtschaftlich, warum die Gebrüder Sulzer AG eine Exporterlaubnis erhalten sollte.

Die Befürworter setzten sich in Bern schliesslich durch. Der Bundesrat stimmte dem Exportvorhaben am 22. August 1979 zu. Die schweizerische Regierung wollte den Entscheid zum damaligen Zeitpunkt jedoch noch nicht öffentlich machen. Die Bundesverwaltung bereitete eine Pressemitteilung vor.⁹²¹ Nachdem die Lieferbedingungen zwischen der Schweiz und Argentinien geregelt waren, erhielt die Gebrüder Sulzer AG den Auftrag aus Lateinamerika. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten wandte sich im Oktober 1979 aus diesem Anlass an die schweizerische Bevölkerung. Die Pressemitteilung hob die ausschliesslich zivile Nutzung der Nukleartechnologie in Argentinien hervor: „Mit dieser Rege-

⁹¹⁷ Aubert, Pierre an den Gesamtbundesrat: „Notiz an den Bundesrat. Ausfuhr einer Sulzer-Schwerwasserproduktionsanlage nach Argentinien (vertraulich)“, 10.08.1979, S. 10, Anhang von Schweizerischer Bundesrat: „Beschluss. Ausfuhr einer Sulzer-Schwerwasserproduktionsanlage nach Argentinien; zwischenstaatlicher Briefwechsel betreffend argentinische Garantien (vertraulich)“, 22.08.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E6100C#1998/106#30*, Az. 501.12, Exportrisikogarantie Argentinien, 1979.

⁹¹⁸ Ebd., S. 12.

⁹¹⁹ Ebd.

⁹²⁰ Ebd., S. 13.

⁹²¹ Schweizerischer Bundesrat: „Beschluss. Ausfuhr einer Sulzer-Schwerwasserproduktionsanlage nach Argentinien; zwischenstaatlicher Briefwechsel betreffend argentinische Garantien (vertraulich)“, 22.08.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E6100C#1998/106#30*, Az. 501.12, Exportrisikogarantie Argentinien, 1979.

lung ist sichergestellt, dass eine allfällige schweizerische Lieferung und die damit produzierten nuklearen Materialien nur für friedliche Zwecke verwendet werden. Somit steht der Erteilung einer Exportbewilligung nichts mehr im Wege.“⁹²²

Zugleich versandte das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten intern eine vertrauliche „Sprachregelung für die Darlegung der schweizerischen Position gegenüber Drittstaaten“.⁹²³ Die gesamte Angelegenheit schien so heikel gewesen zu sein, dass man die Beamten instruieren musste, wie sie über das Handelsgeschäft kommunizieren. Die „Sprachregelung“ enthielt auf mehreren Seiten Angaben, die nur für den Austausch mit ausländischen Beamten gedacht waren und ausdrücklich nicht publik gemacht werden durften.⁹²⁴

Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn sämtliche Informationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden wären. In internationalen Medien – beispielsweise der New York Times oder der Washington Post – wurde starke Kritik am Verhalten der Schweiz ausgeübt.⁹²⁵ Doch nicht nur im Ausland, auch im Inland stiess der Entscheid der schweizerischen Landesregierung auf Unverständnis.

Parlamentarische Eingaben und umstrittene Publikation

Die kritischen Stimmen im Parlament liessen nicht lange auf sich warten. Nationalrätin Ruth Mascarin (POCH) wollte von der Landesregierung genauere Informationen rund um die Exporterlaubnis erhalten. Bundesrat Leon Schlumpf rechtfertigte den Entscheid anhand der Sicherheitskontrollen, denen Argentinien zustimmte. Er legte der Volksvertreterin anschliessend eingehend dar, zu welchen Kontrollen sich die Junta bereit erklärt hatte.⁹²⁶ In der Presse wurde Schlumpfs Antwort so gedeutet, dass sich der Bundesratsentscheid auf die Einschätzung der Bundesverwaltung stützt.⁹²⁷

Wenige Tage später musste sich der Bundesrat mit der Kritik des Nationalrats Andreas Gerwig (SP) auseinandersetzen. Er störte sich über die schweizerische Handelsaktivität im Nuk-

⁹²² EDA: „Sprachregelung für die Darlegung der schweizerischen Position gegenüber Drittstaaten (vertraulich)“, 01.10.1979, S. 1, Anhang von: Von Arx an mehrere Botschaften: Lieferung einer Schwerwasserproduktionsanlage nach Argentinien, 01.10.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

⁹²³ Ebd.

⁹²⁴ Ebd., S. 4.

⁹²⁵ Nussio, Enzo: Die Beziehungen der Schweiz zu Argentinien während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 – Norm und Praxis der schweizerischen Aussenpolitik. Unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechtspolitik, Lizentiatsarbeit Universität Basel 2004, S. 99.

⁹²⁶ Siehe: Fragestunde, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1980, Band I, Frühjahrsession, Nationalrat, Sitzung 09, 17.03.1980, Ref. No 20 008 412, S. 254-261, hier: S. 260-261.

⁹²⁷ Siehe: Autorenkürzel H.S.: Schlumpf: Nuklearausfuhr nach Argentinien ist legal, in: Basler-Zeitung, Nr. 66, 18. März 1980, Artikel ohne Seitenangabe archiviert in: Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel, SWA Vo H XI 2b CH-RA, Wirtschaftsbeziehungen CH. Argentinien. Dokumentensammlung. Zeitungsausschnitte und Klaus, Manuel: Der Bundesrat als kollektive Skandalfigur während des Kalten Kriegs?, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 24 (2015), Heft 3, S. 102-114, hier: S. 109.

learbereich mit Argentinien und zeigte sich besorgt über eine mögliche atomare Aufrüstung der Diktatur. Der Bundesrat hob in seiner Antwort erneut die Bedeutung der Kontrollen in Argentinien hervor und marginalisierte die Möglichkeit einer nuklearen Aufrüstung. Es wurde dem Parlament zudem versichert, dass mögliche Uranlieferungen aus Argentinien nicht in Verbindung stehen mit der Exporterlaubnis.⁹²⁸

Im Juni 1980 erhielt die Gebrüder Sulzer AG offiziell die bereits im Vorfeld zugesicherte Exporterlaubnis aus Bern.⁹²⁹ Obwohl dieser Entscheid nicht überraschte, entrüsteten sich dennoch zahlreiche Personen über ihn. Einen Monat später wandte sich eine Gruppe namens „Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexporte“ an die Öffentlichkeit. In einer Broschüre mit dem Titel „Sulzers Bombengeschäft mit Argentinien. Schweizer Beihilfe zum Atomkrieg“ legten sie ihre Argumente gegen den Export einer Schwerwasseranlage ausführlich dar.⁹³⁰ Die Arbeitsgemeinschaft bezeichnete darin das Handelsgeschäft als „das umfangreichste, gefährlichste und skandalöseste Beispiel“ der schweizerischen Aussenhandelspolitik im Bereich der Nukleartechnologie.⁹³¹ Die Publikation kritisierte auch die Bedeutung der schweizerischen Grossbanken für die Finanzierung des Exportgeschäfts.⁹³²

In Bern organisierte die Arbeitsgemeinschaft eine Pressekonferenz, an der auch Vertreter von bürgerlichen Zeitungen teilnahmen.⁹³³ Die Neue Zürcher Zeitung zeigte sich empört über „derart dreiste Unterstellungen“, die an der Veranstaltung vorgebracht worden seien.⁹³⁴ Aus Sicht der Zeitung erhielt die Gebrüder Sulzer AG den Auftrag nicht aufgrund der nachlässigeren Kontrollvorschriften der Schweiz, sondern weil das Winterthurer Unternehmen über die beste Technologie verfüge.⁹³⁵ Die Solothurner Zeitung beurteilte die Aussagen an der Pressekonferenz sogar als schlichte „Stimmungsmache“.⁹³⁶ Die Arbeitsgemeinschaft hinterliess beim Journalisten alles andere als einen guten Eindruck: „Die Atomexport-Gegner, die auf

⁹²⁸ Siehe Artikel: Schweizer Nuklear-Exporte sind rechtlich „sauber“ (SDA, ohne Angabe des Autors), in: Basler-Zeitung, Nr. 74, 27.03.1980, Artikel ohne Seitenangabe archiviert in: Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel, SWA Vo H XI 2b CH-RA, Wirtschaftsbeziehungen CH. Argentinien. Dokumentensammlung. Zeitungsausschnitte.

⁹²⁹ Siehe Artikel: Nuklearausfuhr nach Argentinien (DDP, ohne Angabe des Autors), in: Basler-Zeitung, Nr. 137, 14.06.1980, Artikel ohne Seitenangabe archiviert in: Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel, SWA Vo H XI 2b CH-RA, Wirtschaftsbeziehungen CH. Argentinien. Dokumentensammlung. Zeitungsausschnitte.

⁹³⁰ Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexporte: Sulzers Bombengeschäft mit Argentinien. Schweizer Beihilfe zum Atomkrieg, Zürich und Bern 1980. Die Publikation ist auf Juli 1980 datiert, siehe: Ebd., S. 2.

⁹³¹ Ebd., S. 6.

⁹³² Ebd., S. 45-47.

⁹³³ Zwicky, Hans: Kampagne gegen Schweizer Nukleartechnik. Exportauftrag nach Argentinien als Vorspann, in: Neue Zürcher Zeitung, 06.08.1980, Artikel ohne Seitenangabe archiviert in: Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel, SWA Vo H XI 2b CH-RA, Wirtschaftsbeziehungen CH. Argentinien. Dokumentensammlung. Zeitungsausschnitte.

⁹³⁴ Ebd.

⁹³⁵ Ebd.

⁹³⁶ Frangi, Bruno: Stimmungsmache, in: Solothurner Zeitung, Nr. 182, 06.08.1980, Artikel ohne Seitenangabe archiviert in: Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel, SWA Vo H XI 2b CH-RA, Wirtschaftsbeziehungen CH. Argentinien. Dokumentensammlung. Zeitungsausschnitte.

vielen Seiten Papier recht wortgewaltig [...] gegen die Haltung unserer Industrie, der Banken und Behörden losziehen, zeigten sich an ihrer Pressekonferenz bei einzelnen Fragen allerdings fast sprachlos.⁹³⁷ Sogar die Beweggründe der Arbeitsgemeinschaft wurden von der Zeitung in Frage gestellt: „Behauptungen, Einseitigkeit und Widersprüche zuhauf, jedenfalls so eklatant, dass man die edle Absicht, die zu einer friedlicheren Welt führen soll, eigentlich nur schwer als bare Münze entgegennehmen kann.“⁹³⁸

In der Basler Zeitung erschien ein Kommentar, der in der Auseinandersetzung über den Export einer Schwerwasseranlage in eine Diktatur eine Grundsatzdebatte erkannte: „Die alte Frage stellt sich, ob die schönen aussenpolitischen Grundsätze den weniger schönen aussenwirtschaftlichen Beziehungen in den Weg gestellt werden können. Denn nicht nur unsere humanitären Prinzipien haben Tradition, sondern auch unsere Geschäftstüchtigkeit. Und wo beides sich nicht miteinander verbinden lässt, kommt, wiederum gemäss Tradition, nationaler Egoismus vor internationaler Solidarität.“⁹³⁹ Für den Journalisten stand fest, dass von einem solchen Handelsgeschäft „nicht nur herzlose Grosskapitalisten“, sondern „auch der schlichte Lohnbezüger“ profitieren würde.⁹⁴⁰

Die kritische Broschüre und die Reaktionen auf die Pressekonferenz der Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexporte verdeutlichen, dass die Auseinandersetzung über den umstrittenen Export nicht mit der behördlichen Ausfuhrbewilligung endete. Die Debatte über das Handelsgeschäft hatte damals noch nicht einmal ihren Höhepunkt erreicht. Es sollte nicht mehr lange dauern, bis die Kritiker zum Protest auf der Strasse aufriefen.

Protest in Winterthur

„Atomexport isch Völkermord! Atomexport isch Völkermord!“, hallte es im Oktober 1980 lautstark durch die Strassen Winterthurs.⁹⁴¹ Innerhalb der Menschenmenge waren zahlreiche Spruchbänder zu sehen, auf denen beispielsweise „Arbeitsplätze ohne Bombengeschäfte“ gefordert wurden.⁹⁴² Die Demonstration in Winterthur war ein Grossanlass, an dem „über Tausend Leute“ teilnahmen.⁹⁴³ Es waren vielfältige Beweggründe, warum die Menschen auf

⁹³⁷ Ebd.

⁹³⁸ Ebd.

⁹³⁹ Däpp, Heinz: Worte und Taten, in: Basler-Zeitung, Nr. 182, 06.08.1980, Artikel ohne Seitenangabe archiviert in: Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel, SWA Vo H XI 2b CH-RA, Wirtschaftsbeziehungen CH. Argentinien. Dokumentensammlung. Zeitungsausschnitte.

⁹⁴⁰ Ebd.

⁹⁴¹ Siehe: Fernsehsendung Blickpunkt, 20.10.1980, archiviert in: Schweizerisches Bundesarchiv, J2.225#2000/22#1549#2*, Sulzer-Atomexport Argentinien; Blickpunkt, 20.10.1980, Video, Betacam-Digital, Zeitabschnitt zwischen 17:18 min bis 26: 18 min, hier: 17:43 min.

⁹⁴² Ebd., 17:27-17:48 min.

⁹⁴³ Ebd., 17:48 min.

die Strasse gingen. Wenn sie darauf angesprochen wurden, sprachen sie die generelle Ablehnung der Atomkraft, allgemeine sicherheitspolitische Bedenken oder die Gewalttätigkeit der argentinischen Junta an.⁹⁴⁴

Das Schweizer Fernsehen griff die Demonstrationen in Winterthur auf. Offensichtlich hatte man in Leutschenbach Verständnis für das Anliegen und die Ängste der Demonstrierenden. Schritt für Schritt erklärte man den Fernsehzuschauern anhand einer Grafik, wie aus argentinischem Natururan dank der Hilfe einer Schwerwasseranlage eine Atombombe hergestellt werden kann.⁹⁴⁵ Die Fernsehsendung war so gestaltet, dass die Aussagen der besorgten Demonstranten der Rechtfertigung eines Beamten der Bundesverwaltung gegenübergestellt wurden. Der interviewte Mitarbeiter des Bundes zeigte kein Verständnis für die Kritik aus der Bevölkerung. Der Beamte rechtfertigte die Exporterlaubnis ausführlich anhand der Gesetzeslage und den Lieferbedingungen, die zwischen der Schweiz und Argentinien festgelegt worden seien.⁹⁴⁶

Der Beitrag zeigte im Anschluss, wie die Menschen auf der Strasse die Begründung aus Bern nicht verstehen können. Es wurde dabei die Meinung vertreten, dass die schweizerische Gesetzgebung geändert werden sollte.⁹⁴⁷ Ein erneuter Szenenwechsel führt zurück in das Büro des Beamten. Dieser erklärte, dass Boykottaktionen nur dazu führen würden, dass Staaten wie Argentinien vermehrt versuchen würden, unkontrolliert ihre eigene Nukleartechnologie voranzutreiben. Aus Sicht des Bundes war dies eindeutig die schlechtere Lösung.⁹⁴⁸ Bei der Kundgebung in Winterthur schenkte man diesem Argument keinen Glauben.⁹⁴⁹

Doch nicht nur der Bund, auch die Gebrüder Sulzer AG wurde an der Demonstration wegen ihres Verhaltens stark kritisiert. Karl Gruber, der Zentralsekretär des Christlichen Metallarbeiterverbands, zeigte sich in einer Rede empört über das Unternehmen.⁹⁵⁰ Gemäss seinen Quellen hätte die Gebrüder Sulzer AG mehrfach versucht, ihre Belegschaft von der Bedeutung des Handelsgeschäfts zu überzeugen: „Die Firmenleitung hat per Anschlagbrett und auf anderen

⁹⁴⁴ Ebd., ab 18:02 min. Die unterschiedlichen Motivationen der Demonstrierenden passt zur Darstellung der Protestbewegungen um das Jahr 1980, wie sie von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael beschrieben werden. Die beiden Autoren gehen davon aus, dass hinter damaligen Protesten unterschiedliche Beweggründe standen, die „bunte Mischung sozialer Erfahrungen und Motivationen wurde jedoch durch drei gemeinsame Feindbilder zusammengehalten. Das waren der Staat, das Kapital und der Fortschritt.“ Siehe: Doering-Manteuffel, Anselm; Raphael, Lutz: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte nach 1970, Göttingen 2012, S. 50-51, Zitat: Ebd., S. 51.

⁹⁴⁵ Siehe: Fernsehsendung Blickpunkt, 20.10.1980, archiviert in: Schweizerisches Bundesarchiv, J2.225#2000/22#1549#2*, Sulzer-Atomexport Argentinien; Blickpunkt, 20.10.1980, Video, Betacam-Digital, Zeitabschnitt zwischen 17:18 min bis 26: 18 min, hier: 18:56-19:55 min.

⁹⁴⁶ Ebd., ab ca. 19:55 min.

⁹⁴⁷ Ebd., ab 21:19 min.

⁹⁴⁸ Ebd., ab 23:17 min.

⁹⁴⁹ Ebd., ab 24:39 min.

⁹⁵⁰ Information über Karl Gruber gemäss Redaktion der Zeitschrift Neue Wege: Vorwort: Zu diesem Heft, in: Neue Wege, Band 74 (1980), Heft 11, ohne Seitenzahl.

Informationskanälen immer wieder behauptet, dieser Auftrag sei zur Sicherung von Arbeitsplätzen unbedingt notwendig. In den firmeninternen Werkmitteilungen hat sie auch vorge-rechnet, was diese sogenannte Arbeitsplatzsicherung in Tat und Wahrheit ausmacht: maximal eine Million Arbeitsstunden.⁹⁵¹ Es wurde den Angestellten dadurch mitgeteilt, dass zahlrei-che Arbeitsplätze vom Entscheid des Bundesrats abhängig seien. Für Gruber ging die Rech-nung jedoch nicht auf: „Dies tönt sehr schön, bedeutet aber nur, daß innerhalb der für die Pro-duktion der Schwerwasseranlage benötigten vier Jahre ganze 125 Arbeitsplätze voll zu beset-zen sind. Daran wird sehr deutlich, wie wenig Arbeit dieser Großauftrag bringt, der immerhin 500 Millionen Franken kosten wird.“⁹⁵² Der Gewerkschafter beklagte sich nicht zuletzt über „das Alibi der Arbeitsplatzsicherung“, weil das Unternehmen „kaum Auftragsorgen“ gehabt hätte.⁹⁵³

Aufgebrachte Worte richtete Gruber aber auch an den schweizerischen Finanzplatz: „Die Großbanken, die friedlich vereint mit ihren Spitzenvertretern im Verwaltungsrat der Sulzer AG sitzen, wollen diese 500 Millionen Franken sogar direkt an Sulzer bezahlen, um damit im Geschäft mit Argentinien zu bleiben. Die Bankherren brauchen sich ja keine Sorgen zu ma-chen: Wenn die Zahlung wegen unvorhergesehener Ereignisse fallieren sollte, wird das ganze über die Exportrisikogarantie berappt, und die dortigen Defizite werden in Form von höheren Steuern oder gekürzten Sozialleistungen des Bundes in erster Linie auf die Arbeitnehmer überwältzt.“⁹⁵⁴

Offen bleibt schliesslich die Frage, wie sich die Arbeitnehmer der Gebrüder Sulzer AG ge-genüber dem Handelsgeschäft mit der argentinischen Militärdiktatur positionierten. Denn obwohl sich Gruber in seiner Rede auf sie bezog, gab er offen zu, dass er nicht deren Vertre-ter sei und er nicht wisse, welche Ansichten innerhalb der Belegschaft vorherrschend wa-ren.⁹⁵⁵ Gruber setzte sich als Vertreter einer christlichen Gewerkschaft mit grosser Wahr-scheinlichkeit für andere Werte ein, als die übrigen Arbeitnehmervereinigungen der Branche. In Rahmen der Recherche für die vorliegende Untersuchung wurden keine anderen Stellung-nahmen von Gewerkschaften gefunden. Über die Haltung anderer Gewerkschaften können daher nur Vermutungen angestellt werden.⁹⁵⁶

⁹⁵¹ Gruber, Karl: Sulzers Geschäft mit dem Unfrieden. Rede gegen den Atomexport nach Argentinien, in: Neue Wege, Band 74 (1980), Heft 11, S. 332-334, hier: S. 332.

⁹⁵² Ebd.

⁹⁵³ Ebd., S. 333.

⁹⁵⁴ Ebd., S. 332.

⁹⁵⁵ Ebd.

⁹⁵⁶ Innerhalb der jüngeren Geschichtswissenschaft über die Bundesrepublik Deutschland wurde bereits aufge-zeigt, welche Positionen Gewerkschaften in solchen Angelegenheiten einnehmen konnten. Siehe: Hansen, Jan: Schaffen Raketen Arbeitsplätze? Der Streit um die Nachrüstung und die Rüstungskonversion in den Gewerk-

Die Demonstration im Herbst 1980, die sich gegen den Bundesrat, die Gebrüder Sulzer AG und die Grossbanken richtete, hatte ein trauriges Nachspiel. Einige Zeit nach dem Anlass kam es in Winterthur zu umstrittenen Verhaftungen, Durchsuchungen und Personenkontrollen.⁹⁵⁷ Innerhalb der Medien und der Politik ging man davon aus, dass die Auseinandersetzungen zwischen den Behörden und den Jugendlichen, wie man sie bisher nur aus der Kantonshauptstadt kannte,⁹⁵⁸ auch in Winterthur angekommen waren.⁹⁵⁹ Rückblickend kann davon ausgegangen werden, dass die Proteste gegen den Export einer Schwerwasseranlage den Anfang der „Winterthurer Ereignisse“ markieren.⁹⁶⁰ Während mehreren Jahren wurden mit Brandsätzen und Sprengstoffen zahlreiche Anschläge durchgeführt. Diese fanden an unterschiedlichen Orten statt – Amtstellen und infrastrukturelle Einrichtungen waren davon ebenso betroffen wie ein Finanzinstitut oder der Wohnsitz des damaligen Bundesrats Rudolf Friedrich. Ende 1984 sollten sich die Ereignisse schliesslich überschlagen. Am 20. November organisierten nationale, kantonale und städtische Behörden und Polizeieinheiten eine gemeinsame Verhaftung von 32 Personen. Ein solch umfangreicher Polizeieinsatz hatte im Kanton Zürich noch niemals zuvor stattgefunden. Eine Woche später tötete sich ein Polizeibeamter in leitender Position. Im Bezirksgefängnis Winterthur suizidierte sich im Dezember eine junge Frau, die im Rahmen der Ermittlungen verhaftet wurde.⁹⁶¹

„Politische Artefakte“

1980 publizierte der Technikphilosoph Langdon Winner seinen Aufsatz „Do Artefacts have Politics?“, den er mit den folgenden Worten einleitete: „In controversies about technology and society, there is no idea more provocative than the notion that technical things have political qualities. At issue is the claim that the machines, structures, and systems of modern material culture can be accurately judged not only for their contributions of efficiency and pro-

schaften (um 1979 bis 1983), in: Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien, 15. Jahrgang (2016/II), S. 113-134.

⁹⁵⁷ Eine ausführliche Darstellung bieten: Dejung, Christof: Schwein für Schwein – Päng. Bomben in Winterthur, in: WOZ Die Wochenzeitung, 18.11.2004, S. 7 und Schmid, Erich: Verhör und Tod in Winterthur. Eine Reportage, Zürich 2002, S. 10-12.

⁹⁵⁸ Siehe beispielsweise: Nigg, Heinz (Hrsg.): Wir wollen alles, und zwar subito! Die Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen, Zürich 2001 und Raboud, Pierre: „Schwiiz bränt“. Achtziger Jugendunruhen et scènes punks suisses: entre reprise, immersion et détachement, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 64 (2014), Heft 3, S. 451-469.

⁹⁵⁹ Siehe: Dejung, Christof: Schwein für Schwein – Päng. Bomben in Winterthur, in: WOZ Die Wochenzeitung, 18.11.2004, S. 7.

⁹⁶⁰ Ebd. und Schmid, Erich: Verhör und Tod in Winterthur. Eine Reportage, Zürich 2002, S. 12.

⁹⁶¹ Für einen chronologischen Ablauf der „Winterthurer Ereignisse“ siehe: Schmid, Erich: Verhör und Tod in Winterthur. Eine Reportage, Zürich 2002, S. 213-220, hier: S. 213-216.

ductivity, not merely for their positive and negative environmental side effects, but also for the ways in which they can embody specific forms of power and authority.“⁹⁶²

Es ist bezeichnend, dass Winners Aufsatz zum historischen Zeitpunkt erschien, als in der Schweiz kontrovers darüber diskutiert wurde, ob der Export einer Schwerwasseranlage an das autoritär regierte Argentinien zulässig sei. Winners einleitende Überlegungen decken sich in weiten Teilen mit den zentralen Problemen, die sich bei dem Handelsgeschäft der Gebrüder Sulzer AG ergaben. Es wurde in der Schweiz nicht darüber debattiert, ob die argentinische Bevölkerung von den ökonomischen Vorteilen der Nuklearenergie profitieren darf. Auch umweltpolitische Aspekte standen bei der Kritik am Exportvorhaben nicht im Zentrum. Es ging bei der Auseinandersetzung auf unterschiedlichen Ebenen um machtpolitische Fragen.

Kritik an der Exportbewilligung des Bundesrats wurde vor allem deswegen laut, weil die argentinische Junta dank der Schwerwasseranlage die technologische Möglichkeit erhielt, Nuklearwaffen herzustellen. In der Schweiz wurde von Personen dagegen protestiert, die Kernwaffen grundsätzlich ablehnten. International wurde der Entscheid vor allem von den Vereinigten Staaten abgelehnt, die keine weiteren Atommächte duldeten.

Die eingehende Auseinandersetzung mit dem Handelsgeschäft zeigt jedoch, dass der geplante Technologietransfer noch weitere machtpolitische Debatten auslöste. In den Verhandlungen wurde deutlich, dass Argentinien durchaus bereit war, die Nuklearanlagen kontrollieren zu lassen. Die Militärdiktatur wehrte sich gegen internationale Sicherheitsvorschriften, die man nicht selbst mitdefinieren konnte. Wie anhand der Akten aus der Bundesverwaltung ersichtlich ist, hatte man in Bern Verständnis für diese Haltung. In der Nuklearenergie war die Schweiz selbst auch stark vom Ausland abhängig. Natururan musste beispielsweise vom Ausland importiert werden. Innerhalb der Bundesverwaltung hatte man deswegen an der Zusammenarbeit mit Argentinien nicht zuletzt Interesse, weil man die eigene Abhängigkeit von einzelnen anderen Staaten verringern konnte.

Innerhalb des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten störte man sich daran, dass die Vereinigten Staaten auf Sicherheitsvorschriften bestehen, die über die Londoner Richtlinien hinausgingen.⁹⁶³ Bundesrat Aubert hielt gegenüber seinen Kollegen fest, dass sich die Schweiz im Falle einer Exporterlaubnis an die internationalen Abmachungen halte. Der Aussenminister betonte, dass die Schweiz „übrigens kein internationales Abkommen“

⁹⁶² Winner, Langdon: Do Artefacts Have Politics?, in: Daedalus, Vol. 109, No. 1 (Winter, 1980), S. 121-136, hier: S. 121.

⁹⁶³ Aubert, Pierre an den Gesamtbundesrat: „Notiz an den Bundesrat. Ausfuhr einer Sulzer-Schwerwasserproduktionsanlage nach Argentinien (vertraulich)“, 10.08.1979, S. 4-5, Anhang von Schweizerischer Bundesrat: „Beschluss. Ausfuhr einer Sulzer-Schwerwasserproduktionsanlage nach Argentinien; zwischenstaatlicher Briefwechsel betreffend argentinische Garantien (vertraulich)“, 22.08.1979, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E6100C#1998/106#30*, Az. 501.12, Exportrisikogarantie Argentinien, 1979.

abgeschlossen hätte, sondern sich nur an ein gemeinsam festgelegtes „Gentleman’s-Agreement“ halte.⁹⁶⁴ Sowohl Argentinien, als auch die Schweiz wollten selbstbestimmend über den Umgang mit Nukleartechnologie entscheiden.

Hinter der Protestaktion in Winterthur und der Publikation der Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexporte standen verschiedene Beweggründe. Bei der Demonstration in Winterthur wurden ökologische und pazifistische Anliegen angeführt, die Arbeitsgemeinschaft zeigte sich in ihrer Publikation kapitalismuskritisch. Ein gemeinsames Anliegen verfolgten die Kritiker jedoch: Sie wollten gegen diejenigen Autoritäten Widerstand leisten, die über den Export von und die Verwendung von Nukleartechnologie entscheiden konnten. Winners Aussage, dass es bei der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Technologie nicht zuletzt um Autoritätsdebatten gehe, lässt sich anhand der Kritik aus der Bevölkerung am Handelsgeschäft der Gebrüder Sulzer AG erkennen. Die Kritiker waren nicht damit einverstanden, dass der Bundesrat über den Export von Nukleartechnologie entscheiden darf. Sie drückten ihre ablehnende Haltung über die Exporterlaubnis aus, in dem sie dagegen auf der Strasse demonstrierten. Die Demonstration in Winterthur markierte den Beginn von Jugendunruhen in Winterthur, die sich gegen unterschiedliche Autoritäten richteten. Noch kurze Zeit zuvor schien es undenkbar, dass sich die Stadtzürcher Jugendunruhen nach Winterthur ausbreiten.⁹⁶⁵ Die staatliche Bewilligung der nuklearen Zusammenarbeit mit der argentinischen Junta sorgte aber für so grosse Empörung, dass dagegen protestiert wurde. Bei der anschliessenden Konfrontation zwischen den Behörden und den Jugendlichen ging es nur noch zu Beginn um die Demonstration gegen die Schwerwasseranlage. Der Protest gegen das Handelsgeschäft kann als entscheidender Moment wahrgenommen werden, in dem bisher unterdrückte gesellschaftliche Konflikte offen zutage traten. Wie die historische Forschung zudem herausarbeitete, trauten weite Teile der schweizerischen Bevölkerung der eidgenössischen Atompolitik nur bis Ende der Sechzigerjahre. Die Siebzigerjahre würden in dieser Hinsicht einen Wendepunkt markieren. Die Entscheidungen aus Bern seien ab diesem Zeitraum vermehrt in Frage gestellt worden.⁹⁶⁶ Anhand des gesellschaftlichen Protests gegen die Ausfuhrbewilligung der Schwerwasseranlage kann dieses Forschungsurteil bestätigt werden.

⁹⁶⁴ Ebd., S. 9.

⁹⁶⁵ Siehe: Dejung, Christof: Schwein für Schwein – Päng. Bomben in Winterthur, in: WOZ Die Wochenzeitung, 18.11.2004, S. 7.

⁹⁶⁶ Kupper, Patrick: Sonderfall Atomenergie. Die bundesstaatliche Atompolitik 1945-1970, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 53 (2003), Heft 1, S. 87-93, hier: S. 93 und Ders.: Expertise und Risiko, Vertrauen und Macht. Gesellschaftliche Ursachen und Folgen erodierender Autorität von Kernenergie-Experten in den 1970er Jahren, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 55 (2005), Heft 1, S. 60-69, hier: S. 60-65. Mit der schweizerischen Atompolitik in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich auch Tobias Wildi ausführlich auseinander, siehe: Wildi, Tobias: Der Traum vom eigenen Reaktor. Die schweizerische Atomtechnologieentwicklung 1945-1969, Zürich 2003 und Ders.: Die Reaktor AG: Atomtechnologie zwischen Industrie, Hochschule und Staat, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 55 (2005), Heft 1, S. 70-83.

Die Handelsabteilung erkannte schon früh, dass das Exportvorhaben keine juristischen, sondern politische Probleme erzeugen werde.⁹⁶⁷ Innerhalb der Bundesverwaltung wurden daher unterschiedliche Departemente in die Entscheidungsfindung miteinbezogen. Die Analyse der Akten ergab, dass dabei die Zuständigkeitsbereiche kaum mehr eine Rolle spielten: Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten argumentierte volkswirtschaftlich, die Handelsabteilung hob hingegen die aussenpolitischen Konsequenzen des Handelsgeschäfts hervor.

Der Protest in Winterthur und die Publikation der Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexport zeigen, dass die schweizerische Aussenhandelspolitik 1980 nicht mehr vorbehaltlos akzeptiert wurde. Wenn man aus moralischen Gründen mit einer handelspolitischen Entscheidung nicht einverstanden war, demonstrierte man auf der Strasse dagegen. Der Widerstand gegen das Handelsgut, den Handelspartner und die Art und Weise, wie die Entscheidung zustande kam, waren dabei nicht voneinander zu trennen.

Pause in der Pampa

1989 wurden unter dem Titel „Besichtigung der Hinterhöfe“ verschiedene Reportagen publiziert, die schweizerische Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungsländern darstellten. Eine Reportage widmete sich dem Fortschritt des Baus der schweizerischen Schwerwasseranlage in Argentinien. Obwohl die Schwerwasseranlage der Gebrüder Sulzer AG in Arroyito bereits seit 1983 fertig gebaut sein sollte, waren immer noch Angestellte des Winterthurer Unternehmens in der argentinischen Pampa. Trotz weiteren Krediten aus der Schweiz war die Schwerwasseranlage noch nicht einsatzbereit. Die in der Schweiz hergestellten Komponenten sind bereits 1982 nach Argentinien exportiert worden. Seit 1988 wurde aus finanziellen Gründen nicht mehr weitergebaut. Die Gebrüder Sulzer AG spürte aber kaum Folgen davon. Wie die Reportage festhielt, musste der Löwenanteil der Personalkosten von Argentinien bezahlt werden. Für die nach Argentinien gelieferten Teile der Schwerwasseranlage bestand zudem kein Garantieanspruch mehr.⁹⁶⁸

Die Kosten für die Schwerwasseranlage erhöhten sich dadurch massiv. Bis 1989 beliefen sie sich auf 750 Millionen US-Dollar. Das war über doppelt so viel, als zu Beginn angenommen. Aus Sicht der argentinischen Atomenergiekommission hielt man nur noch an der Fertigstel-

⁹⁶⁷ Madöry, Robert an Pictet, François: „Schweizerische Technologie (Sulzer) in Argentinien (Vertraulich)“, 01.03.1979, S. 1, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.

⁹⁶⁸ Vgl. Absatz mit: Weber, Gaby: Schweres Wasser in der Pampa. Eine Schwerwasseranlage der Gebr. Sulzer AG in Argentinien, in: Dies. (Hrsg.): Besichtigung der Hinterhöfe. Reportagen über die Geschäfte der Schweizer Multis in Afrika, Asien und Lateinamerika. Mit einem Vorwort von Jean Ziegler, Zürich 1989, S. 11-26, hier: S. 13-15.

lung fest, weil ein Abbruch des Bauvorhabens aus vertraglichen Gründen immense Kosten nach sich ziehen würde. Obwohl es damals ungewiss war, ob in Arroyito jemals schweres Wasser produziert wird, war es sicher, dass es auf jeden Fall sehr teures Wasser werden würde.⁹⁶⁹ Ein in der Reportage porträtierter schweizerischer Ingenieur meinte, dass sich „die Lateinamerikaner [...] übers Ohr hauen [liessen].“⁹⁷⁰ Obwohl er seine Tätigkeit als vergeblich wahrnahm, harrte er in Argentinien aus. Die Reportage glaubte auch zu wissen, warum er das tat: „Nach drei, vier Jahren hat er genug auf die Seite gelegt, um sich daheim ein Häuschen zu kaufen.“⁹⁷¹ Vielleicht ging diese Vermutung tatsächlich auf. In Arroyito konnte schliesslich ab 1993 schweres Wasser produziert werden – vier Jahre nach dem Erscheinen der Reportage.⁹⁷²

⁹⁶⁹ Ebd., S. 22-23.

⁹⁷⁰ Ebd., S. 16.

⁹⁷¹ Ebd.

⁹⁷² Dicco, Ricardo de: Breve historia de los reactores nucleares de investigación y producción de la CNEA, Buenos Aires 2013, S. 8.

5.3 Zwischenfazit

Anlässlich der Exportbewilligung für die Schwerwasseranlage der Gebrüder Sulzer AG sagte der argentinische Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel in einem Interview mit einer schweizerischen Zeitung: „Wir sind in Argentinien sehr darüber besorgt, dass die Schweizer Regierung den Export einer Schwerwasserproduktionsanlage nach Argentinien bewilligt. Wir sind nicht davon überzeugt, dass unsere Regierung die Atomtechnologie nur friedlich nutzen wird. Ebenso wenig verstehen wir, warum Schweizer Banken Argentinien grosse Kredite gewähren. Auf wirtschaftlicher und politischer Ebene gibt es dafür sicher viele Rechtfertigungen. Jedoch glaube ich, dass Wirtschaft und Politik jede ethische Ausrichtung verloren haben.“⁹⁷³ Kann dieses Urteil anhand der Analyse der schweizerisch-argentinischen Handelsbeziehungen bestätigt werden?

Die Berichte des schweizerischen Botschafters aus Buenos Aires belegen, dass man innerhalb der Bundesverwaltung aus ökonomischen Gründen den argentinischen Militärputsch begrüßte. Auch die schweizerische Botschaft in Washington zeigte sich gegenüber Bern hoffnungsvoll darüber, wie sich Argentinien unter der Junta wirtschaftlich entwickeln könnte. Eine offizielle Stellungnahme der schweizerischen Regierung blieb aus. Dies stiess bei den linken Parlamentsmitgliedern auf Unverständnis. Wenige Monate nach dem Militärputsch traf sich eine argentinische Finanzdelegation hinter verschlossenen Türen mit Vertretern des Bundes und Angehörigen der schweizerischen Grossbanken. Damals fand auch ein Gespräch zwischen Bundesrat Brugger und Wirtschafts- und Finanzminister Martínez de Hoz statt. Anlässlich des Treffens beglückwünschte Brugger General Videla in einer Rede.

Kurze Zeit später reiste eine weitere argentinische Delegation in die Schweiz, um sich mit Angehörigen der schweizerischen Privatwirtschaft auszutauschen. Es nahmen beim Treffen Unternehmen wie Ciba-Geigy, Brown, Boveri & Cie., Motor Columbus, Nestlé, Sandoz und die Schweizerische Industrie-Gesellschaft teil. Nicht nur die Grossbanken, sondern auch die industriellen Unternehmen zeigten sich daran interessiert, die ökonomischen Beziehungen mit der Militärdiktatur aufrecht zu erhalten. Für Kritiker waren dies „Profite dank Terror“, wie der Titel eines Zeitungsartikels im Jahr 1977 lautete.⁹⁷⁴ Dass Wirtschaft und Verwaltung op-

⁹⁷³ Gruber, Karl: Sulzers Geschäft mit dem Unfrieden. Rede gegen den Atomexport nach Argentinien, in: Neue Wege, Band 74 (1980), Heft 11, S. 332-334, hier: S. 334.

⁹⁷⁴ Siehe Artikel: Profite dank Terror – auch für Schweizer (ohne Angabe des Autors), in: Berner Tagwacht, 11./12.06.1977, Artikel ohne Seitenangabe archiviert in: Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel, SWA Vo H XI 2b CH-RA, Wirtschaftsbeziehungen CH. Argentinien. Dokumentensammlung. Zeitungsausschnitte.

timistisch in Richtung Argentinien blickten, beschränkte sich nicht nur auf die Schweiz. In der Bundesrepublik Deutschland war die Zuversicht ähnlich hoch.⁹⁷⁵

Der Blick in die Aussenhandelsstatistik zeigt, dass sich die schweizerisch-argentinischen Handelsbeziehungen im Zeitraum der Militärdiktatur nicht verbessert haben. Argentinien nahm als Handelspartner der Schweiz an Stellenwert ab. Die Guthaben und die Verpflichtungen von schweizerischen Banken nahmen in den Jahren der Diktatur gegenüber Argentinien hingegen deutlich zu. Inflationsbereinigt haben sich die argentinischen Vermögenswerte auf schweizerischen Banken fast verdoppelt, die schweizerischen Guthaben in Argentinien fast verdreifacht. So beeindruckend sich diese Zahlen auch anhören: Die Bedeutung Argentinien für den schweizerischen Finanzplatz erhöhte sich dadurch nur bedingt. Der prozentuale Anteil Argentinien am gesamten in der Schweiz verwalteten Vermögen verharrte auf einem konstanten Niveau. Der prozentuale Anteil Argentinien an den gesamten schweizerischen Auslandsguthaben erhöhte sich leicht.

Argentinien zeigte zu einem Zeitpunkt Interesse an einer Schwerwasseranlage, als sich die Handelsbeziehungen aus schweizerischer Sicht nicht optimal entwickelten. Umso mehr überrascht es, dass es die Handelsabteilung war, die innerhalb der Bundesverwaltung die grössten Vorbehalte gegen die Exporterlaubnis hatte. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten unter Bundesrat Aubert unterstützte dieses Handelsgeschäft. Diese Haltung erstaunt, wenn man daran denkt, wie strikt Aubert den Waffenhandel mit der umstrittenen chilenischen Militärdiktatur ablehnte. Es waren mehrere Gründe, warum sich Aubert für eine Exporterlaubnis einsetzte. Juristisch war es unumstritten, dass ein schweizerisches Unternehmen eine Schwerwasseranlage nach Argentinien liefern darf. Innerhalb des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten nahm man daher die Forderungen der Vereinigten Staaten, die über die bestehenden Abmachungen hinausreichten, als übertrieben war. Aubert erklärte seinen Ratskollegen, dass eine Lieferung aus der Schweiz nur mit der argentinischen Einwilligung für internationale Kontrollen einhergehe. Wenn Argentinien selbst eine Schwerwasseranlage hergestellt hätte, würden keine Kontrollen stattfinden. Aubert führte schliesslich auch volkswirtschaftliche Argumente an, warum die Exporterlaubnis ausgestellt werden sollte. Die Grosskundgebung in Winterthur zeigte, dass insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene den Entscheid der Regierung nicht nachvollziehen konnten. Mit Spruchbändern wie „Arbeitsplätze ohne Bombengeschäfte“ kritisierten die Demonstrierenden eine Aussenhandelspolitik, die sich nur an wirtschaftlichen Interessen orientierte.

⁹⁷⁵ Siehe: Thun, Tino: Menschenrechte und Aussenpolitik. Bundesrepublik Deutschland – Argentinien 1976-1983. Vorwort von Ernst Käsemann und Osvaldo Bayer, Bremen 1985, S. 127-128.

Bei der „Goodwill-Mission“ im November 1981 sprach Paul Rudolf Jolles die Menschenrechtsproblematik in Argentinien offen an. Der Direktor des Bundesamts für Aussenwirtschaft setzte sich somit mit einem Anliegen auseinander, das über sein Zuständigkeitsbereich hinausreichte. Als Jolles Engagement publik wurde, setzte sich auch das Parlament im März 1982 damit auseinander. Der Bundesrat nutzte die Gelegenheit, sich über das Spannungsverhältnis zwischen aussenpolitischen und aussenwirtschaftlichen Zielen zu äussern. Die Regierung hob zwar die Bedeutung von Arbeitsplätzen hervor, versicherte aber, „sich für die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte mit den hierfür geeigneten Mitteln einzusetzen und unsere demokratischen und freiheitlichen Rechtsvorstellungen mit Nachdruck zu vertreten“.⁹⁷⁶ Pérez Esquivels Kritik zielte auf die schweizerische Politik und die Privatwirtschaft ab, die seiner Meinung nach die argentinische Junta unterstützt hätte. Wie dargelegt wurde, fand eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen statt. In den frühen Achtzigerjahren entstand aber innerhalb der Politik und der Verwaltung ein Bedürfnis, sich vermehrt für menschenrechtliche Anliegen einzusetzen.

Bei der damaligen Politisierung und Problematisierung des schweizerischen Aussenhandels wurde hingegen kaum über die Rolle der Konsumentinnen und Konsumenten gesprochen. In den konsultierten Quellen kam die Eigenverantwortung der Bevölkerung beim Kauf von Waren aus autoritär regierten Staaten nie vor. Pérez Esquivel hätte seine Kritik über die mangelnde Eigenverantwortung nicht nur auf die Politiker, Banken und Unternehmen beschränken sollen. Wer trank beispielsweise die 1'265'407 Liter Wein, die alleine im ersten Jahr der Diktatur von Argentinien in die Schweiz exportiert wurden?⁹⁷⁷

⁹⁷⁶ Einfache Anfrage Hubacher vom 3. Dezember 1981: Aussenwirtschaftspolitik. Neutralität und Solidarität, in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1982, Band II, Frühjahrssession, Nationalrat, Sitzung Z, Geschäftsnummer: 81.755, 15.03.1982, Ref. No 20 010 417, S. 580.

⁹⁷⁷ Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz 1977, Band 2, Bern 1978, S. 598.

6. Zusammenfassung und Diskussion⁹⁷⁸

Der Besuch des argentinischen Wirtschaftsministers José Alfredo Martínez de Hoz löste im Sommer 1976 unterschiedliche Reaktionen aus. Während Angehörige des Finanzplatzes und der Privatwirtschaft den Gast umwarben, protestierten Bürgerinnen und Bürger auf der Strasse gegen die argentinische Militärdiktatur. Die Demonstrierenden empörten sich darüber, dass die demokratische Schweiz erneut mit einer Diktatur zusammenarbeite. Der mehrtägige Protest hinderte die Vertreter der Bundesverwaltung und Bundesrat Brugger aber nicht daran, Martínez de Hoz in Bern zu empfangen.

Diese widersprüchliche Situation führte in der Einleitung zur folgenden Fragestellung: Wie gestaltete die Schweiz ihre Aussenhandelspolitik gegenüber den Militärdiktaturen in Argentinien, Chile und Peru angesichts der humanitären Bedenken und den gleichzeitigen wirtschaftlichen Interessen? Inwiefern setzte sich die schweizerische Politik mit diesen Handelsbeziehungen auseinander? Wie vollzog sich der Prozess der politischen Entscheidungsfindung im Aussenhandel und welche Rolle spielte dabei die Bundesverwaltung? Wurden die drei Diktaturen innerhalb der schweizerischen Politik und der Bundesverwaltung unterschiedlich wahrgenommen? Entwickelten sich die schweizerischen Handelsbeziehungen zu den beiden wirtschaftsfreundlichen Diktaturen in Argentinien und Chile besser als diejenigen mit der peruanischen Diktatur?

Wie in Kapitel 3.1 dargestellt, stiess die politisch links stehende peruanische Militärdiktatur innerhalb der Schweiz auf breiten Zuspruch. Obwohl Staatspräsident Juan Velasco Alvarado den wirtschaftlichen Einfluss des Auslands stark kritisierte, suchte Finanz- und Handelsminister General Angel Valdivia den Kontakt mit der Schweiz. Nur kurze Zeit nach dem Staatsstreich traf er am Paradeplatz Vertreter des Finanzplatzes und Beamte der Bundesverwaltung. Man erhielt damals inoffiziell das Zugeständnis, dass Peru auch weiterhin an Kapital, Krediten, Handelsgütern und Entwicklungshilfe aus der Schweiz interessiert sei. Kritik an der peruanischen Diktatur kam in der Schweiz kaum auf, in einschlägigen linken Medien lobte man die peruanische Bodenreform und stellte einen Bezug her zur kubanischen Revolution. Die Ansichten über Peru änderten sich erst ab dem Jahr 1975, als Francisco Morales Bermúdez Cerruti neues Staatsoberhaupt der Diktatur wurde. Morales Bermúdez galt als ökonomischer Hoffnungsträger. Innenpolitische Kritik duldete er nicht. Sein Umgang mit seinen Gegnern stiess in der Schweiz sowohl von Links als auch von Rechts auf Kritik. In linken Medien

⁹⁷⁸ In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen der vorangegangenen Kapitel zusammengefasst und kontextualisiert. Es wird dabei unter anderem auf bereits besprochenes Quellenmaterial zurückgegriffen, deren Belege und Verweise in den einzelnen Kapiteln angeführt sind.

wurde vor allem die Unterdrückung der peruanischen Gewerkschaften angeprangert. Wie in Kapitel 3.2 aufgezeigt wurde, stellte im Parlament ein Vertreter der Republikanischen Bewegung die schweizerische Entwicklungshilfe an Peru in Frage, weil Angehörige der Privatwirtschaft inhaftiert waren.

Das Kapitel 3.1 zeigte auf, dass die Wirtschaftspolitik der peruanischen Militärdiktatur innerhalb der Bundesverwaltung begrüsst wurde, weil unter dem demokratisch gewählten Staatspräsidenten Fernando Belaúnde Terry schweizerische Wirtschaftsinteressen bedroht waren. Ein Regierungserlass schien damals beispielsweise direkt gegen Brown Boveri del Perú gerichtet gewesen zu sein. Die Erwartungen wurden aber enttäuscht: Aus Sicht der Bundesverwaltung war auch die Wirtschaftspolitik der Militärdiktatur unberechenbar. Selbst die in Morales Bermúdez gesetzten wirtschaftlichen Hoffnungen sollten sich nicht erfüllen. Am Ende der Diktatur zeigte man sich in der schweizerischen Botschaft in Lima sogar erfreut darüber, dass Belaúnde Terry durch eine demokratische Wahl erneut Staatspräsident wurde.

Die Annahme der jüngeren Geschichtswissenschaft, dass die schweizerische Neutralität in Lateinamerika zu ökonomischen Vorteilen führte, lässt sich anhand der schweizerisch-peruanischen Handelsbeziehungen insgesamt bestätigen.⁹⁷⁹ Politisch verfolgten die Schweiz und die peruanische Diktatur alles andere als dieselben Ziele, ihren gemeinsamen Nenner fanden die beiden Staaten in den ökonomischen Interessen. Dass Peru autoritär regiert wurde und dem Sozialismus nahestand, stellte für die Handelsbeziehungen kaum eine Hürde dar.

Kapitel 4.1 und Kapitel 5.1 legten dar, dass die argentinischen und chilenischen Militärdiktaturen viel intensivere Debatten darüber auslösten, wie sich die Schweiz ihnen gegenüber verhalten sollte. Die schweizerischen Botschafter in Santiago de Chile und Buenos Aires zeigten sich gegenüber dem Putsch der Armee in ihren Residenzländern nicht zuletzt aus wirtschaftlicher Sicht verständnisvoll. Die Diplomaten agierten in den Diktaturen als Interessensvertreter der Schweiz. Ökonomische Anliegen nahmen dabei einen besonders hohen Stellenwert ein. Die wirtschaftsliberalen Reformen weckten die Hoffnungen innerhalb der Bundesverwaltung, dass sich die Handelsbeziehungen verbessern werden. Milton Friedmans Einflussnahme auf die chilenische Wirtschaftspolitik wurde in der internen Korrespondenz positiv hervorgehoben. Das Interesse und das Wissen über die wirtschaftliche Entwicklung von lateinamerikanischen Staaten schienen innerhalb des Bundes aber begrenzt gewesen zu sein. Paul Rudolf Jolles, der Direktor des Bundesamts für Aussenwirtschaft, erfuhr gemäss seiner eigenen An-

⁹⁷⁹ Bentele, Ursina; Zala, Sacha: Neutrality as business strategy. Switzerland and Latin America in the Cold War, in: Bott, Sandra, Hanhimäki, Jussi M.; Schaufelbuehl, Janick Marina; Wyss, Marco (Hrsg.): Neutrality and Neutrality in the Global Cold War. Between or Within the Blocs?, London and New York 2016, S. 178-195.

gabe erst in den frühen Achtzigerjahren von den chilenischen Wirtschaftsreformen, als ihm der britische Aussenhandelsminister Cecil Parkinson davon erzählte.

Am Beispiel Argentiniens wurde aufgezeigt, dass schweizerische Unternehmen und Grossbanken mit Vertretern der Diktatur in Kontakt standen. Die Wirtschaftsbeziehungen blieben nicht unbemerkt. Schon bald war in linken Medien beispielsweise davon zu lesen, dass schweizerische Firmen „Profite dank Terror“ machen würden.⁹⁸⁰ Sozialdemokratische Parlamentsmitglieder verlangten vom Bundesrat, dass er sich von den beiden Diktaturen öffentlich distanziert. Der Bundesrat lehnte eine solche Stellungnahme mit dem Verweis auf die schweizerische Neutralität stets ab.⁹⁸¹ Doch auch er störte sich an der Lage in Chile. Seit dem Frühjahr 1974 erlaubte der Bundesrat keine Waffenexporte mehr in das lateinamerikanische Land, kommunizierte aber nur sehr zurückhaltend über das Ausfuhrverbot.

Die Wirtschaftsreformen waren sowohl in Argentinien als auch in Chile nur bedingt erfolgreich. Die schweizerischen Botschafter in Buenos Aires und Santiago de Chile erklärten sich dies anhand der strukturellen Probleme, für die sie in Argentinien Isabel Perón und in Chile Salvador Allende verantwortlich machten. Noch 1978 ging Botschafter Max Casanova davon aus, dass mit Chile „[d]’excellentes possibilités d’affaires“ möglich sein werden.⁹⁸² Die bisherige Annahme der Geschichtswissenschaft, dass in der Schweiz im Kalten Krieg ein „Zusammenspiel von antikommunistischer Einstellung und Wirtschaftsinteressen“ zu erkennen sei, kann anhand der schweizerischen Handelsbeziehungen mit der argentinischen und chilenischen Militärdiktatur bestätigt werden.⁹⁸³

Die schweizerischen Handelsbeziehungen mit der politisch linken peruanischen Diktatur widersprechen dieser Annahme nicht. Viel mehr kann anhand der drei Handelsbeziehungen erkannt werden, dass die Schweiz und schweizerische Unternehmen im Kalten Krieg situationsbezogen auf politische Veränderungen reagierten. Im Idealfall stimmten die wirtschaftlichen und politischen Interessen überein. Falls nicht, genügte es, wenn man in ökonomischer Hinsicht dieselben Ziele verfolgte.

⁹⁸⁰ Siehe Artikel: Profite dank Terror – auch für Schweizer (ohne Angabe des Autors), in: Berner Tagwacht, 11./12.06.1977, Artikel ohne Seitenangabe archiviert in: Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel, SWA Vo H XI 2b CH-RA, Wirtschaftsbeziehungen CH. Argentinien. Dokumentensammlung. Zeitungsausschnitte.

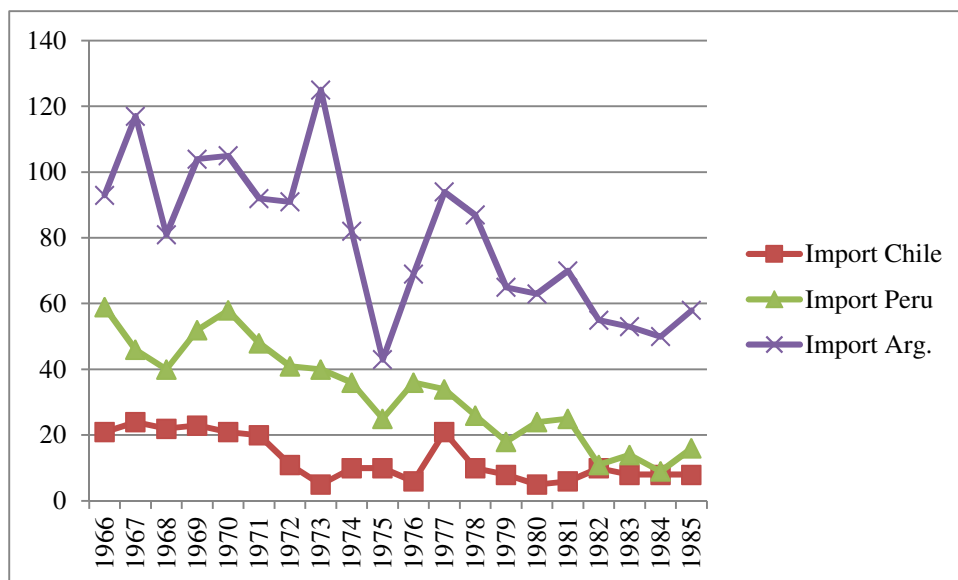
⁹⁸¹ Dies bestätigt bisherige Forschungsergebnisse, siehe: Bernauer, Thomas; Moser, Peter; Ruloff, Dieter: Resultate und Folgerungen, in: Bernauer, Thomas; Ruloff, Dieter (Hrsg.): Globaler Wandel und schweizerische Aussenpolitik. Informationsbeschaffung und Entscheidungsfindung der schweizerischen Bundesverwaltung, Chur und Zürich 2000, S. 323-343, hier: S. 323.

⁹⁸² Annexe „Chili“ von „Informations économique“ (No.1/1979) von Casanova, Max an OSEC (mit Kopie an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des EPD), 10.11.1978, S. 4, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2001E-01#1988/16#2535*, Az. C.41.100.0, Chile, Volkswirtschaftliche Berichte, 1973-1978.

⁹⁸³ Bott, Sandra; Schaufelbuehl, Janick Marina; Zala, Sacha: Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges. Eine Zwischenbilanz, in: Dies. (Hrsg.): Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges. Relations internationales de la Suisse durant la Guerre froide, Itinera 30, Basel 2011, S. 5-15, hier: S. 10.

Eine verständnisvolle Haltung der Schweiz gegenüber den Diktaturen hielt aber jeweils nur so lange an, wie man an den ökonomischen Erfolg glaubte. Gerade in Argentinien und Chile sollten die schweizerischen Wunschvorstellungen schliesslich von der Realität eingeholt werden. Die hohen Erwartungen an die zukünftigen Handelsbeziehungen wurden stark enttäuscht. Als sich Beamte der Bundesverwaltung im Rahmen ihrer „Goodwill-Mission“ im November 1981 in Lateinamerika aufhielten, tauschten sie sich auch mit argentinischen und chilenischen Regierungsvertretern aus. Die Chilenen nahm man als „doktrinär monetaristisch-freihändlerisch“ wahr, die Argentinier hinterliessen „insgesamt einen desorientierten, um nicht zu sagen hilflosen Eindruck.“⁹⁸⁴

Diagramm 20: Entwicklung des schweizerischen Imports in den Jahren 1966 bis 1985 in Millionen Franken



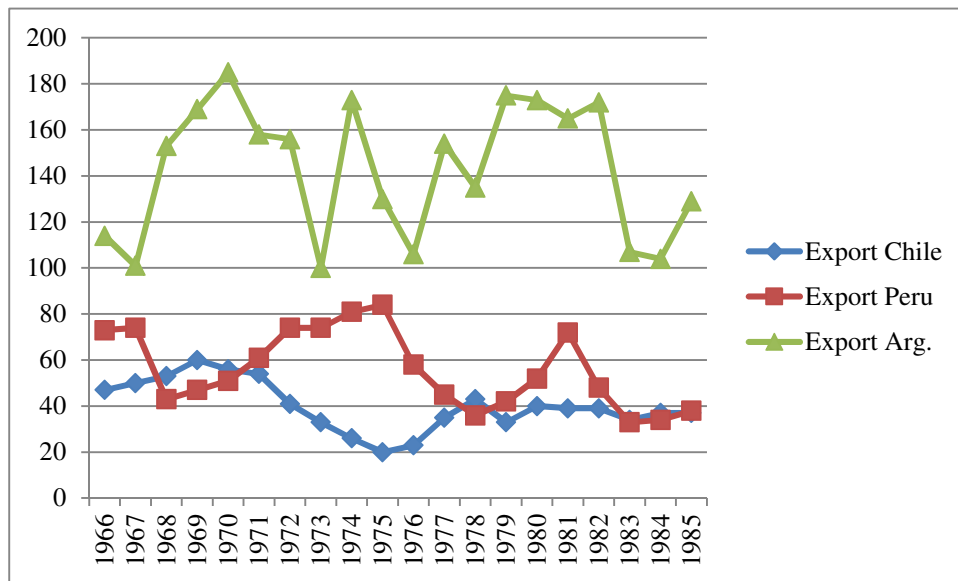
Quelle: Aussenhandelsstatistik der Oberzolldirektion, Jahrgänge 1966 bis 1985⁹⁸⁵, inflationsbereinigt (Index = 1966).⁹⁸⁶

⁹⁸⁴ „Bericht über die Goodwill-Mission nach Südamerika (November 1981) (vertraulich)“, verfasst von Lévy, Philippe, datiert auf Januar 1982, S. 4-5, in: Schweizerisches Bundesarchiv, E2200.144#1997/18#33*, Az. 512.01, Chile, Wirtschaftliche Berichte, 1981-1983.

⁹⁸⁵ Angaben gemäss Historical Statistics of Switzerland Online, Tabellen L.19. („Einfuhrwerte nach Ursprungsländern 1920-1992 (in Millionen Franken): Amerika -“) und L.23. („Ausfuhrwerte nach Verbrauchsländern 1920-1992 (in Millionen Franken): Amerika -“), URL: www.fsw.uzh.ch/histstat/main.php, konsultiert am 05.04.2017.

⁹⁸⁶ Deflationiert anhand des Konsumentenpreixindex (KPI) durch die Webseite „swistoval“, Christian Pfister, Roman Studer. Swistoval. The Swiss Historical Monetary Value Converterter. Historisches Institut der Universität Bern. <http://www.swisstoival.ch/> ((Datum des Zugriffs (05.04.2017)).

Diagramm 21: Entwicklung des schweizerischen Exports in den Jahren 1966 bis 1985 in Millionen Franken



Quelle: Aussenhandelsstatistik der Oberzolldirektion, Jahrgänge 1966 bis 1985⁹⁸⁷, inflationsbereinigt (Index = 1966).⁹⁸⁸

Die enttäuschten Erwartungen lassen sich auch anhand der schweizerischen Aussenhandelsstatistik bestätigen. Die Ausfuhr von schweizerischen Waren nach Peru war starken Schwankungen ausgesetzt. Während Velascos Präsidentschaft stieg die Einfuhr von schweizerischen Handelsgütern stark an, die damals in der Diktatur eingeführten Handelshemmnisse wirkten sich in dieser Hinsicht kaum auf den schweizerisch-peruanischen Gütertausch aus. Weniger Absatz fanden schweizerische Produkte erst dann, als der wirtschaftliche Hoffnungsträger Morales Bermúdez das Land regierte. Die Schweiz importierte bereits seit 1970 immer weniger peruanische Waren.

Die wirtschaftsliberalen Reformen in Argentinien und Chile führten im Bereich des Aussenhandels mit der Schweiz nicht zum gewünschten Erfolg. Das Interesse an schweizerischen Gütern war in Argentinien starken Schwankungen ausgesetzt. Die Nachfrage nach argentinischen Waren sank in der Schweiz im Zeitraum der Militärdiktatur relativ deutlich.

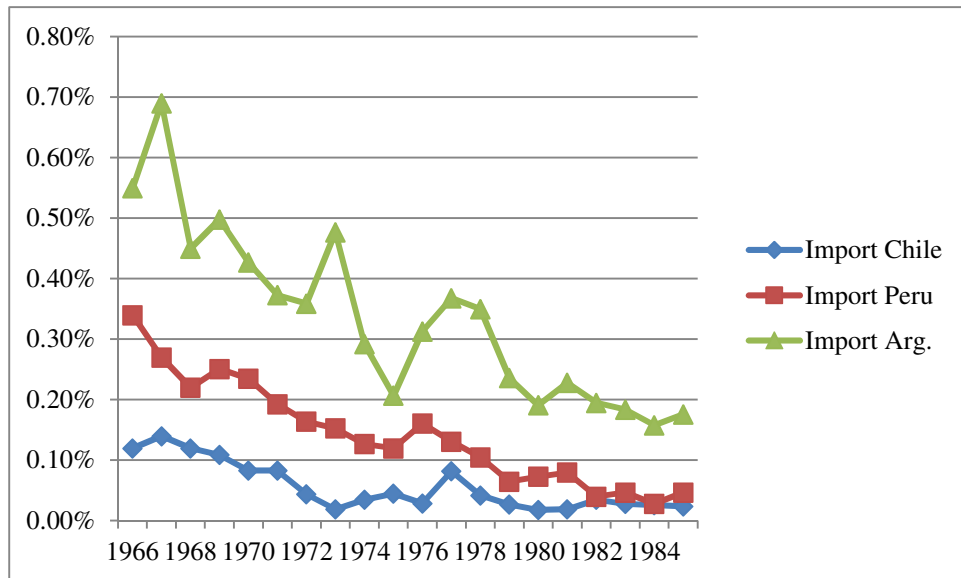
In Chile wurden bis 1975 trotz der Öffnung des Marktes weniger schweizerische Güter verkauft. Bis zum Ende des Jahrzehnts stieg der Absatz wieder an. Vom Handelsvolumen, das

⁹⁸⁷ Angaben gemäss Historical Statistics of Switzerland Online, Tabellen L.19. („Einfuhrwerte nach Ursprungsländern 1920-1992 (in Millionen Franken): Amerika -“) und L.23. („Ausfuhrwerte nach Verbrauchsländern 1920-1992 (in Millionen Franken): Amerika -“), URL: www.fsw.uzh.ch/histstat/main.php, konsultiert am 05.04.2017.

⁹⁸⁸ Deflationiert anhand des Konsumentenpreixindex (KPI) durch die Webseite „swistoval“, Christian Pfister, Roman Studer. Swistoval. The Swiss Historical Monetary Value Converter. Historisches Institut der Universität Bern. <http://www.swisstoival.ch/> ((Datum des Zugriffs (05.04.2017)).

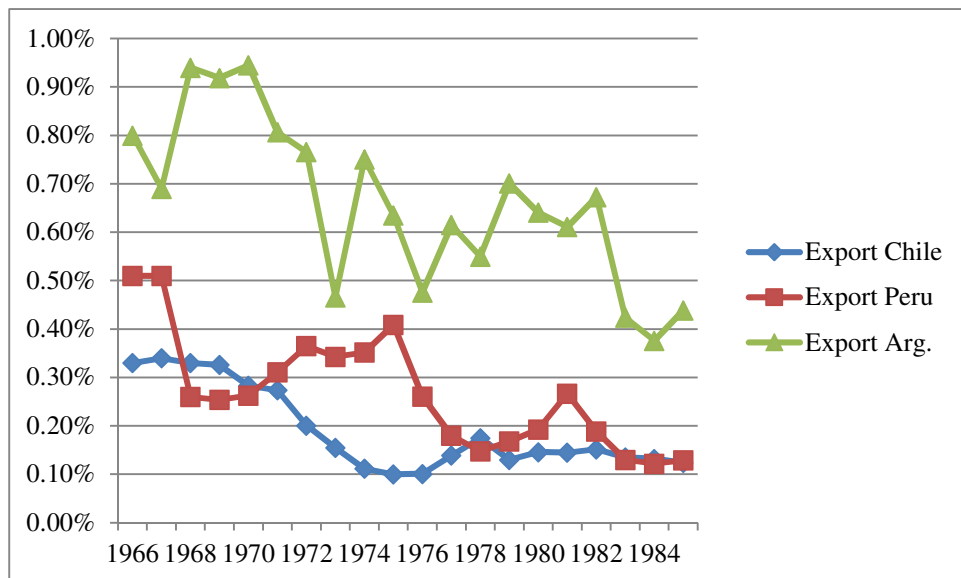
man während Freis und Allendes Präsidentschaft erreichte, war man jedoch weit entfernt. Der Import chilenischer Waren in die Schweiz hat sich seit den späten Sechzigerjahren sogar halbiert.

Diagramm 22: Prozentualer Anteil am Gesamtimport der Schweiz, 1966-1985



Quelle: Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz, Bern, Jahrgänge 1966-1983.

Diagramm 23: Prozentualer Anteil am Gesamtexport der Schweiz, 1966-1985



Quelle: Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz, Bern, Jahrgänge 1966-1983.

Der prozentuale Anteil der drei Diktaturen am schweizerischen Gesamthandel nahm im Verlauf der Siebzigerjahre sowohl beim Import als auch beim Export markant ab. Um das Jahr 1980 importierte die Schweiz jeweils weniger als 0.1 Prozent aller Waren aus Chile und Peru. Der prozentuale Anteil argentinischer Waren fiel damals mit 0.2 Prozent des Gesamtimports nur bedingt höher aus. Der prozentuale Anteil der drei Diktaturen am schweizerischen Gesamtexport war etwas höher. Doch auch beim Gesamtexport nahm die Bedeutung der drei Länder im Verlauf der Siebzigerjahre stark ab. Argentinien war verhältnismässig der wichtigste Handelspartner, der argentinische Anteil am schweizerischen Gesamtexport sank aber auf deutlich unter ein Prozent. Der Anteil Chiles und Perus am schweizerischen Gesamtexport bewegte sich im Bereich weniger Promille. Die peruanische Diktatur war mehrheitlich die bedeutendere Handelspartnerin der Schweiz als die wirtschaftsliberale chilenische Diktatur. Die quantitative Analyse der schweizerischen Handelsbeziehungen mit Argentinien, Chile und Peru bestätigen das bisherige Forschungsergebnis, dass Lateinamerika im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts für den schweizerischen Gesamthandel deutlich an Bedeutung verloren hatte.⁹⁸⁹ Der Bedeutungsverlust der drei Staaten als Handelspartner der Schweiz ist anhand der Veränderung ihres prozentualen Anteils am Gesamthandel klar ersichtlich. Die schweizerischen Handelsbeziehungen mit anderen Staaten entwickelten sich im selben Zeitraum deutlich besser.⁹⁹⁰ Obwohl die Handelsbeziehungen mit den drei Diktaturen für die Schweiz in statistischer Hinsicht verhältnismässig unbedeutend waren, lösten einzelne Handelsgeschäfte ausführliche Debatten über die Rolle des Landes als Handelsnation aus. Es hat sich daher methodisch angeboten, diese Auseinandersetzungen anhand historischer Fallbeispiele aufzuzeigen.

Kritik an den Aussenhandelsbeziehungen

Das erste Fallbeispiel setzte sich in Kapitel 3.2 mit einem staatlichen Darlehen an die peruanische Militärdiktatur in der Höhe von zehn Millionen Franken für die technische Zusammenarbeit auseinander. Anhand der Akten der Bundesverwaltung wurde aufgezeigt, dass die eidgenössische Entwicklungshilfe in Peru nicht nur ideell, sondern auch ökonomisch motiviert war. Schon in der Anfangsphase der Entwicklungsprojekte wurde der Nutzen für die schweizerische Privatwirtschaft angesprochen. Als das Darlehen 1976 im Parlament thematisiert

⁹⁸⁹ Hug, Peter: Der gebremste Aufbruch. Zur Aussenpolitik der Schweiz in den 60er Jahren, in: König, Mario; Kreis Georg; Meister, Franziska; Gaetano, Romano (Hrsg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren, Zürich 1998, S. 95-114, hier: S. 100-105.

⁹⁹⁰ Die Untersuchung des schweizerische Aussenhandels bestätigt somit das generelle Forschungsergebnis über Lateinamerika, siehe: Yáñez, César; Carreras, Albert: Introduction: Latin American Economic Backwardness Revisited, in: Dies. (Hrsg.): The Economics of Latin America: New Cliometric Data, London 2012, S. 7-18, hier: S. 18.

wurde, war die strittigste Frage, ob einzelne Aufträge international ausgeschrieben werden dürfen. Einzelne Politiker setzten sich dafür ein, dass schweizerische Exporteure die Aufträge erhalten sollten. Die aussenwirtschaftliche Kommission war aus ökonomischen Gründen dagegen. Es wurde argumentiert, dass durch eine internationale Ausschreibung schweizerische Unternehmen berechtigt waren, sich für Aufträge bei Entwicklungsprojekten anderer Staaten zu bewerben. Die aussenpolitische Kommission rechnete vor, dass schweizerische Unternehmen bisher dank solchen Aufträgen mehr Einnahmen hatten, als die Schweiz durch die staatliche Entwicklungshilfe ausgab.

Die Kritik von Nationalrat Fischer, dass die Schweiz keine Diktatur mit Entwicklungshilfe unterstützen dürfe, akzeptierte die aussenpolitische Kommission nicht. Aus ihrer Sicht diene die technische Zusammenarbeit der Bevölkerung, nicht der Regierung. Angesichts des Interesses, das General Valdivia bei seinem Aufenthalt in Zürich an der schweizerisch-peruanischen technischen Zusammenarbeit zeigte, kann diese Aussage stark angezweifelt werden. Fischer nutzte seine Schmäherei auf die peruanische Diktatur dazu, seine innenpolitischen Gegner mit marxistischem Gedankengut in Verbindung zu bringen. Ein aussenpolitisches Ereignis diene als Anlass, innenpolitische Grundsatzdebatten zu führen.⁹⁹¹ Wie Fischer selbst erklärte, hatte er gegen die technische Zusammenarbeit in Peru grundsätzlich nichts einzuwenden.

Das Kapitel 4.2 widmete sich mit der Darstellung eines Exportversuchs von Radschützenpanzern nach Chile einem zweiten Fallbeispiel. Auch bei diesem Handelsgeschäft wurden Parlamentsdebatten als historische Quellen verwendet. 1979 stritten sich die Volksvertreter im National- und Ständerat über die Auslegung des Kriegsmaterialgesetzes. Für LdU-Nationalrat Franz Jaeger hielt es sich bei der Motion eines Ratskollegen „um eine Art Motion Mowag“.⁹⁹² Jaeger spielte damit auf das Unternehmen Mowag AG an, das zum damaligen Zeitpunkt verschiedene Exportvorhaben bewilligen lassen wollte. Sowohl im National- als auch im Ständerat sprach sich eine deutliche Mehrheit für eine exportfreundliche Bewilligungspraxis durch den Bundesrat aus. Die Befürworter argumentierten, dass die Schweiz nur dann verteidigungsfähig sei, wenn sie über eine möglichst selbstständige Rüstungsindustrie verfüge. Aufträge aus dem Ausland dienten in dieser Sichtweise der Sicherstellung der sogenannten bewaffneten Neutralität. Die Gegner der Motion sahen durch den Kriegsmaterialexport das

⁹⁹¹ Die Angst vor linker „Subversion“ darf in diesem Zeitraum nicht unterschätzt werden, siehe dazu beispielsweise: Guttmann, Aviva: Ernst Cinceras nichtstaatlicher Staatsschutz im Zeichen von Antisubversion, Gesamtverteidigung und Kaltem Krieg, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 63 (2013), Heft 1, S. 65-86, hier: S. 65.

⁹⁹² Motion Friedrich „Kriegsmaterialgesetz“ in: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Jahr 1979, Band III, Herbstsession, Nationalrat, Sitzung 04, Geschäftsnummer 78.518, 20.09.1979, Ref. No 20 007 846, Jahr, S. 1026-1039, hier: S. 1026.

weltweite Bild der Schweiz als humanitäres Land gefährdet. Die parlamentarische Auseinandersetzung über den Rüstungsexport kann als eine politische Debatte über die Identität der Schweiz im Kalten Krieg wahrgenommen werden. Im Parlament fand sich eine Mehrheit, die die Schweiz primär als ein bedrohtes Land wahrnahm, das möglichst verteidigungsfähig sein sollte. Dass dieses Ziel mit moralisch fragwürdigen Waffenexporten erreicht wird, war dabei zweitrangig.

Auch Chile zeigte Interesse an Radschützenpanzern des Kreuzlinger Unternehmens. Trotz regionaler und nationaler Interessensvertretung lehnte der Bundesrat das Exportvorhaben aber ab. Innerhalb der Bundesverwaltung setzte sich das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten unter Bundesrat Pierre Aubert mit Nachdruck für ein Exportverbot ein. Aubert argumentierte in seinem Schreiben an den Gesamtbundesrat, dass ein grosser Teil der Schweizerinnen und Schweizer eine Ausfuhrbewilligung von Kriegsmaterial nach Chile nicht nachvollziehen könnte. Der Gesamtbundesrat folgte Auberts Empfehlung. Die branchenspezifische hohe Arbeitslosigkeit und die Unterstützung des Exportvorhabens durch das Eidgenössische Militärdepartement konnten dies nicht ändern. Aufgrund der mittlerweile frei zugänglichen Akten im Bundesarchiv kann anhand des Fallbeispiels die Annahme der bisherigen Forschung über die schweizerischen Rüstungsexporte nach Lateinamerika widerlegt werden, dass sich auch im Zeitraum der Siebzigerjahre die politischen Entscheide in Bern den Exportvorhaben der Kriegsmaterialindustrie anpassten.⁹⁹³ Gerade Kriegsmaterial wie ein Radschützenpanzer wurde in diesem Jahrzehnt nicht mehr als eine „gewöhnliche Ware“ beurteilt.⁹⁹⁴

Chile kam dennoch an die gewünschten Radschützenpanzer: Durch eine Lizenzvergabe wurden diese nicht nur vor Ort hergestellt, sondern auch an andere Länder weiterverkauft. Dieses Geschäftsmodell versties nicht gegen das schweizerische Kriegsmaterialgesetz, es stiess aber in der Schweiz auf grosse Kritik. In Chile wurden auf diese Art und Weise nicht nur Radschützenpanzer, sondern auch Sturmgewehre hergestellt. Yves Moret, der schweizerische Botschafter in Santiago de Chile, setzte sich 1983 persönlich dafür ein, dass Lieferungen von Fahrzeugteilen aus der Schweiz für die chilenische Panzerproduktion überprüft werden. Er verwies in seiner Korrespondenz auf die nordamerikanische Debatte, ob trotz der Menschenrechtverletzungen Waffen nach Chile exportiert werden dürfen. Moret leitete eine Untersuchung der Lieferung von Fahrzeugteilen ein, obwohl diese Warenkategorie mit 21 Millionen

⁹⁹³ Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas: Einleitung, in: Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexporte nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Zürich 1991, S. 7-24, hier: S. 24.

⁹⁹⁴ Ebd.

Franken mehr als ein Viertel des schweizerischen Gesamtexports in sein Residenzland ausmachten.

Kapitel 5.2 stellte die Ausfuhr einer Schwerwasseranlage nach Argentinien dar. Die Beamten der Bundesverwaltung waren sich einig, dass eine Exporterlaubnis nicht juristisch, sondern politisch problematisch wäre. Das Bundesamt für Energiewirtschaft unterstützte das Exportvorhaben. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten listete gegenüber dem Bundesrat auf, mit welchen diplomatischen Konsequenzen zu rechnen seien, sollte der Export erlaubt werden. In einer interdepartementalen Sitzung erklärte ein Beamter des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, dass man mit dem Export den Argentinern die Möglichkeit zur nuklearen Aufrüstung biete, wenn sie den vereinbarten Vertrag über die zivile Nutzung der Technologie brechen würden. Obwohl man deswegen nicht nur zukünftige Plutoniumlieferungen aus den Vereinigten Staaten riskierte, sondern auch bei der potentiellen atomaren Aufrüstung Argentiniens mithalf, empfahl Aubert seinen Kollegen, dem Exportvorhaben zuzustimmen.

Innerhalb des Departements für Aussenwirtschaft wurden unerwartet kritische Stimmen über das Handelsgeschäft geäußert. Die Beamten fürchteten sich vor der Reaktion der Vereinigten Staaten. Man sorgte sich über allfällige negative Auswirkungen auf die schweizerische Energieversorgung. Es handelte sich somit nicht nur um ein energiepolitisches, sondern auch um ein volkswirtschaftliches Problem. Der Bundesrat ging diese Risiken jedoch ein – und hatte insofern Glück, als dass es nach den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten zu einem Kurswechsel in der amerikanischen Aussenpolitik gegenüber Diktaturen in Lateinamerika kam.⁹⁹⁵

Innerhalb der schweizerischen Bevölkerung stiess die Exporterlaubnis auf Unverständnis. In Winterthur wurde gegen das Handelsgeschäft demonstriert. Auch der gesellschaftliche Protest gegen die Zusammenarbeit eines schweizerischen Unternehmens mit der argentinischen Militärdiktatur in der Nukleartechnologie kann als Aspekt einer Identitätsdebatte über die Schweiz wahrgenommen werden. Die Gründe für die Demonstration in Winterthur waren vielfältig. In zahlreichen anderen Staaten kam es zum damaligen Zeitpunkt zum gesellschaftlichen Widerstand gegen Nuklearwaffen.⁹⁹⁶ Dies war jedoch nur eine der Motivationen hinter der Protestaktion in Winterthur. Die generelle Ablehnung der Atomkraft aus ökologischen Gründen ge-

⁹⁹⁵ Siehe: Lawrence, Mark Atwood: *Containing Globalism: The United States and the Developing World in the 1970s*, in: Ferguson, Niall; Maier, Charles; Manela, Erez; Sargent, Daniel J. (Hrsg.): *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, London 2010, S. 205-219, hier: S. 214 und S. 217.

⁹⁹⁶ Gavin, Francis J.: *Wrestling with Parity: The Nuclear Revolution Revisited*, in: Ferguson, Niall; Maier, Charles; Manela, Erez; Sargent, Daniel J. (Hrsg.): *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, London 2010, S. 189-204, hier: S. 198.

hörte dazu, ebenso die Kritik an den Behörden. Die Demonstrationen im Oktober 1980 bildeten den Beginn einer äusserst unruhigen Zeit in Winterthur, in der Jugendliche und junge Erwachsene gegen staatliche Instanzen rebellierten. Die „Winterthurer Ereignisse“ nahmen eine tragische Wende, als sich innerhalb kurzer Zeit ein leitender Polizist und eine inhaftierte Frau das Leben nahmen.⁹⁹⁷

Empörung löste das Handelsgeschäft der Gebrüder Sulzer AG nicht zuletzt deswegen aus, weil die argentinische Junta für ihre Menschenrechtsverletzungen bekannt war. Während der Bundesrat die Meinung der Bevölkerung beim Exportverbot von Radschützenpanzern berücksichtigte, hielt er bei der Schwerwasseranlage trotz Widerstand aus der Bevölkerung an seinem Entscheid fest. Der Protest aus der Bevölkerung gegen das Handelsgeschäft ist aber hinsichtlich seiner politischen Dimension dennoch kaum zu unterschätzen. Im bereits angesprochenen Interview der sowjetischen Wochenzeitung Literaturnaja Gazeta ging Max Frisch im Jahr 1985 nicht nur auf die Demonstrationen gegen Pinochet ein, sondern griff im Anschluss auch die Proteste gegen die schweizerische Atomindustrie auf: „Immerhin gibt es Demonstrationen. Und nicht nur gegen den fernen General Pinochet. Demonstrationen auch zu innenpolitischen Themen, dann wird es heiß, und die Polizei müsste da noch viel lernen, um sich verfassungsgemäß zu verhalten. Immer wieder und wieder Demonstrationen gegen Kernkraftwerke, was das Großkapital nicht gerne sieht, denn das verzögert ihr Profit-Programm, und es schafft ein öffentliches Bewusstsein. Und wir meinen, ein öffentliches Bewusstsein sei die Voraussetzung dafür, dass man uns nicht als Unwissende regieren kann.“⁹⁹⁸

Frischs Zitat verweist auf die Bedeutung des gesellschaftlichen Widerstands gegen die Atomindustrie. Auch wenn der Widerstand – wie im Fall der exportierten Schwerwasseranlage nach Argentinien – nicht unmittelbar erfolgreich war, trug er dazu bei, dass ein öffentliches Bewusstsein dafür entstand, welche unterschiedlichen Meinungen innerhalb der Bevölkerung vorhanden waren. Durch die Proteste wurden unterschiedliche Wertvorstellungen sichtbar gemacht. Wie anhand Aussenminister Auberts Argumentation beim Exportverbot für Radschützenpanzer belegt, entstand innerhalb der Bundesverwaltung ein Bewusstsein dafür, die öffentliche Meinung in der politischen Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den politischen, aber auch den wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz mit den amerikanischen Militärdiktaturen kann daher insgesamt als Teil einer grösseren Debatte über die Identität und die Rolle des Landes verstanden werden. Anhand mehrerer Beispiele wurde aufgezeigt, dass die bisherigen Entscheidungsmuster auf

⁹⁹⁷ Schmid, Erich: Verhör und Tod in Winterthur. Eine Reportage, Zürich 2002, S. 215-216.

⁹⁹⁸ Frisch, Max: „Wie Sie mir auf den Leib rücken!“ Interviews und Gespräche. Ausgewählt und herausgegeben von Thomas Strässle, Berlin 2017, S. 181.

unterschiedlichen Ebenen hinterfragt wurden. Kritische Stimmen gegen die bisherige politische Entscheidungsfindung wurden nicht nur auf der Strasse laut, sondern auch innerhalb des Parlaments und der Bundesverwaltung. Die Kritik am Aussenhandel mit Diktaturen führte zu Auseinandersetzungen über das schweizerische Demokratieverständnis.⁹⁹⁹

Lateinamerikanische Diktaturen und die Schweiz

Statistisch waren die schweizerischen Handelsbeziehungen mit Argentinien, Chile und Peru nicht relevant, anhand der historischen Fallbeispiele wurde jedoch aufgezeigt, wie durch einzelne Handelsaktivitäten Grundsatzdebatten über die schweizerische Identität ausgelöst wurden. Lassen sich daher die Aussenhandelsbeziehungen mit den drei Diktaturen vergleichen?

Es gab durchaus Unterschiede. Peru war seit den Sechzigerjahren ein Schwerpunktland der schweizerischen technischen Zusammenarbeit. Der Andenstaat nahm daher innerhalb der Politik einen Sonderstatus ein. Auch wenn stets betont wurde, dass die technische Zusammenarbeit der Bevölkerung und nicht der Junta diene, hatte die Schweiz dennoch ein Interesse am ökonomischen Erfolg der Militärdiktatur. Das Darlehen in der Höhe von zehn Millionen Franken für die technische Zusammenarbeit wurde von der Junta unterzeichnet. Das Geld musste verzinst zurückgezahlt werden. Die Liquidität der peruanischen Diktatur lag daher im Interesse des schweizerischen Staates.

Argentinien und Chile nahmen aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Reformen eine herausragende Position innerhalb der lateinamerikanischen Diktaturen ein. Die jüngere Forschung über die Siebzigerjahre betont, dass die Reformen zu den weltweit bedeutendsten wirtschaftspolitischen Ereignissen des Jahrzehnts gehören.¹⁰⁰⁰ Wie anhand der Akten der Bundesverwaltung dargelegt wurde, zeigten sich auch zahlreiche schweizerische Beamten erfreut über den wirtschaftspolitischen Wandel in den beiden Diktaturen – und dementsprechend desillusioniert, als die erhoffte Prosperität nicht einsetzte.

Ein wichtiger Aspekt, in dem sich die chilenische Militärdiktatur nicht mit den anderen Diktaturen vergleichen lässt, ist das Ausmass der internationalen Solidarität, die den Dissidenten

⁹⁹⁹ Es gibt daher Anknüpfungspunkte an die jüngere historische Forschung über die Bundesrepublik Deutschland, siehe: Gassert, Philipp: Arbeit am Konsens im Streit um den Frieden. Die Nuklearkrise der 1980er Jahre als Medium gesellschaftlicher Selbstverständigung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 52 (2012), S. 491-516; Hansen, Jan: Zwischen Staat und Straße. Der Nachrüstungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie (1979-1983), in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 52 (2012), S. 517-553; Ders.: Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977-1987), Berlin und Boston 2016, S. 197-238, sowie Ders.: Defining Political Dissidence: The Swiss Debate on the Riots of 1980-1981, in: Andresen, Knud; Steen, Bart van der (Hrsg.): A European Youth Revolt. European Perspectives on Youth Protest and Social Movements in the 1980s, Basingstoke 2016, S. 243-257, hier: S. 252.

¹⁰⁰⁰ Borstelmann, Thomas: Epilogue. The Shock of the Global, in: Ferguson, Niall; Maier, Charles; Manela, Erez; Sargent, Daniel J. (Hrsg.): The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, London 2010, S. 351-354, hier: S. 354.

der Junta entgegengebracht wurde. Auch innerhalb der Bundesverwaltung erkannte man, dass die chilenische Diktatur weltweit eine besondere Rolle im Menschenrechtsdiskurs einnahm.¹⁰⁰¹ Doch nicht nur in zeitgenössischen Aussagen, sondern auch in der gegenwärtigen historischen Forschung wird dies hervorgehoben.¹⁰⁰² In der Schweiz engagierten sich zahlreiche Personen für chilenische Flüchtlinge.¹⁰⁰³ Die Medien stellten die politischen Ereignisse in Chile ausführlich dar, sie griffen auch die schweizerischen Aussenbeziehungen mit der Diktatur regelmässig auf. Die gesellschaftliche, politische und mediale Auseinandersetzung mit Chile kann daher insgesamt kaum mit anderen lateinamerikanischen Diktaturen verglichen werden. Es vermochte wohl keine andere lateinamerikanische Diktatur die schweizerischen Gemüter so zu erregen, wie es Pinochet und seiner Junta gelang.

Bei der Analyse der schweizerischen Handelsbeziehungen mit den drei Diktaturen lassen sich aber auch Gemeinsamkeiten feststellen. Betrachtet man den Aussenhandel aus der ergebnisoffenen Sichtweise der Zeitgenossen, dann treten die grossen Hoffnungen und Erwartungen gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung der drei Staaten in den Vordergrund. Angehörige der Bundesverwaltung erkannten in den drei Diktaturen das Potential für intensivere Handelsbeziehungen und vermehrte Direktinvestitionen. In Hinblick auf die Handelsbeziehungen sollten alle drei Diktaturen die schweizerischen Erwartungen schliesslich nicht erfüllen. Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass die politischen Ereignisse in Lateinamerika in der Schweiz als Teil des Kalten Kriegs wahrgenommen wurden. Dies zeigte sich nicht nur in der Berichterstattung aus den schweizerischen Botschaften über die Staatstriebe. Bei den historischen Fallbeispielen konnte erkannt werden, dass die Auseinandersetzung mit den lateinamerikanischen Diktaturen dazu führte, dass über die politische Identität der Schweiz im Kalten Krieg debattiert wurde. Den Unterstützern der technischen Zusammenarbeit in Peru wurden im Parlament Sympathien gegenüber dem Marxismus vorgeworfen. Die Befürworter der Exportbewilligung für Radschützenpanzer argumentierten anhand der Verteidigungsfähigkeit der schweizerischen Armee. Bei den Abklärungen um die Exporterlaubnis für die Schwerwasser-

¹⁰⁰¹ Siehe dazu Rudolf Bindschedlers Aussage an der folgenden Sitzung: Bauty, Anne; Frunz, Walter; Greber, Anton; Schmid, Wilhelm: Arbeitsgruppe „Historische Standortbestimmung“, Protokoll der Sitzung vom 17. Februar 1979 von 09.45 Uhr bis 13.00 Uhr im „Casino-Saal“ des Hotels Bellevue-Palace, Bern (vertraulich), S. 26, dodis.ch/34221

¹⁰⁰² Eckel, Jan: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen 2015, S. 583-710.

¹⁰⁰³ Siehe: Rossi, Maurizio: Solidarité d'en bas et raison d'Etat: le Conseil fédéral et les réfugiés du Chili (septembre 1973- mai 1976), Neuchâtel 2008.

anlage wurde nicht zuletzt das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinigten Staaten angesprochen und kritisch hinterfragt.¹⁰⁰⁴

Lassen sich darüber hinaus anhand der schweizerischen Handelsbeziehungen mit Argentinien, Chile und Peru generalisierende Aussagen über die schweizerischen Handelsbeziehungen mit lateinamerikanischen Diktaturen ableiten? Der Handel mit Militärdiktaturen in Lateinamerika trug das emotionale Potential in sich, trotz der geografischen Distanz zur Schweiz intensive Debatten auszulösen. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die schweizerischen Beziehungen zu Argentinien, Chile und Peru nicht von anderen lateinamerikanischen Diktaturen. Bereits angesprochen wurden die Parallelen, die in linken Medien zwischen Peru und Kuba gezogen wurden. Wenn im Parlament die argentinische und chilenische Diktatur kritisiert wurden, wies man oft pauschalisierend auf andere lateinamerikanische Diktaturen hin.¹⁰⁰⁵ Auch in den schweizerischen Medien wurden unterschiedliche lateinamerikanische Diktaturen vereinfachend miteinander in Verbindung gebracht.¹⁰⁰⁶ Es ging damit oft die überhebliche Haltung einher, dass lateinamerikanische Staaten grundsätzlich nicht demokratiefähig seien. Die analysierten Quellen weisen darauf hin, dass aufgrund der geografischen Distanz und des beschränkten Wissens solche verallgemeinernden Wahrnehmungen über lateinamerikanische Diktaturen innerhalb der Schweiz wohl weit verbreitet waren.

Zudem lässt sich generalisierend festhalten, dass es bei den Auseinandersetzungen über die Handelsbeziehungen mit den Diktaturen immer um die Frage ging, ob wirtschaftliche Interessen einen höheren Stellenwert einnehmen dürfen als moralische Bedenken wegen den Menschenrechtsverletzungen in den Diktaturen. Die Debatten rund um die Handelsbeziehungen mit den drei autoritär regierten Staaten lassen zudem erkennen, wie problematisch die politische Neutralität der Schweiz im Zusammenhang mit umstrittenem Aussenhandel wahrgenommen wurde.

Aussenhandelspolitik und Menschenrechte

In der Einleitung wurde die Hypothese aufgestellt, dass die Auswirkungen der gesellschaftlichen und politischen Debatten um Normen und Werte, die ab den späten Sechzigerjahren einsetzte, auf die schweizerische Aussenhandelspolitik bisher unterschätzt werden. Im Verlauf

¹⁰⁰⁴ Generell dazu siehe: Schaufelbuehl, Janick Marina; König, Mario: Die Beziehungen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten im Kalten Krieg, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 16 (2009), Heft 2, S. 7-14.

¹⁰⁰⁵ Siehe beispielsweise: Postulat Ziegler-Genf Flugzeug Pilatus PC-7. Ausfuhrverbot, in: *Amtliches Bulletin der Bundesversammlung*, Jahr 1981, Band II, Sommersession, Nationalrat, Sitzung 04, Geschäftsnummer 80.443, 04.06.1981, Ref. No 20 009 499, S. 578-580.

¹⁰⁰⁶ Siehe beispielsweise: Lamberg, Robert F.: Generale als Retter? Ursprünge, Kennzeichen und Perspektiven der südamerikanischen Militärregime, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 16./17.06.1979, S. 37.

der langen Siebzigerjahre stieg das politische und gesellschaftliche Interesse am Aussenhandel markant an. Bei der Gestaltung der schweizerischen Aussenhandelspolitik wurden nicht mehr ausschliesslich ökonomische, sondern vermehrt auch menschenrechtliche Aspekte berücksichtigt. Die Auseinandersetzung mit dem schweizerischen Aussenhandel führte darüber hinaus dazu, dass der generelle Diskurs über Menschenrechte in der schweizerischen Politik intensiviert wurde.

Anhand der empirischen Untersuchung der schweizerischen Handelsbeziehungen mit den Militärdiktaturen Argentiniens, Chiles und Perus lässt sich diese Annahme bestätigen. Die umstrittenen Handelsbeziehungen mit menschenrechtsverletzenden Diktaturen waren Teil einer Debatte, in der die Rolle der Schweiz als Handelsnation kritisch hinterfragt wurde. Sie verdeutlichen exemplarisch, dass innerhalb der Politik, der Bundesverwaltung, den Medien und der Bevölkerung immer stärker eingefordert wurde, dass die Schweiz bei ihrer Aussenhandelspolitik auch humanitäre Aspekte berücksichtigen sollte. Obwohl diese Handelsbeziehungen in statistischer Hinsicht weitgehend bedeutungslos waren, lösten sie Grundsatzdebatten über die schweizerische Identität aus.

Bei der „Goodwill-Mission“ im Herbst 1981 setzte sich der Direktor des Bundesamts für Aussenwirtschaft für menschenrechtliche Anliegen ein. Dieses Gesprächsthema gehörte nicht zum traditionellen Zuständigkeitsbereich seines Bundesamts. In einem Interview mit dem Tages-Anzeiger gab Paul Rudolf Jolles wenig über sein Engagement preis. Wie bereits dargelegt, sollte es nur einige Tage dauern, bis Helmut Hubacher (SP) die Angelegenheit im Parlament aufgriff. Der Bundesrat antwortete damals, dass er sich schon seit längere Zeit für die Menschenrechte einsetze und dies nicht im Widerspruch stehe zu aussenwirtschaftlichen Interessen.

Doch nicht nur der Bundesrat und das Parlament, sondern auch die Angehörigen der Bundesverwaltung setzten sich gegen Ende der langen Siebzigerjahre intensiv damit auseinander, inwiefern menschenrechtliche Anliegen die schweizerische Aussenpolitik prägen sollten. So wurde beispielsweise auch an der Botschafterkonferenz des Jahres 1978 über dieses Thema diskutiert. In zahlreichen Wortmeldungen setzten sich Beamte des Bundes dafür ein, dass die Schweiz mit ihrer Aussenpolitik auch menschenrechtliche Ziele verfolgen sollte. Gleichzeitig war man sich einig, dass solche Ziele auf möglichst diskrete Art und Weise erreicht werden sollten.¹⁰⁰⁷ „Als humanitärer Rechtsstaat kann die Schweiz bei klaren Verletzungen der Menschenrechte nicht schweigen“, meinte beispielsweise Raymond Probst, der schweizerische

¹⁰⁰⁷ Siehe: Eidgenössisches Politisches Departement: „Protokoll der Botschafterkonferenz 1978 (Mittwoch, 30. August 1978 bis Freitag, 1. September 1978)“, 01.09.1978, S. 4-14, dodis.ch/48268

Botschafter in den Vereinigten Staaten.¹⁰⁰⁸ Rückblickend auf seine ehemalige Tätigkeit als Handelsdelegierter im osteuropäischen Raum erklärte er, dass sich der Einsatz für die Menschenrechte nicht nachteilig auf die ökonomischen Interessen ausgewirkt hätten.¹⁰⁰⁹ Er versuchte daher seinen Kollegen zu beruhigen. „Die negativen Folgen solcher Interventionen für unsere Wirtschaftsbeziehungen sollen nicht überschätzt werden, da diese z.B. für die Staatshandelsländer, die grossen Bedarf nach westlicher Technologie haben, ebenso wichtig sind wie für uns“, wird als seine Aussage im vertraulichen Protokoll der Botschafterkonferenz festgehalten.¹⁰¹⁰

Einige Monate später trafen sich Beamte im Berner Hotel Bellevue Palace zu einer Sitzung der Arbeitsgruppe „Historische Standortbestimmung“, die sich dem Thema „Weltpolitik und Menschenrechte“ widmete. Die Sitzung wurde von Albert Weitnauer geleitet, dem Generalsekretär des Eidgenössischen Politischen Departements.¹⁰¹¹ „Es stellt sich für die schweizerische Aussenpolitik die Frage, ob nicht ihre humanitäre Seite mehr betont werden müsste“, hielt er gegenüber seinen Kollegen fest.¹⁰¹² Seiner Meinung nach sollte die Schweiz eine „humanitäre Aussenpolitik“ verfolgen.¹⁰¹³ Andere Sitzungsteilnehmer hoben hingegen hervor, dass eine verstärkte menschenrechtliche Intervention auch negative Folgen für die Schweiz haben könnte. Botschafter Max Troendle erklärte beispielsweise, wie wichtig unabhängige aussenpolitische Entscheide des Bundesrats seien. Seiner Meinung nach sollte „die Regierung [...] auch den Mut haben, der öffentlichen Meinung zu widerstehen.“¹⁰¹⁴ Paul Rudolf Jolles warnte vor „einer Emotionalisierung der schweizerischen Aussenpolitik“.¹⁰¹⁵ Er war nicht der einzige Beamte, der eine Aussenpolitik ablehnte, die von Gefühlen geleitet war. Botschafter Rudolf Bindschedler erklärte, dass weltweit drei Staaten wegen ihren Menschenrechtsverbrechen überproportional stark kritisiert würden – die chilenische Diktatur war für ihn ein solches Beispiel.¹⁰¹⁶

Vier Jahre später, im November 1983, traf sich die Arbeitsgruppe zu einer Sitzung über „Neutralität und Neutralitätspolitik heute“.¹⁰¹⁷ Der vermehrte Einfluss der öffentlichen Mei-

¹⁰⁰⁸ Ebd., S. 6.

¹⁰⁰⁹ Ebd.

¹⁰¹⁰ Ebd., S. 7.

¹⁰¹¹ Siehe: Bauty, Anne; Frunz, Walter; Greber, Anton; Schmid, Wilhelm: „Arbeitsgruppe ‚Historische Standortbestimmung‘, Protokoll der Sitzung vom 17. Februar 1979 von 09.45 Uhr bis 13.00 Uhr im ‚Casino-Saal‘ des Hotels Bellevue-Palace, Bern (vertraulich)“, S. 1, dodis.ch/34221

¹⁰¹² Ebd., S. 14.

¹⁰¹³ Ebd., S. 19.

¹⁰¹⁴ Ebd.

¹⁰¹⁵ Ebd., S. 17.

¹⁰¹⁶ Ebd., S. 26.

¹⁰¹⁷ Siehe: Darier, Maurice; Friedrich, Pierre; Spicher, Georges: „Arbeitsgruppe ‚Historische Standortbestimmung‘, Protokoll der Sitzung vom 19. November 1983 von 09.45 Uhr bis 13.00 Uhr im ‚Casino-Saal‘ des Hotels Bellevue-Palace, Bern (vertraulich)“, dodis.ch/34227

nung auf die schweizerische Aussenpolitik schien mittlerweile unbestritten gewesen zu sein. Ein Sitzungsteilnehmer wollte in diesem Zusammenhang von den anwesenden Beamten wissen, wie man die Meinung der Bevölkerung erkennen könne und fragte rhetorisch: „Se base-t-on sur un article de Blick ou de la Nouvelle Gazette de Zurich?“¹⁰¹⁸ Alt Ständerat Carlos Grosjean ergänzte: „Il y a dans notre politique étrangère des titillements répétés, des tentatives évidentes d’être plus interventionnistes. Cela vient-il du Département des affaires étrangères? De l’administration? Du Conseil fédéral? Je laisse ces questions ouvertes.“¹⁰¹⁹ Die Fragen der beiden Sitzungsteilnehmer blieben unbeantwortet.

Die Sitzungsprotokolle der Botschafterkonferenz und der Arbeitsgruppe „Historische Standortbestimmung“ verdeutlichen, dass am Ende der langen Siebzigerjahre auch innerhalb der Bundesverwaltung Diskussionen über die aussenpolitische Identität der Schweiz stattfanden. Es bestand unter den Beamten offensichtlich die Ansicht, dass menschenrechtliche Interventionen die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz beeinträchtigen könnten. Probst versuchte daher seinen Kollegen die Angst zu nehmen, in dem er auf seine positiven Erfahrungen in Osteuropa verwies. In dieser Hinsicht muss innerhalb der Bundesverwaltung ein Umdenken stattgefunden haben. Jolles hätte sonst im Herbst 1981 als Direktor des Bundesamts für Aussenwirtschaft in Lateinamerika kaum menschenrechtliche Probleme angesprochen. Die Sitzungsprotokolle belegen, dass bereits die Zeitgenossen einen Wandel in der schweizerischen Aussenpolitik wahrnahmen. Ein eindrückliches Beispiel dafür war Botschafter Morets Einsatz dafür, die Lieferung von Fahrzeugteilen nach Chile von seinen Kollegen in Bern untersuchen zu lassen, obwohl er damit mehr als ein Viertel des schweizerischen Exports nach Chile in Frage stellte. Die Auseinandersetzung um Normen und Werte fand nicht nur innerhalb der Bevölkerung und den Medien, sondern auch innerhalb der Bundesverwaltung und des Bundesrats statt.

Georg Kreis hielt in seinem Schlussbericht über die Beziehungen zu Südafrika hinsichtlich der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik das Folgende fest: „Die Politik bestand darin, der Privatwirtschaft den von ihr beanspruchten Spielraum weitgehend und ungeachtet der politischen Konsequenzen zu lassen.“¹⁰²⁰ Jon A. Fanzuns Untersuchung der schweizerischen Menschenrechtspolitik ergab zudem, dass „in den 1970er Jahren [...] das kollektive Bewusstsein in der Schweiz für internationale Normen wie Menschenrechte als Quelle aussenpoliti-

¹⁰¹⁸ Ebd., S. 15.

¹⁰¹⁹ Ebd., S. 16.

¹⁰²⁰ Kreis, Georg: Die Schweiz und Südafrika 1948-1994. Schlussbericht des im Auftrag des Bundesrates durchgeführten NFP 42+, Bern, Stuttgart und Wien 2005, S. 487.

scher Zielsetzungen [...] noch kaum entwickelt“ gewesen sei.¹⁰²¹ Die Forschungsergebnisse über die Politisierung des schweizerischen Aussenhandels mit den Militärdiktaturen Argentiniens, Chiles und Perus zwischen 1968 bis 1983 zeigen, dass das bisherige Bild der Geschichte der Schweiz ergänzt werden muss. Die langen Siebzigerjahre markieren eine Übergangsphase in der gesellschaftlich-politischen Wahrnehmung von Handelsbeziehungen. In diesem Zeitraum setzte man sich in der Schweiz auf unterschiedlichen Ebenen mit dem Verhältnis zwischen Aussenhandel und Menschenrechten auseinander. Im Parlament wurden die schweizerischen Handelsbeziehungen in dieser Hinsicht verhältnismässig früh kritisiert. Mit einigen Jahren Verspätung entstand auch innerhalb der Regierung und der Verwaltung ein Bewusstsein über die Bedeutung menschenrechtlicher Fragen für die Gestaltung der schweizerischen Aussenhandelspolitik. Dass sich im November 1981 der Direktor des Bundesamts für Aussenwirtschaft in Argentinien für die Wahrung der Menschenrechte einsetzte, verweist auf die Tendenzen eines solchen aussenpolitischen Kurswechsels.

Wie die jüngere historische Forschung betonte, intensivierte die Schweiz nach dem Ende des Kalten Kriegs ihren Einsatz für die weltweite Wahrung der Menschenrechte. Seit den frühen Neunzigerjahren werden Veranstaltungen wie das Davoser Weltwirtschaftsforum dazu genutzt, menschenrechtliche Anliegen gegenüber anderen Regierungen anzusprechen.¹⁰²² Die Untersuchung der Politisierung der schweizerischen Geschäftstätigkeit mit den Diktaturen Argentiniens, Chiles und Perus zeigte, dass bereits in den langen Siebzigerjahren gesellschaftlich gefordert wurde, die Aussenhandelspolitik mit menschenrechtlichen Anliegen zu verbinden. Diese Forderung wurde vom Bundesrat und der Bundesverwaltung nicht in allen Aspekten der Aussenhandelspolitik berücksichtigt. Der gesellschaftliche Druck war aber so hoch, dass dieses Anliegen nicht einfach ignoriert werden konnte. Die Kritik am Handel mit den drei Diktaturen kann daher als ein Ausdruck einer Debatte über die schweizerische Identität verstanden werden. Es ging in dieser Auseinandersetzung um attraktive Märkte und moralische Bedenken, es ging darüber hinaus aber immer auch um ein Mitspracherecht, das auf unterschiedlichen Ebenen eingefordert wurde.

Weiterführende Forschungsperspektiven

Die Ergebnisse der vorliegenden Dissertation führen zu weiteren Anliegen, mit denen sich die historische Forschung auseinandersetzen sollte. Der Einfluss des Aussenhandels auf den

¹⁰²¹ Fanzun, Jon A.: Die Grenzen der Solidarität. Schweizerische Menschenrechtspolitik im Kalten Krieg. Mit einem Vorwort von Walter Kälin, Zürich 2005, S. 304.

¹⁰²² Siehe: Truong Dinh, An Lac: Von Kühen, Fachkräften und Kapital. Persönliche Netzwerke, schweizerische Diplomatie und Entwicklungshilfe in Bhutan und Vietnam seit 1945, Zürich 2016, S. 193-197.

schweizerischen Menschenrechtsdiskurs muss anhand weiterer umstrittener Handelsbeziehungen überprüft werden. Standen menschenrechtliche Anliegen auch bei der Kritik an der schweizerischen Geschäftstätigkeit mit anderen lateinamerikanischen Diktaturen im Vordergrund? Gibt es Parallelen zu kritisierten Handelsbeziehungen mit autoritären Regierungen in anderen Teilen der Welt? Erste Studien über die aussenwirtschaftlichen Verstrickungen der Schweiz im Kalten Krieg liegen bereits vor.¹⁰²³ Eine Gesamtdarstellung über dieses Thema bildet ein grosses Forschungsdesiderat. Aufschlussreich wären auch vergleichende Studien darüber, wie andere neutrale europäische Staaten ihre Aussenhandelspolitik gegenüber lateinamerikanischen Diktaturen gestalteten.¹⁰²⁴

Die Darstellung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen schweizerischen Unternehmen und den drei Militärdiktaturen beschränkte sich in der vorliegenden Arbeit auf die Handelsbeziehungen. Schweizerische Direktinvestitionen wurden nur am Rande angesprochen. Eine weiterführende Studie sollte daher untersuchen, welche schweizerischen Unternehmen über Niederlassungen in den Diktaturen verfügten. Wirkte sich das investitionsfreundliche Klima in Argentinien und Chile positiv auf die Geschäftstätigkeit der lokal ansässigen schweizerischen Unternehmen aus? Welche Bedeutung nahmen die schweizerischen Unternehmen ein, die in Argentinien, Chile und Peru ansässig waren und Arbeitsplätze generierten?¹⁰²⁵ Verfügte man vor Ort über Kontakte zu den Mitgliedern der Junta? Welche Rolle spielten dabei Auslandschweizer?¹⁰²⁶ Wie am Beispiel Perus aufgezeigt wurde, tauschte sich ein Auslandschweizer regelmässig mit Vertretern der Diktatur aus.

Wie anhand der quantitativen Auswertung der Handelsbeziehungen dargelegt wurde, gehörte die Schweiz gesamthaft betrachtet nicht zu den bedeutungsvollsten Handelspartnerinnen der drei Diktaturen. Argentinien, Chile und Peru nahmen auch im schweizerischen Gesamthandel nur einen kleinen Stellenwert ein. Doch gilt dies für die gesamten Wirtschaftsbeziehungen?

¹⁰²³ Siehe dazu die Beiträge in: Bott, Sandra; Schaufelbuehl, Janick Marina; Zala, Sacha (Hrsg.): Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges. Relations internationales de la Suisse durant la Guerre froide, Itinera 30, Basel 2011 und Bott, Sandra; Hanhimäki, Jussi M.; Schaufelbuehl, Janick Marina; Wyss, Marco (Hrsg.): Suisse et Guerre froide dans le tiers-monde, Relations Internationales 163 (2015).

¹⁰²⁴ Analog zu den folgenden Vergleichsstudien: Flury-Dasein, Eric: Die Schweiz und Schweden vor den Herausforderungen des Kalten Krieges 1945- 1970: Neutralitätspolitik, militärische Kooperation, Osthandel und Korea-Mission, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 54 (2004), Heft 2, S. 123-145; Nilsson, Mikael; Wyss, Marco: The Armed Neutrality Paradox: Sweden and Switzerland in US Cold War Armaments Policy, in: Journal of Contemporary History, Vol. 51, Issue 2 (April 2016), S. 335-363 und Schaufelbuehl, Janick Marina; Wyss, Marco; Bott, Sandra: Choosing Sides in the Global Cold War: Switzerland, Neutrality and the Divided States of Korea and Vietnam, in: The International History Review, Vol. 37, No. 5 (2015), S. 1014-1036.

¹⁰²⁵ Über Direktinvestitionen siehe: Müller, Margrit: Die Exportindustrien im Verlauf des 20. Jahrhunderts, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 17 (2010), Heft 1, S. 119-138, hier: S. 120 und Borner, Silvio; Wehrle, Felix: Die sechste Schweiz. Überleben auf dem Weltmarkt, Zürich 1984.

¹⁰²⁶ Siehe: Karlen, Stefan; Tobler, Hans Werner: Massen- und Einzelauswanderung aus der Schweiz nach Lateinamerika im 19. und 20. Jahrhundert, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 5 (1998), Heft 2, S. 71-84.

Eingehend untersucht werden müsste die Bedeutung von schweizerischen Krediten für die Diktaturen.¹⁰²⁷ Zeigt sich in diesem Bereich, dass schweizerische Gelder die Diktaturen massgeblich unterstützt haben? Verfügten schweizerische Handelsfirmen in den lateinamerikanischen Militärdiktaturen über Tochtergesellschaften?¹⁰²⁸ Zeigt sich aufgrund solcher Untersuchungen, dass schweizerische Unternehmen aus ökonomischen Gründen mitverantwortlich dafür waren, dass diese Staaten mehrere Jahre lang diktatorisch regiert werden konnten? Die Akten aus der Bundesverwaltung werden zur Beantwortung dieser Fragen kaum beitragen.¹⁰²⁹ Kurz vor dem Ende der peruanischen Diktatur hatte beispielsweise der Abteilungschef für den lateinamerikanischen Raum des Bundesamts für Aussenwirtschaft keinen Überblick mehr über die schweizerischen Unternehmen in Peru.¹⁰³⁰ Die Überschrift „Swiss know-how boosts Peruvian business“ der *Peruvian Times* aus dem Jahr 1972 lässt vermuten, dass die schweizerische Privatwirtschaft bedeutend mehr von den Diktaturen profitierte, als es der Blick auf die schweizerische Aussenhandelsstatistik vermuten lässt.¹⁰³¹

¹⁰²⁷ Siehe: Guex, Sébastien; Mazbouri, Malik: L'historiographie des banques et de la place financière suisses aux 19e-20e siècles, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 17 (2010), Heft 1, S. 203-228, hier: S. 203. Über die damalige Kritik an den Banken siehe: Kuhn, Konrad J.: *Entwicklungspolitische Solidarität. Die Dritte-Welt-Bewegung in der Schweiz zwischen Kritik und Politik (1972-1992)*, Zürich 2011, S. 127-189.

¹⁰²⁸ Siehe dazu: Dejung, Christof: *Unbekannte Intermediäre: schweizerische Handelsfirmen im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 17 (2010), Heft 1, S. 139-155.

¹⁰²⁹ Über Firmenarchive siehe: Gysin, Roland: *Vom Nutzen der Historie in der Privatwirtschaft. Historikerinnen und Historiker forschen in Schweizer Firmen über Geschäfte in Nazideutschland*, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 8 (2001), Heft 1, S. 79-88.

¹⁰³⁰ Léhot, Ernst Henri an die Schweizer Botschaft: *Peru-Berichte*, 30.01.1980, in: *Schweizerisches Bundesarchiv*, E7115A#1990/142#2015*, Az. 810, *Berichte – Allgemeines, Peru*, 1980.

¹⁰³¹ Spycher, Peter: *Swiss know-how boosts Peruvian business*, in: *Peruvian Times*. *Switzerland in Peru: a special survey*, S. 7-21, hier: S. 7, archiviert in: *Schweizerisches Bundesarchiv*, E2001E-01#1987/78#4500*, Az. C.41.100.0, *Volkswirtschaftliche Berichte, Peru*, 1973-1975.

7. Anhang

7. 1 Quellenverzeichnis

Archivquellen

Schweizerisches Bundesarchiv, Bern

- E7110#1978/50#2074*, Az. 811, Wirtschaftsberichte, Peru, 1967-1968.
- E2001E#1980/83#3676*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1968-1970.
- E2001E-01#1982/58#2373*, Az. C.41.157.1, Amindus S.A., Nyon (Kapitalbeteiligung), 1971.
- E2001E-01#1987/78#4500*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1973-1975.
- E2001E-01#1988/16#2535*, Az. C.41.100.0, Chile, Volkswirtschaftliche Berichte, 1973-1978.
- E6100C#501.12, Bewilligung der Anträge der Kommission, 1974-1994.
- E7110#1987/20#1529*, Az. 877.3, Argentinien, Besuche, 1976.
- E2001E-01#1988/16#2012*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Argentinien, 1976-1978.
- E2001E-01#1988/16#4937*, Az. C.41.100.0, Volkswirtschaftliche Berichte, Peru, 1976-1978.
- E7710#1988/12#1656*, Az. 821, Handelsbeziehungen, Argentinien, 1977.
- E8190C#1990/198#318*, Az. 846, Schweiz mit Argentinien, Ausfuhr einer Schwerwasserproduktionsanlage durch die Firma Sulzer, 1978-1982.
- E6100C#1998/106#30*, Az. 501.12, Exportrisikogarantie Argentinien, 1979.
- E7115A#1990/60#1812*, Az. 810, Chile, Berichte – Allgemeines, 1979.
- E7115A#1990/60#1956*, Az. 810, Berichte – Allgemeines, Peru, 1979.
- E7115A#1990/142#2015*, Az. 810, Berichte – Allgemeines, Peru, 1980.
- E7115A#1990/142#1878*, Az. 811, Chile, Wirtschaftliche Lage, 1980.
- J2.225#2000/22#1549#2*, Sulzer-Atomexport Argentinien; Blickpunkt, 20.10.1980, Video, Betacam-Digital
- E7001C#1990/278#389*, Az. 151, Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan, 1980.
- E7115#1991/189#1601*, Az. 811, Wirtschaftsberichte, Argentinien, 1981-1982.
- E2200.144#1997/18#33*, Az. 512.01, Chile, Wirtschaftliche Berichte, 1981-1983.
- E5001G#1994/119#773*, Az. 739.12, Lizenzherstellung von MOWAG-Panzerfahrzeugen in Chile, 1983.
- E7100C#1994/105#593*, Az. 2120-11, ERG und Ausfuhr von Kriegsmaterial, 1983.

ETH Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), Zürich

AfZ NL Hans U Steger

AfZ IB wf-Archiv I

SWA Schweizerisches Wirtschaftsarchiv, Basel

SWA Vo H XI 2b CH-RA, Wirtschaftsbeziehungen CH. Argentinien. Dokumentensammlung.
Zeitungsausschnitte.

SWA Vo H XI 2b CH-Südamerika, Wirtschaftsbeziehungen CH. Südamerika. Dokumentensammlung,
Zeitungsausschnitte.

Gedruckte Quellen, verwendete Zeitschriften und Zeitungen

Amtliches Bulletin der Bundesversammlung

ASMZ: Sicherheit Schweiz: Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Bundesblatt

DER SPIEGEL

Eidgenössische Oberzolldirektion (Hrsg.): Jahresstatistik des Aussenhandels der Schweiz, Bern, diverse Jahrgänge

Emanzipation: feministische Zeitschrift für kritische Frauen

Gewerkschaftliche Rundschau: Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Neue Wege

Neue Zürcher Zeitung

Profil: sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Schweizerischer Bundesrat: Geschäftsberichte des Bundesrates, diverse Jahrgänge

Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Schweizerische Nationalbank: Das schweizerische Bankenwesen im Jahre, diverse Jahrgänge

Rote Revue - Profil: Monatszeitschrift

United Nations: Yearbook of International Trade Statistics, New York, diverse Jahrgänge

Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

WOZ Die Wochenzeitung

Weitere Zeitschriften- und Zeitungstitel wurden über die bereits erwähnten Quellenbestände konsultiert.

Webseiten und digitale Datenbanken

db.dodis.ch

www.dodis.ch

www.e-periodica.ch

www.fsw.uzh.ch/histstat/main.php

<https://www.sipri.org/databases/armstransfers>

<http://www.swisstoval.ch>

zeitungsarchiv.nzz.ch

7. 2 Literaturverzeichnis

- Adelman, Jeremy: International Finance and Political Legitimacy: A Latin American View of the Global Shock, in: Ferguson, Niall; Maier, Charles; Manela, Erez; Sargent, Daniel J. (Hrsg.): *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, London 2010, S. 113-127.
- Altermatt, Urs: Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gegenwart (1945-1991), in: Riklin, Alois; Haug, Hans; Probst, Raymond (Hrsg.): *Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik*, Bern, Stuttgart und Wien 1992, S. 61-97.
- Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexporte: *Sulzers Bombengeschäft mit Argentinien. Schweizer Beihilfe zum Atomkrieg*, Zürich und Bern 1980.
- Baltensperger, Ernst: *Der Schweizer Franken. Eine Erfolgsgeschichte. Die Währung der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert*, Zürich 2012.
- Barrenechea, Carlos: *Bundesrepublik und Chile. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Republik Chile während den Regierungen Frei, Allende und Pinochet*, Köln 1984.
- Bartz, Christina; Hahn, Thorsten; Schneider, Irmela: Einleitung. Medienkultur der 60er Jahre: global/lokal, in: Dies. (Hrsg.): *Medienkultur der 60er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945*, Band 2, Wiesbaden 2003, S. 9-14.
- Baumer, Jean-Max: Die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit Lateinamerika, in: Gleich, Albrecht von; Baumer, Jean-Max; Hummer, Waldemar (Hrsg.): *Europäisch-Lateinamerikanische Wirtschaftskooperation. Die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz als Partner Lateinamerikas*. Herausgegeben vom Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Lateinamerikaforschung und Entwicklungszusammenarbeit an der Hochschule St. Gallen und dem Österreichischen Lateinamerika-Institut, Wien, Köln 1985, S. 207-272.
- Bäumlin, Richard: PC-7 Flugzeuge in Guatemala – Impressionen aus dem schweizerischen Nationalrat, in: Bernecker, Walter L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): *Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexport nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert*, Zürich 1991, S. 93-104.
- Becker-Schaum, Christoph; Gassert, Philipp; Klimke, Martin; Mausbach, Wilfried; Zepp, Marianne (Hrsg.): *„Entrüstet Euch!“: Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*, Paderborn 2012.
- Belotta, Carla: *Les relations économiques entre la Suisse et le Pérou 1945-1970*, Lizentiatsarbeit Universität Lausanne 2002.
- Bentele, Ursina; Zala, Sacha: Neutrality as business strategy. Switzerland and Latin America in the Cold War, in: Bott, Sandra, Hanhimäki, Jussi M.; Schaufelbuehl, Janick Marina; Wyss, Marco (Hrsg.): *Neutrality and Neutrality in the Global Cold War. Between or Within the Blocs?*, London and New York 2016, S. 178-195.
- Berbenni, Enrico: The Importance of Borders for Swiss Banks. Some Lessons from Economic History, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Band 65 (2015), Heft 2, S. 212-229.
- Berger Ziauddin, Silvia: Überlebensinsel und Bordell. Zur Ambivalenz des Bunkers im atomaren Zeitalter, in: Eugster, David; Marti, Sibylle (Hrsg.): *Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa*, Essen 2015, S. 69-93.

- Bernauer, Thomas; Moser, Peter; Ruloff, Dieter: Resultate und Folgerungen, in: Bernauer, Thomas; Ruloff, Dieter (Hrsg.): *Globaler Wandel und schweizerische Aussenpolitik. Informationsbeschaffung und Entscheidungsfindung der schweizerischen Bundesverwaltung*, Chur und Zürich 2000, S. 323-343.
- Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas: Einleitung, in: Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): *Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexporte nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert*, Zürich 1991, S. 7-24.
- Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): *Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexporte nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert*, Zürich 1991.
- Bernecker, Walther L. (Hrsg.): *Die Schweiz und Lateinamerika im 20. Jahrhundert. Aspekte ihrer Wirtschafts- und Finanzbeziehungen*, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris und Wien 1997.
- Booth, David; Sorj, Bernardo: Introduction, in: Dies. (Hrsg.): *Military Reformism and Social Class. The Peruvian Experience, 1968–80*, New York 1983, S. 1-13.
- Borner, Silvio; Wehrle, Felix: *Die sechste Schweiz. Überleben auf dem Weltmarkt*, Zürich 1984.
- Borstelmann, Thomas: Epilogue. The Shock of the Global, in: Ferguson, Niall; Maier, Charles; Manela, Erez; Sargent, Daniel J. (Hrsg.): *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, London 2010, S. 351-354.
- Bott, Sandra; Hürlimann, Gisela; Mazbouri, Malik: Wirtschaftsgeschichte in der Schweiz: eine historiografische Skizze. Einleitung, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 17 (2010), Heft 1, S. 9-12.
- Bott, Sandra; Schaufelbuehl, Janick Marina; Zala, Sacha: Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges. Eine Zwischenbilanz, in: Dies. (Hrsg.): *Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges. Relations internationales de la Suisse durant la Guerre froide*, Itinera 30, Basel 2011, S. 5-15.
- Bott, Sandra; Crousaz, Karine; Krämer, Daniel; Leimgruber, Matthieu; Schaufelbuehl, Janick Marina; Schubert, Yan: Politikgeschichte der Schweiz – eine historiografische Skizze, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 20 (2013), Heft 1: *Politikgeschichte der Schweiz: eine historiografische Skizze*, S. 14-18.
- Bott, Sandra; Hanhimäki, Jussi M.; Schaufelbuehl, Janick Marina; Wyss, Marco (Hrsg.): *Suisse et Guerre froide dans le tiers-monde*, *Relations Internationales* 163 (2015).
- Brändli-Taffelet, Sebastian: Verwaltung des Sonderfalles. Plädoyer für eine Verwaltungskulturgeschichte der Schweiz, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Band 45 (2005), Heft 1, S. 79-89.
- Brands, Hal: *Latin America's Cold War*, Cambridge (Massachusetts) und London 2012.
- Brown, David: *The Royal Navy and the Falklands War*, London, Melbourne, Sydney, Auckland und Johannesburg 1989.
- Bürgisser, Thomas: „Dodis“ als Instrument zur Erforschung einer politischen Geschichte der Schweiz, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 20 (2013), Heft 1, S. 293-298.
- Calvo, Guillermo A.: Fractured Liberalism: Argentina under Martínez de Hoz, in: *Economic Development and Cultural Change*, Vol. 34 (April 1986), No. 3, S. 511-533.
- Cancio Isla, Wilfredo: mercurio, El, in: Balderston, Daniel; Gonzalez, Mike; López, Ana M. (Hrsg.): *Encyclopedia of Contemporary Latin American and Caribbean Cultures*, London und New York 2000, S. 960.
- Canelo, Paula: La politique sous la dictature argentine: Le Processus de réorganisation nationale ou la tentative inachevée de refonte de la société (1976-1983), in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*, No. 105 (2010/1), S. 81-92.
- Carreras, Sandra; Potthast, Barbara: *Eine kleine Geschichte Argentinien*, Berlin 2013.
- Clavien, Alain: Histoire de la presse en Suisse. Eléments d'un bilan, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 19 (2012), Heft 1, S. 240-248.
- Coutaz, Gilbert; Gees, Thomas; Germann, Urs; Nellen, Stefan; Sager, Fritz; Schindler, Benjamin: Was soll und kann Verwaltungsgeschichte?, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 18 (2011), Heft 3, S. 160-170.
- David, Thomas; Etemad, Bouda: Gibt es einen schweizerischen Imperialismus? Zur Einführung, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 5 (1998), Heft 2, S. 17-27.
- David, Thomas; Müller, Philipp: Plädoyer für eine Erneuerung der Geschichte der politischen Parteien in der Schweiz, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 14 (2007), Heft 1, S. 16-24.
- Degen, Bernard: Arbeitslosigkeit, in: *Stiftung Historisches Lexikon der Schweiz* (Hrsg.): *Historisches Lexikon der Schweiz*, Band 1 (Aa - Basel (Fürstbistum)), Basel 2002, S. 458-461.
- Dejung, Christof: Unbekannte Intermediäre. Schweizerische Handelsfirmen im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 17 (2010), Heft 1, S. 139-155.
- Dejung, Christof: Jenseits der Exzentrik. Aussereuropäische Geschichte in der Schweiz, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Band 64 (2014), Heft 2, S. 195-209.
- Dicco, Ricardo de: *Breve historia de los reactores nucleares de investigación y producción de la CNEA*, Buenos Aires 2013.
- Doering-Manteuffel, Anselm; Raphael, Lutz: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte nach 1970*, Göttingen 2012.

- Donzé, Pierre-Yves; Humair, Cédric; Mazbouri, Malik: Technologietransfer aus historischer Sicht. Relevanz der Schweizer Situation, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 17 (2010), Heft 3, S. 16-20.
- Dufner, Georg: Chile als Partner, Exempel und Prüfstein. Deutsch-deutsche Außenbeziehungen und Systemkonkurrenz in Lateinamerika, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Band 61 (2013), Heft 4, S. 513-548.
- Dufner, Georg: *Partner im Kalten Krieg. Die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile*, Frankfurt 2014.
- Eckel, Jan: *Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern*, Göttingen 2015.
- Eidgenössische Zollverwaltung EZV: *Offenlegung der Statistik zur Ein- und Ausfuhr von Gold. Schlussbericht der Arbeitsgruppe zu Händen des Oberzolldirektors*, Bern 2013.
- Emmerling, Inga: *Die DDR und Chile. Aussenpolitik, Aussenhandel und Solidarität*, Berlin 2013.
- Ensalaco, Mark: *Chile under Pinochet. Recovering the Truth*, Philadelphia (Pennsylvania) 2000.
- Etemad, Bouda; Humbert, Mathieu: La Suisse est-elle soluble dans sa "postcolonialité"?, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Band 64 (2014), Heft 2, S. 279-291.
- Eugster, David; Marti, Sibylle (Hrsg.): *Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa*, Essen 2015.
- Fanzun, Jon A.: *Die Grenzen der Solidarität. Schweizerische Menschenrechtspolitik im Kalten Krieg. Mit einem Vorwort von Walter Kälin*, Zürich 2005.
- Ferguson, Niall: Introduction: Crisis, What Crisis? The 1970s and the Shock of the Global, in: Ferguson, Niall; Maier, Charles; Manela, Erez; Sargent, Daniel J. (Hrsg.): *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, London 2010, S. 1-21.
- Fischer, Karin: The Influence of Neoliberals in Chile before, during and after Pinochet, in: Mirowski, Philip; Plehwe, Dieter (Hrsg.): *The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*, Cambridge und London 2009, S. 305-346.
- Fischer, Thomas: Schweizerische Kriegsmaterialausfuhr nach Lateinamerika in der Zwischenkriegszeit und nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Studien und Quellen*, Band 23 (1997), S. 171-208.
- Fischer, Thomas: Talking to the Bearded Man: The Swiss Mandate to represent US Interests in Cuba, 1961-1977, in: *Working Papers in International History and Politics*, No. 5 (August 2010), S. 1-29.
- Fleer, Peter: Das Kriegsmaterialembargo des Völkerbunds im Chacokrieg (1932-1935). Zum Kalkül schweizerischer Waffenausfuhr, in: Bernecker, Walter L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): *Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexport nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert*, Zürich 1991, S. 165-188.
- Fluri, Branka: Umbruch in Organisation und Konzeption. Die technische Zusammenarbeit beim Bund 1958-1970, in: *Studien und Quellen*, Band 19 (1993), S. 382-393.
- Fluri, Branka: Wirtschaftsbeziehungen und Entwicklungszusammenarbeit Schweiz – Peru (1955-1975) in: Bernecker, Walter L. (Hrsg.): *Die Schweiz und Lateinamerika im 20. Jahrhundert. Aspekte ihrer Wirtschafts- und Finanzbeziehungen*, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris und Wien 1997, S. 207-262.
- Flury-Dasen, Eric: Einflussmöglichkeiten des Bundesrates auf parlamentarische Vorstösse: Fallbeispiele in der Gestaltung der schweizerischen Aussenpolitik, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Band 53 (2003), Heft 2, S. 197-217.
- Flury-Dasen, Eric: Die Schweiz und Schweden vor den Herausforderungen des Kalten Krieges 1945- 1970. Neutralitätspolitik, militärische Kooperation, Osthandel und Korea-Mission, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Band 54 (2004), Heft 2, S. 123-145.
- Fracheboud, Virginie: La Suisse au service des intrérêts américains à Cuba ou le succès de la politique de neutralité et solidarité (1961-1963), in: *Relations Internationales* 163 (2015), S. 47-61.
- Frevert, Ute: Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen, in: Frevert, Ute; Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.): *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt am Main 2005, S. 7-26.
- Frevert, Ute; Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.): *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt am Main 2005.
- Frisch, Max: *Aus dem Berliner Journal*. Herausgegeben von Thomas Strässle und Margrit Unser, Berlin 2015.
- Frisch, Max: „Wie Sie mir auf den Leib rücken!“ Interviews und Gespräche. Ausgewählt und herausgegeben von Thomas Strässle, Berlin 2017.
- Fuhr, Harald; Hörmann, Marion: Peru, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika*, Bonn 1995, S. 441-480.
- Gabriel, Jürg Martin: Die Stellung der Schweiz zu Wirtschaftssanktionen, in: Riklin, Alois; Haug, Hans; Probst, Raymond (Hrsg.): *Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik*, Bern, Stuttgart und Wien 1992, S. 919-928.
- Galeano, Eduardo: *Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart*. Erweiterte Auflage, Wuppertal 2008.

- Garrard-Burnett, Virginia; Lawrence, Mark Atwood; Moreno, Julio E. (Hrsg.): *Beyond the Eagle's Shadow: New Histories of Latin America's Cold War*, Albuquerque 2013.
- Gassert, Philipp: Arbeit am Konsens im Streit um den Frieden. Die Nuklearkrise der 1980er Jahre als Medium gesellschaftlicher Selbstverständigung, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Band 52 (2012), S. 491-516.
- Gavin, Francis J.: *Wrestling with Parity: The Nuclear Revolution Revisited*, in: Ferguson, Niall; Maier, Charles; Manela, Erez; Sargent, Daniel J. (Hrsg.): *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, London 2010, S. 189-204.
- Gees, Thomas: Interessenclearing und innere Absicherung. Zur Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Privatverbänden in der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik 1930-1960, in: Hug, Peter; Kloter, Martin (Hrsg.): *Aufstieg und Niedergang des Bilateralismus. Schweizerische Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik 1930-1960: Rahmenbedingungen, Entscheidungsstrukturen, Fallstudien*, Zürich 1999, S. 141-172.
- Gees, Thomas; Kellerhals-Maeder, Andreas; Meier Daniela: *Die Verwaltung der schweizerischen Aussenpolitik 1914-1978. Bundesrat und Bundesverwaltung: Entscheidungsprozesse und Netzwerke in der Landwirtschafts- und Umweltschutzaussenpolitik*, Zürich 2002.
- Gees, Thomas: *Die Schweiz im Europäisierungsprozess. Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzepte am Beispiel der Arbeitsmigrations-, Agrar und Wissenschaftspolitik*, Zürich 2006.
- Gerster, Richard: *Aus Fehlern lernen? Die Schweiz und die Dritte Welt*, Zürich 1987.
- Girard, Pierre-Louis: La Politique économique extérieure de la Suisse à l'égard des pays en voie de développement, in: Riklin, Alois; Haug, Hans; Probst, Raymond (Hrsg.): *Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik*, Bern, Stuttgart und Wien 1992, S. 839-850.
- Guex, Sébastien; Mazbouri, Malik: L'historiographie des banques et de la place financière suisses aux 19e-20e siècles, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 17 (2010), Heft 1, S. 203-228.
- Guttman, Aviva: Ernst Cinceras nichtstaatlicher Staatsschutz im Zeichen von Antisubversion, Gesamtverteidigung und Kaltem Krieg, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Band 63 (2013), Heft 1, S. 65-86.
- Gwynne, Robert N.: The Deindustrialization of Chile, 1974-1984, in: *Bulletin of Latin American Research*, Vol. 5, No. 1 (1986), S. 1-23.
- Gysin, Roland: Vom Nutzen der Historie in der Privatwirtschaft. Historikerinnen und Historiker forschen in Schweizer Firmen über Geschäfte in Nazideutschland, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte*, Band 8 (2001), Heft 1, S. 79-88.
- Hackler, Ruben; Kinzel, Katherina (Hrsg.): *Paradigmatische Fälle. Konstruktion, Narration und Verallgemeinerung von Fall-Wissen in den Geistes- und Sozialwissenschaften*, Itinera 40, Basel 2016.
- Haefliger, Markus; Tanner, Jakob: Bühle, SIG und Mowag: Drei Unternehmensportraits, in: Haldemann, Andreas (Hrsg.): *Waffenplatz Schweiz. Beiträge zur schweizerischen Rüstungsindustrie und Waffen- ausfuhr*, Bern 1983, S. 53-70.
- Halbeisen, Patrick; Straumann, Tobias: Die Wirtschaftspolitik im internationalen Kontext, in: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hrsg.): *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, Basel, 2012, S. 983-1075.
- Hansen, Jan: Zwischen Staat und Straße. Der Nachrüstungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie (1979-1983), in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Band 52 (2012), S. 517-553.
- Hansen, Jan: *Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977-1987)*, Berlin und Boston 2016.
- Hansen, Jan: Defining Political Dissidence: The Swiss Debate on the Riots of 1980-1981, in: Andresen, Knud; Steen, Bart van der (Hrsg.): *A European Youth Revolt. European Perspectives on Youth Protest and Social Movements in the 1980s*, Basingstoke 2016, S. 243-257.
- Hansen, Jan: Schaffen Raketen Arbeitsplätze? Der Streit um die Nachrüstung und die Rüstungskonversion in den Gewerkschaften (um 1979 bis 1983), in: *Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien*, 15. Jahrgang (2016/II), S. 113-134.
- Harmer, Tanya: *Allende's Chile and the Inter-American Cold War*, Chapel Hill 2011.
- Havens, Eugene A.; Lastarria-Cornhiel, Susana; Otero, Gerardo: Class Struggle and the Agrarian Reform Process, in: Booth, David; Sorj, Bernardo (Hrsg.): *Military Reformism and Social Class. The Peruvian Experience, 1968-80*, New York 1983, S. 14-39.
- Heinloth, Klaus: *Die Energiefrage: Bedarf und Potentiale, Nutzung, Risiken und Kosten*, Braunschweig/Wiesbaden 2003.
- Hobsbawm, Eric John Ernest: A Case of Neo-Feudalism: La Convención, Peru, in: *Journal of Latin American Studies*, Vol. 1, No. 1 (May 1969), S. 31-50.
- Hobsbawm, Eric John Ernest: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 2014.
- Höchner, Francesca: Zivilverteidigung - ein Normenbuch für die Schweiz, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Band 54 (2004), Heft 2, S. 188-203.

- Hug, Peter: Kriegsmaterialausfuhr durch Industriepolitik im Rüstungssektor. Das Verhältnis der Schweiz zu Mittel- und Südamerika, in: Bernecker, Walter L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexport nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Zürich 1991, S. 25-72.
- Hug, Peter: Der gebremste Aufbruch. Zur Aussenpolitik der Schweiz in den 60er Jahren, in: König, Mario; Kreis Georg; Meister, Franziska; Gaetano, Romano (Hrsg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren, Zürich 1998, S. 95-114.
- Humair, Cédric: Commerce extérieur et politique commerciale aux 19e et 20e siècles, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 17 (2010), Heft 1, S. 184-202.
- Hürlimann, Gisela; Mach, André; Rathmann-Lutz, Anja; Schaufelbuehl, Janick Marina: Lobbying in der Schweiz. Eigenheiten und Vielfalt, in: Dies. (Hrsg.): Lobbying. Die Vorräume der Macht, Zürich 2016, S. 21-31.
- Imhof, Kurt; Kleger, Heinz; Gaetano, Romano (Hrsg.): Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit, Zürich 1996.
- Institut universitaire d'études du développement (Université de Genève): Jahrbuch Schweiz-Dritte Welt 1987/1988 (Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik Nr. 7/1988), Genf 1988.
- Jaksch, Hans Jürgern: Wirtschaftliche Liberalisierung und Inflation in Argentinien von 1976 bis 1981, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Band 37 (1988), Heft 1, S. 23-50.
- James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg, München 2004.
- Jeker, Rolf M.: Die schweizerische Exportförderung, in: Riklin, Alois; Haug, Hans; Probst, Raymond (Hrsg.): Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern, Stuttgart und Wien 1992, S. 889-904.
- Jost, Hans Ulrich: A rebours d'une neutralité suisse improbable, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 20 (2013), Heft 1, S. 200-214.
- Judt, Tony: Wem gehört die Geschichte? Der Kalte Krieg im Rückblick, in: Ders.: Das vergessene 20. Jahrhundert. Die Rückkehr des politischen Intellektuellen. Aus dem Amerikanischen von Matthias Fienbork, München 2010, S. 362-375.
- Joye-Cagnard, Frédéric; Strasser, Bruno J.: Energie atomique, guerre froide et neutralité. La Suisse et le plan Atomes pour la Paix, 1945- 1957, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 16 (2009), Heft 2, S. 37-53.
- Kälin, Walter: Schweizerische Kriegsmaterialausfuhr im Spannungsfeld von Menschenrechten und Entwicklungszusammenarbeit, in: Bernecker, Walter L.; Fischer, Thomas (Hrsg.): Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexporte nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Zürich 1991, S. 73-91.
- Karlen, Stefan; Tobler, Hans Werner: Massen- und Einzelauswanderung aus der Schweiz nach Lateinamerika im 19. und 20. Jahrhundert, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 5 (1998), Heft 2, S. 71-84.
- Klaus, Manuel: Der Bundesrat als kollektive Skandalfigur während des Kalten Kriegs?, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 24 (2015), Heft 3, S. 102-114.
- Klaus, Manuel: Schweizerische Waffen für lateinamerikanische Diktaturen? Die Auswirkungen des Kriegsmaterialgesetzes auf den Rüstungsgüterhandel der 1970er und 1980er Jahre, in: Dommann, Monika; Marti, Sibylle (Hrsg.): Kriegsmaterial im Kalten Krieg. Rüstungsgüter in der Schweiz zwischen Militär, Industrie, Politik und Öffentlichkeit. Le matériel de guerre pendant la guerre froide. L'armement en Suisse – entre l'armée, l'industrie, la politique et le public, Itinera 47, Basel 2020, S. 137-170.
- Kollmer, Dieter H.: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg, Freiburg i. Br., Berlin und Wien 2015, S. 1-26.
- König, Hans-Joachim: Kleine Geschichte Lateinamerikas, Stuttgart 2009.
- König, Mario; Kreis Georg; Meister, Franziska; Gaetano, Romano (Hrsg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren, Zürich 1998.
- Kreis, Georg: Die Schweiz und Südafrika 1948-1994. Schlussbericht des im Auftrag des Bundesrates durchgeführten NFP 42+, Bern, Stuttgart und Wien 2005.
- Kubbing, Bernd W.; Müller, Harald: Nuklearexport und Aufrüstung. Neue Bedrohungen und Friedensperspektiven, Frankfurt am Main 1993.
- Kuhn, Konrad J.: „Das Produkt als Aufhänger für Information und Schulungsarbeit“: Die entwicklungspolitische Konsumentenaktion „Jute statt Plastic“, 1976-1979, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 12 (2005), Heft 3, S. 27-39.
- Kuhn, Konrad J.: Entwicklungspolitische Solidarität. Die Dritte-Welt-Bewegung in der Schweiz zwischen Kritik und Politik (1972-1992), Zürich 2011.
- Kupper, Patrick: Sonderfall Atomenergie. Die bundesstaatliche Atompolitik 1945-1970, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 53 (2003), Heft 1, S. 87-93.
- Kupper, Patrick: Expertise und Risiko, Vertrauen und Macht. Gesellschaftliche Ursachen und Folgen erodierender Autorität von Kernenergie-Experten in den 1970er Jahren, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 55 (2005), Heft 1, S. 60-69.

- Langer, Magnus Jesko; Viñuales, Jorge E.: Foreign Investment in Latin America: Between Love and Hatred, in: Auroi, Claude; Helg, Aline (Hrsg.): Latin America 1810-2010. Dreams and Legacies, London 2012, S. 319-357.
- Lawrence, Mark Atwood: Containing Globalism: The United States and the Developing World in the 1970s, in: Ferguson, Niall; Maier, Charles; Manela, Erez; Sargent, Daniel J. (Hrsg.): The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, London 2010, S. 205-219.
- Leimgruber, Walter; Fischer, Werner (Hrsg.): Goldene Jahre. Zur Geschichte der Schweiz seit 1945, Zürich 1999.
- Lengwiler, Martin: Praxisbuch Geschichte. Einführung in die historische Methodenlehre, Zürich 2011.
- Linke, Manfred: Schweizerische Aussenpolitik in der Nachkriegszeit (1945-1989). Eine von amtlichen Verlautbarungen des Bundesrats ausgehende Darstellung und Analyse, Chur und Zürich 1995.
- Leys, Colin: Market-driven Politics: Neoliberal Democracy and the Public Interest, London and New York 2001.
- Löffler, Rolf: "Zivilverteidigung" - die Entstehungsgeschichte des "roten Büchleins", in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 54 (2004), Heft 2, S. 173-187.
- Lowenthal, Abraham F.: Peru's Ambiguous Revolution, in: Ders. (Hrsg.): The Peruvian Experiment. Continuity and Change under Military Rule, Princeton 1975, S. 3-43.
- Lucas, Isabelle: Des francs suisses pour soutenir une Argentine libérale non-peroniste: relations économiques helvético-argentines durant les trois premières décennies de la Guerre froide, in: Bott, Sandra; Schaufelbuehl, Janick Marina; Zala, Sacha (Hrsg.): Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges. Relations internationales de la Suisse durant la Guerre froide, Itinera 30, Basel 2011, S. 101-115.
- Lucas, Isabelle: Un tango de neutres sur fond de guerre : les relations économiques entre la Suisse et l'Argentine (1938-1945), in: Relations internationales 150 (2012), S. 37-52.
- Lucas, Isabelle: L'accord de commerce suisse-argentin de 1947: Un chassé croisé entre pénurie de céréales et pénurie de devises, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 62 (2012), Heft 3, S. 439-455.
- Ludi, Regula: Die Historisierung der Erinnerung. Die Bergier-Kommission und ihre Rezeption, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 20 (2013), Heft 1, S. 275-292.
- Lukauskas, Arvid; Minushkin, Susan: Explaining Styles of Financial Market Opening in Chile, Mexico, South Korea, and Turkey, in: International Studies Quarterly, Vol. 44, Issue 4 (December 2000), S. 695-723.
- Maissen, Thomas: Verweigerter Erinnerung. Nachrichtenlose Vermögen und die Schweizer Weltkriegsdebatte 1989-2002, Zürich 2005.
- Maissen, Thomas: Geschichte der Schweiz, Stuttgart 2015.
- Mauceri, Philip: The Transition to „Democracy“ and the Failures of Institution Building, in: Cameron, Maxwell A.; Mauceri, Philip (Hrsg.): The Peruvian Labyrinth. Polity, Society, Economy. With a Foreword by Cynthia McClintock and Abraham Lowenthal, Pennsylvania 1997, S. 13-36.
- McClintock, Cynthia; Vallas, Fabián: The United States and Peru: Cooperation at a Cost, New York 2003.
- Meier, Peter: Die Lücken schliessen. Zum (Zu-)Stand der Schweizer Mediengeschichte. Eine synoptische Bestandaufnahme, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 60 (2010), Heft 1, S. 4-12.
- Menzel, Ulrich: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt am Main 1992.
- Mergel, Thomas: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft, 28 (2002), Heft 4, S. 574-606.
- Middlebrook, Martin: The Fight for the ‚Malvinas‘. The Argentine Forces in the Falklands War, London, New York, Victoria, Markham und Auckland 1990.
- Morley, Morris; McGillion, Chris: Reagan and Pinochet. The Struggle over U.S. Policy toward Chile, New York 2015.
- Müller, Margrit: Die Exportindustrien im Verlauf des 20. Jahrhunderts, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 17 (2010), Heft 1, S. 119-138.
- Müller, Margrit; Woitek, Ulrich; Hiestand, Manuel: Wohlstand, Wachstum und Konjunktur, in: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Basel 2012, S. 91-222.
- Müller, Margrit: Internationale Verflechtung, in: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Basel 2012, S. 339-465.
- Nellen, Stefan; Nienhaus, Agnes; Sardet, Frédéric: Verwalten und regieren, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 18 (2011), Heft 2, S. 15-21.
- Nigg, Heinz (Hrsg.): Wir wollen alles, und zwar subito! Die Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen, Zürich 2001.
- Nilsson, Mikael; Wyss, Marco: The Armed Neutrality Paradox: Sweden and Switzerland in US Cold War Armaments Policy, in: Journal of Contemporary History, Vol. 51, Issue 2 (April 2016), S. 335-363.
- Nohlen, Dieter; Nolte, Detlef: Chile, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika, Bonn 1995, S. 277-338.

- Nussio, Enzo: Die Beziehungen der Schweiz zu Argentinien während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 – Norm und Praxis der schweizerischen Aussenpolitik. Unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechtspolitik, Lizentiatsarbeit Universität Basel 2004.
- Pereira, Nuno: „Unis, nous vaincrons la dictature“: les Associations suisses de soutien à la résistance chilienne (1973-1990), in: Cahiers d'histoire du mouvement ouvrier, Band 23 (2007), S. 99-124.
- Pernet, Corinne A.: Zwischen Regionalkompetenz und Global- und Verflechtungsgeschichte: Lateinamerikanische Geschichte in der Schweiz, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 64 (2014), Heft 2, S. 263-278.
- Perrenoud, Marc: Politique économique et relations extérieures, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 17 (2010), Heft 1, S. 171-183.
- Pilotti, Andrea: Le Parlement: L' "autorité supreme de la Confédération" délaissée par les historiens, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 20 (2013), Heft 1, S. 173-184.
- Preti, Daniela: „Flüchtling oder einfach nur liebenswerter Ausländer?“ die Schweizer Flüchtlingspolitik gegenüber Asylsuchenden aus Chile von 1973 bis 1974, Lizentiatsarbeit Universität Zürich 2007.
- Purtschert, Patricia; Lüthi, Barbara; Falk, Francesca (Hrsg.): Postkoloniale Schweiz: Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien, Bielefeld 2012.
- Quereshi, Lubna Z.: Nixon, Kissinger and Allende. U.S. Involvement in the 1973 Coup in Chile, Lanham, Boulder, New York, Toronto und Plymouth (UK) 2009.
- Raboud, Pierre: „Schwiiz brännt“. Achtziger Jugendunruhen et scènes punks suisses: entre reprise, immersion et détachement, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 64 (2014), Heft 3, S. 451-469.
- Rey, Romeo: Geschichte Lateinamerikas vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2006.
- Riekenberg, Michael: Kleine Geschichte Argentiniens, München 2009.
- Rinke, Stefan: Kleine Geschichte Chiles, München 2007.
- Rinke, Stefan; Fischer, Georg; Schulze, Frederik (Hrsg.): Geschichte Lateinamerikas vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. Quellenband, Stuttgart 2009.
- Rinke, Stefan: Geschichte Lateinamerika. Von den frühesten Kulturen bis zur Gegenwart, München 2010.
- Roberts, Kenneth; Peceny, Mark: Human Rights and United States Policy towards Peru, in: Cameron, Maxwell A.; Mauceri, Philip (Hrsg.): The Peruvian Labyrinth. Polity, Society, Economy. With a Foreword by Cynthia McClintock and Abraham Lowenthal, Pennsylvania 1997, S. 192-222.
- Rojas, Alvaro; Scheben, Helmut: Know-how kennt keine Grenzen. Die Fabrikation von Schweizer Gewehren in Chile, in: Weber, Gaby (Hrsg.): Besichtigung der Hinterhöfe. Reportagen über die Geschäfte der Schweizer Multis in Afrika, Asien und Lateinamerika. Mit einem Vorwort von Jean Ziegler, Zürich 1989, S. 61-70.
- Romero, Luis Alberto: A History of Argentina in the Twentieth Century. Updated and Revised Edition. Translated by James P. Brennan, Pennsylvania 2013.
- Rossi, Maurizio: Solidarité d'en bas et raison d'Etat. Le Conseil fédéral et les réfugiés du Chili (septembre 1973-mai 1976), Neuchâtel 2008.
- Ruderer, Stephan: Das Erbe Pinochets. Vergangenheitspolitik und Demokratisierung in Chile 1990-2006, Göttingen 2010.
- Sanders, Angela: ‚Wonderland‘ Peru. Migration and the Making of an Andean Switzerland, in: Purtschert, Patricia; Fischer-Tiné, Harald (Hrsg.): Colonial Switzerland. Rethinking Colonialism from the Margins, Basingstoke 2015, S. 110-132.
- Schabacher, Gabriele: „Tele-Demokratie“. Der Widerstreit von Pluralismus und Partizipation im medienpolitischen Diskurs der 70er-Jahre, in: Schneider, Irmela; Bartz, Christina; Otto, Isabell (Hrsg.): Medienkultur der 70er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945, Band 3, Wiesbaden 2004, S. 141-180.
- Schaufelbuehl, Janick Marina; König, Mario: Die Beziehungen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten im Kalten Krieg, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 16 (2009), Heft 2, S. 7-14.
- Schaufelbuehl, Janick Marina (Hrsg.): 1968-1979. Ein bewegtes Jahrzehnt in der Schweiz. Unter Mitarbeit von Nuno Pereira und Renate Schär, Zürich 2009.
- Schaufelbuehl, Janick Marina; Wyss, Marco; Bott, Sandra: Choosing Sides in the Global Cold War: Switzerland, Neutrality and the Divided States of Korea and Vietnam, in: The International History Review, Vol. 37, No. 5 (2015), S. 1014-1036.
- Schläppi, Erika; Kälin, Walter: Schweizerische Aussenwirtschaftshilfe und Menschenrechtspolitik. Konflikte und Konvergenzen, Chur und Zürich 2001.
- Schmid, Erich: Verhör und Tod in Winterthur. Eine Reportage, Zürich 2002.
- Schmid, Stefan; Widmer, Joël: Die Schweiz und das sozialistische Experiment Salvador Allendes. Die Beziehung der schweizerischen Eidgenossenschaft zur Republik Chile von 1967 bis 1974, Lizentiatsarbeit Universität Bern 2004.
- Schneider-Treffsien, Ute: Zeitungsberichte, in: Rusinek, Bernd-A. (Hrsg.): Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit, Paderborn, München, Wien und Zürich 1992, S. 153-169.

- Schnur, Aviva R.: Aussenpolitische Situationsdefinition in Bundesrat und Bundesverwaltung, in: Bernauer, Thomas; Ruloff, Dieter (Hrsg.): Globaler Wandel und schweizerische Aussenpolitik. Informationsbeschaffung und Entscheidungsfindung der Schweizerischen Bundesverwaltung, Chur und Zürich 2000, S. 45-83.
- Schnur, Aviva R.: Agieren oder Reagieren? Aussenpolitische Entscheidungsprozesse in Bundesrat und Bundesverwaltung, Chur und Zürich 2000.
- Schregel, Susanne: Die „Macht der Mächtigen“ und die Macht der „Machtlosen“. Rekonfiguration des Machtdenkens in den 1980er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 52 (2012), S. 403-428.
- Schydowsky Daniel M.; Wicht, Juan J.: The Anatomy of an Economic Failure, in: McClintock, Cynthia; Lowenthal, Abraham F. (Hrsg.): The Peruvian Experiment Reconsidered, Princeton 1983, S. 94-143.
- Solimano, Andrés: Chile and the Neoliberal Trap. The Post-Pinochet Era, Cambridge, New York, Melbourne, Madrid, Cape Town, Singapore, São Paulo, Dehli, Mexico City 2012.
- Sommavilla, Antonio Giuseppe: Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel: Argentinien, Frankfurt am Main 1996.
- Späti, Christina: Historische Parteienforschung in der Schweiz: Überblick, Forschungsstand und neue Perspektiven, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 20 (2013), Heft 1, S. 156-172.
- Speich Chassé, Daniel: Streit um den Geldsack. Zahlen als politische Kommunikationsform über Entwicklungshilfe in der Schweiz, in: WerkstattGeschichte, Heft 58 (2012), 2, S. 71-86.
- Steinbach, Peter: Zeitgeschichte in Massenmedien aus Sicht der Geschichtswissenschaft, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Massenmedien und Zeitgeschichte. Berichtsband der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) vom 20. bis 22. Mai 1998 in Mainz zum Thema Massenmedien und Zeitgeschichte, Konstanz 1999, S. 32-52.
- Straßner, Alexander: Militärdiktaturen im 20. Jahrhundert. Motivation, Herrschaftstechnik und Modernisierung im Vergleich, Wiesbaden 2013.
- Suter, Christian: Gute und schlechte Regimes, Staat und Politik Lateinamerikas zwischen globaler Ökonomie und nationaler Gesellschaft, Frankfurt am Main 1999.
- Suter, Christian: Weltwirtschafts- und Globalisierungskrise in Lateinamerika: Ursachen, Folgen, Überwindungsstrategien, in: Feldbauer, Peter; Hardach, Gerd; Melinz, Gerhard (Hrsg.): Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929-1999). Wohin treibt die Peripherie?, Frankfurt am Main 1999, S. 145-159.
- Tanner, Jakob: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015.
- Theintz, Grégory: Le sucre de Nestlé. Originalité de l'accord sur les nationalisations de biens helvétiques par le régime castriste, 1960-1967, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 20 (2013), Heft 3, S. 135-150.
- Thorpe, Rosemary: The Evolution of Peru's Economy, in: McClintock, Cynthia; Lowenthal, Abraham F. (Hrsg.): The Peruvian Experiment Reconsidered, Princeton 1983, S. 39-61.
- Thun, Tino: Menschenrechte und Aussenpolitik. Bundesrepublik Deutschland – Argentinien 1976-1983. Vorwort von Ernst Käsemann und Osvaldo Bayer, Bremen 1985.
- Truong Dinh, An Lac: Von Kühen, Fachkräften und Kapital. Persönliche Netzwerke, schweizerische Diplomatie und Entwicklungshilfe in Bhutan und Vietnam seit 1945, Zürich 2016.
- Ulrich, Anita: Zeitungsausschnittsammlungen – "Dokumentationen der Gegenwart für die Zukunft", in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 60 (2010), Heft 1, S. 13-22.
- Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg: Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht, Zürich 2002.
- Valdés, Juan Gabriel: Pinochet's Economists. The Chicago School in Chile, Cambridge, New York, Melbourne, Madrid, Cape Town, Singapore und São Paulo 2008.
- Vatter, Adrian: Das politische System der Schweiz, Baden-Baden 2016.
- Waldmann, Peter: Argentinien, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2, Südamerika, Bonn 1995, S. 146-180.
- Ward, John: Latin America. Development and conflict since 1945, London and New York, 1997.
- Weber, Gaby: Schweres Wasser in der Pampa. Eine Schwerwasseranlage der Gebr. Sulzer AG in Argentinien, in: Dies. (Hrsg.): Besichtigung der Hinterhöfe. Reportagen über die Geschäfte der Schweizer Multis in Afrika, Asien und Lateinamerika. Mit einem Vorwort von Jean Ziegler, Zürich 1989, S. 11-26.
- Weiner, Tim: Legacy of Ashes: The History of the CIA, New York 2008.
- Westad, Odd Arne: The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times, Cambridge 2007.
- Wildi, Tobias: Der Traum vom eigenen Reaktor. Die schweizerische Atomtechnologieentwicklung 1945-1969, Zürich 2003.
- Wildi, Tobias: Die Reaktor AG. Atomtechnologie zwischen Industrie, Hochschule und Staat, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 55 (2005), Heft 1, S. 70-83.

- Wilke, Jürgen: Massenmedien und Zeitgeschichte aus Sicht der Publizistikwissenschaft, in: Ders. (Hrsg.): Massenmedien und Zeitgeschichte. Berichtsband der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) vom 20. bis 22. Mai 1998 in Mainz zum Thema Massenmedien und Zeitgeschichte, Konstanz 1999, S. 19-31.
- Winner, Langdon: Do Artefacts Have Politics?, in: Daedalus, Vol. 109, No. 1 (Winter, 1980), S. 121-136.
- Wyniger, Christoph: Das Spannungsfeld von Militär, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Schweizer Rüstungsgüterbeschaffung im Kalten Krieg, in: Kollmer, Dieter H. (Hrsg.): Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg, Freiburg i. Br., Berlin und Wien 2015, S. 215-238.
- Yáñez, César; Carreras, Albert: Introduction: Latin American Economic Backwardness Revisited, in: Dies. (Hrsg.): The Economics of Latin America: New Cliometric Data, London 2012, S. 7-18.
- Zala, Sacha: Einleitung, in: Diplomatische Dokumente der Schweiz, Band 24 (1.1.1967 bis 31.12.1969), Zürich 2012, S. XXIV- XXXVII.
- Zala, Sacha: Historiografische Anmerkungen zur Geschichte der schweizerischen Aussenbeziehungen in der Nachkriegszeit, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte, Band 20 (2013), Heft 1, S. 242-257
- Zala, Sacha: Einleitung, in: Diplomatische Dokumente der Schweiz, Band 25 (1.1.1970-31.12.1972), Zürich 2014, S. XXXI-XXXVIII.
- Zürcher, Lukas: „So fanden wir auf der Karte diesen kleinen Staat“: Globale Positionierung und lokale Entwicklungsfantasien der Schweiz in Rwanda in den 1960er Jahren, in: Büschel, Hubertus; Speich, Daniel (Hrsg.): Entwicklungswelten. Globalgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit, Frankfurt am Main 2009, S. 275-309.

7.3 Aussenhandelsstatistiken

Schweizerischer Aussenhandel mit Argentinien, Chile und Peru

	Schweizerischer Import aus			Schweizerischer Export nach		
	Chile	Argentinien	Peru	Chile	Argentinien	Peru
1966	20.8	93.4	58.5	46.8	114	72.9
1967	24.6	122	47.7	51.8	105.4	76.9
1968	23.9	86.4	42.8	56.8	162.7	46.1
1969	24.9	113.3	57.2	65.3	184.1	50.9
1970	23.3	119.2	65.6	62.9	209.4	58.2
1971	24.7	110.8	57.5	64.8	190.6	73.7
1972	14.4	116.5	53.2	52.9	200.8	95.7
1973	7.1	174.6	56.3	46.7	139.8	102.8
1974	15.2	125.7	54.6	39.6	265.6	124.7
1975	15.6	71	41.5	33.4	212.6	136.9
1976	10.8	115.4	59.5	37.7	176.4	96.9
1977	35.4	158.7	56.6	58.9	259.4	76
1978	17.8	148.3	44.6	73.2	229.8	62.1
1979	13.5	115.4	31.9	57.6	309	74.3
1980	9.9	116.4	44	72.7	318.2	96
1981	11.7	137.4	48.4	76.7	323.2	141.3
1982	20.5	113.7	23.7	80.1	354.9	99.9
1983	17.4	113	28.8	72.7	228.2	69.9
1984	18	109.2	19.9	80.6	228.4	74.2
1985	18.1	132	35.7	83	293.1	86

In Millionen Franken, Angaben gemäss Historical Statistics of Switzerland Online, Tabellen L.19.
(„Einfuhrwerte nach Ursprungsländern 1920-1992 (in Millionen Franken): Amerika - “) und L.23. („Ausfuhrwerte nach Verbrauchsländern 1920-1992 (in Millionen Franken): Amerika - “), URL: www.fsw.uzh.ch/histstat/main.php, zuletzt konsultiert am 26.05.2017

Schweizerischer Aussenhandel mit Argentinien, Chile und Peru (deflationiert)

	Schweizerischer Import aus			Schweizerischer Export nach		
	Chile	Argent.	Peru	Chile	Argentinien	Peru
1966	21	93	59	47	114	73
1967	24	117	46	50	101	74
1968	22	81	40	53	153	43
1969	23	104	52	60	169	47
1970	21	105	58	56	185	51
1971	20	92	48	54	158	61
1972	11	91	41	41	156	74
1973	5	125	40	33	100	74
1974	10	82	36	26	173	81
1975	10	43	25	20	130	84
1976	6	69	36	23	106	58
1977	21	94	34	35	154	45
1978	10	87	26	43	135	36
1979	8	65	18	33	175	42
1980	5	63	24	40	173	52
1981	6	70	25	39	165	72
1982	10	55	11	39	172	48
1983	8	53	14	34	107	33
1984	8	50	9	37	104	34
1985	8	58	16	37	129	38

In Millionen Franken (gerundet), deflationiert anhand des Konsumentenpreixindex (KPI) durch die Webseite „swistoval“, Christian Pfister, Roman Studer. Swistoval. The Swiss Historical Monetary Value Converterter. Historisches Institut der Universität Bern. <http://www.swisstoval.ch/> ((Datum des Zugriffs (05.04.2017)).

Prozentualer Anteil der Schweiz am Import und Export der drei Diktaturen

	Chile		Argentinien		Peru	
	Import	Export	Import	Export	Import	Export
1968	1.48%	0.01%	1.97%	0.66%	1.92%	0.17%
1969	1.92%	0.04%	2.92%	0.95%	2.01%	0.25%
1970	1.50%	0.05%	2.69%	1.17%	1.87%	0.29%
1971	1.45%	0.08%	2.03%	0.88%	2.59%	0.39%
1972	1.71%	0.02%	2.12%	1.24%	2.85%	0.30%
1973	1.22%	0.03%	2.00%	1.08%	2.98%	0.30%
1974	0.56%	0.07%	2.27%	0.61%	2.17%	0.58%
1975	0.77%	0.07%	2.64%	0.39%	2.52%	0.33%
1976	4.65%		2.47%	0.52%	2.08%	0.39%
1977	2.21%	0.09%	1.61%	0.39%	1.83%	0.56%
1978	2.75%	0.27%	2.05%	0.75%	1.96%	0.28%
1979	0.86%	0.10%	1.83%	0.77%	2.81%	0.20%
1980	0.84%	0.07%	2.49%	0.69%	1.49%	0.46%
1981	0.71%	1.39%	2.37%	0.50%	0.14%	0.44%
1982	0.87%	0.98%	2.16%	0.48%	1.51%	0.18%
1983	0.98%	0.34%	2.71%	0.33%	1.30%	0.27%
1984	0.97%	0.24%	2.68%	0.22%	1.56%	0.17%
1985	1.20%	0.14%	1.97%	0.24%	1.73%	0.28%

Eigene Berechnungen aufgrund von United Nations: Yearbook of International Trade Statistics, New York, Jahrgänge 1968-1985. Anmerkung: Die Prozentangaben sind als Annäherungen zu verstehen. Die Angaben über das Ausmass des Aussenhandels der drei Diktaturen sind im „Yearbook of International Trade Statistics“ schwankend und wurden teilweise in Folgejahren korrigiert. Je nach verwendetem Band sind daher unterschiedliche Zahlen ersichtlich.

8. Dank

Ich möchte mich ganz herzlich bei Prof. Dr. Martin Lengwiler und Prof. Dr. Corinne A. Pernet bedanken, die diese Doktorarbeit betreut haben. Sie nahmen sich immer wieder Zeit dafür, mit mir meine Ergebnisse zu besprechen. Ich habe mich auf die Treffen mit ihnen stets gefreut.

Meine Erkenntnisse über die schweizerischen Handelsbeziehungen mit Argentinien, Chile und Peru konnte ich zudem an verschiedenen Veranstaltungen vorstellen und kritisch diskutieren. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen für den wertvollen Austausch, insbesondere bei den Angehörigen der Basel Graduate School of History und den wissenschaftlichen Mitarbeitenden von Martin Lengwiler.

Der Forschungsfonds der Universität Basel unterstützte die vorliegende Dissertation mit einem Abschlussstipendium. Ich bedanke mich dafür ganz herzlich bei der Universität Basel.